



Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 99 21.2.77
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

25.2.: Aktionstag gegen den § 218

Am 25. Februar 1975 beschloß das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der CDU/CSU die Ablehnung der „Fristenregelung" des § 218. Diese Regelung, die eine gewisse Liberalisierung gebracht hatte, ohne allerdings die staatliche Kontrolle und Gängelung zu lockern, erschien der Reaktion als bereits zu weit gehend. Inzwischen ist mit der „Neuregelung" des § 218 der alte Zustand praktisch zementiert worden. Der Kampf dagegen hat sich aber im letzten Jahr sichtlich abgeschwächt. Mit Demonstrationen und anderen Aktionen am 25.2. in einer Reihe von Städten wollen wir zeigen, daß unser Kampf gegen den § 218 weitergeht, bis zu dessen ersatzloser Streichung und der vollständigen Legalisierung der Abtreibung!

30.000 in der Wilster Marsch

Demonstrationsverbot durchbrochen
Riesiger Erfolg der militanten AKW-Gegner
20.000 in Itzehoe: Spaltung der BUU nicht akzeptiert

Trotz Demonstrationsverbot und einem riesigen Aufmarsch von Polizei und „Bundesgrenzschutz" demonstrierten am Sonnabend, dem 19.2. über 30.000 Menschen in der Wilster Marsch gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerks bei Brokdorf. Etwa gleichzeitig versammelten sich rund 20.000 Menschen in Itzehoe auf einer Kundgebung, zu der verschiedene Bürgerinitiativen, DKP, linke Sozialdemokraten u.a. aufgerufen hatten.

Nach zwei Demonstrationen an dem inzwischen zur Festung ausgebauten Bauplatz im Oktober und November letzten Jahres hatte der bürgerliche Staat große Anstrengungen unternommen, um eine weitere Demonstration am Bauplatz zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde, mit dem taktischen Zugeständnis eines gerichtlichen Baustopps und Verhandlungen mit einzelnen Sprechern der Bürgerinitiativen, eine Spaltung der Bewegung erreicht. Ein Teil der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) sprach sich für eine Kundgebung in Itzehoe, statt in Brokdorf aus.

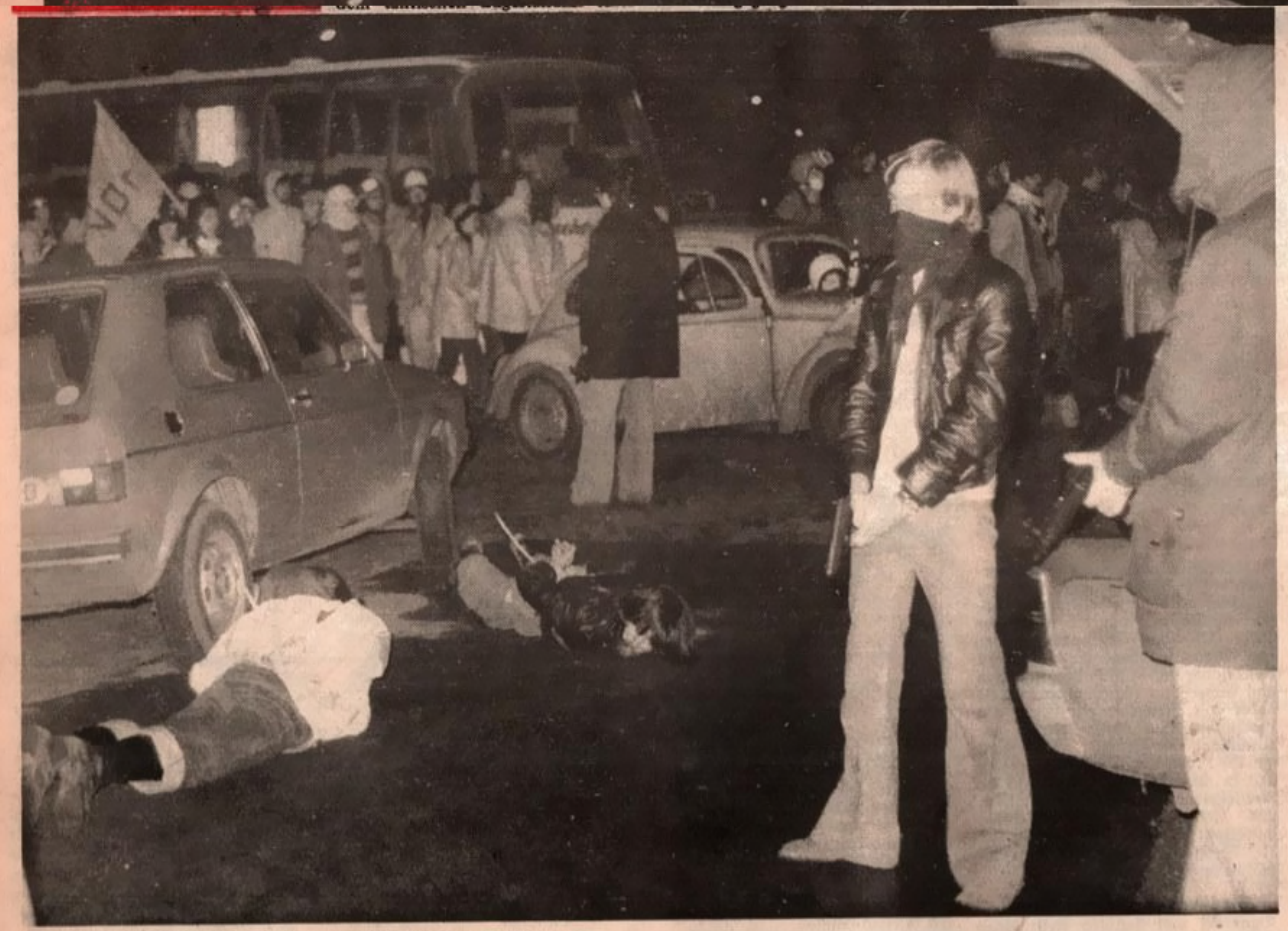
Gegen die geplante Demonstration am Bauplatz begann danach eine wilde Hetz- und Verleumdungskampagne, die schließlich im Verbot der Demonstration gipfelte. Die Bourgeoisie rechnete damit, auf diese Weise die Zahl der Menschen, die überhaupt einen Durchbruch nach Brokdorf *versuchen* würden, auf „einige Tausend", höchstens 6.000, begrenzen zu können. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Außerdem muß auch die Tatsache hervorgehoben werden, daß die „Itzehoe-Fraktion" der BUU sich öffentlich von der „einmaligen Hetz- und Verleumdungskampagne" distanziert hat und sich für das Demonstrationsrecht auch in Brokdorf ausgesprochen hat. Darin, ebenso wie in Äußerungen von Sprechern der „Itzehoe-Fraktion" nach den beiden Demonstrationen, deutet sich schon an, daß der Bourgeoisie ihr strategischer Plan mißlungen ist, daß die Kräfte der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung wieder zur Einheit zurückfinden und politisch stärker als vor dem 19.2. dastehen werden. Und unser Versprechen gilt: Wir kommen wieder! Spätestens bei Aufhebung des Baustopps! Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo! Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!

Über 10.000 kamen aus Süd- und Westdeutschland

In der Nacht zum 19.2. reisten aus dem gesamten Bundesgebiet die militanten AKW-Gegner in Bussen und PKW's zu den zentralen Sammelorten in Hamburg bzw. Itzehoe an. Die gemeinsame und geschlossene Fahrt Richtung Brokdorf war eine Woche zuvor auf dem Bundeskongreß von den dort anwesenden Bürgerinitiativen beschlossen worden.

Bereits bei der Abfahrt und während der Fahrt Richtung Hamburg gab es massive Behinderungen und Provokationen seitens der Polizei. Mehrere tausend PKW's und an die 40 Busse wurden durchsucht und teilweise an der Weiterfahrt gehindert. Vom Bundesgrenzschutz wurden die Grenzen von Holland und Dänemark dichtgemacht und alle
den die Grenzen von Holland und Dänemark dichtgemacht und alle
Menschen, die den Anschein von Brokdorf-Demonstranten erweckten, abgewiesen. Die BUU schätzte auf ihrer Pressekonferenz am 20.2., daß ca. 6.000 Demonstranten die Teilnahme an der Demo verwehrt wurde. Brokdorf-Demonstranten aus München, Nürnberg, Würzburg, Freiburg, Tübingen, Stuttgart, Heidelberg, Mannheim, Westberlin, Braunschweig, Bochum, Emden und Bremen berichteten, daß ihre Busse gefilzt wurden. Mindestens sieben Busse aus Bayern wurden bei Schweinfurt von der Polizei gestoppt und an der Weiterfahrt gehindert.

Fortsetzung auf Seite 2



Unterhörte Provokation bewaffneter MEK-Leute in Wilster

Schwerbewaffnete MEK-Bullen (MEK = Mobiles Einsatzkommando) verursachten am Ende der Massendemonstration der AKW-Gegner in Wilster am 19.2. einen schwerwiegenden Zwischenfall: Unter dem Vorwand, Waffen o.ä. suchen zu wollen, überfielen die mit Maschinenpistolen, Handfeuerwaffen und langen Holzknüppeln bewaffneten MEK-Leute die zu ihren Autos zurückströmenden Demonstranten. Wie auf diesem Bild eindeutig zu erkennen ist, wurden die jungen Menschen, die sich die Bullen herausgegriffen hatten, auf den Boden geworfen und dort mit Spezialknebeln gefesselt. Widerstand leistende Demonstranten wurden zusammengeschlagen und/oder mit den Schußwaffen bedroht. Es ist der Entschlossenheit der zusammenströmenden Demonstranten zu verdanken, daß die Bullen hier nichts Schlimmeres anrichten konnten. Nachdem Bereitschaftspolizei ihre „Kollegen" vom MEK aus der „Belagerung" durch die Demonstranten befreit hatten, konnten auch die Mißhandelten befreit werden.

aus dem Inhalt

– Insgesamt elf Seiten Berichte und Kommentare zur Anti-AKW-Bewegung, insbesondere natürlich im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demo.
Darunter: Die DKP: auf der anderen Seite der Barrikade . . 8
KBW dreht durch 7
Nazi-Roeder spielt AKW-Gegner 6
– AAO – durch „Aktionsanalyse" in die heile Welt? 23
– Mehr Frauen in die Front der AKW-Gegner! 24
– Das tägliche Trauerspiel, das Schule heißt 41
– Italien: Studenten- und Schülerkämpfe: Polizei und Faschisten schießen . . . 28
– Spanien: „GRAPO" – Faschisten verkleidet als „Kommunisten"??? 30
– Zimbabwe: Rassisten planen Völkermord und Angriffskrieg 34

Liebe AK-Leser(innen)!
Diese Ausgabe des AK hat „nur" 44 Seiten. Bei den großen Anstrengungen unserer gesamten Organisation zur Unterstützung der BUU bei Vorbereitung und Durchführung der Brokdorf-Demo war mehr nicht drin.



„Ärztestreik"

Einigen Wirbel verursacht hat das kürzlich von Bundesarbeits- und „Sozial"minister Ehrenberg vorgestellte „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz" (KVKG). Künftig sollen sich die Arzthonorare an *„gesetzlich festgelegten gesamtwirtschaftlichen Kriterien"* orientieren (nach „Hamburger Abendblatt", 12./13.2.77), „für das Gesamtvolumen" der Arzneimittelverordnungen soll ein Höchstbetrag vereinbart werden, die Krankenkassen sollen die Möglichkeit erhalten, *„im Zusammenwirken mit den kassenärztlichen Vereinigungen, den Krankenhäusern und den Vertrauensärzten"* die Versicherten über die entstandenen Kosten zu informieren und die Krankenhausfachärzte sollen mehr als bisher ambulante Behandlungen auch an Nicht-Krankenhaus-Patienten vornehmen dürfen (nach „Hamburger Abendblatt", 12./13.2.77).

Gegen diese „Spar"maßnahmen der Bundesregierung liefen reaktionäre Ärzte- und Apothekerverbände Sturm: Die Apotheker-Berufsvertretung schrieb dem „Kostendämpfungs-Programm" *„enteignenden Charakter"* zu („Parlamentarisch-Politischer Pressedienst", 3.2.77). Ärzte-Verbandsfunktionäre sahen gar den Versuch, *„sozialistische Strukturen in das Gesundheitswesen einzuführen; ... Kontrollsysteme innerhalb der Privatsphäre von Patient und Arzt sowie der Einstieg in die Vergesellschaftung der Produktionsmittel weisen den Weg"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9.2.77).

„Im Rahmen der sozialistischen Langzeitstrategie (sollen) die Voraussetzungen für eine massive Systemveränderung im Gesundheitswesen und damit der gesamten Gesellschaftsordnung" (!) geschaffen werden („FAZ", 11.2.77).

Das ist natürlich reine Hetzpropaganda gegen die „sozialliberal" geführte Bundesregierung. Tatsache ist, daß die „Götter im weißen Kittel" zu den Spitzenverdienern gehören. Selbst nach offiziellen Angaben hat ihr Bruttoeinkommen eine jährliche Steigerungsrate von über 16%. Ein geschätztes Jahreseinkommen von durchschnittlich jährlich einer Viertelmillion DM Bruttoeinkommen (ohne Praxiskosten) ist keinesfalls zu hoch gegriffen (nach „Extra-Dienst", 15.2.77). Tatsache ist weiter, daß es der Bundesregierung nicht ernsthaft darum geht, den hauptsächlichen Kostentreibern – Ärzten und der Pharmaindustrie – das Handwerk bei der maßlosen Ausplünderung der Kranken zu legen – hier geht es vielmehr um gewisse kosmetische Veränderungen, um eine gewisse „Vereinheitlichung" bei der Ausplünderung der Patienten. Ehrenberg selbst hat den Ärzten versichert, daß es *„nicht um eine Verringerung"* ihres Einkommens gehe, *„sondern um eine Anpassung der Zukunftserwartungen unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Kriterien"* („FAZ", 12.2.77)! Na bitte...

Mit solcherart Gesetzentwürfen soll in der Bevölkerung, die die ganze „Spar"- und Ausplünderungspolitik tragen muß, nur der Eindruck erweckt werden, als wenn die Hauptprofiteure im Gesundheitswesen auch ein bißchen „bluten" müßten... Dabei kommt der „sozialliberalen" Bundesregierung ein propagandistisch groß aufgemachter „Ärztestreik" gerade recht. Die reaktionären Ärzteverbände, die den jetzigen „Streik" in verschiedenen Bundesländern organisieren und anheizen, kämpfen gegen den fortschrittlichen A n s p r u c h des von SPD/FDP geplanten Gesetzes – und es ist sicher kein Zufall, daß die maßgeblichen Funktionäre dieser Standesorganisationen CDU-Aktivisten sind...

30.000 in der Wilster Marsch

Fortsetzung von Seite 1

Bei den Durchsuchungsaktionen wurden Helme, Gasmasken, Transparentstangen, Taschenmesser und sogar Zitronenfläschchen beschlagnahmt – also vor allem Gegenstände, die dem Schutz der Demonstranten dienen. Von Rundfunk, Fernsehen und Presse wurden diese beschlagnahmten Gegenstände zu „gefährlichen Werkzeugen" und „Waffen" umgelogen, um die militanten AKW-Gegner entsprechend der vorangegangenen Hetze weiter zu kriminalisieren.

Polizeiprovokationen in Hamburg

Auch in Hamburg waren die Provokationen seitens der Bullen nicht ausgeblieben. In der Nacht und am Morgen des 19.2. waren fast 800 PKW's, 10 Busse und mehr als 1.600 Personen kontrolliert worden. Auf dem Fischmarkt, wo sich ein größerer Teil der Spontis zu gemeinsamer Abfahrt getroffen hatte, wurden fünf Demonstranten verhaftet und in eine Turnhalle gebracht, die ganz offensichtlich für Massenverhaftungen eingerichtet war. Auch hier wurden Gasmasken, Helme, Taue, Taschenmesser etc. beschlagnahmt.

Einheitlicher Abzug

Vom Heiligengeistfeld fuhren gegen 7.30 Uhr über 15.000 Demonstranten in 100 Bussen und weit über 1.000 PKW's ab. Es war verabredet worden, in einem einheitlichen Konvoi zu fahren, was leider daran scheiterte, daß sich die Busfahrer weigerten, bei roten Ampeln weiterzufahren. Außerhalb Hamburgs schloß sich der Demonstrationszug wieder mehr zusammen. Im Laufe der Zeit schlossen sich immer mehr Busse und PKW's dem Konvoi an. Durch zahlreiche Plakate an den Bussen und Transparenten mit Aufschriften wie „Auf nach Brokdorf am 19.2." bot der Autokorso, der z.T. auf zwei und manchmal gar drei Spuren nebeneinander rollte, Richtung Wilster ein eindrucksvolles Bild.

15 km vor Itzehoe gab es den ersten größeren Zwischenfall. Die Autokolonne stoppte, als die Kuriere der BUU meldeten, daß der Hauptteil des Zuges durch eine Polizeisperre abgeschnitten wurde. Die Bullen hatten eine Lücke an dem Konvoi ausgenutzt, um eine Straßensperre zu errichten und einen LKW zu filzen. Bei der Durchsuchung des LKW's wurden zwei Genossen festgenommen. Frei erfunden sind alle Geschichten, die von der Presse im Zusammenhang mit diesem LKW berichtet wurden: Der Wagen hat nie eine Polizeisperre durchbrochen und es befanden sich auch keine „Waffen" in ihm. Diese Gruselstory mit der Version, die „Waffen" wären in andere PKW's umgeladen worden, kam stündlich in allen Nachrichtensendungen, offenbar sollte durch diese Hetze eine größere Polizeiprovokation vorbereitet werden. Dies konnte jedoch durch die Taktik, daß der gesamte Konvoi stehenblieb – der inzwischen enorm angeschwollen war (fast 25.000 Personen) – damit den gesamten Verkehr weiträumig zum Erliegen brachte, vermieden werden.

Zahlreiche AKW-Gegner, die ursprünglich in Itzehoe demonstrieren wollten, schlossen sich an der Abzweigung nach Itzehoe dem kilometerlangen Zug Richtung Wilster an.

Auf nach Brokdorf!

In Wilster, das knapp 20 km von Itzehoe entfernt liegt, trafen sich die militanten AKW-Gegner. Es dauerte über 3 Stunden, bis alle Demonstranten, die in Bussen, PKWs und zu Fuß kamen, sich in Wilster gesammelt hatten. Singend und Parolen rufend kamen sie an: Die meisten waren mit Helmen und Mundschutz ausgerüstet, noch mehr hatten Ölzeug und Gummistiefel an. Und die Stimmung stieg, mit jedem Trupp und jedem Bus, der neu ankam – so viele hatte niemand erwartet!

In Wilster wurde eine kurze Kundgebung abgehalten, die neuesten Informationen durchgegeben und Solidaritätstelegramme verlesen. Begeistert wurde die Nachricht aufgenommen, daß die bayrischen AKW-Gegner in Nürnberg eine Kundgebung durchgeführt hatten, nachdem sie an der Weiterfahrt gehindert worden waren.

Kämpferisch und bester Stimmung setzte sich gegen 16 Uhr der Zug Richtung Bauplatz in Bewegung. Allein der Zug der Demonstranten, die zu Fuß gingen, war mehr als fünf Km lang. Während des Zuges ließen etliche Demonstranten Drachen aufsteigen, um die Polizeihubschrauber und den Funkverkehr zu behindern. Ungefähr fünf km vor dem Bauplatz – die Lichter darauf waren schon zu sehen – stand die massive erste Polizeikette. Es war bereits in Wilster von der Vollversammlung der Stadt-Vertrauensleute und gegen wenige KBW-ler beschlossen worden, daß dort die Abschlußkundgebung durchgeführt werden sollte. Die Kundgebung wurde auf einer großen Wiese in der Nähe der Absperrung durchgeführt. In der Rede des BUU-Vertreters wurde besonders der Erfolg der Demonstration, der in ihrer Einheit, Stärke und Geschlossenheit lag, hervorgehoben.

Im Dunkeln zog der Zug der Demonstranten wieder Richtung Wilster. Durch (erfolglose) Störmanöver des KBW wurde die Nachhut vom Demonstrationszug abgeschnitten. Hier versuchten die Bullen noch eine Provokation, als sie mit Blaulicht und Sirenen mit mehreren Fahrzeugen, zwei Wasserwerfern und einem Panzerspähwagen auf den letzten Trupp zufuhren. Die Insaßen eines PKW's, der nicht rechtzeitig zur Seite gefahren war, wurden von den Bullen aus dem Wagen gezerrt und der Fahrer wurde auf der Straße mit dem Gummiknüppel traktiert.

Gegen 21 Uhr kamen die letzten Demonstranten in Wilster an, wo die Vertrauensleute aus den Hamburger Bussen die geordnete und geschlossene Abfahrt organisierten. Es wurde ein Pendelverkehr für diejenigen eingerichtet, deren Busse nur bis Itzehoe gefahren waren. Trotz mehrerer massiver Bullenübergriffe, völlig grundloser Verhaftungen „wegen Beteiligung an einer verbotenen Demonstration", gelang ein halbwegs geordneter Abmarsch.

Fortsetzung auf Seite 3

Der bürgerliche Staat ist eine
den („FAZ", 11.2.77).
CDU-Aktivisten sind...
15 km vor Itzehoe gab es den ersten größeren Zwischenfall. Die
men, daß die bayrischen AKW-Gegner in Nürnberg eine Kundgebung
neter Abmarsch.
Fortsetzung auf Seite 3

Der bürgerliche Staat ist eine kriminelle Vereinigung . . .

Die „kriminelle Energie" der Bandenmitglieder ist groß, denn hohe Summen sind im Spiel. In Italien wird der trügerische Schleier, mit dem sich diese kriminelle Vereinigung als Wohltäter der Menschheit zu tarnen versucht, immer mehr angelüftet. Die letzten Fälle:

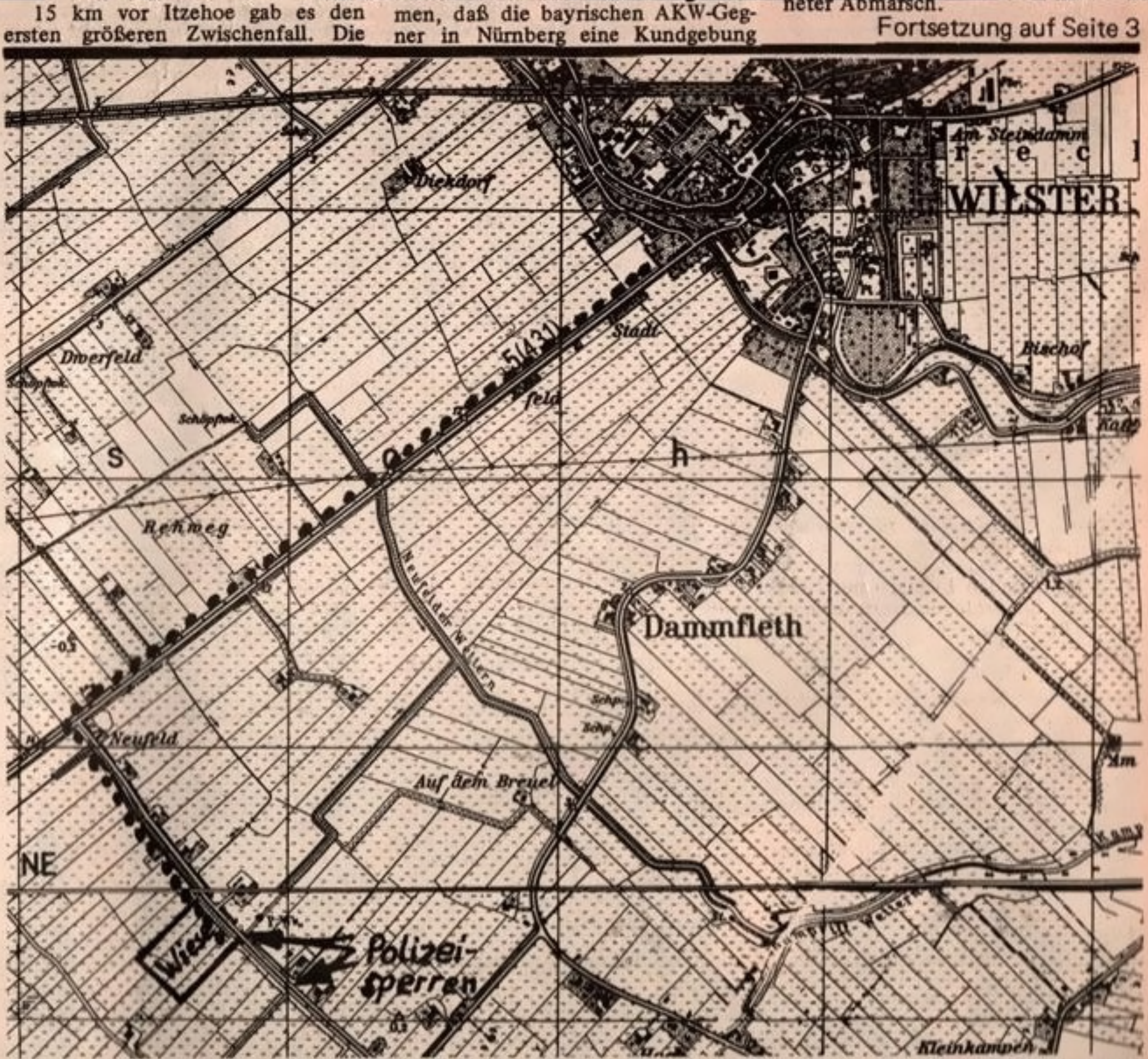
– Ende Januar sah sich ein parlamentarischer Vertuschungsausschuß gezwungen, die früheren Minister Gui (Christdemokraten) und Tanassi (Sozialdemokraten) wegen Korruption anzuklagen. Beide hatten zeitweise als „Verteidigungs"minister eine Schlüsselstellung inne. An ihren Händen blieben dabei u.a. hohe Summen an Schmiergeldern für den Erwerb von 14 Hercules-Transportflugzeugen der Firma Lockheed kleben. Gleichfalls unter Anklage gestellt wurden General Fanali (ehem. Stabschef der Luftwaffe), Crociani (ehem. Präsident des Staatskonzerns Finmeccanica) und einige kleinere Gangster. DEr frühere Ministerpräsident Rumor (Christdemokraten) entging der Anklage nur um Haaresbreite: Bei einem Verhältnis von 10 zu 10 gab im Vertuschungsausschuß die Stimme des christdemokratischen Vorsitzenden den Ausschlag zugunsten Rumors.

– Etwa gleichzeitig wurde der Präsident des obersten italienischen Gerichtshofes, Spagnuolo, vorläufig vom Amt suspendiert. Zahllose Skandale, u.a. auch in Zusammenhang mit dem faschistischen Terror und der Verfolgung der Linken, pflastern Spagnuolos Weg. Jetzt geht es darum, daß er auch in die Affäre um den Mafia-Bankier Michele Sindona verwickelt ist. Sindona war lange Zeit „Finanzberater" des Vatikan und der Christdemokraten sowie der Mafia selbst. Nachdem er es etwas zu toll getrieben hatte, erging Haftbefehl gegen ihn, dem er sich durch einen raschen Ortswechsel in die USA zu entziehen wußte. Dort lebt er auch heute noch, obwohl Italien seine Auslieferung beantragt hat, Spagnuolos Rolle dabei: Er soll den zuständigen amerikanischen Richter aufgefordert haben, den Auslieferungsantrag abzulehnen. Man sieht: Unter den neugierigen und zudringlichen Blicken der italienischen Arbeiterklasse darf ein Richter in Italien heute nicht einmal mehr ohne weiteres ungestraft die an sich selbstverständliche Banden-Solidarität üben!

– Wieder einmal wurden hohe Polizei-Funktionäre verhaftet, weil sie ihre pflichtgemäße Verwicklung in den faschistischen Terror nicht vorsichtig genug betrieben hatten. Verhaftet wurden zunächst zwei kleine „Killer" des italienischen Geheimdienstes SID, Sergio Zani und Claudio Widman. Sie hatten im Auftrag und auf Rechnung des SID im Januar und Februar 1971 in Trento (Südtirol) Bombenanschläge verübt, die zu einem Massaker hätten führen können. Die Spur führte dann zu weiteren Verhaftungen: Molino, zur Tatzeit führender Funktionär der Politischen Polizei in Trento: Pignatelli, Offizier des SID („Abteilung Gegenspionage") und Santoro, Offizier der Carabinieri in Trento. Die Anklage lautet in allen drei Fällen auf „Begünstigung" der Bombenanschläge.

Molino ist auch sonst kein Unbekannter: In Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank vom 12. Dezember 1969 (16 Tote!) ist immer wieder sein Name gefallen! Er war 1969 Funktionär der Polit.Polizei in Padua und wirkte dort (vor dem Anschlag!) dabei mit, Ermittlungen gegen die Faschistenbande Freda-Ventura abzuwürgen; inzwischen weiß man, daß die Freda-Ventura-Bande wesentlich in den Anschlag vom 12.12.69 verwickelt war. Nach dem 12.12. half Molino dann mit, wichtige Beweismittel, die schon damals auf die Freda-Ventura-Bande hindeuteten, beiseite zu schaffen.

Die Verhaftung von Molino, Pignatelli und Santoro stellt einen besonders schönen Erfolg für die Genossen der kommunistischen Organisation Lotta Continua dar, die schon 1972 (!) Enthüllungen über Molino brachten und Zani und Widman als Bombenleber anklagten. Ein jahrelanger Rechtsstreit, in den Molino daraufhin LC verwickelte, hat damit für die Genossen einen triumpahlen Abschluß gefunden. Unser Glückwunsch kommt von Herzen!



Die Karte zeigt die Umgebung von Wilster. Die gepunktete Linie zeigt die Demo-Route. Bei diesem Maßstab entsprechen zwei Zentimeter einem Kilometer (insgesamt also etwa 4,5 km). Die Polizeiberichte bestätigen, daß bei Ankunft der Demo-Spitze der Rest noch in Wilster selbst war. Noch n a c h Abschluß der Kundgebung von über einer Stunde rückten dichtgedrängt die Demonstranten auf den Platz. Die auch im Fernsehen gezeigten Luftaufnahmen bestätigen, daß die Demonstranten dichtgedrängt in Reihen von mindestens acht bis zwölf Leuten über die ganze Straßenbreite marschierten. Der Abstand der Reihen voneinander war minimal; auch das bewiesen die übers Fernsehen veröffentlichten Luftaufnahmen.

Nach der Demo – frecherweise auch schon während der Aktion selbst – veröffentlichten verschiedene Massenmedien, daß bloß ganze 6.000 Leute an der Demo beteiligt wären. Jeder kann sich jetzt ausrechnen, daß in diesem Fall die Demonstranten tatsächlich im Gänsemarsch, einer hinter dem anderen, gelaufen sein müßten. Eine einfache Berechnung, die jeder, der das „kleine Einmaleins" einigermaßen beherrscht, anstellen kann, beweist ohne weiteres, daß selbst die von uns veröffentlichte Zahl der Demonstranten von über 30.000 noch eher zu niedrig angesetzt ist, selbst dann, wenn man den Angaben der Beteiligten mißtraut und für eine solche Berechnung nur die polizeilichen Angaben zugrunde legt. – Wir glauben nicht, daß die bürgerlichen Berichterstatter zum Nachzählen oder Nachrechnen einfach zu blöd sind – denn dafür sprechen auch einige halbwegs richtige Angaben z.B. im Radio als „Vor-Ort-Berichte" und Augenzeugen-Berichte – sondern wir meinen, daß die vom Verfassungsschutz schon Wochen vor der Aktion angewiesene Zahl von „6.000 Chaoten" auch n a c h der Aktion vom Geheimdienst in den bürgerlichen Massenmedien durchgesetzt wurde. Pressefreiheit?!



Foto: Günter Zint
Foto: Günter Zint

Hatte sich die Polizei angesichts der über 30.000 Demonstranten tagsüber relativ zurückgehalten, so unternahm sie im Schutz der Dunkelheit etliche Angriffe gegen die AKW-Gegner. Demonstrativ stellten sich schwerbewaffnete Bullen am Ortseingang von Wilster auf. Gegen 20 Uhr stürmten mit Anti-AKW-Plaketten, Parka und Helmen getarnte MEK-Bullen auf eine Gruppe von Leuten zu. Zuerst hieß es, sie wollten die Personalien von 10 Leuten feststellen, dann erklärten die Bullen fünf für festgenommen. In ähnlicher Weise ereignete sich ein Vorfall gegen 22 Uhr bei Heiligenstedten, wo die MEK-Bullen die die Insaßen eines PKWs aus dem Wagen zerrten, ihnen die Hände auf dem Rücken fesselten und sie zwangen, sich mit dem Gesicht nach unten auf den nassen Boden zu legen. Ebenfalls MEK-Bullen zwangen mit Überhol- und Schneidemanövern verschiedene PKWs an der Abfahrt Hamburg-Stellingen zum Halten. Hier wurden nochmal 20 Brokdorf-Demonstranten festgenommen. Auf der Polizeiwache, wo sie erkennungsdienstliche behandelt wurden, wurde ihnen versuchte Tötung (!), illegaler Waffenbesitz, Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Am Sonntagmorgen wurden alle wieder freigelassen.

Insgesamt wurden am 19.2 in der Wilster Marsch und im übrigen Bundesgebiet über 90 Menschen festgenommen. (Daß diese völlig willkürlich herausgegriffen wurden, zeigt sich schon daran, daß sie – soweit uns bekannt ist – bis auf eine Ausnahme alle nach einigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.)

„Eine einmalige Hetz- und Verleumdungskampagne"

Bestandteil der Bürgerkriegsübung in der Wilstermarsch war zugleich eine in Schärfe und Ausmaß bisher beispiellose „psychologische Kriegführung". Nachdem die Spaltung der BUU als erster Schritt gelungen war und damit für die bürgerliche Propaganda die Linie „Friedliche – Chaoten" festgelegt war, wurde im nächsten Schritt versucht, den Teilnehmerkreis für die Brokdorf-Demonstration noch weiter einzuengen. Gleichzeitig wurde durch eine faschistoide Verteufelung der zur Demonstration am Bauplatz entschlossenen militanten AKW-Gegner die Voraussetzung geschaffen, um sie ohne größere öffentliche Empörung mit dem massiven Polizeiaufgebot zusammenzuknüppeln.

Nachdem bereits mit den Geldern aus der DDR und einem gefälschten Flugblatt der „KPD/ML" (siehe letzter AK) die militanten AKW-Gegner diffamiert worden waren, folgten Geschichten wie „Extremisten wollen mit Babys auf dem Arm Brokdorf stürmen" und die story vom Neo-Nazi Roeder, der auch für „Terror" in Brokdorf sei. Je näher der 19.2. rückte, umso intensiver wurden die Demonstranten zum politischen Freiwild erklärt. Die „sozialliberale" Hamburger „Morgenpost" prägte das Schlagwort von den *„Brokdorf-Chaoten"*. (18.2.). *„Wer jetzt kommt, will nur Gewalt"*, verkündete Schleswig-Holsteins Innenminister Titzck („Bild am Sonntag", 13.2.), womit jede Art von Polizei-Terror von vornherein gerechtfertigt wurde.

Die Bourgeoisie spricht im Zusammenhang mit dieser Spaltungs- und Verteufelungs-Taktik von der *„Entmischung der terroristischen Gruppen und der Kommunisten auf der einen Seite, der wirklichen Kernkraftgegner auf der anderen Seite"* („FAZ", 15.2.).

Stoltenberg gab ein weiteres Stichwort: *„Der harte Kern besteht aus reinen Terroristen, ja sogar aus Verbrechern"* („Bild", 16.2.). Bundesjustizminister Vogel ging gleich noch einen Schritt weiter, indem er pauschal sämtliche Demonstranten für kriminell erklärte: *„Man sollte weniger von Chaoten als von Terroristen sprechen"* („FAZ", 19.2.). Die Baader-Meinhof-Hetze, diesmal gleich im ganz großen Stil! Hierzu gehörte auch, daß in der Berichterstattung die „K-Gruppen" immer mehr mit „anarchistischen Gewalttätern" in Zusammenhang gebracht wurden. Als fast schon gemäßigt muß da Bundeskanzler Schmidt erscheinen, der „nur" meinte, *„einige Demonstranten"* seien *„vom Terrorismus nicht mehr weit entfernt"* („Hamburger Abendblatt", 18.2.).

Zur Kriminalisierung gehört die Einschüchterung der Bevölkerung, die in Angst und Schrecken vor den „Terroristen" versetzt werden soll, um jede Basis für eine Solidarisierung systematisch zu zerstören. So konnte man in den letzten Tagen vor dem 19.2. die tollsten Greuelmärchen aus Goebbels' Giftküche in der Presse wiederfinden. Motto: „Hilfe, die Russen kommen!" ... z.B. in Brokdorf: *„Hausrat wird weggeschafft. Wertvolles wie Bilder, Schmuck, Fernseher, Pelzmantel liegt in den Autos der Brokdorfer Bürger und soll ebenfalls fortgefahren werden". „In Brokdorf herrscht panische Angst. Die Menschen rechnen mit dem Schlimmsten". „Kleine Kinder werden von ihren Eltern zu Verwandten in Nachbardörfer oder -städte gefahren. Dort sollen sie bleiben, bis der Sturm sich gelegt hat"* („Welt", 19.2.). *„Viele Einwohner von Brokdorf verlassen ihre Häuser nicht mehr. Sie fürchten: Es wird Tote geben"* („Bild", 19.2.). Und in Itzehoe: *„Eine Stadt lebt in Angst ... Itzehoes Bürgermeister Günter Hörnlein zum ‚Hamburger Abendblatt': ‚Wir haben unsere Bürger aufgerufen, am Sonnabend in ihren Wohnungen und Häusern zu bleiben. Wir haben die Geschäftsinhaber gebeten, am Sonnabend spätestens um 10 Uhr die Läden zu schließen und die Rollos herabzulassen". „Um die Kinder nicht zu gefährden, haben am Sonnabend die Schulen in der Stadt an der Stör geschlossen." „Am größten ist die Furcht vor Brandschatzungen in den engen Straßen."* („Hamburger Abendblatt", 18.2.).

Man sieht, wie hier die Angst von Seiten der Behörden und der Presse systematisch geschürt werden soll, wie durch behördliche Anweisungen die Bevölkerung in eine Panik hineingetrieben werden soll. *„Zahlreiche Itzehoer versichern, daß sie am Samstag keinen Fuß vor die Tür setzen wollen"* („FAZ", 19.2.).

Die Presse am 19.2. selbst machte dann vollends den Eindruck, als stünde der Bürgerkrieg unmittelbar bevor: *„Alarm in Brokdorf: 55 Bomben!"* (Schlagzeile der „Bild" am 19.2.). *„Angst: Wird es Tote geben? Riesiges Waffenlager entdeckt"* (Überschrift im Innenteil der „Bild"). *„Bombenlager für Brokdorf aufgeflogen!"* (Schlagzeile der „Hamburger Morgenpost" am 19.2.).

Der perversen Phantasie des Peter Boenisch entsprang in der „Bild am Sonntag" vom 20.2. der widerlichste und tierischste Beitrag der ganzen Kampagne: „*...Die radikalsten der radikalen Demonstranten dachten anders: ‚Wir haben Pech, wenn es keine Toten gibt' ... Sie sind fanatisch und zynisch genug, sich Opfer aus den eigenen Reihen zu wünschen. Am liebsten ein Mädchen. Schneewittchen in Jeans. Unschuldig und wehrlos.* (Was für ein perverses Schwein!! – Anm. AK). *Auf den Schultern der Genossen. Noch warm und gerade erschossen. Rot und tot. Und telegen.* (Es sei übrigens daran erinnert, daß Boenisch hier exakt die Szenen beschreibt, in denen er und seinesgleichen nach dem 21. August 1968 in der CSSR zu schwelgen beliebten! – Anm. AK). *Die Jungfrau von Brokdorf. Heilige Johanna 77. Ach, wäre das schön gewesen"*.

In der Schlagzeile der „BamS" machte sich dafür die Wut über das entgangene Massaker Luft in der höhnischen Schlagzeile *„Die Chaoten kapitulierten vor der Polizei!" „In der Abenddämmerung verließ sie dann der Mut"*. Erst werden den militanten AKW-Gegnern die mörderischsten Absichten unterstellt. Kommt es dann zur Enttäuschung der Polizei-Führung und der bürgerlichen Presse zu einer machtvollen, aber gewaltlosen Demonstration, so sind die Demonstranten natürlich „Feiglinge".

Die Tatsachen sprechen aber eine andere Sprache. *„Das größte Aufgebot an Staatsmacht seit Bestehen der Bundesrepublik"* hat mehr als 30.000 Menschen nicht gehindert, unter denkbar ungünstigsten Bedingungen und in offener Landschaft das Demonstrationsverbot militant zu durchbrechen. Auch die mörderische „Terroristen"-Hetze der Bourgeoisie hat diese Menschen nicht gehindert, massenhaft zu kommen. Das sind mehr als 30.000 Menschen – und es sind noch weit mehr im ganzen Land – die begonnen haben, jede Furcht vor dem bürgerlichen Staat und seinem Repressionsapparat zu überwinden, Menschen, die auch vor einem bisher einmaligen propagandistischen Trommelfeuer nicht zurückgeschreckt sind. Hierin vor allem besteht die schwere Niederlage der Bourgeoisie am 19.2. und der große Sieg der revolutionären Linken. Wir haben eine wichtige Kraftprobe erfolgreich bestanden.

Warum mobilisierten wir für Brokdorf?

Es lagen klare und eindeutige Beschlüsse der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) vor, am 19.2. in Brokdorf eine Großkundgebung durchzuführen. Dieser Beschluß wurde nach der November-Aktion (mißlungener Besetzungsversuch) von der Landeskonferenz (40 Delegierte) am 27.12.76 – bei zwei oder drei Gegenstimmen – gefaßt. Da ein Baustopp-Urteil inzwischen vorlag, hieß es sinngemäß im Beschluß, daß ein erneuter Besetzungsversuch erst bei Aufhebung des Urteils unternommen würde und bei Urteils-Verlängerung eine Kundgebung ohne Besetzungsversuch abgehalten werden sollte.

Dieser Beschluß wurde am 15./16. 1.77 von der Bundeskonferenz (hat nur beratenden Charakter) bestätigt. Allerdings zeigten sich auf dieser Bundeskonferenz auch erste Risse innerhalb der BUU, z.T. hervorgerufen durch das „rrradikale" Geschwätz einiger Kräfte, die für eine „Bauplatzbesetzung um jeden Preis" stimmten, also ihrerseits gegen den gefaßten Beschluß der Landeskonferenz vom 27.12.76 argumentierten. Unter anderem hatte dies zur Wirkung, daß am zweiten Tag der Bundeskonferenz verschiedene Vertreter von Marscheninitiativen verärgert fernblieben.

Wir selbst hatten sofort nach dieser Bundeskonferenz diese Vertreter der rrradikalen Phrase einer „Besetzung um jeden Preis" öffentlich angegriffen, um eben das zu verhindern, was sich bereits Ende Dezember abzeichnete: eine (vorübergehende?) Spaltung der BUU und der Bewegung insgesamt.

Bereits auf der nächsten Landeskonferenz der BUU am 30.1.77 plädierten Vertreter verschiedener Marschenkonferenzen und der Westküste, Brokdorf als Demo-Ort fallen zu lassen und stattdessen nach Itzehoe zu mobilisieren. Begründet wurde dies damit, daß man einen erneuten Besetzungsversuch während des bestehenden Baustopp-Urteils verhindern wolle und dies bei einer Kundgebung in Brokdorf selbst nicht könne. Man wolle damit eine „weitere Eskalation der Gewalt" verhindern. Diese Begründung dürfte bei den meisten Marschen-Vertretern subjektiv ehrlich sein, bei anderen Vertretern (vor allem Westküste) bloß vorgeschoben. Vertreter der Marschenkonferenz hatten Angst, daß erneute Besetzungsversuche die Polizeibrutalitäten, sowohl gegen die Demonstranten, als auch – tagtäglich – gegen die Bevölkerung der Wilster Marsch nur weiter steigern würde.

Fortsetzung Seite 4



In der Organisation der dänischen AKW-Gegner – O.O.A. – haben wir mit großen Sorgen erfahren, daß die deutsche Anti-AKW-Bewegung um Brokdorf gespalten ist, so daß am 19.2. zwei verschiedene Demonstrationen mit dem gemeinsamen Ziel veranstaltet werden: „Kein AKW in Brokdorf oder anderswo". Die jetzige Spaltung wird bewußt von den Erbauern der AKW und von der Landesregierung gefördert, um in dieser Weise die Aufmerksamkeit von dem gemeinsamen Ziel beider Demonstrationen abzulenken, den Bau von AKWs zu verhindern. Da wir in den O.O.A.-Gruppen zu dem Spaltungsversuch nicht beitragen möchten, können wir uns weder der einen noch der anderen Demonstration anschließen. Der Atomkraftwiderstand ist international. Wir unterstützen deshalb den Kampf der deutschen AKW-Gegner sowohl in bezug auf AKW, Wiederaufbereitungsanlagen und den Export von Atomanlagen. Und wir verurteilen die Brutalität der Polizei gegen die AKW-Gegner und den anhaltenden Polizeiterror der örtlichen Bevölkerung gegenüber.

Organisationen til Oplysning om Atomkraft
Dänemark, den 16.2.1977

Die O.O.A. hatte ursprünglich aufgerufen, sich an der Demonstration in Itzehoe zu beteiligen. Ein Sprecher der O.O.A. stand auf der Rednerliste der Itzehoer Organisatoren. Auf Grund der bestehenden Spaltung in der BUU hatte sie sich dann dazu entschlossen, es ihren Mitgliedern freizustellen, zu welcher Demonstration sie gehen wollten. Bitter für die DKP-Hochstapler, die gerade mit „den Dänen" als Stars für die Itzehoer Demonstration geworben hatten...



RESOLUTION
Zur Abstimmung vorgelegt den Teilnehmern an der Großveranstaltung der BUU/Hamburg am 17.2.1977

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Marschen hat durch ihren Sprecher Lars Hennings am Mittwoch, den 16.2. erklären lassen, daß das vom Landrat des Kreises Steinburg ausgesprochene Demonstrationsverbot „nach einer einmaligen Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die aktiven Atomkraftwerksgegner" ergangen sei – und daß mit dieser Verfügung das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit eingeschränkt worden sei.
Diese Position deckt sich mit der Einschätzung der Hamburger Regional-Konferenz der BUU – und wir nehmen mit Genugtuung und Dankbarkeit davon Kenntnis, daß unsere Freunde aus dem Marschengebiet trotz der „einmaligen Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die aktiven AKW-Gegner" so unzweideutig „Flagge gezeigt" haben.
Daß es den Herrschenden nicht gelungen ist, die Anti-AKW-Bewegung in zwei einander unversöhnlich gegenüberstehende Teile zu spalten (hier die „Chaoten", „Politrocker" etc. und dort die „gemäßigten, verfassungstreuen Kräfte"), zeigt u.a. auch die sogenannte Glückstadter Erklärung der Marschenkonferenz vom 13.2.77, in deren Schlußteil es heißt: „Vieles in der letzten Zeit ist falsch gelaufen, wir haben auch einen gut Teil Schuld daran; was vielen aus der Ferne als von langer Hand geplante ‚Spaltungsstrategie' erscheint, ist zum allergrößten Teil auf mangelnde Koordination in der Marschenkonferenz und daraus entstehende Einzelaktionen zurückzuführen, nicht auf ‚Planungen' der BIs hier im Gebiet. Wir wollen keine Spaltung, sondern die möglichst breite Einheit aller AKW-Gegner".
Am kommenden Samstag wird es zwei Demonstrationen geben. Das steht fest. Aber: Um auch am 19.2. die solidarische Verbundenheit der e h r l i c h e n AKW-Gegner zu demonstrieren, bitten wir die verantwortlichen Vertreter der Marschenkonferenz, zu der am Baugelände in Brokdorf geplanten Großkundgebung eine Delegation zu entsenden.

Es lebe die Einheit aller ehrlichen AKW-Gegner in der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe!

Vereint siegen, nicht getrennt unterliegen!

Hamburg, den 17.2.77
Bei 3.500 Anwesenden angenommen bei 2 Gegenstimmen und rund 5 Enthaltungen

Diese Resolution wurde auf einer Massenveranstaltung in Hamburg verabschiedet und einer parallel laufenden Veranstaltung der BUU-Marschen Gruppe Wilster übermittelt. Die dort Versammelten haben diese Entschließung bei nur vier Enthaltungen angenommen (40 Menschen waren dort versammelt).

Fortsetzung von Seite 3

Diese Angst der Marschenbauern ist verständlich, und man hätte an dieser Stelle eine ausführliche politische Auseinandersetzung mit ihren Vertretern führen müssen, um aufzuzeigen, daß man diese Angst entweder überwinden, oder aber das AKW wird hinnehmen müssen, daß die Eskalation der Gewalt ausschließlich von der Polizei ausgeht und erst aufhört, wenn die Wilster Bauern das AKW hinnehmen und ihren Widerstand dagegen aufgeben. Eine solche Diskussion kam aber nicht mehr zustande, weil die Rechte innerhalb des „Itzehoe-Blocks" schon so weit vorgearbeitet hatte, daß der gesamte Block jede Diskussion verweigerte und dann später auch die Konferenz verließ. Auf der nächsten Landeskonferenz erschien der „Itzehoe-Block" erst gar nicht mehr.

In diese, an sich „harmlose" und unbedeutende Differenz über den geeignetsten Demo-Ort hat dann sofort die gesamte Reaktion, d.h. die bürgerlichen Parteien, die Geheimdienste, praktisch die gesamte Presse, Fernsehen, Rundfunk, Bundes- und Landesregierungen hineingeschlagen und zu einem gigantischen polizeilichen und propagandistischen Feldzug gegen die g e s a m t e Anti-AKW-Bewegung geblasen.

Wieso gegen die gesamte Bewegung? – Einmal ging es der Reaktion darum, eine rasch an Größe und Schlagkraft gewinnende, militante „Bürgerbewegung" ihrer natürlichen Bündnispartner, nämlich der Kommunisten, zu berauben, und damit die Schlagkraft der Bewegung insgesamt zu spalten. Dieses Bündnis hatte sich vielerorts bewährt und man fand recht schnell gemeinsame Arbeitsgrundlagen. Die Bourgeoisie servierte durch ihre Geheimdienste die wildesten Greuelstories über Ziele und Absichten der „K-Gruppen" und forderte die BIs zur pauschalen Distanzierung von diesen auf. – Zweitens setzte die reaktionäre Hetze die Mehrheit der BIs aus dem gesamten Bundesgebiet und auch die Mehrheit der BUU (21 von 40 Delegierten, die etwa drei Viertel aller Einzel-BIs repräsentieren) mit den diffamierten „K-Gruppen" gleich und unterzog sie derselben Hetze. – Drittens griff die Bourgeoisie und alle ihre Parteien (einschließlich DKP) das entscheidende Kampfmittel der BIs, nämlich die Platzbesetzung grundsätzlich an, versuchte Besetzungsaktionen allgemein als „Terrorismus" zu kriminalisieren. Die Bourgeoisie versuchte, die BIs generell zur Absage von „Gewalt" (??) zu erpressen, zu der sie zu allererst eben das Mittel der Platzbesetzung (einschließlich dem Einreißen der Umzäunung etc.) zählte. – Viertens versuchte die Bourgeoisie, die BIs allgemein auf (von ihr) bestimmte Formen des „Protestes" festzulegen, nämlich auf „friedliche Kundgebungen" (möglichst weit ab vom Platz des eigentlichen Geschehens), auf „Dialog" mit den Kernkraftwerks-Betreibern (Regierung, bürgerliche Parteien) etc. Mit anderen Worten: Die Bourgeoisie versuchte, sich eine eigene „Protest"bewegung zusammenzuschustern, die ihr beim Aufbau von AKWs nicht ernsthaft in die Quere kommt, über die sie „dem Volk" gegenüber Bürger-Nähe und „demokratisches Verhalten" vorspiegeln kann und die zuguterletzt bereit ist, spontan auftretende Bedenken in der Bevölkerung zu zerstreuen (vergleiche den bekannten Mitbestimmungsschwindel des Reformismus).

Bei dieser, mit polizeilichen und propagandistischen Mitteln vorgetragenen Einschüchterungskampagne mußte einfach am Beschluß, in Brokdorf (oder möglichst in der Nähe) zu demonstrieren, festgehalten werden, alles andere hätte bedeutet, sich zum Spielball der Reaktion (wie GIM und „KPD/ML") machen zu lassen.

Die praktische Dimension dieser Einschätzung bedeutete den Versuch der Verhinderung eines blutigen Gemetzels unter den Demonstranten, das die Bourgeoisie ankündigte und auf das sich die massierten Polizeikräfte vorbereiteten, und zwar ohne vor der Bourgoisie auf dem Bauch zu liegen, d.h. die Aktion abzublasen oder aber kleinlaut nach Itzehoe zu ziehen. Die Bourgeoisie spekulierte darauf, daß ihre Hetzkampagne zur beabsichtigten Isolierung einer Minderheit von AKW-Gegnern führte, mit der sie kurzen Prozeß machen könnte und der sie hernach auch noch die „Schuld" an den Ausschreitungen (der Polizei) in bekannter – und durch diverse Greuelstories vorbereiteter – Manier in die Schuhe schieben könnte. Der disziplinierte und entschlossene Aufmarsch von über 30.000 Demonstranten, die auf militante Angriffe der Polizei gut vorbereitet waren, vereitelte dieses Konzept.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 98 schrieben wir dazu: *„Man darf sich dadurch (das angekündigte Gemetzel der Bourgeoisie) nicht abschrecken lassen. Ob die bürgerlichen Parteien ihre Absicht durchsetzen können, hängt in allererster Linie davon ab, ob es ihnen gelingt, die Anti-AKW-Bewegung zu spalten und die breite Mehrheit der Bewegung von der Demonstration am Bauplatz abzubringen. Je mehr wir am 19. Februar in Brokdorf sein werden, umso schwerer wird ihnen das geplante abschreckende Gemetzel fallen. Wenn die AKW-Bewegung geschlossen bleibt, kann sie die Pläne des bürgerlichen Staates zunichte machen. In diesem Sinn kann es nur heißen: Jetzt e r s t r e c h t am 19.2. in Brokdorf! ..."*

Die reale Entwicklung hat diese Einschätzung vollauf bestätigt!

Demgegenüber argumentiert der DKP-Studentenverband MSB so, als wenn die Absichten der Bourgeoisie bereits blutige Realität wären: *„Es wird also zum Zusammenspiel von Polizeiapparat und Provokateuren* (gemeint sind „KPD" und „KPD/ML" – Anm. AK) *kommen. Jede Illusion, besonnene Kräfte (vielleicht der KB-Nord?) könnten dies verhindern, ist fehl am Platze. Niemand glaubt an eine Aktion ohne blutige Auseinandersetzungen"* (Flugblatt des MSB, Hamburg).

Ähnlich argumentierte auch die GIM, die gewissermaßen im letzten Augenblick von der Brokdorf-Demo zur Itzehoe-Kundgebung übersprang. In einem Flugblatt vom 10.2. schrieb die Hamburger GIM, *„daß diese Garantie* (kein Gemetzel) *heute von niemandem gegeben werden kann".* Drum *„hält die GIM es heute für politisch unverantwortlich, weiterhin zur Demo in Brokdorf aufzurufen".* Im selben Flugblatt behauptete die GIM, daß *„die Basis für die Unterstützung der Brokdorfer Demo sehr dünn"* sei. – Wie man sich irren kann! Das Flugblatt insgesamt trägt die bezeichnende Überschrift: *„Auch nach der Aufhebung des Demonstrationsverbots in Brokdorf: EIN VERANTWORTUNGSLOSES ABENTEUER".* Ein Glück für die westdeutsche Linke, daß diese Art von „Verantwortungslosigkeit" die ständigen Angriffe der Bourgeoisie bisher überdauert hat, oder?

In ihrer Zeitung „Was tun?" vom 17.2. resümiert die GIM zur „theoretischen" Begründung ihres kurzfristigen Schwenks nach Itzehoe: *„Möglich und wahrscheinlich scheint, daß es zu wesentlich schwereren Zusammenstößen mit der Polizei und BGS als zuvor kommen wird, ohne irgendeinen positiven , das Massenbewußtsein der KKW-Gegner insgesamt hebenden Effekt. Ja, schlimmer noch: es besteht die große Gefahr, daß die Demonstration in Brokdorf die Spaltung der KKW-Gegner verschärfen wird."*

Innerhalb der „KPD/ML" wurde ebenfalls – und zwar hauptsächlich von seiten der Führung dieser Gruppe – mit der Blutbad-Argumentation gearbeitet. Ähnlich wie die GIM argumentierte die „ML"-Führung in der Organisation, daß man nicht in eine Falle laufen dürfe, daß man sich auf der Brokdorf-Demo nur unnötig blutige Köpfe holen würde etc. Ebenso wie die GIM unterlag die „KPD/ML"-Führung dem massiven Propaganda-Feldzug der Bourgeoisie, ohne jeden Blick für die wirkliche Massenbewegung gegen die AKW.s und für den erreichten Stand des politischen Bewußtseins innerhalb dieser Bewegung, was den sektiererischen Charakter dieser beiden Organisationen gleichermaßen hervorhebt. (Wir wollen nicht verschweigen, daß einzelne Mitglieder beider Organisationen trotzdem auf der Brokdorf-Demo dabei waren, die „ML"er sogar demonstrativ mit „Parteifahne" – etwa 50 Leute.)

Fortsetzung auf Seite 6

Polizei und Bundesgrenzschutz überall: Demonstranten, die nach Brokdorf wollten, wurden bereits auf den Autobahnen (teilweise hunderte Kilometer vom Demo-Ort entfernt) aufgehalten und durchsucht. Bei „Kontrollen" wie dieser wurden bereits mehr als 50 AKW-Gegner verhaftet. In der Wilster Marsch waren dann die unten abgebildeten Herrschaften zuTausenden aufmarschiert, um die Demonstranten zu „empfangen"

Fotos: Günter Zint

Forts. von Seite 4

Zuguterletzt war die Mobilisierung einer starken Brokdorf-Demo notwendig, um die nun von starken Kräften beider Seiten geplante „Wiedervereinigung" der BUU auf der – bewährten! – kämpferischen Grundlage vorzubereiten und wiederherzustellen und den resignativen und reformistischen Tendenzen ebenso eine Abfuhr zu erteilen wie dem hirnlos-rrrradikalen Geschrei einer „Besetzung um jeden Preis". Sowohl die rechten Spalter – allen voran die DKP – als auch die Reiter der rrradikalen Phrase sind die Verlierer vom 19.2. innerhalb der Bewegung. Eine Niederlage der militanten AKW-Gegner – sei es in Form eines Abblasens der Demo, sei es in Form eines Polizei-Gemetzels – hätte unweigerlich die Spaltung vertieft, indem sie seine rechten und pseudo„linken" Flügel scheinbar gestärkt hätten, was ein endgültiges Zerreißen der BUU und der gesamten Bewegung zum kaum vermeidbaren Ergebnis hätte.

Als Aufgaben der nächsten und allernächsten Zeit betrachten wir die „Wiedervereinigung" der BUU (bei Zurückkämpfung der schädlichen Strömungen) auf der Basis des riesigen Erfolges der Aktion am 19.2. in der Wilster Marsch. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß starke Kräfte derjenigen Bürgerinitiativen, die am 19.2. nach Itzehoe aufgerufen hatten, diese „Wiedervereinigung" ebenso wünschen wie wir. Im weiteren wird es notwendig sein, auf der Basis der nationalen Mobilisierung vom 19.2. – sowohl für die Wilster Marsch, als auch für Itzehoe – über den Aufbau eines nationalen Verbandes von Bürgerinitiativen nachzudenken, und auch notwendige Schritte z.B. beim Aufbau regionaler Verbände und Zusammenschlüsse mutig zu beschreiten. Dies wiederum ist nur sinnvoll, wenn es gleichzeitig gelingt, die bestehenden guten Voraussetzungen für eine wesentliche Verbreiterung und „Vermassung" der Bewegung aktiv zu nutzen und neue Menschen in bestehende BIs einzubeziehen sowie neue BIs aufzubauen etc.

Zusammenschlüsse einzelner BIs auf regionaler wie auf Landes- und Bundesebene sollten allerdings auf demokratischen Prinzipien beruhen, was bedeutet, darauf zu achten, daß unterschiedliche politische und ideologische Strömungen einander nicht ausschließen dürfen und alle ehrlichen AKW-Gegner solidarisch zusammenarbeiten können und es bedeutet weiterhin die entschiedene Abgrenzung zu sogenannten zusammenphan-
auf regionaler wie auf Landes- und Bundesebene sollten allerdings auf demokratischen Prinzipien beruhen, was bedeutet, darauf zu achten, daß unterschiedliche politische und ideologische Strömungen einander nicht ausschließen dürfen und alle ehrlichen AKW-Gegner solidarisch zusammenarbeiten können und es bedeutet weiterhin die entschiedene Abgrenzung zu sogenannten zusammenphan-
tasierten „Papier-Verbänden", wie sie z.B. von Wüstenhagen repräsentiert werden, der vorgibt für insgesamt 800 (!) BIs zu „sprechen". Schließlich gilt es, daß Problem geeigneter Aktionsformen neu zu überdenken und dabei auch spontan entstandene (wenn auch z.T. falsche) Vorschläge aus der Bewegung selbst mit einzubeziehen: Als z.B. am 19.2. morgens am Hamburger Sammelplatz ein Flugblatt auftauchte, und zur Platzbesetzung in Krümmel (im Bau befindliches AKW), statt zur Demo in Brokdorf aufrief, ist dies zwar vollkommen richtig von der BUU scharf zurückgewiesen worden, weil es in der k o n k r e t e n Situation politisch völlig falsch, weil vor der Bourgeoisie zurückweichend, war. Dennoch ist ein gewisser Grundgedanke daran von bestechender Logik, nämlich derjenige, die militärisch-technische Überlegenheit der Reaktion durch eine neue Mobilität der Bewegung zu unterlaufen. Man stelle sich die Möglichkeit einer massiven, nationalen Mobilisierung vor, bei der von einer anerkannten Demo-Leitung erst am Sammelplatz oder ein/zwei Tage vorher das jeweilige Ziel der Aktion bekanntgegeben wird. Beim derzeitigen Stand der Dinge, kann sich die Bourgeoisie nur e i n Brokdorf leisten, aber keine zehn oder 20 Atom-Festungen, die dann alle zum selben Tag entsprechend gesichert werden müßten.

Auch gleichzeitige Aktionen am selben Tag bieten sich mit gewisser Logik an. Als gutes Beispiel dafür bietet sich die Besetzung von Grohnde durch nur 500 bis 1.000 Demonstranten, gewissermaßen „im Schatten" der Aktion in der Wilster Marsch an.

Für die unmittelbaren Aktionen der Bewegung wird unsere schon vor Wochen aufgestellte Losung: *„Schafft zwei, drei, viele Brokdorf!"* zweifellos zukünftig mehr und mehr praktische Bedeutung gewinnen, weil beim Festbeißen der Bewegung an nur ein oder zwei „Brennpunkten" (Brokdorf und Wyhl) die militärisch-technische Überlegenheit der Gegenseite ein übermäßiges Gewicht erhält.

Eine solche Weiterentwicklung der bisherigen Aktionsformen setzt allerdings eine Hebung des politischen Niveaus der Bewegung insgesamt und eine erhebliche Intensivierung der „Kleinarbeit vor Ort" voraus.

Nazi Roeder spielt AKW-Gegner

„Rechtsextremisten wollen die Volksseele zum Kochen bringen" („Frankfurter Rundschau", – „FR", 8.2.77), *„Rechtsradikale Erwartungen"* („Husumer Nachrichten", 7.2.), *„Auch Neonazis wollen zur Brokdorf-Demonstration"* („Flensburg Avis", 7.2.77), *„Maoisten und Neonazis organisieren Provokationen"* („Unsere Zeit" – „UZ", 9.2.77) – mit derart reißerisch aufgemachten Schlagzeilen berichtete die bürgerliche Presse auf der ersten Seite: Der berüchtigte Nazi-Anwalt Roeder plane am 19.2. eine „Gegendemonstration" („FR") in Brokdorf. Auch die „trotzkistische" GIM, die ohnehin in der Polemik gegen die Demonstration in Brokdorf weitgehend die Argumentation der DKP übernahm, konnte sich dem allgemeinen Trend nicht entziehen: *„In Brokdorf selbst wird der Kampfplatz überwiegend den Linksradikalen, der Polizei und dem Bundesgrenzschutz überlassen bleiben. Vielleicht werden sogar Neo-Faschisten, wie angekündigt, anreisen, um ihr Süppchen zu kochen"* („was tun", 17.2.).

Roeder hat, ebenso wie verschiedene andere militante Faschisten, schon vor einiger Zeit begonnen, den AKW-Gegner herauszuhängen, um auf dieser Welle seine rassistische Hetze und seine Propaganda für die faschistische Diktatur anstelle der bürgerlichen „Demokratie" zu betreiben. Konkret bezog sich die gespielte Aufregung der bürgerliche Presse darauf, daß Roeder in seinem „43. Brief" vom Januar u.a. geschrieben hatte: *„Es muß zum Überkochen kommen wie in Brokdorf. Brokdorf war das Fanal und der Hoffnungsstrahl am Horizont. Die Volksseele kocht über. Das demokratische Gesindel fängt an zu zittern. Auf diese Situation haben wir jahrelang gewartet. Endlich ist die Stunde da! Brokdorf ist die Archillesferse der Demokratie. Da gilt es anzupacken"*.

Die „FR" schob dem Roeder in einer Unterüberschrift auch noch den Satz unter: *„Terror ist zu begrüßen"*. Nun bezweifeln wir nicht, daß Roeder faschistischen Terror begrüßt. In d i e s e m Fall handelte es sich jedoch um eine simple Fälschung. Im „43. Brief" hieß es nämlich wörtlich: *„Unsere einzige Hoffnung ist der Zusammenbruch dieses Regimes mit seinen Lügen. Und jeder, der den Zusammenbruch*
in einer Unterüberschrift auch noch den Satz unter: „Terror ist zu begrüßen". Nun bezweifeln wir nicht, daß Roeder faschistischen Terror begrüßt. In d i e s e m Fall handelte es sich jedoch um eine simple Fälschung. Im „43. Brief" hieß es nämlich wörtlich: „Unsere einzige Hoffnung ist der Zusammenbruch dieses Regimes mit seinen Lügen. Und jeder, der den Zusammenbruch
fördert, ist uns willkommen. Der J u s t i z terror ist sogar zu begrüssen. Denn . . ." usw. (Mit „Justizterror" meint Roeder die Tatsache, daß er ausnahmsweise mal zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt wurde, nachdem seine faschistischen und antisemitischen Provokationen bisher straffrei geblieben waren). Die „FR" hat sich Roeders Worte s o hingedreht, daß die Gleichung „Linker Terror = Rechter Terror" aufgehen soll. Um an dieser dreisten antikommunistischen Masche weiter zu strikken, griff die „FR" das Thema am 14.2. noch einmal auf: *„Manfred Roeder will bei der für den 19. Februar in Brokdorf geplanten Demonstration ‚Arm in Arm' mit den militanten sogenannten K-Gruppen marschieren und dabei keine Gelegenheit auslassen, die Konfrontation zu suchen. Wie Roeder durchblicken ließ, seien die Fühler nach linksaußen ‚bereits ausgestreckt'"*.

Gleichfalls am 14.2. wärmte auch die DKP-Zeitung „UZ" das Thema nochmals auf: *„. . . Im Unterelbegebiet wächst unterdessen die Besorgnis der Bevölkerung vor der von maoistischen bis neofaschistischen Kräften für Samstag unmittelbar am Baugelände Brodorf geplanten Aktion. Der als rechtsradikaler Scharfmacher wiederholt in Erscheinung getretene Rechtsanwalt Roeder . . . bestätigte am Samstag in einem Telefongespräch mit der Nachrichtenagentur dpa die Absicht seiner Parteigänger zur Teilnahme am Bauplatz in Brokdorf. Sie würden dabei – so wörtlich dpa – ‚möglicherweise auch zu Mitteln der Gewalt greifen'"*.

Auffallend ist, daß sich fast ausschließlich d i e Zeitungen des Themas Roeders mit besonderer Liebe annahmen und seine Provokationen bereitswilligst publik machten, die der Regierungskoalition oder der DKP nahestehen. Gerade relativ fortschrittliche Menschen sollten gezielt durch das Märchen vom „Bündnis zwischen Neo-Nazis und K-Gruppen" verunsichert werden.

Nazi-Roeder in Itzehoe!

Nachdem der berüchtigte Nazi Roeder provokatorisch verkündet hatte, er wolle am 19.2. in Brokdorf demonstrieren, stürzte sich die Presse gierig darauf, mit an der Spitze die „UZ" der DKP. „Links- und Rechts-Radikale Hand in Hand", aber klar doch!...

Die Pointe: Am 19.2. kamen Roeder und sein Freund Thies Christophersen zur „friedlichen" Kundgebung nach Itzehoe! Unbehelligt zogen die Faschisten mit ihrer Fahne (schwarzes Feld mit weißem Pflug) durch die Stadt. Für die DKP wirklich ein Schuß, der voll nach hinten losgegangen ist! Aber darüber werden die Leser der „UZ" zweifellos in ihrer Zeitung kein Sterbenswörtchen lesen.

Kundgebung nach Itzehoe! Unbehelligt zogen die Faschisten mit ihrer Fahne (schwarzes Feld mit weißem Pflug) durch die Stadt. Für die DKP wirklich ein Schuß, der voll nach hinten losgegangen ist! Aber darüber werden die Leser der „UZ" zweifellos in ihrer Zeitung kein Sterbenswörtchen lesen.

Daß Nazi-Roeder und seine „versprochenen" braunen Banditen wohlweislich am 19.2. bei der Demonstration in Richtung Bauplatz überhaupt nicht in Erscheinung traten, versteht sich eigentlich von selbst. Hätte er es gewagt, so hätten die Demonstranten ihn und seinesgleichen fürs Krankenhaus fertig gemacht. Die Ankündigung Roeders, zur Demonstration zu kommen, und seine schwachsinnigen Andeutungen über „Fühler nach linksaußen" waren also ganz bewußt als Provokation gedacht, um Munition für die Diffamierung der Demonstranten zu liefern. Die „sozialliberale" und revisionistische Presse hat das begierig aufgegriffen und herzlich gern von der Provokation ausgiebigsten Gebrauch gemacht. S i e, und nicht etwa die militanten AKW-Gegner, haben mit Roeder zusammengespielt!

Die zur Demonstration in Brokdorf aufrufenden Initiativen der BUU gaben dazu sofort eine Presse-Erklärung heraus, die von „FR", „UZ" etc. selbstverständlich nicht zur Kenntnis genommen wurde. Darin heißt es u.a.: *„Die ‚Frankfurter Rundschau' verfolgt mit dieser Meldung den Zweck, die AKW-Gegner, die am 19. Februar in Brokdorf demonstrieren wollen, ins Zwielicht zu rücken und gemäß dem erprobten Schema ‚rechts = links' zu diffamieren und in die Nähe des Neo-Nazismus zu bringen"*.

Es wird dann auf die zahlreichen Verbrechen Roeders (gegen ihn mußten über 50 Ermittlungsverfahren eingeleitet werden!!) und seine ständige Begünstigung durch die Justiz eingegangen. Abschließend heißt es: *„Der Grund für diese bemerkenswerte Schonung, die auch im schreienden Widerspruch zum Bekenntnis der ‚Wiedergutmachung' gegenüber den Opfern der Nazi-Tyrannei steht, liegt offensichtlich darin, daß die Dienste des Provokateurs Roeder e r w ü n s c h t sind . . . Wir sagen es unmißverständlich: Nicht die AKW-Gegner paktieren mit Roeder und ähnlichen neonazistischen Kräften, sondern die Bundesregierung und die Gerichte, die einen solchen Mann schützen und schonen. Wir AKW-Gegener unterstützen die bereits von vielen Demokraten und Verfolgten der Nazi-Tyrannei erhobenen Forderung: Roeder muß hinter Gitter!"*

Übrigens ist Roeder auch in seiner Wohngegend seit einigen Monaten aktiv, um als „AKW-Gegner" aufzutreten. So erscheint er bei Veranstaltungen der Bürgerinitiative Borken, um seine faschistischen Ideen an die Leute zu bringen. Auch bei Bauern der Gegend versucht er sich einzuschleichen.

Roeders Freund Christophersen kreuzte bei der Gründungsveranstaltung der BI Schleswig im Februar auf, zusammen mit einem Mitglied der faschistischen „Wiking Jugend". Er blieb zunächst unerkannt, bis er Flugblätter von Roeders „Deutscher Bürgerinitiative" zu verteilen be-
Leute zu bringen. Auch bei Bauern der Gegend versucht er sich einzuschleichen.

Roeders Freund Christophersen kreuzte bei der Gründungsveranstaltung der BI Schleswig im Februar auf, zusammen mit einem Mitglied der faschistischen „Wiking Jugend". Er blieb zunächst unerkannt, bis er Flugblätter von Roeders „Deutscher Bürgerinitiative" zu verteilen be-
gann. Auf einstimmigen Beschluß der Versammelten wurden die beiden daraufhin an die frische Luft gesetzt. Kurz darauf rief empört die Polizei an, um sich zu beschweren, daß man den „freien Journalisten" Christophersen rausgeschmissen habe. Der Wirt der Kneipe „Hohenzollern" (?!), in der die Versammlung stattfand, will künftig auf Druck von Christophersen seine Räume nicht mehr der BI zur Verfügung stellen.

Antifa-Kommission Flensburg und AK-Redaktion

„KPD/ML" bestätigt Provokateurs-Rolle

Eine besonders provokatorische Rolle spielte während der Vorbereitung der dritten Brokdorf-Aktion die „KPD/ML". Durch zuletzt mehrmals täglich wechselnde Aktions-Parolen, Gerüchtemacherei und Demobilisierung versuchte die „KPD/ML" der Anti-AKW-Bewegung in den Rücken zu fallen und die Demonstration in Brokdorf zu verhindern. Daß dadurch kaum ein Schade entstand, verdankt sich nur der weitgehenden Bedeutungslosigkeit dieser Sekte.

– Am 8.2. rief die „KPD/ML" noch ganz auf super-„links" zur Demonstration in Brokdorf auf. In dem Flugblatt wurde so getan, als ob neben der DKP auch der KB nach Itzehoe aufrufen würde, was der üblichen Verleumdungs-Praxis der „KPD/ML" voll entsprach.

– Am Freitag, 11.2., war dann plötzlich von „KPD/ML"ern zu hören, „die Partei" werde weder in Brokdorf noch in Itzehoe demonstrieren. Die Begründung dafür habe „der Genosse Ernst" (Aust) in einer Rede geliefert.

– Am Sonnabend, 12.2., meldete sich auf der Bundeskonferenz der BI's in Wilster ein „KPD/ML"er zu Wort, um „eine wichtige Erklärung der Partei" zu verkünden: Die „KPD/ML" werde nicht nach Brokdorf fahren, „um dem Feind nicht ins offene Messer zu laufen", sondern werde in Itzehoe eine „Gegendemonstration" machen. Ein Riesengelächter unter den Delegierten war die Antwort.

– Am zweiten Tag der Bundeskonferenz, 13.2., meldete sich wieder der „KPD/ML"er zu Wort, um eine neue „ganz wichtige Erklärung der Partei vorzutragen": Die „KPD/ML" werde nun, angesichts der allgemeinen Stimmung, doch mit nach Brokdorf fahren, „um die Bewegung nicht im Stich zu lassen".

– Am Montag, 14.2., stimmen die fünf „KPD/ML"er in der BI Hamburg-Barmbek als einzige für eine „Gegenkundgebung" in Itzehoe. Dasselbe wiederholt sich am 15.2. in der von der „KPD/ML" dominierten BI Hamburg-Langenhorn.

– Große Überraschung am selben Tag: Der „Rote Morgen" (vordatiert auf 18.2.) ruft zur Demonstration in Brokdorf auf!

Aus Gesprächen ergibt sich, daß die Verwirrung bei den einzelnen „KPD/ML"ern noch erheblich größer war. Fairerweise muß man dazusagen, daß viele „KPD/ML"er bisher in Brokdorf tapfer gekämpft haben und von den wechselnden Beschlüssen ihrer Leitung total überrumpelt wurden und viele offenbar auch dagegen rebellierten. Die Verantwortung für diese massiven Provokationen in den entscheidenen Tagen der Aktions-Vorbereitung liegt bei der „KPD/ML"- F ü h r u n g . Es liegt auf der Hand, welche verhängnisvollen Folgen es haben könnte, wenn in so einer Situation eine Organisation aus der Kampffront ausschert, widersprüchliche Aktions-Parolen ausgibt und teilweise aktiv zu demobilisieren versucht. So etwas nennt man normalerweise schlicht Verrat! Daß der Verräter derart bedeutungslos und lächerlich ist, sodaß die provokatirische Wirkung weitgend verpuffte, macht den Verrat auch nicht besser!

Diese provokatorische und verräterische Handlungsweise muß man gerade in Zusammenhang mit der sektiererischen Politik sehen, die die „KPD/ML" b i s h e r in der Anti-AKW-Bewegung zu machen versuchte. Dazu gehört insbesondere der groteske und provokatorische Versuch, die „KPD/ML" als F ü h r u n g der Bewegung aufzuspielen: „An **der Spitze der 30.000 Demonstranten kämpften unter den Fahnen der Partei"** etc. („RM", 18.2.77) sowie das ganze hohlköpfige und kraftmeierische Getue, mit dem die „KPD/ML" j e d e Bewegung, an der sie etwas Anteil hat, zu diskreditieren und lächerlich zu machen versucht. Dazu gehört z.B. ebenso der von Aust & Co. konsequent betriebenen Versuch, den KB auf eine Stufe mit der DKP zu stellen und damit den Kampf gegen die tatsächliche Spalterpolitik der DKP zu schwächen.

Mit ihrem Verhalten vor der dritten Brokdorf-Aktion hat sich die „KPD/ML" ausgerechnet auf d e m Feld blamiert, wo sie als einziges bis dahin noch eine gewisse Achtung verdiente, dem der Militanz und der „direkten Aktion".

„KPD" ganz manierlich

Die „KPD" hatte bis vor kurzem versucht, speziell den KB als „Abwiegler" zu isolieren, mit der bemerkenswerten Begründung, der KB wolle „eine Besetzung des Bauplatzes verhindern"! Inzwischen hat sich eine Taktik-Änderung ereignet, die am 19.2. eine positive Zusammenarbeit bei der Gewährleistung einer einheitlichen und geschlossenen und vor allem erfolgreichen Demonstration und eines geordneten Rückzuges ermöglichte.

Bereits vorher hatte die „KPD" in einem Flugblatt die Feststellung getroffen: *„Unserer Meinung nach wird eine Platzbesetzung am 19. Februar nicht möglich sein"*. Eine solche Aussage war bisher als reine „Abwiegelei" verteufelt worden.

Während der Aktionen setzten sich die Vertreter der „KPD" erfreulich aktiv dafür ein, die Demonstration organisiert durchzuführen und die Provokationen des KBW zu vereiteln. Auch ansonsten fiel angenehm auf, daß sich die „KPD" sehr zurückhielt, teilweise schon fast „übertrieben". So hatten sie nicht bloß auf jede vaterländische Parole verzichtet, sondern führten – soweit uns bekannt – nicht einmal Partei-Fahnen im Zug mit.

Es zeigt sich in diesem Verhalten ganz konkret, daß die „KPD" im Gegensatz zu KBW und „KPD/ML" durchaus Elemente einer Bündnispolitik „drauf hat", und daß sie im Gegensatz vor allem zum KBW zu einer realistischeren Einschätzung der realen Lage fähig ist. Das ändert wahrscheinlich nicht das Geringste an ihrer üblen pro-imperialistischen Linie, sondern betrifft nur die T a k t i k, mit der sie diese durchzusetzen versucht. Insofern kann es heute noch tatsächlich konkret möglich und nötig sein, mit der „KPD" in Einzelfragen zusammenzuarbeiten, während dies beim KBW ganz ausgeschlossen erscheint.

AKW-Bauplatz in Grohnde symbolisch besetzt

Am 19.2. demonstrierten rund 1.000
AKW-Bauplatz in Grohnde symbolisch besetzt

Am 19.2. demonstrierten rund 1.000
AKW-Gegner von Grohnde zum Platz des im Bau befindlichen Atomkraftwerks an der Weser. Am Bauplatz angekommen, wurde die Umzäunung (Maschendraht und Nato-Draht) an mehreren Stellen überwunden, und ca. die Hälfte der Teilnehmer zog auf den Platz. Die Polizei, die sofort laufend verstärkt wurde und zwei Wasserwerfer heranzog, begann die Besetzer einzukreisen und stellte ihnen das Ultimatum, innerhalb von 30 Minuten den Platz zu räumen. Angesichts dieser Lage entschloß sich die große Mehrzahl der Demonstranten zum Rückzug und eine Kundgebung in Grohnde durchzuführen. Einige Teilnehmer verteilten Blumen an die Polizei und riefen Parolen wie „Blumen für die Polizei – Bier für die Bauarbeiter – Zangen für den Zaun". Zu der Aktion hatten Sponti-Kreise, die „Gewaltfreie Aktion" wie auch rechte Bürgerinitiativler mobilisiert. Gekommen waren insbesondere AKW-Gegner, die sich nicht in der Lage gesehen hatten, sich zwischen Brokdorf und Itzehoe zu entscheiden.

SB ganz „undogmatisch"?

Dem SB ist es offensichtlich nicht gelungen, zu einer einheitlichen Haltung und Vorgehensweise angesichts der dritten Brokdorf-Aktion zu kommen. Die SB-Gruppe Aachen rief in einem Flugblatt zur Demonstration in Itzehoe auf: *„Wir meinen, daß wir uns primär auf diejenigen beziehen sollten, die den sozialen Kern der Bewegung ausmachen, und das sind die Initiativen, die sich für ... Itzehoe entschieden haben. Sie haben gute Gründe für ihre Entscheidung angeführt, die wir respektieren sollten..."* Aus der geplanten Demonstration in Brokdorf könne gar nichts anderes werden, *„als eine schlimme Niederlage..., für die sich die Gefahr von tausend Verletzten und möglicherweise von Toten nicht lohnt."*

Die Hamburger Gruppe des SB hob dagegen in einem Flugblatt hervor: *„In Itzehoe versuchen die Parteien, sich zum Angelpunkt der Bewegung zu machen. Bürgern, die ihr Vorgehen selbst bestimmten, soll jetzt die Sache aus der Hand genommen werden. Nun sollen sie sich am Programm der Parteien orientieren, die für den Bau von AKW's eintreten."*

Zwar wurden auch die Hamburger Gruppen der BUU kritisiert, *„die alles getan haben, ihren Standpunkt durchzusetzen, jedoch nichts getan haben, die unterschiedlichen Auffassungen der AKW-Gegner zu berücksichtigen und zwischen ihnen zu vermitteln"*; jedoch enthielt das Flugblatt keinerlei demobilisierende Aussagen gegen die geplante Brokdorf-Aktion. Einzeln wurde sogar nach Brokdorf mobilisiert.

Insgesamt ergibt sich, daß einzelne SB-Gruppen auch für örtliche Aktionen eintraten, manche es ihren Mitgliedern ‚freistellten', wohin sie fahren wollten, manche Gruppen direkt für Brokdorf mobilisierten (dies scheint vor allem in Bayern der Fall gewesen zu sein) und unseres Wissens nur die Aachener Gruppe nach Itzehoe aufrief.

KBW dreht durch

Der KBW bestätigte bei der dritten Brokdorf-Aktion seinen Ruf hirnloser Großmäuligkeit. So waren die KBW-ler d i e e i n z i g e n, die trotz eines mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschlusses der Demonstrationsleitung der Meinung waren, auf den Bauplatz durchstürmen zu müssen und vor allem ... zu können! Zwei Tage und Nächte lang, so verkündeten KBW-Führer frohgemut, müßte man dann schon den Platz besetzt halten. Bereits beim Abmarsch aus Wilster Richtung Brokdorf begannen die Provokationen des KBW, indem er sich mit sechs bis sieben Autos, KBW-Fahne frech vorneweg, an die Spitze des Zuges setzte. Eine Hamburger KBW-Führerin meinte dazu mit bestechender Logik: *„Die Autos brauchen wir natürlich, wenn wir auf den Bauplatz wollen, das ist doch klar, oder?"* ... Es gelang dann der Demonstrationsleitung, die vorher vereinbarte Zugordnung durchzusetzen und den KBW weiter nach hinten abzudrängen.

An der Polizei-Sperre angekommen, wollte der KBW am liebsten gleich „durchbrechen" und machte sich mit Sprechparolen Mut „Die Sperre ist ein Kinderspiel, Brokdorf, das ist unser Ziel!". Ihnen antworteten andere Demonstranten mit dem Ruf „Kein KBW in Brokdorf und auch nicht anderswo". Von hinten andrängelnd, versuchte der KBW, die vorderen Demonstrationsteile in die Polizei-Absperrungen zu schubsen. KBW-ler mit Megaphonen liefen unterdessen am Zug entlang und forderten zum „Sturm" auf. Die Lage wurde aber rasch geklärt, indem feste Ketten gegen die Provokateure gebildet wurden und einigen Schreihälsen die Megaphone abgenommen wurden. Empörter Aufschrei des KBW: „Ihr zerrt die Volksmassen vom Bauplatz zurück" (so wird man es wohl auch in der nächsten „KVZ" zu lesen kriegen).

Abgesehen von allen taktischen Überlegungen war dieses Verhalten des KBW vor folgendem Hintergrund ganz besonders provokatorisch: Der KBW hatte außerhalb von Norddeutschland keinen Handschlag für die Mobilisierung getan, sondern im Gegenteil aktiv demobilisiert und auf Aktionen am Ort orientiert. In Norddeutschland selbst war die Mobilisierung des KBW äußerst schwach bzw. an manchen Orten Niedersachsens wurde auch aktiv demobilisiert. Erst in letzter Minute verkündete er freudestrahlend: *„Die Vorbereitung der Demonstration in Brokdorf gewinnt an Schwung"* und rief für den 18.2. zu Mobilisierungs-Veranstaltungen in zahlreichen norddeutschen Städten auf, wo er teilweise bis zu diesem Zeitpunkt noch keinen Handschlag getan hatte bzw. demobilisiert hatte.

Auf der Demonstration selbst marschierte der KBW – als einzige Organisation – in einem geschlossenen Block von vielleicht 600 bis 700 Leuten. Dazu kamen noch ein paar KBW-ler im Zug verstreut, zusammen weniger als 1.000 KBW-ler insgesamt! Diese wahrhaft furchterregende Streitmacht war für die große Schlacht bemerkenswert „gut" gerüstet: Nur die wenigsten trugen überhaupt feste Kleidung und einen Helm, von anderen Dingen gar nicht zu reden. Schon von daher war das hysterische Geschrei, den Bauplatz stürmen zu wollen, der reinste Witz. Der Hintergedanke war dabei ganz offensichtlich, die besser ausgerüsteten, militanteren Teile des Zuges „die Kartoffeln aus dem Feuer holen" zu lassen!

Nachdem dieser provokatorische Unfug von dem Rest der Teilnehmer abgewiesen worden war, versuchte der KBW bei der Rückkehr in Wilster erneut sein Glück als Provokateur. So streute er zunächst das Gerücht aus, in der Wilstermarsch seien auf dem Rückzug einige tausend Demonstranten abgeschnitten worden – man müßte jetzt umkehren und sie „befreien". Nachdem dieser Versuch, die Demonstranten zu einer Nachtübung zu überreden, gescheitert war, versuchte der KBW einige Zeit darauf, die allmählich aus Wilster abrückenden Demonstranten noch zu einer Fahrt bzw. Marsch nach Itzehoe zu gewinnen, wo angeblich KBW-Führer Fochler und weitere KBW-Prominenz in Haft genommen worden seien. Auch dieser Versuch, die Leute auf die Reise zu schicken, scheiterte.

Zuguterletzt versuchte der KBW noch, den Lautsprecherwagen der Demonstrationsleitung zu stürmen, um sich Gehör zu verschaffen. Ein Ordnertrupp aus Westberliner KB-Genossen und Eimsbüttler Spontis (Hamburg) machte der Provokation ein handfestes Ende.

An der „Politik" des KBW ist folgendes hervorzuheben: An mehrheitlich gefaßte Beschlüsse hält er sich grundsätzlich nicht. Er versucht trotzdem, auf jede nur denkbare Art, seine eigene „Taktik" und Meinung durchzusetzen, woran ihn in aller Regel nur handfester Widerstand hindern können. In der Aktion vertritt der KBW durchweg eine abenteuerliche, völlig surrealistische Linie, die mit bestehenden Kräfteverhältnissen absolut nichts zu tun hat. Mit Sprüchen ist er dabei ganz groß: *„Die Richtung heißt Brokdorf und die Massen sind findig. Am Samstag in Brokdorf, 11 Uhr ist günstig".* Über die Polizei wußte er zu berichten: *„Diese Truppen sind taktisch bereits in die Defensive geraten. Der Bauplatz ist von den Volksmassen umzingelt".* („KVZ"-Extrablatt, 16.2.). Man kennt diese Töne des KBW zu den unterschiedlichsten Anlässen. D i e s ist genau die Politik, die er anderen durch seine putschistischen Methoden aufzuzwingen versucht.

Der KBW spielt in der Bewegung die Rolle, die die Bourgeoisie oft ihren bezahlten Provokateuren überträgt. Wenn man solche Leute nicht rechtzeitig erkennt und lahmlegt, kann es schlecht ausgehen.



KBW-Leute provozieren die große Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer durch eigene „Ansprachen", Sprechchöre gegen die Großkundgebung und ihren abenteuerlichen „Vorschlag", den Bauplatz zu stürmen. Schließlich gingen diese Leute sogar so weit, Schlägereien mit BI-Gruppen anzuzetteln (siehe unser Bild). Dabei haben sie allerdings den kürzeren gezogen.

Der Absprung der GIM

Noch in ihrer Wochenzeitung „was tun" vom 10.2. rief die trotzkistische GIM zur Demonstration in Brokdorf auf. Etwa am 14.2. wurde dann bekannt, daß es sich die GIM-Leitung anders überlegt hatte: Nunmehr wurde plötzlich zur Kundge-

ist schlichtweg Panikmache und politischer Verrat. Insofern können sich GIM und „KPD/ML" die Hand reichen.

Besonders übel wird das Vorgehen der GIM noch durch die gleichzei-

Der Absprung der GIM

Noch in ihrer Wochenzeitung „was tun" vom 10.2. rief die trotzkistische GIM zur Demonstration in Brokdorf auf. Etwa am 14.2. wurde dann bekannt, daß es sich die GIM-Leitung anders überlegt hatte: Nunmehr wurde plötzlich zur Kundgebung in Itzehoe aufgerufen. Entsprechend verhielten sich, teilweise unter Murren, die meisten Trotzkisten in den folgenden Abstimmungen in den BI's.

Aus einer Erklärung der GIM („Warum nach Itzehoe?") gegen im Wesentlichen folgende Argumente hervor:

1. In Brokdorf wird eine Notstandsübung vorbereitet, bei der die Demonstranten das Objekt sein sollen. Daher ist eine Demonstration in Brokdorf „politisch selbstmörderisch".
2. Die Demonstration in Itzehoe ist zwar *„kein guter Beitrag im Kampf gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf"* und ist *„nur auf Grund eines Spaltungsmanövers ... auf die Tagesordnung gekommen".* Andererseits jedoch: **„Wer unter den Bedingungen der Spaltung nach Brokdorf geht, verlängert nicht nur die Spaltung, sondern er gefährdet die gesamte Bewegung."**

In der „was tun" vom 10.2. hatte es demgegenüber noch geheißen: *„Auch wir sind für eine breite Mobilisierung nach Brokdorf. Nicht nur aufgrund unserer Überzeugung, daß nur die entschlossene Aktion am Bauplatz unsere Interessen verteidigt und daß jedes Vertrauen in die Gerichte und Parteien entwaffnende Illusion ist, sondern auch weil es offensichtlich ist, daß die Initiativen, die Itzehoe befürworten, sich weder einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung sicher sind, noch sich dem Vorwurf entziehen können, zur Spaltung beizutragen".*

Es fragt sich, was zwischen 10. und 14.2. denn a n d e r s geworden sein soll? Prüft man die Argumente der GIM für Itzehoe, so hätten sie durchweg schon nach der Spaltung auf der Wilster Konferenz am 6.2. vorgebracht werden können, neue Gesichtspunkte sind gar nicht dazugekommen.

Es ist eben ein grundsätzlicher Unterschied, r e c h t z e i t i g eine Lage zu analysieren und sich dann so oder so zu entscheiden, oder aber – wie die GIM-Leitung es getan hat – in der E n d p h a s e der Vorbereitungen o h n e Hinzutreten neuer Gesichtspunkte alles über den Haufen zu werfen und aus der Kampffront auszuscheren. Letzteres ist schlichtweg Panikmache und politischer Verrat. Insofern können sich GIM und „KPD/ML" die Hand reichen.

Besonders übel wird das Vorgehen der GIM noch durch die gleichzeitig eifrigst betriebene Verleumdung des KB und durch die ekelerregenden Versuche, sich selbst als „über den Fraktionen stehenden" Hüter der Einheit der Bewegung darzustellen. So wird in der Erklärung der GIM zum 19.2. („Warum nach Itzehoe?") der KB ganz dreist neben KBW und „KPD" unter die Kräfte eingereiht, die ein „hysterisches Geschrei" angestimmt hätten *„gegenüber den Vorschlägen, nicht am Bauplatz zu demonstrieren"* und die stur für eine gewaltsame Besetzung eingetreten seien. Da kann man den Genossen Trotzkisten doch wirklich nur raten, das nächste Mal den ARBEITERKAMPF d i r e k t zu lesen, statt sich über unsere Politik aus den Flugblättern der DKP und des MSB zu „informieren"! Es stimmt auch nicht, wenn die GIM behauptet, der KB und andere Kräfte der Bewegung hätten *„keinen konkreten Schritt unternommen, die Spaltung zu verhindern oder rückgängig zu machen".* Es läßt sich im Gegenteil schon voraussagen, daß es gelingen kann, die Spaltung zu überwinden, wobei freilich die aufdringlichen Hilfsdienste der „überfraktionellen" GIM entbehrlich erscheinen.

Es ist eine alte trotzkistische Taktik, sich in bestehende Widersprüche hineinzuklemmen, „beiden Seiten" gleichmäßig die Schuld an der beklagenswerten Spaltung zu geben und sich selbst dabei groß in Szene zu setzen. Auf dieselbe Tour wollte sich die GIM auch schon „über" die Widersprüche zwischen KB einerseits, KBW und „KPD" andererseits in den Hamburger BI's erheben (siehe z.B. „was tun" vom 27.1.77). Das Rezept ist denkbar einfach: In dem einen Moment wirft die GIM uns vor, wir würden „Spaltung aus Prinzip" betreiben („WT", 27.1.), wenn wir gegen sektiererische Vorstellungen und Praktiken von KBW und „KPD" in der Bewegung ankämpfen. Im nächsten Moment hingegen wirft die GIM ausgerechnet dem KB mit den sektiererischen Praktiken von KBW und „KPD" in einen Topf. Und „oben drüber" schwebt immer die GIM und säuselt ihr „Friede auf Erden!" Diesen charakteristischen Wesenszug hat Lenin übrigens schon an Altvater Trotzki verspottet.

KBW-Leute provozieren die große Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer durch eigene „Ansprachen", Sprechchöre gegen die Großkundgebung und ihren abenteuerlichen „Vorschlag", den Bauplatz zu stürmen. Schließlich gingen diese Leute sogar so weit, Schlägereien mit BI-Gruppen anzuzetteln (siehe unser Bild). Dabei haben sie allerdings den kürzeren gezogen.

Wie man eine(n) ID(ee) kaputtmacht

Der *Frankfurter „Informationsdienst"* („ID") steuerte zum 19.2. einen Kurs, der seinem Ansehen unter den Bürgerinitiativen beträchtlichen Schaden zugefügt haben dürfte. Obwohl der „ID" offiziell keine eigene Stellungnahme in der Frage Brokdorf oder Itzehoe (bzw. für „lokale Aktivitäten") abgab, ließ er keine Gelegenheit aus, um seine Ablehnung der Brokdorf-Aktion klar zu machen (wobei wir über Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kollektivs nur soviel wissen, daß ein Genosse auf einem Treffen in Frankfurt am 15.2. eindeutig f ü r Brokdorf Stellung bezog).

Noch im Januar war von Seiten des „ID" zu hören, der KB sei „der größte Abwiegler" gegen eine Demo am 19.2. in Brokdorf, und es wurde sogar damit „gedroht", darüber einen Artikel zu schreiben.

Nach der Spaltung der BUU am 30.1. kippte der „ID" jedoch völlig um. Unter Berufung auf die „ansässige Bevölkerung", die angeblich in Itzehoe demonstrieren wolle, hieß es: „Wenn wir überhaupt kommen, dann nach Itzehoe". Diese Position wurde später dahingehend abgeschwächt, daß stets die „Widersprüchlichkeit der Situation" und die eigene „Unsicherheit" betont wurde, was auch der Haltung eines Teils der Frankfurter Spontis entspricht, z.B. der Frauen-AStA, der die Meinung vertrat, nicht nach Brokdorf aufrufen zu können, um nicht „die vorhandene Unsicherheit zu verstärken" – nicht gerade eine logische Argumentation (immerhin organisierte der AStA jedoch die Frankfurter Busse für Brokdorf).

Tatsächlich war der „ID" (jedenfalls nach seinem Artikel in Nr. 164 und nach dem Auftreten von Vertretern auf Frankfurter Veranstaltungen zu urteilen) keineswegs so „unsicher", sondern es wurde recht zielstrebig g e g e n die Brokdorf-Aktion gearbeitet:

1. Teile der Brokdorf-Demonstranten würden am 19.2. auf alle Fälle einen Besetzungsversuch unternehmen. Dies sei aber „der Bevölkerung nicht zu vermitteln". Die Position der (überwältigenden Mehrheit der) Hamburger BUU wird überhaupt nicht erwähnt: Daß es nämlich am 19.2. nicht um eine Besetzung ging, sondern um die Verteidigung des Demonstrationsrechts und der Autonomie der Anti-AKW-Bewegung gegen SPD, FDP und DKP. Der „ID" (Nr. 164) schreibt weiter, die Linken hätten sich nicht dazu „herabgelassen", am 19.2. auf Besetzungsversuche zu verzichten. Tatsächlich ging es darum, das R e c h t auf eine Besetzung zu verteidigen und sich nicht von der massiven Hetzkampagne der Bourgeoisie zu einer Distanzierung von Besetzungsaktionen erpressen zu lassen.
2. Der „ID" ist bemüht, die massive Einflußnahme der bürgerlichen Parteien auf die Demonstration in Itzehoe herunterzuspielen. So kommentiert der „ID" die massive Kampagne gegen die „Terroristen und Chaoten", die nach Brokdorf wollen, mit dem lapidaren Satz: *„Diese Geschichten sind nichts neues".* Umgekehrt heißt es jedoch: *„Was aber die ganze Sache sehr übel macht, ist, daß Teile derer, die sich nach Brokdorf hin orientieren, die Bürgerinitiativen, die für die Kundgebung in Itzehoe eintreten, pauschal als Rechte, manipulierte Bauern oder als von der DKP unterwandert diffamieren."* Wer hier manipuliert, ist ganz offenischtlich der „ID". Roß und Reiter werden bei diesem Vorwurf gar nicht erst genannt. Die zahlreichen Stellungnahmen sowohl der BUU Hamburg als auch der überregionalen Treffen der Gruppen, die für Brokdorf waren, werden dagegen verschwiegen: Hier wurde stets unterschieden zwischen den ehrlichen AKW-Gegnern, die sich für Itzehoe entschieden hatten und SPD/FDP/DKP, die zu den AKW-Befürwortern zu rechnen sind.

Bezeichnend ist auch, daß von Seiten des „ID" ständig demobilisierende Informationen (besser: Gerüchte!) über den Stand der Diskussion unter den westdeutschen Bürgerinitiativen durchgegeben wurden: Mal hieß es unter Berufung auf Hannover, Bremen, Kiel und Freiburg (das sind bis auf Freiburg alles Städte mit einer außergewöhnlich starken Mobilisierung für Brokdorf gewesen!), überall würden Aktivitäten am eigenen Ort am 19.2. diskutiert. In Wirklichkeit waren es dann praktisch nur Frankfurt und München, wo lokale Aktivitäten stattfanden.

Als dann klar war, daß sich die Idee lokaler Aktivitäten überhaupt nicht durchsetzen würde, zog man sich darauf zurück, alles sei „unklar", die Informationen seien generell „widersprüchlich" und nicht überprüfbar. Tatsächlich hätte der „ID" anhand von Veranstaltungen, Bürgerinitiativen-Sitzungen etc. ohne weiteres feststellen können, daß die klare Mehrheit der Bewegung nach Brokdorf orientierte.

Weder diese Informationen noch die offiziellen Stellungnahmen der BUU-Gruppen selber tauchen im „ID" auf. Der „ID" hat damit in der Frage dieser zentralen Auseinandersetzung praktisch nichts unternommen, um eine Gegenöffentlichkeit gegenüber der bürgerlichen Propaganda herzustellen. Dies von einer Zeitung, die sich „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" nennt...!!

Dieses (für den „ID" bisher einmalige) Verhalten läßt sich nur durch die fixe Idee der Genossen erklären, eine Spaltung hätte vermieden werden können, wenn der militante Teil der Bewegung zugesichert hätte, mit Besetzungsversuchen erst bis zum endgültigen Entscheid der bürgerlichen Gerichte abzuwarten. So erscheinen die Linken als verantwortlich für den Verlust der Einheit, während es tatsächlich die Reaktion war, die diese Spaltung massiv und mit allen Mitteln vorangetrieben hat (wobei übrigens der Stand der gerichtlichen Verhandlungen eine durchaus untergeordnete Rolle spielte). Der 19.2. hat jedoch voll bestätigt, daß gerade das Festhalten an den Inhalten der bisherigen Anti-AKW-Bewegung und die Weigerung, sich von irgeneiner Gruppe oder Kampfform der Bewegung zu distanzieren, genau der richtige Weg war, um eine kämpferische Einheit aller ehrlichen AKW-Gegner wiederherzustellen.

Die DKP: Auf der anderen Seite der Barrikade

Bei dem umfassenden Versuch der Bourgeoisie, die Anti-AKW-Bewegung an der Frage der dritten Brokdorf-Aktion zu spalten und nachhaltig zu schwächen, hat die DKP eine wesentliche Rolle gespielt. Die DKP-Führung verfolgt dabei mehrere Ziele: Zum einen die Diffamierung der „Chaoten" und die „Stärkung der DKP"; zum anderen aber auch grundsätzlich die Zersetzung der Anti-AKW-Bewegung.
In diesem Artikel wollen wir die konkrete Vorgehensweise der DKP sowie die Hintergründe dieser Politik untersuchen.

DKP ist f ü r „friedliche Nutzung der Kernenergie"!

Bis zur dritten Brokdorf-Aktion und der Parallel-Demonstration in Itzehoe hatte sich die DKP praktisch überhaupt nicht am Kampf gegen das geplante AKW Brokdorf beteiligt. In Einzelfällen hatten DKP-Funktionäre sogar die Gewerkschaftsführer bei Resolutionen g e g e n die Anti-AKW-Bewegung, im Sinne der „Arbeitsplätze"-Demagogie, unterstützt.

Abgesehen von taktischen Überlegungen, z.B. dem ständigen Vorweisen von Wohlverhalten gegenüber den Gewerkschaftsführern, ließ sich die DKP dabei offenbar auch von einem Beschluß ihres letzten Parteitags leiten: **„Die DKP ist für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Sie ist deshalb für die friedliche Nutzung der Kernenergie".**

Es mag möglich sein, daß der „wissenschaftlich-technische" und mehr noch der gesellschaftliche Fortschritt mehr und mehr Raum für die „friedliche Nutzung der Kernenergie" schaffen werden. Aber aktuell und konkret sind die Menschen in der BRD von einem rasanten Ausbau von völlig unsicheren Atomkraftwerken (plus Folgeanlagen) bedroht, wobei nachweislich selbst in staatlich geförderten Institutionen mit dem Risiko von Millionen Toten gerechnet wird, Pläne für Massen-Katastrophen schon in den Schubladen liegen usw.

Auch die DKP kommt daher nicht umhin festzustellen, daß das *„Programm des forcierten Baus von Kernkraftwerken"* in der BRD *„u.a. wesentliche Probleme des Umweltschutzes, der noch nicht ausreichenden Versorgung, der Ablagerung und Aufbereitung von Atommüll und der noch mangelnden Betriebssicherheit von Atomkraftwerken außer acht"* lasse („Energiepolitische Vorstellungen der DKP", herausgegeben vom Parteivorstand der DKP, August 1976).

Die DKP hat in diesem Sinn mehrere **„unabdingbare Voraussetzungen zum Bau und Betrieb von Kernkraftwerken und anderen atomwirt-**



Dieser Vogel hat in der Anti-AKW-Bewegung nichts zu suchen!

Dieser Vogel hat in der Anti-AKW-Bewegung nichts zu suchen!

Die DKP hat in diesem Sinn mehrere **„unabdingbare Voraussetzungen zum Bau und Betrieb von Kernkraftwerken und anderen atomwirtschaftlichen Anlagen"** formuliert, nämlich:

– *„Keine Gefährdung von Beschäftigten und Bevölkerung; keine Gefährdung der natürlichen Umwelt; demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften; Nachweis für die Notwendigkeit des Kernkraftwerks, d.h. auch dafür, daß das entsprechende Stromaufkommen nicht durch Kohle- oder Wasserkraftwerke geliefert werden kann"* (nach „Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP", „UZ", 9.2.77).

„Da diese Voraussetzungen in der Bundesrepublik eindeutig nicht erfüllt sind", wendet sich die DKP *„mit Entschiedenheit gegen den Plan der Bundesregierung, den Bau von Kernkraftwerken fortzusetzen"* und fordert *„einen Baustopp für weitere Kernkraftwerke in der Bundesrepublik"* (Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstands, s.o.).

Das hört sich sehr entschieden und konsequent an. Die Verlegenheit für die DKP beginnt aber d a , wo sie erklären soll, warum die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Nutzung der Kernenergie zwar nicht in der BRD, wohl aber in der DDR und Sowjetunion gegeben seien. Was diesen Punkt angeht, wird die DKP zum Märchenerzähler.

Aus dem Wunderland des „realen Sozialismus"

In der „UZ" vom 11.2.77 versucht ein Kurt Steinhaus, Referent beim Parteivorstand der DKP, die Sache klar zu machen. Die „UZ" schreckt dabei auch vor ganz heißen Fragestellungen nicht zurück, wie etwa: *„Gibt es also einen Unterschied zwischen Kernkraftwerken im Kapitalismus und im Sozialismus?"* und: *„Aber Radioaktivität ist ja wohl unabhängig vom Gesellschaftssystem..."*. Steinhaus weiß auf alles eine Antwort: In der Sowjetunion werde mit grosser *„Behutsamkeit"* an den Bau von AKWs gegangen, und darin *„kommt ein hohes Verantwortungsbewußtsein zum Ausdruck, eine klare Priorität für die Sicherheit der Menschen"*. In der Sowjetunion, so Steinhaus, seien auch die Sicherheitsvorkehrungen von AKWs und Folgeanlagen viel besser als in den kaptialistischen Ländern, wegen der *„Unterordnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit unter die Interessen der Menschen"*.

Stimmt das wirklich? Beispielsweise behauptet Prof. Jens Scheer – von der DKP bisher unwidersprochen! – das Gegenteil: *„Wie aus dem Handbuch für Strahlenschutz der DDR* (Strahlenschutzpraxis, 1974) *hervorgeht, ist die* dortige Praxis noch um einiges *schlimmer als bei uns ... Tatsächlich sind die zugelassenen Belastungen der Menschen außerhalb atomtechnischer Anlagen aufgrund der neuen Strahlenschutzverordnung achtmal höher als bei uns ... Was die Endlagerung von Atommüll angeht, praktiziert die DDR dasselbe Verfahren wie die BRD: Einlagerung in Salzbergwerken. Allerdings wird dort ein Verfahren praktiziert, nämlich die Abfälle unverpackt mit Zement einzuschlämmen, das hier noch nicht üblich ist, allerdings als ‚kostengünstiger' für die Zukunft erwogen wird ... Wie aus dem Lehrbuch der Kerntechnik für die Hochschulen der DDR von Fratzscher und Felke hervorgeht, haben die meisten der im Machtbereich der Sowjetunion üblichen AKWs der sogenannten Leningrad-Klasse (440 Megawatt) keine wie bei uns übliche luftdicht verschweißte Sicherheitshülle* (sog. Containment) *und auch keine Notkühlungsvorkehrungen"* („Rote Fahne", 26.1.77).

Zweifellos ist bei solchen Aussagen erst einmal gehörige Skepsis angebracht, wenn sie, wie bei Scheer, von einem Sympathisanten der vaterländischen „KPD" kommen. Fakt ist aber auf der anderen Seite, daß die DKP unseres Wissens diesen Behauptungen nicht widersprochen hat und daß es keinerlei Veröffentlichungen der DKP oder des MSB gibt, wo einmal wissenschaftlich nachgewiesen würde, durch welche größeren Sicherheitsvorkehrungen sich AKWs in der DDR und Sowjetunion grundlegend von denen in der BRD unterscheiden. Dies ist umso bemerkenswerter, weil die DKP sonst ja noch nie eine Gelegenheit ausgelassen hat, die Segnungen des „realen Sozialismus" a' la Sowjetunion in den buntesten Farben auszumalen. Der Grund für das Schweigen der DKP in dieser Sache dürfte darin zu suchen sein, daß Jens Scheer zumindest in der Tendenz seiner Behauptungen wohl den Nagel auf den Kopf trifft. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Zeitschrift „Sowjetunion heute" (sowjetische Propaganda-Zeitung für die BRD) über den Besuch einer sowjetischen Delegation in Kernforschungszentren der BRD sowie in AKWs folgendes zu berichten wußte: **„Viel Anerkennung fanden auch die vorbildlichen (!!) Sicherheitsvorkehrungen im Atomkraftwerk Obrigheim, sowie das hohe technische Niveau beim Bau der AKWs in Biblis und Phillipsburg"** („Sowjetunion heute", 16.2.74). Wenn also AKWs in der BRD (von denen DKP-Steinhaus meint: **„‚Risikoreich' ist noch untertrieben"!**) schon als „vorbildlich" hinsichtlich der Sicherheitsvorkehrungen angesehen werden, kann man sich für die AKW-Realität im „realen Sozialismus" einiges ausmalen!

Nicht zutreffend ist auch eine andere Behauptung, die immer noch von manchen DKP'lern und MSB'lern ganz blauäugig verkündet wird: Im Gegensatz zur BRD würden in der Sowjetunion AKWs in menschenleeren Gegenden gebaut, dadurch sei die Gefährdung von Menschen also geringer. Fakt ist: *„Fast alle Kernkraftwerke, die sich zur Zeit in Bau befinden, liegen in dem dichter bevölkerten europäischen Teil der UdSSR: bei Leningrad, Woronesch, Smolensk, Kursk und in der Südukraine"* („Sowjetunion heute", Januar 1977).

Übrigens: Im zehnten sowjetischen Fünfjahresplan ist *„eine vorrangige Entwicklung der Atomenergetik im europäischen Teil der Sowjetunion vorgesehen"* („Sowjetunion heute", Januar 1977). Insgesamt sieht die Planung in der Sowjetunion vor, daß der Anteil der von Atomkraftwerken erzeugten Elektrizität bis zum Jahre 1980 auf 15 - 20 % und bis zum Ende des Jahrhunderts auf 40 - 50 % der Gesamterzeugung gesteigert wird – also fast ähnliche Höhen, wie sie in der BRD geplant sind („Sowjetunion heute", 16.2.74).

Osthandel macht AKWs sicherer

Völlig aus dem Rahmen politischer Logik begibt sich die DKP regelmäßig, sobald es um die Propagierung des „Osthandels" geht. So macht sie beispielsweise den Vorschlag: *„Da in der dichtbesiedelten Bundesrepublik der Bau von Kernkraftwerken aus Gründen der Gesundheit und des Umweltschutzes besonders risikoreich ist, sind die Angebote der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen zu Stromlieferungen über Verbundleitungen so weit wie möglich in Anspruch zu nehmen"* („Energiepolitische Vorstellungen"). Bemerkenswert ist: Die DKP fordert einerseits im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen etc. die maximale Ausnutzung einheimischer Energiequellen, speziell der Kohle, rät aber zugleich den Kapitalisten, Strom vom „realen Sozialismus" zu beziehen. Bedenken wegen der Arbeitsplätze scheint es da plötzlich nicht mehr zu geben?

Es kommt aber noch weit besser: **„Die gegenwärtige Abhängigkeit der Atomwirtschaft vom Liefermonopol und vom Preisdiktat des US-Imperialismus muß eingeschränkt und beendet werden. Hierfür bieten sich u.a. Vereinbarungen mit der Sowjetunion über die verstärkte Lieferung von angereichertem Uran an"** („Energiepolitische Vorstellungen"). Das sind schon tolle AKW-Gegner! Das ist ungefähr so, wie jemand, der behauptet, er sei gegen die Todesstrafe, und im selben Atemzug anbietet, er könne sehr preisgünstig einen schönen Posten Fallbeile liefern! **Bereits 1974 hatte die Sowjetunion einen Anteil von 15 % des von der BRD importierten angereicherten Urans** („Handelsblatt", 7.5.75).

Die DKP kann im Grunde also nicht einmal ihre eigene Forderung nach „vorläufigem Baustopp" neuer AKWs konsequent vertreten, ohne der Sowjetunion die Marktchancen zu versauern. Mit der Forderung der Anti-AKW-Bewegung, **„Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!"**, hat diese Werbeagentur des sowjetischen Außenhandels nicht viel zu tun. Für die Bevölkerung der BRD bleibt es gleich, ob die lebensbedrohenden AKWs schließlich mit 15 %, 25 % oder 30 % angereichertem Uran aus dem „realen Sozialismus" betrieben werden. Die Radioaktivität ist dieselbe.

Sind AKW-Gegner blöd?

„Würde die Menschheit ihren wachsenden Energiebedarf nur durch Verbrennungen mineralischer Brennstoffe decken, so wäre eine Energiekrise (!) unvermeidlich", was *„auch in einer gefährlichen Umweltverschmutzung ihren Niederschlag finden würde"*, denn **„Kernkraftwerke sind viel sauberer und sicherer als alle anderen Wärmekraftwerke"**. Dieser Satz stammt ausnahmsweise nicht aus einer der bunten Propaganda-Broschüren der Bundesregierung oder der AKW-Industrie, sondern wieder aus „Sowjetunion heute" vom Januar 1977!

In der „Sowjetunion heute" wird auch auf die *„Befürchtungen über die allgemeine Strahlungsgefahr für die Bevölkerung"* eingegangen. Aber wie! Es würde doch naheliegen, zu erklären, daß diese Befürchtungen in kapitalistischen Ländern zwar vollauf berechtigt seien, in der Sowjetunion hingegen nicht, weil dort die Sicherheitsvorkehrungen viel besser seien, und dies zu belegen. Aber dieser Beweis läßt sich offensichtlich nicht führen, und so werden stattdessen die AKW-Gegner als fortschrittsfeindliche Dummköpfe hingestellt: *„Einer der Hauptgründe für die Einwände gegen die verstärkte Nutzung der Kernenergie ist wohl die Tatsache, daß die Menschen es mit einer Erscheinung zu tun haben, die es früher überhaupt nicht gab. Noch nie hat der Mensch sich eine so gigantische Kraft wie das Atom untergeordnet. Kein Wunder, daß es Menschen gibt, die diesem Neuen und Unbekannten nicht nur mit inneren Vorbehalten, sondern mitunter auch feindselig entgegentreten. Man erinnere sich an die Geschichte des technischen Fortschritts. Jeder neue Schritt vorwärts stieß auf Widerstand: Die Dampfmaschine, der Verbrennungsmotor, Elektrizität, Telegraf und Rundfunk, ganz zu schweigen von der Luftfahrt"*.

Zur Möglichkeit eines AKW-„Unfalls" weiß die „Sowjetunion heute" exakt dasselbe zu erzählen, was auch in den Propganda-Broschüren der Bundesregierung und der AKW-Industrie berichtet wird: *„...Natürlich wird ein ernstzunehmender Wissenschaftler die Wahrscheinlichkeit des Unwahrscheinlichen nie ganz ausschließen. Die Frage ist nur, wie groß das Risiko, eben diese Wahrscheinlichkeit, ist. Vor kurzem errechnete die Koordinationskommission der USA (!) für Kernenergie unter Berücksichtigung aller Angaben die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe pro 100 betriebene Reaktoren. Das Ergebnis: einmal in einer Million Jahren. Bei diesem Wahrscheinlichkeitsgrad könnte man die Menschen auch davor warnen, daß das Empire State Building in New York einstürzt"*. So sieht es Herr Petrossjanz, Vorsitzender des Staatskomitees für Nutzung der Atomenergie in der Sowjetunion. Und ein gewisser Dimitri Solowjow fügt noch hinzu: *„Jedenfalls ist die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls, der durch den Auswurf gefährlicher Mengen radioaktiver Stoffe verursacht wird, verschwindend gering. Das Risiko, bei einem Unfall in einem Kernkraftwerk den Tod zu finden, ist geringer als die Wahrscheinlichkeit, durch einen Blitz getroffen zu werden, und wohl nur mit der Gefahr vergleichbar, von einem großen Meteoriten erschlagen zu werden"* („Sowjetunion heute", Januar 77).

Atomtod wird durch „Mitbestimmung" erst richtig schön

Da die DKP grundsätzlich n i c h t s in Frage stellt, was vom „realen Sozialismus" herkommt, kann sie auch nicht zu den konsequenten AKW-Gegnern in der BRD gehören. Im Gegenteil: Eigentlich müßte sie, wie die Herren Petrossjanz und Solowjow, die Anti-AKW-Bewegung als fortschrittsfeindlich und reaktionär ablehnen. Dem steht jedoch die Politik der DKP entgegen, sich in bestehende antikapitalistische Bewegungen auf jeden Fall hineinzudrängen, um „die DKP zu stärken" und um die Bewegung im revisionistischen Sinn („friedlicher Weg" etc.) zu desorientieren.

So setzt sich die DKP zwar in ihren „Energiepolitischen Vorstellungen" f ü r die Erhöhung des Anteils von „Atomenergie am Gesamtaufkommen" ein, denn **„diese weltweite Entwicklung ist unvermeidlich und gesetzmäßig – ohne sie wäre die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte nicht möglich"!** („Energiepolitische Vorstellungen der DKP", August 1976). Zugleich fordert die DKP aber *„einen vorläufigen Stopp des Baubeginns neuer Kernkraftwerke in der Bundesrepublik"*, weil erst *„noch die technischen Möglichkeiten entwickelt werden"* müßten, um die „Reaktorsicherheit", „Schutz vor Katastrophen" etc. gewährleisten zu können (siehe z.B. „Kernkraftwerke, Gefahr oder Fortschritt – Erfahrungen aus Wyhl").

Aus den Grundsatzpositionen der DKP ergibt sich vollkommen klar, daß die DKP zu den grundsätzlichen Befürwortern des Ausbaus der Kernkraftwerke in der BRD zählt. „Bedenken", wie die DKP sie vorträgt, lassen sich ebenso bei Politikern der SPD und FDP und sogar der CDU finden. Größere Teile der SPD, wie etwa die SPD Schleswig-Holsteins oder die Jusos oder gar der FDP-Parteitag fordern wie die DKP heute einen „vorläufigen Baustopp". Daß das Problem der „Entsorgung" von radioaktivem Müll nicht geklärt ist, bestreiten nicht einmal die bürgerlichen Gerichte oder Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Albrecht. Die DKP-Führung befindet sich da also „in bester Gesellschaft".

Im Gegensatz zur CDU freilich und auch in Differenz zur SPD ist die DKP besonders stark bemüht, ihr Lieblingskind, die „Mitbestimmung", in die Anti-AKW-Bewegung hineinzutragen. **„... Die gesamte Atomwirtschaft muß daher bei demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verstaatlicht werden"** und zusätzlich müsse eine „Nationale Energie-Kommission" eingerichtet werden („Energiepolitisches Programm der DKP"). Letzteren Gedanken hat sich inzwischen auch Stoltenberg zu eigen gemacht. Was die Verstaatlichung angeht, so wird sie auch von der Bundesregierung befürwortet. Ohnehin befindet sich, wegen der hohen Investitionskosten u.a., dieser Sektor schon weitgehend in staatlicher Hand.

So muß selbst die DKP eingestehen, *„daß unter den Bedingungen der Bundesrepublik, wo das Großkapital nicht nur die ökonomische Macht ausübt, sondern auch an den Hebeln der politischen Macht sitzt, die Verstaatlichung der Energiewirtschaft und die Schaffung einer Nationalen Energiekommission allein noch nicht die Gewähr für eine Energiepolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung bieten"*. *„Unverzichtbarer Schritt"* bei der Verstaatlichung sei darum *„heute der Kampf um die Durchsetzung einer wirksamen Mitbestimmung und Kontrolle"*. *„Die Sicherung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung"* ist für die DKP d a n n *„gewährleistet" (!)*, wenn in der Nationalen Energiekommission und in den energiewirtschaftlichen Unternehmen das „paritätische Mitbestimmungsmodell" eingeführt wird. Die entsprechenden Gremien sollen *„je zur Hälfte aus Vertretern der Belegschaften und der DGB-Gewerkschaften einerseits sowie der öffentlichen Hand andererseits zusammengesetzt sein"* („Energiepolitische Vorstellungen").

Dieser Vorschlag ist direkt makaber, wenn man bedenkt, daß einzelne Gewerkschaften ausdrücklich den beschleunigten Ausbau der Atomenergie fordern („Sicherung von Arbeitsplätzen") und, zusammen mit Betriebsräten der Atom-Industrie, Demonstrationen und Resolutionen g e g e n die Anti-AKW-Bewegung organisieren. Da liegen die „Interessen der arbeitenden Bevölkerung" zweifellos in den allerbesten Händen!

Da es selbst dem Dümmsten auffallen muß, daß die ganze Problematik nicht bloß durch die „paritätische Mitbestimmung" der Gewerkschaften und der Betriebsräte der Energiewirtschaft gelöst werden kann, fordert die DKP außerdem noch: *„Demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerk-*

schaften" (zitiert nach „Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP", „UZ", 9.2.77). Wie eine Kontrolle durch die Bevölkerung im Kapitalismus aussehen soll und was „die Organisationen der Bevölkerung" sind, bleibt offen.

Die DKP schlägt „Mitbestimmungs"-Schaum. Was dabei herauskommt, ist kaum etwas anderes als der inzwischen auch von den bürgerlichen Parteien geforderte „Dialog mit dem Bürger". Die Atom-Energie soll der Bevölkerung schmackhafter gemacht werden, indem sie, vor allem natürlich in Form verschiedenster „Stellvertreter" (örtlicher Politiker, Gewerkschaften, Bauernverbände etc.), scheinbar an den „Entscheidungsprozessen" beteiligt wird. Daß sich dadurch an der Gefährlichkeit von AKWs gar nichts ändert, liegt auf der Hand.

Die DKP spaltet die Bewegung gegen das AKW Brokdorf

Als sich über de Vorbereitung der dritten Brokdorf-Aktion innerhalb der die BUU („Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe") tragenden und unterstützenden Kräfte die ersten Risse zeigten und die Bourgeoisie ihre „psychologische Kriegsführung" massiv verstärkte, trat auch die DKP auf den Plan. Zuerst einmal sorgte sie dafür, daß im östlichen Schleswig-Holstein über Nacht zahlreiche neue „Bürgerinitiativen" aus dem Boden schossen. Statt vorher zehn gab es dort plötzlich 22 BI's! Auf diese Weise verschob sich auch das Kräfteverhältnis innerhalb der BUU zugunsten der Kräfte, die (zumindest zum jetzigen Zeitpunkt) gegen eine dritte Demonstration in Brokdorf auftraten.

Auf der Landeskonferenz in Wilster am 6.2., die die Frage endgültig entscheiden sollte, trat die DKP dann voll in Aktion:

- Gleich zu Anfang legte sie ein Flugblatt vor, in dem „Hamburger Persönlichkeiten" (fast alles wohlbekannte DKP-Funktionäre und Mitglieder!) bereits zur Demonstration nach I t z e h o e aufriefen. Einer demokratischen Beratung und Beschlußfassung innerhalb der BUU war damit schon ganz dreist vorgegriffen worden.
- Sodann trat ein Hamburger DKP-Funktionär „im Namen von 80 Hamburger Betriebsräten und 100.000 Kollegen" auf und verlangte für sich „Stimmrecht" auf der Konferenz. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.
- Daraufhin erhob sich der Kieler DKP-Kreisvorsitzende Möbius (der Name wurde im letzten AK durch einen Übermittlungsfehler falsch wiedergegeben) und forderte dazu auf, „alle an einer geordneten und friedlichen Demonstration Interessierten" sollten mit ihm zusammen den Raum verlassen. Die Provokation gelang: Eine Anzahl von Delegierten ging mit, bevor die Diskussion recht begonnen hatte, und machte so die Spaltung perfekt.

Zweifellos sind auch von den die BUU ursprünglich tragenden Kräften

machte so die Spaltung perfekt.
Zweifellos sind auch von den die BUU ursprünglich tragenden Kräften
auf beiden Seiten Fehler gemacht worden, die das Spaltungsmanöver der DKP begünstigten. Tatsache ist aber, daß die DKP der treibende Motor dieser Spaltung war und nach dem 6.2. alles versucht hat, um diese Spaltung noch zu vertiefen und zu verewigen, statt sie zu überwinden.

Dies setzte sich auch durch Putschversuche der DKP in einzelnen Bürgerinitiativen fort: Durch zahlreiche Mobilisierung von ganzen DKP-Familien, die man vorher noch nie auf den Sitzungen gesehen hatte, sollten die Mehrheitsverhältnisse in einzelnen Bürgerinitiativen zugunsten der Mobilisierung nach Itzehoe umgeworfen werden.

- In der BI Uetersen tauchten plötzlich neun neue DKP'ler auf, in der BI Itzehoe sogar 14.
- In der BI Wedel, wo bisher acht DKP'ler gearbeitet hatten, tauchte die DKP plötzlich mit 24 Anhängern auf und setzte mit 28 zu 23 Stimmen einen Aufruf für Itzehoe durch. Kühn geworden verlangte die DKP daraufhin auch noch – allerdings vergeblich! – die Herausgabe der Adressenkartei. Für die DKP gab es ein paar Tage später ein böses Erwachen: Bei der nächsten Veranstaltung der BI stimmten Dreiviertel der 120 Anwesenden für eine Demonstration in Brokdorf. Die von der DKP angebrachten Spruchbänder für Itzehoe wurden daraufhin von den Wänden gerissen und die DKP'ler verließen beleidigt den Raum.

Die Spalter wollen ihre Spuren verwischen

Obwohl es eindeutig die DKP war, die auf der Wilster Konferenz mit einem fertigen Flugblatt der Entscheidung der BUU vorgegriffen hatte, sollten nachträglich die Spuren verwischt werden. So konnte man am 9.2. in der „UZ" lesen: *„DKP an der Seite der Bürgerinitiativen". „Das Präsidium begrüßt den Beschluß der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) zur Durchführung einer bundesweiten Sternfahrt..."* nach Itzehoe.

Diesen Methoden der Irreführung und Täuschung entspricht es auch, wenn die „Hamburger Persönlichkeiten", die den Aufruf für Itzehoe unterschrieben hatten, in der „UZ" (8.2.) ohne weitere Kennzeichnung als *„Betriebsratsvorsitzende, Betriebsräte, Wissenschaftler, Künstler und Vertreter der Mittelschichten"* vorgestellt wurden, um so eine ungeheuer breite Bewegung vorzutäuschen.

Auch vor direkten Lügen wurde nicht zurückgeschreckt. So konnte man in der „UZ" vom 8.2. auch lesen: **„Mit großer Mehrheit entschieden sich die Delegierten der Bürgerinitiativen Unterelbe"** für Itzehoe, was schlichtweg gelogen ist: Selbst nach den Angaben der „Itzehoer Fraktion" der BUU ergibt sich, daß bestenfalls 21 von 40 Delegierten der Wilster Konferenz für Itzehoe waren und 19 für Brokdorf. Ohne auf diese Frage näher einzugehen, erweist sich auf jeden Fall die Behauptung der „UZ" als völlig aus der Luft gegriffen. In späteren Veröffentlichungen sprach die DKP dann schlichtweg nur noch von einem Aufruf „d e r" BUU für Itzehoe!

Ganz offensichtlich sollte damit bei uninformierten Menschen der Eindruck einer breiten, vor allem in den BI's selbst wurzelnden Bewegung für Itzehoe erweckt werden, während die für Brokdorf mobilisierenden Initiativen als „Chaoten" und nichts repräsentierende „kleine radikale Minderheit" hingestellt werden sollten. Demselben Zweck sollten auch pauschale und die Wirklichkeit total auf den Kopf stellende Behauptungen dienen wie etwa: *„In Hamburg wächst unter den Kernkraftwerksgegnern die Bewegung für die Unterstützung der Demonstration in Itzehoe"* („UZ", 8.2.).



DKP unterstützt Progrom-Hetze

Die Absicht der Bourgeoisie war es, die in Brokdorf Demonstrierenden als „kriminelle Gewalttäter" abzustempeln und damit die Verantwortung für die geplante Bürgerkriegsübung von vornherein i h n e n anzulasten. Während Sozialdemokraten, FDP'ler, kirchliche und Sprecher der „Itzehoe-Fraktion" der BUU diese „einmalige

von vornherein i h n e n anzulasten. Während Sozialdemokraten, FDP'ler, kirchliche und Sprecher der „Itzehoe-Fraktion" der BUU diese „einmalige
Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die aktiven Atomkraftgegner" (so ein Sprecher der „Itzehoer Fraktion" der BUU lt. „SZ" vom 17.2.) anprangerten, übernahm die DKP-Führung im Gegenteil einen aktiven Part bei dieser Hetzkampagne.

- *„Wir distanzieren uns von dem Versuch einiger abenteuerlicher Gruppen, am Bauplatz ohne den Willen der Wilsteraner Bevölkerung durch Gewalttätigkeiten weitere brutale Polizeieinsätze zu provozieren"* (aus dem Flugblatt der „Hamburger Persönlichkeiten").
- *„Die DKP distanziert sich vom Vorgehen maoistischer Gruppierungen, die sich gegen die Beschlüsse der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe stellen... Es ist bezeichnend, daß nunmehr auch Neo-Nazis zu Aktionen am 19.2.77 in Brokdorf aufrufen"* (Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP, „UZ", 9.2.).
- Der Landesverband Bremen der DKP-nahen DFU verurteilte die *„Versuche maoistischer und neonazistischer Gruppen", „durch Gewalttätigkeiten erneute Polizeieinsätze zu provozieren"* („SZ", 17.2.).
- Die „UZ" vom 9.2. ging soweit, aus einem plump gefälschten angeblich „internen Flugblatt" der „KPD/ML" zu zitieren: **„Wir brauchen keine Rücksicht zu nehmen, auf die Scheißbauern am allerwenigsten".** Diese Fälschung war bereits am 28.1. (!) in einer Lokal-Zeitung publiziert worden und unmittelbar danach von der „KPD/ML" zurückgewiesen worden. Am 8.2. plötzlich wurde die Fälschung auf der Titelseite der „Bild" wieder aufgewärmt, und am 9.2. in der „UZ". Deutlicher kann kaum bewiesen werden, daß die DKP direkt bei Springer abgeschrieben hat.

Zur Diffamierung der für Brokdorf mobilisierenden Kräfte diente vor allem die alte Demagogie von „rechts = links", und zwar in erster Linie der rein provokatorische „Aufruf" des Nazi-Anwalts Roeder zur Demonstration in Brokdorf. **„Maoisten und Neonazis organisieren Provokationen"** konnte man schon in der „UZ" vom 9.2. lesen. In einem Flugblatt des vom MSB dominierten Hamburger AStA heißt es: *„Unsere Einschätzung, daß eine Aktion am 19.2. in Brokdorf, gewollt oder ungewollt, den Plänen der Stoltenberg-Regierung unter Ausnutzung bewußter Provokateure in die Hände arbeitet, wird auch durch die bekanntgewordenen Aufrufe rechtsradikaler Gruppierungen nach Brokdorf unterstrichen".* In der „UZ" vom 14.2. wurde gar gehetzt: **„Im Unterelbegebiet wächst die Besorgnis der Bevölkerung vor der von maoistischen bis neofaschistischen Kräften für Samstag unmittelbar am Baugelände Brokdorf geplanten Aktion".**

Wenn der Nazi-Roeder (hinter den angeblichen „rechtsradikalen Gruppierungen" steckt in diesem Fall praktisch nur der Provokateur Roeder als Einzelperson!!) nach Brokdorf aufruft, müssen also die „anständigen" Menschen alle nach Itzehoe fahren. Verrückt! Roeder hat derzeit das Thema Atomenergie entdeckt und spricht sich gegen AKWs aus. Sollen wir jetzt deswegen plötzlich alle f ü r AKWs sein, bloß weil ein verrückter Nazi dagegen ist? Und was hätte die DKP denn gemacht, wenn Roeder vielleicht auf den Gedanken gekommen wäre, zur Demonstration nach Itzehoe aufzurufen? Oder wenn die „KPD/ML", wie es ja zeitweise tatsächlich diskutiert wurde, nach Itzehoe mobilisiert hätte?

Das Hochspielen des Provokateurs Roeder zum Zweck, die gesamte Demonstration in Brokdorf zu diffamieren, ist ein rein demagogisches Manöver, bei dem sich die DKP übrigens in „bester Gesellschaft" mit der Regierungspresse befand („Frankfurter Rundschau", „Spiegel").

Konsequent sollte die Hetzkampagne darauf hinauslaufen, die in Brokdorf Demonstrierenden total zu isolieren und zu diffamieren, sie von jeder Sympathie in der Bevölkerung abzuschneiden und damit der brutalsten Repression auszuliefern – wobei die DKP noch zynisch behauptete, die „Maoisten und Neofaschisten" hätten schließlich den Polizeieinsatz „provozieren" w o l l e n.

Sonderauftrag für den MSB

Im Gegensatz zu den plumpen Holzhammer-Methoden der DKP, besonders in der „UZ", übernahm es der MSB (Studentenorganisation der DKP), mit einer differenzierteren Argumentation in die Bewegung selbst hineinzuwirken, im Versuch, die Politik der DKP etwas geschickter zu verkaufen. Dabei fällt auf, daß sich der MSB – nicht nur in Hamburg – stark an Argumentationen aus dem ARBEITERKAMPF anlehnte, um zu begründen, warum man in Itzehoe demonstrieren müsse und nicht in Brokdorf.

Herausgestellt wurde vor allem: *„Am 19.2. soll in Brokdorf am Bauplatz der Bürgerkrieg geprobt werden. Man sollte sich keine Illusionen machen, daß nicht auch Tote einkalkuliert wären. Die Herrschenden setzen also in dieser Situation darauf, durch eine bewußt initiierte, massive Provo-*

liert wären. Die Herrschenden setzen also in dieser Situation darauf, durch eine bewußt initiierte, massive Provo-
kation die Bewegung einzuschüchtern und politisch zu ersticken" (Flugblatt des MSB Hamburg). Man müsse daher **„der geplanten Provokation aus dem Wege gehen und die Demonstration gegen das AKW Brokdorf in Itzehoe durchführen"** (siehe oben).

Dies wurde sogar ganz „rrradikal" so formuliert, man würde sich den Demonstrationsort und die Aktionsformen nicht von Stoltenberg „aufzwingen" lassen, um zu bemänteln, daß man gerade d a s tat und propagierte. Nun weiß man ja, daß Stoltenberg und auch die Bundesregierung schon im Januar die Bürgerinitiativen inständig aufgefordert hatten, irgendwo sonst zu demonstrieren, aber nicht in Brokdorf. Dabei war der Vorschlag Itzehoe von Stoltenberg selbst ins Spiel gebracht worden. Den MSB ficht das freilich nicht an: *„...Außerdem ist es doch naiv, Stoltenbergs Propagandakampagne ‚Weg vom Zaun!' mit seinen eigentlichen Absichten gleichzusetzen. Wir sollten doch genügend Erfahrungen gesammelt haben, um die Schlitzohrigkeit bürgerlicher Politiker vom Kaliber Stoltenbergs zu durchschauen"* (siehe oben).

Also: Die Verhandlungen und Geheimkontakte Stoltenbergs zu Vertretern der BUU, um einen anderen Demonstrationsort zu erreichen, das Drängen der Bundesregierung, die ganze Presse-Kampagne, gar das Verbot der Demonstration – all das sind angeblich nur T r i c k s von Stoltenberg, um die Anti-AKW-Bewegung an den Bauzaun zu locken und dort zu zerschlagen.

Zu dermaßen kindischen Auffassungen kann man nur kommen, wenn man die Gesamtstrategie der Bourgeoisie in dieser Sache auf Teilaspekte halbiert. Diese Strategie bestand natürlich nicht einfach darin, die Bewegung an den Zaun zu locken, sondern bestand in der S p a l t u n g der Bewegung, und zwar in die vogelfreien „kriminellen Gewalttäter" in Brokdorf und die „friedlichen Demonstranten" in Itzehoe. Wie in AK 98 aufgezeigt, ist die vorherige Spaltung der Bewegung überhaupt die Grundvoraussetzung, um gegen den verbliebenen Rest am Bauzaun oder in der Umgebung das „blutige Exempel" durchführen zu können. Aus der Sicht der Bourgeoisie wäre ein brutaler Polizei-Einsatz gegen die g e s a m t e Bewegung in jeder Hinsicht wahnwitzig. Die Bourgeoisie legt es auf Differenzierung und Spaltung an, auf die Herauslösung möglichst breiter Kräfte, die vielleicht noch für eine Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat gewonnen werden könnten.

Politisch sinnvoll konnte der brutale Polizei-Einsatz nur sein, wenn es gelang, ihn durch eine zielstrebige Einengung des Gegners auf den „harten Kern" und durch eine massive Hetz- und Verleumdungskampagne maximal zu isolieren.

In dieser Situation waren wir der Meinung, daß diese Provokation der Bourgeoisie a u f j e d e n F a l l gelingen würde, wenn große Teile der Bewegung sich verunsichert zurückziehen bzw. nach Itzehoe ausweichen würden, während die einzige Chance zur Verhinderung darin bestand, möglichst breite Teile der Bewegung trotzdem nach Brokdorf zu mobilisieren und der Hetzkampagne der Bourgeoisie entschieden und fest entgegenzutreten.

Wer in dieser Situation der Meinung war, die Provokation durch eine Demonstration in Itzehoe zu verhindern, der hätte, wenn es ihm ehrlich um die Sache zu tun war, jedenfalls klar die Hetzkampagne der Bourgeoisie gegen die Brokdorf-Demonstration als propagandistisches Vorspiel der geplanten Bürgerkriegsübung ablehnen müssen. Viele Kräfte haben das dankenswerterweise getan. Nicht so jedoch die DKP, die ganz im Gegenteil im Chor der Hetz- und Verleumdungskampagne mitheulte und sich damit selbst bei Kräften, die die Demonstration in Itzehoe trugen, ziemlich unbeliebt machte.

Sich aufgrund taktischer Meinungsverschiedenheiten für das eine oder andere Vorgehen, für den einen oder anderen Demonstrationsort zu entscheiden, das ist die e i n e Sache. Eine andere Sache ist es aber, einen beträchtlichen Teil der Anti-AKW-Bewegung, der nach Brokdorf wollte, zu diffamieren und damit im Sinne der Bourgeoisie zum Abschuß freizugeben.

Der MSB hat im wesentlichen so argumentiert, als ginge es überhaupt nur um die taktische Meinungsverschiedenheit. Anders hätte er von vornherein nicht darauf hoffen können, irgendwo bei politischen Menschen Gehör zu finden. Diese Sonderrolle sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der MSB nichts anderes als ein spezieller Träger der Gesamtpolitik der DKP ist. L o s g e l ö s t von der Gesamtpolitik der DKP gegen die Anti-AKW-Bewegung kann man die Politik des MSB überhaupt nicht diskutieren. **Zumal es beim MSB nicht einmal zu jenem Mindestmaß an Kritik gegenüber der DKP-Politik reicht, daß selbst die Jusos noch gegenüber der SPD aufbringen.**

„Eine Handvoll maoistischer Provokateure"

„Eine Handvoll maoistischer Provokateure"

Nicht einmal das Verbot der Demonstration in Brokdorf, das auch von vielen die Kundgebung in Itzehoe tragenden Kräften schärfstens kritisiert wurde, brachte die DKP von ihrer „Chaoten"-Hetze ab. So konnte man noch am 17.2. in der „UZ" im BILD-Zeitungsstil lesen: **„Wir erleben, wie geschickte Strategen aus der Chaoten-Szene die Bewegung vor ihren Karren zu spannen versuchen", und „daß die Maoisten nichts anderes als die gewaltsame Konfrontation wollen".**

Zu dem Verbot wußte die „UZ" nur zu melden, es gehe dabei um das *„Verbot einer Aktion unmittelbar am Bauzaun, zu der vor allem maoistische Gruppen aufgerufen hatten, die einen abenteuerlichen Provokationskurs verfolgen und damit den reaktionären Kräften einen Vorwand zum Einsatz der Staatsgewalt gegen die Demonstranten liefern"* („UZ", 18.2.). Mit der ihr eigenen Logik wußte die DKP das Verbot auch gleich ins „rechte" Licht zu setzen: **„Es ist unverkennbar, daß mit dem Verbot vor allem die Absicht verfolgt wird, die friedliche Demonstration in Itzehoe zu behindern"** (s.o.)!!

In diesem Sinn sprach die DKP auch von dem *„Versuch, eine Bürgerkriegsstimmung zu propagieren und eine großangelegte Notstandsaktion von Polizei und Bundesgrenzschutz zur Einschüchterung der protestierenden Bürger vorzubereiten"* (s.o.), womit aber wiederum nur die Demonstration in Itzehoe gemeint war, obwohl selbst dem Dümmsten klar sein müßte, daß sich die ganze Hetze gegen die geplante Demonstration in Brokdorf entlud, während die Veranstaltung in Itzehoe selbst von der Stoltenberg-Regierung „begrüßt" wurde und sich als „friedlich" und „gemäßigt" des allgemeinen Wohlwollens der bürgerlichen Presse erfreute. Überdies ist es zynisch von der DKP, eine „Bürgerkriegshetze" scheinheilig anzuklagen, an der sie selbst sich bis zum letzten Moment mit ihren Gruselgeschichten über die „maoistischen Provokateure" voll beteiligte.

Die Linie der DKP ist es in solchen Fällen i m m e r, den von der Bourgeoisie tatsächlich Angegriffenen als gewalttätigen Provokateur hinzustellen, während die DKP vor allem das „wahre" Ziel des Angriffs sei. So auch DKP-Führer Horst Boje in der „UZ" vom 17.2.: *„Und natürlich ist die staatliche Gewaltszene nicht gegen die Handvoll (!) organisierter maoistischer Provokateure am Brokdorfer Bauzaun, sondern gegen die große gemeinsame Front"* ... etc. blahblah. Der Begriff der „Handvoll" ist bei der DKP bekanntlich sehr flexibel: Was der DKP nicht paßt, ist sowieso von vornherein „eine Handvoll", auch wenn es 30- oder 40.000 Menschen sind. Und umgekehrt: Wenn die DKP mitaufruft, ist garantiert die „große gemeinsame Front aller demokratischen Kräfte" zur Stelle. Der Informationscharakter der „UZ" entspricht insofern etwa dem der „KVZ" des KBW, wo auch sehr eigenwillig mit den Fakten umgegangen wird.

Die DKP will nach dem 19.2. ihre Spalter-Tätigkeit in der Anti-AKW-Bewegung verstärkt fortsetzen. Unter Zurückstellung ihrer oben dargestellten Positionen zur Frage der „friedlichen Nutzung der Kernenergie" versucht sie jetzt, sich als konsequenten AKW-Gegner aufzuspielen und groß in die Bewegung einzusteigen, um sie in den Griff zu kriegen. In Hamburg wurde sogar flugs eine „Aktion Stop dem Atom-Programm" aus dem Boden gestampft, die auch ein „Organisationsbüro" aufzuweisen hat. Diese „Aktion", hinter der lediglich die schon sattsam bekannten „Hamburger Persönlichkeiten aus allen Bevölkerungsschichten" stehen, soll wahrscheinlich für die Zukunft als DKP-„Bündnis"-Organ in der Anti-AKW-Bewegung fungieren.

Die DKP will in die Anti-AKW-Bewegung die Linie der ausschließlich „friedlichen" Aktionsformen und des Verzichts auf „Gewalt" hineintragen. Zwar behauptet der MSB, entsprechend seinem Spezial-Auftrag, in Flugblättern etc., daß er „eigentlich" auch f ü r eine Besetzung des Bauplatzes sei. Sehr ernst kann das wohl nicht gemeint sein, da um diesen Platz nun einmal ein Zaun gezogen ist, den man zuvor einreißen müßte – was aber von der DKP als „Provokation" abgelehnt wird, die nur „Vorwände" liefern würde, um gegen die von der DKP in Wirklichkeit einzig und allein befürworteten „friedlichen Kundgebungen" vorzugehen.

Um ihr Ziel zu erreichen, die Bewegung zu spalten und a u s s c h l i e ß l i c h auf „friedliche" Aktionen zu orientieren, arbeitet die DKP mit allen Kräften zusammen, die sich anbieten. Daß man z.B. für die „friedliche Demonstration" in Itzehoe einen leibhaftigen CDU-

men, die sich anbieten. Daß man z.B. für die „friedliche Demonstration" in Itzehoe einen leibhaftigen CDU-
Bürgermeister auf seiner Seite hatte, wird ebenso begrüßt wie die Mithilfe der rechtsradikalen Demagogen vom WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens") oder die „Unterstützung" irgendwelcher reaktionärer Kirchenleute (Bischöfe etc.), die bisher noch kein gutes Wort für die Anti-AKW-Bewegung fanden, aber sich plötzlich, wo es um Spaltung geht, als verständnisvolle Befürworter der Itzehoer „friedlichen Demonstration" präsentierten. Während die DKP auf der einen Seite zynisch den militanten AKW-Gegnern vorwirft, sie würden mit Neo-Faschisten paktieren, ist also die DKP s e l b s t bei der Wahl ihrer Verbündeten nicht sehr wählerisch. Daß gemeinsame Sache mit Teilen der SPD gemacht wird, deren Anliegen es erklärtermaßen ist, die Anti-AKW-Bewegung in parlamentarische Bahnen zu kanalisieren und einen p r i n z i p i e l l e n Kampf gegen das Atom-Programm zu verhindern, versteht sich von selbst.

Die DKP spielt dabei, wie auch in anderen Bewegungen, derzeit für die Bourgeoisie eine Spezialrolle, die aufgrund ihrer verglichen mit der linken Sozialdemokratie relativ hohen Mobilisierungsfähigkeit und Aktivität ihrer Mitglieder nur die DKP spielen kann. Vor allem kann die DKP diese Rolle als einzige als geschlossene Partei spielen, während ähnliche Manöver der linken Sozialdemokratie unvermeidlich eine Reihe von Problemen für das bürgerliche Parteien-Gefüge aufwerfen.

Für die Anti-AKW-Bewegung muß klar werden, daß die gegenwärtig zunehmende Einflußnahme von DKP und linker Sozialdemokratie auf die Bewegung und die Orientierung auf „friedliche" und „gesetzmäßige" Aktionsformen nur in die Sackgasse führen kann. Der Einfluß dieser Kräfte auf die Bewegung muß zurückgedrängt werden, damit wir unser Ziel verwirklichen können: „Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!"

Schaffung von Arbeitsplätzen? Eine weitere Stoltenberg-Lüge!

Als ein großer Bluff haben sich Prophezeiungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung für die Region Brunsbüttel, das zukünftige „Ruhrgebiet des Nordens", erwiesen, nach denen in diesem Bereich bis 1985 14.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Nach neuesten Schätzungen des zuständigen Arbeitsamtes Heide, die lediglich Angaben der sich ansiedelnden Firmen zu Rate ziehen, kann im günstigsten Fall mit höchstens 3.000 Arbeitsplätzen gerechnet werden („Welt", 7.2.77).

Was passierte in der Region Brunsbüttel?

Mitte der 60-er Jahre wurden erstmals Pläne konkretisiert, daß die Landesregierung in der im Südwesten Schleswig-Holsteins liegenden Region aufgrund der verkehrstechnisch günstigen Lage Industrie ansiedeln werde. 1967 begann das Land, einen Tiefwasserhafen an der Elbe zu bauen (ein Chemiehafen in unmittelbarer Nähe ist ebenfalls bereits projektiert). Geködert wurde die Stadt und die ohnehin schwachstrukturierte Region mit der Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze – von 14.000 sprach das Land. Zu diesem Zeitpunkt begann auch der Bau an einem Atomkraftwerk als Energieträger für die Industrie, das seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres produziert ... Die gesamte Industriefläche von mehreren hundert Hektar wurde von der Landesregierung nach folgendem Muster aufgekauft: Die Bauern erhielten im Durchschnitt etwa 20 Mark für den Quadratmeter vom Land, und das Land verkaufte das Gelände industriereif an die Konzerne für 4,50 DM pro Quadratmeter – die Zwischensumme wurde aus dem Landeshaushalt finanziert.

Neben dem AKW der HEW und der NWK waren die Bayer AG, die Veba in Zusammenarbeit mit dem dänischen Konzern Superfos A/S und Blohm + Voss sehr schnell für eine Ansiedlung gewonnen. Neben den günstigen Grundstückspreisen lockte das Land mit Steuervergünstigungen, mit der Bereitstellung des Infrastruktur-Rahmens (z.B. Schaffung einer riesigen Mülldeponie, Bau einer Brücke über den Nord-Ost-See-Kanal, Bau eines Industriehafens am Kanal und weiterer Verkehrsverbindungen) und einer recht „lockeren" Handhabung der Umweltschutzbestimmungen. So darf Bayer auf Jahre hinaus alle Abwässer in die Elbe leiten – ohne daß die Zusammensetzung dieser Schadstoffe geprüft wird. Kritik, man schaffe ein riesiges Monostrukturgebiet (fast alle großen Betriebe gehören dem Chemiebereich an), wurde eilfertig mit dem Argument der Arbeitsplatzbeschaffung beiseite gefegt. Dieses Manöver ist jetzt aufgedeckt worden. Arbeitsplatzbeschaffung sieht bei den großen Betrieben wie folgt aus: In ihren Stammbetrieben werden Arbeitsplätze wegrationalisiert, die Arbeiter werden vor die Alternative gestellt: Entweder Rausschmiß oder nach Brunsbüttel! Das bezieht sich allerdings auf Facharbeiter, ungelernte Arbeiter kommen aus dem Bereich Brunsbüttel und werden als billige Arbeitskräfte eingesetzt.

Bis jetzt sind in den drei Betrieben (Bayer, Veba und KKW Brunsbüttel) lediglich 650 Arbeiter beschäftigt. Bei Bayer und Veba sollen in den nächsten Jahren noch 550 dazukommen. „Schuld" für diese Entwicklung soll angeblich die Rezession sein, die „viele Firmen gezwungen habe, an ihren Personalplanungen erhebliche Abstriche vorzunehmen" („Welt", s.o.).

Demgegenüber vertritt die Dienststelle des Landesbeauftragten für die Wirtschaftsregion Brunsbüttel – verantwortlich für die Propagierung der Ansiedlungspläne – weiterhin die Propagandalüge von den 14.000 Arbeitplätzen: „Die Rezession habe die ursprünglichen Planungen nur verzögert" („Welt", s.o.).

Erst wird die Bevölkerung mit schmackhaften „Angeboten" zukunftssicherer Arbeitsplätze gelockt, aus ihrem Steuersäckel Milliarden für die Industrieansiedlung und Kernkraftwerke zu blechen. Was ihnen dafür beschert wird, ist eine hochautomatisierte Industrie, die viel Dreck und Chemikalien produziert und durch die Kernkraftwerke ein zusätzliches hohes Risiko für Leib und Leben darstellen.

Ein AK-Leser aus Brunsbüttel und ein Genosse aus St. Pauli/KB Hamburg

Kurzmeldungen:

Biblis: Trotz bereits vorhandener Risse im Speisewasserbehälter wird der 1240 Megawatt Reaktor des Block B für den kommerziellen Probebetrieb freigegeben. Aufgrund von Rißbildung muß der gleiche Behälter des Block A ausgetauscht werden („Frankfurter Rundschau", 1.2.77).

Gegen den Bau von Biblis Block C wurde von der Stadt Worms Einspruch eingelegt. Nach den bisher bestehenden Plänen sollen im Umkreis von 10 km um Worms 6 Kernkraftwerke mit insgesamt 7600 Megawatt Leistung entstehen, eine in der Welt einmalige Anballung von Kernkraftwerken, die für die Bevölkerung eine riesige Bedrohung darstellen.

Eine besondere Sportart gibt es seit Jahen. Für Piloten von Militärflugzeugen im Rhein-Main-Neckarraum: Die weithin sichtbaren Reaktorkuppeln von Biblis müssen im Tiefflug überflogen werden. Diese Sportart wird teilweise bis zu 40 Mal am Tag ausgeführt, je nachdem ob gerade ein Nato-Manöver dies ermöglicht.Obwohl sich Bürgerinitiativen seit zwei Jahren bemühen, ein generelles Überflugverbot für Militärflugzeuge zu erlangen, wurde dies bislang vom Bundesverteidigungsministerium abgelehnt (Nach „Frankfurter Rundschau", vom 14.2.77).

Mülheim-Kärlich: Einen Baustopp besonderer Art für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich hat das Verwaltungsgericht Koblenz verfügt. Einen Baustopp, der nach Mitteilung der Baufirmen nicht die gegenwärtige Phase des Kernkraftwerkbaus betrifft: Gegenwärtig sind 1.300 Personen u.a. mit der Fertigstellung des Reaktorgebäudes und mehrerer Nebengebäude beschäftigt – **Eine neue AKW-Baumethode: Bau ist angeblich verboten, schreitet aber zügig voran!**

Borken, Nordhessen: In Borken bei Kassel, wo nach Planung der Preußen-Elektra zwei Kernkraftwerke anstelle eines vorhandenen Braunkohlekraftwerks gebaut werden sollen, bereitet sich der Kreisausschuß auf einen längeren „Bürgerdialog" vor. Landrat Franke (SPD) teilte mit, daß man keineswegs den „Fehler von Brokdorf" wiederholen wolle. In einer breit angelegten Kampagne will er darüber „informieren", welche Beeinträchtigungen in Kauf genommen werden müßten ...

Grundlage des „Bürgerdialogs": Von August bis Dezember letzten Jahres waren Hungerstreiks, Demonstrationen, Kundgebungen und Resolutionen gegen die geplanten Kernkraftwerke an der Tagesordnung (nach: „FR", vom 1.12.77).

EAP-Provokateure für Atomprogramm!

che von mehreren hundert Hektar wurde von der Landesregierung nach nalisiert, die Arbeiter werden vor die Alternative gestellt: Entweder Raus-
Ein AK-Leser aus Brunsbüttel und ein Genosse aus St. Pauli/KB Hamburg
EAP-Provokateure für Atomprogramm!

Die durch ihre Spinnereien („Rockefellers Verschwörung" etc.) bekannt gewordene „Europäische Arbeiterpartei" (EAP) veröffentlichte im Januar in ihrer „Neuen Solidarität" einen Artikel unter der Überschrift „Verschwörung gegen die Kernenergie – Was steckt hinter Brokdorf?" Läßt man allen verwirrenden Unfug dieses Artikels beiseite, bleibt als Aussage übrig, daß wir es bei der Anti-AKW-Bewegung mit einer faschistischen Massenbewegung zu tun haben! *„Die Anti-Atomenergie-Bewegung wird von ‚unerwünschten Personen' und ‚Agenten von Einfluß' organisiert, die eine faschistische Basis aufzubauen hoffen".*

Es handelt sich dabei, wie könnte es anders sein, um Agenten Rockefellers ... Dazu zählt die EAP z.B. die „Friends of Earth" („Freunde der Erde"), zu denen z.B. der bekannte und kompetente AKW-Gegner Holger Strohm gehört, und überhaupt „westeuropäische Bürgerinitiativen". Solche Personen tragen angeblich mit dazu bei, daß die BRD immer noch völlig abhängig vom US-Imperialismus ist, so abhängig, daß die EAP sie als den 51. Bundesstaat der USA bezeichnet. Daß dieser Zustand bestehen bleibt, wird – nach Meinung der EAP – derzeit angeblich dadurch garantiert, „daß ausländische Agenten, die Gewalttaten und die Destabilisierung der Regierung organisieren, und die Tätigkeit entsprechender ‚Agenten von Einfluß', die Bundesbürger sind, weiter geduldet werden". Deshalb müßten die *„ausländischen Agenten zu unerwünschten Personen erklärt, die ‚Agenten von Einfluß' wegen des Verdachts auf Staatsgefährdung und Hochverrat gegen die souveräne Regierung der BRD festgenommen werden".*

Positives Gegenbeispiel zur Anti-AKW-Bewegung ist für die EAP die Pro-Atomenergie-Demonstration von Mühlheim, die von der KWU selbst organisiert war und für die die KWU-Beschäftigten bezahlten Urlaub bekamen. Besonderes Lob erntet Ministerpräsident Stoltenberg: *„Dr. Stoltenberg ging (abgesehen vom Kanzler) weiter als jeder andere bundesdeutsche Politiker, als er ohne Rücksicht auf Parteien, auch nicht auf seine eigene CDU, in der jüngsten Bundestagsdebatte die politischen Verräter in der wichtigen Kernenergiefrage brandmarkte ...".*

Solchen Provokateuren, die mit „linker" Maske Verwirrung zu stiften trachten, gehört das Handwerk gelegt!

Antif-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Atommüllagerung in Salzgitter geplant

Der stillgelegte Eisenerzschacht Konrad in Salzgitter-Lebenstedt soll in Zukunft als Lagerplatz für *„radioaktiven Sperrmüll dienen, der bei den Stillegungen der ersten Generation deutscher Kernkraftwerke in den nächsten 50 Jahren verstärkt anfallen wird"* (Goslarer Zeitung, 29. 10.76).

Zu diesem Zweck wurde die Grube Konrad durch einen dreijährigen Nutzungsvertrag mit den Stahlwerken Peine-Salzgitter vom Bundesforschungsministerium übernommen. Diese Nachricht scheuchte die Salzgitteraner AKW-Gegner hoch. Sie veröffentlichten die Informationen im „Wilden Huhn Magazin". (das Wilde Huhn ist eine fortschrittliche Jugendkneipe in Salzgitter) sowie in einem Flugblatt an die Bevölkerung. Angeprangert wurden die großen und z.T. unbekannten Gefahren, die von Atommüll ausgehen. Besonders zynisch und menschenfeindlich sind in diesem Zusammenhang folgende Zitate aus der „Salzgitter-Zeitung" vom 6.5.76: „für die Einlagerung von schwachradioaktiven Stoffen seien Salzstöcke zu schade", und im Schacht Konrad seien „die Strecken und Schachtabmessungen günstiger als in Kalischächten. Vorteilhaft sei außerdem, daß der Schacht trocken sei. Die über dem Erzlager befindliche Tonschicht verhindere einen Wassereintritt in größerem (?!) Maße. Das im Schacht vorhandene Wasser werde auf sein Alter untersucht".

Nach den ersten Veröffentlichungen und damit verbundenen Protesten, versuchten die Stadtoberen und die örtliche Presse, das Thema totzuschweigen und die AKW-Gegner so zu isolieren, über den Schacht Konrad wurde der Mantel der Geheimhaltung gelegt. Weiterhin aufgescheucht durch regen Verkehr von Ministeriumswagen in Schachtnähe schrieben die AKW-Gegner an die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG und erhielten Ende Januar 77 einen Brief vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, in dem folgendes zu lesen steht:

„1. Es ist vorgesehen, im Rahmen eines F+E-Programms (?) zu untersuchen, ob die Schachtanlage zur Einlagerung schwach- und (!) mittelradioaktiver Abfälle geeignet ist. Diese Eignungsuntersuchungen werden bis 1979 abgeschlossen sein.

2. Bei den vorgenannten Abfällen handelt es sich nicht um solche aus der Wiederaufbereitungsanlage des geplanten Entsorgungszentrums, insbesondere nicht um hochradioaktive Abfälle. Vielmehr ist hier u.a. an sperrige Komponenten aus kerntechnischen Anlagen und sonstige Abfälle, wie sie auch bereits z.T. im ehemaligen Salzbergwerk ASSE seit Jahren eingelagert werden, gedacht.

3. Im Rahmen des F+E-Programms ist eine Lagerung radioaktiver Stoffe nicht vorgesehen. (??)

4. Einen Katastrophenplan gibt es insoweit auch nicht."

Wie sich die Untersuchung des Schachtes auf die Lagerfähigkeit radioaktiver Stoffe mit Punkt 3 (der angeblich nicht vorgesehenen Lagerung) unter einen Hut bringen läßt weiß das Ministerium allein. Nun, zumindest haben die AKW-Gegner jetzt den Beweis in der Hand. Inzwischen wurden zwei Veranstaltungen mit einmal 100 und einmal 60 Menschen im „WildenHuhn" gemacht. Vorrangiges Thema war Brokdorf. Aber nach dem jetzigen Schreiben gilt es auch in Sachen Schacht Konrad wieder voll einzusteigen.

Internationale Demonstration gegen Atommüll-Lager

Niederlande. Am 5.2.77 wurde in der Provinz Groningen eine internationale Demonstration gegen Atommüll-Lager in den Nordniederlanden und Niedersachsen durchgeführt, an der sich neben Gruppen aus vielen niederländischen Städten auch Gruppen und Einzelpersonen aus Niedersachsen, Bremen und Hamburg und anderen Städten beteiligten.



Kein Atomabfall unter Groningen und Drente!

Im Juni 1976 tat die niederländische Regierung ihre Absicht kund, die im Norden der Niderlande gelegenen Salzstöcke auf die Möglichkeit hin zu untersuchen, dort Atommüll zu lagern. Behörden und Konzerne setzten die Gemeindeverwaltungen unter Druck, um die Erlaubnis für Probebohrungen zu erhalten.

In vielen Orten der Provinzen Drente und Gronigen bildeten sich daraufhin Aktionsgruppen.– Auf einer von der „Alarmgroep Borger" einberufenen Protestversammlung behauptete ein Sprecher vom „Reaktor Zentrum Niederlande", *„daß das Salz schon 80 Millionen Jahre stabil ist ..., so daß das Ablagern* (von Atommüll – Anm. AK) *eine Sicherheitsgarantie von 100 Prozent hat".* Die „Alarmgroep Borger" wies jedoch anhand einer Untersuchung der Niederländischen Eröl-Gesellschaft, (die jeder Sympathie für Umweltschützer unverdächtig ist) nach, daß vor sechs Jahren die oberste Schicht der Salzader, die bei Borger verläuft, 600 Meter tief lag, drei Jahre später waren es nur noch 350 Meter. Die Salzadern bewegen sich also und mit ihnen der in ihnen gelagerte radioaktive Abfall.

Auch die Wasserwerke der Provinz Drente schrieben in einem Brief an das zuständige Ministerium, *„daß die Ablagerung von radioaktivem Abfall in Salzstöcken große Verseuchungsgefahr bedeuten kann für das Grund- und damit das Trinkwasser."*

Die Aktionsgruppen in den einzelnen Orten haben Unterschriftensammlungen durchgeführt und teilweise auch ein Alarmsystem aufgebaut, um zu verhindern, daß an irgendeiner Stelle überraschend mit Probebohrungen begonnen wird. Der Bauernverband hat seine Mitglieder aufgerufen, keine Bohrungen auf ihren Grundstücken zuzulassen.

Nicht zuletzt unter dem eindruck dieser Proteste haben die Verwaltungen der Prvinzen Drente und Groningen sich bisher geweigert, die Pläne der Regierung zu unterstützen (nach „de tribune", Ztg. der „Socialistiese Partij" – SP –, Nr. 20/1976).

„Hier fahren wir – wir können nicht anders!"

Für den 5.2.77 hatte das „Landelijk Energie Komitee" (etwa: „Nationales Energiekomitee", Zusammenschluß einer Reihe von Umweltschutz- und Anti-AKW-Initiativen sowie politischen Parteien) zusammen mit der „Alarmgroep Atomplannen" und der „Deutsch-Nederlands Anti-Atoom-Aktion" zu einer internationalen Demonstration und Kundgebung in Onstwedde (Provinz Groningen) aufgerufen. Die Demonstration richtete sich in erster Linie gegen die beabsichtigte Atommüll-Lagerung in Groningen, Drente und Aschendorf-Hümmling (BRD), der Protest wendete sich aber auch gegen AKWs überhaupt und die Atompläne des BRD-Imperialismus. Die Hamburger KB-Genossen, die ander Demonstration teilnahmen, berichteten:

„Mit einem von einer der Hamburger Stadtteilgruppen der BUU organisierten Bus fuhren wir nach Onstwedde, dem Ort der abschließenden Kundgebung. Der erste Teil der Demonstration war ‚mobil': Über eine Strecke von rund fünfzig Kilometern fuhren Busse, Trecker und PKWs aus vielen niederländischen Städten, aus dem Kreis Aschendorf-Hümmling, aus Bremen, Emden, Hamburg und

Fortsetzung auf Seite 11

Werbung ist Trumpf

Es „lohnt" sich, wenn man als Lehrer an eine Informationsstelle der HEW/NWK schreibt und um Unterrichtshilfen bittet. (Im Abendblatt werden dafür häufiger bequeme Vordrucke zur Verfügung gestellt.) Prompt werden dem Interessenten dann nämlich massenweise Materialien zugeschickt. So erhielt ich z.B. zwei Pakete, in denen sich u.a. 9 Overheadfolien, 14 Dias, 1 Kassette, 1 Taschenbuch und mehrere Hochglanzbroschüren befanden. Wenn man bedenkt, daß allein die Folien im Handel weit über 100 DM kosten würden, wird einem auch an diesem Beispiel klar, daß die Bourgeoisie keinerlei Aufwand scheut, um ihr Atomprogramm in der Bevölkerung zu verankern.

Eine AK-Leserin

anderen westdeutschen Städten durch das Gebiet, das von der Atommüllagerung bedroht ist. Als wir uns dem Zug anschlossen, war die Kolonne schon ungefähr einen Kilometer lang. Die meisten Wagen waren mit Schildern, Transparenten und Fahnen geschmückt. Besonders bunt und einfallsreich hatten die Bauern ihre Trecher und Anhänger



Demonstranten aus Aschendorf-Hümmling.
„Besser der Elite den Kopf nehmen als der Gemeinschaft das Leben" (plattdeutsch, sinngemäße Übersetzung).

bemalt: ‚Atomabfall verhindern – für uns und unsere Kinder', ‚Erdgas gegen Kernabfall tauschen? Es ist zum Heulen!' hieß es und ‚Hier fahren wir, wir können nicht anders!' Entsprechende Aufmerksamkeit fand denn auch unser Zug: Vor den Einzelgehöften an der Straße und in den Dörfern standen die Menschen gruppenweise und winkten uns zu. Die westdeutschen Busse bekamen meist noch ein ‚Extra-Winken' (schade, daß man nicht zwischendurch aussteigen konnte!).

An der abschließenden Kundgebung nahmen rund 1 000 Menschen teil. Starken Beifall erhielt Erich Haye, Mitglied der BUU Westküste, der – reichlich kraftmeierisch – sagte: ‚Wir werden am 19.2. so auf den Bauplatz gehen, daß wir nicht wiederzukommen brauchen!'

Unsere Anti-AKW-Materialien stießen auf lebhafte Interesse: Zu dritt verkauften wir in einer halben Stunde an größtenteils niederländische Demonstranten 29 Broschüren ‚Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?', 20 ARBEITERKAMPF und 18 Platten ‚Wehrt Euch!'

Im Saal neben dem Kundgebungsplatz mußte der vom niederländischen Fernsehen in brokdorf aufgenommene Film (der NDR hatte sich trotz bestehender Verträge geweigert, Material zu liefern) vom 13.11. in Brokdorf gleich dreimal hintereinander gezeigt werden – so groß war das Interesse."

Keine Atommüll-Lager in den Niederlanden!
Keine Atommüll-Lager in der BRD!
Für die kämpferische Freundschaft der niederländischen und westdeutschen AKW-Gegner!

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Standortfrage Atommülldeponie vor der Entscheidung!

Nachdem im letzten November die Bundesregierung gleich mit 3 Ministern (Maihofer, Matthöfer und Friedrichs) nach Niedersachsen kam und die CDU-Landesregierung dazu verpflichtete die geplante Atommülldeponie in Niedersachsen anzusiedeln, hatten sie CDU-Albrecht die Zusage abgerungen bis zum Januar 77 einen Standort für die Deponie zu benennen. Da der Januar vorbei ist, fing die Bundesregierung an zu drängeln und so fand am 9.2.77 eine unterredung zwischen Albrecht und Schmidt statt.

Der Stanpunkt der BRD-Regierung war von Bundeswirtschaftsminister Friedrichs am 7.2. im Zweiten Deutschen Fernsehen noch einmal mit aller Deutlichkeit dargelegtworden: „*Die Bundesregierung muß nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Friedrichs den Bau einer eigenen Entsorgungsanlage für Atommüll auch gegen härtesten Wiederstand durchsetzen..... Der Minister vertrat die Ansicht, daß sich die Bundesrepublik eine eigne Entsorgung schaffen müsse, „so schwer das fällt und so groß auch möglicherweise der Wiederstand ist*" (FAZ vom 8.2.77).

Da Albrecht sich bewußt ist, daß sich aller Protest der AKW–Gegner gegen ihn richten wird, werden erst einmal ein Standort benannt ist, windet er sich immer noch und nennt als Alternativvorschläge weiterhin die USA oder den Ort Gorleben im östlichsten Zipfel Niedersachsens, dicht an der DDR-Grenze. (Der Vorteil soll wohl darin liegen, daß die Schadstoffbelastung in erster Linie die DDR treffen würde.) Später kann man dann immer sagen, „*ich habe ja damals andere Vorschläge gemacht, aber......*"

Die Bundesregierung verwarf die beiden „Alternativen" knallhart: Die USA komme nicht in Betracht, da man sich völlig in die abhängigkeit der USA begebe, was nicht hingenommen werden könne (nach FR v. 12.2.77).
Und Freidrichs stellte die Frage,
nommen werden könne (nach FR v. 12.2.77).
Und Freidrichs stellte die Frage,
„*ob die Bundesrepublik bei einer Entsorgung durch Amerika noch in der Lage wäre, ihre Kernkraftwerke in der Welt zum Verkauf anzubieten*" (FAZ vom 8.2.77). Klarer kann man die politischen und ökonomischen Interessen des BRD–Imperialismus kaum formulieren. Zu Gorleben ist der Bundesregierung eingefallen, daß die unter diesem Ort liegenden Salzstöcke bis in die DDR reichen und so wird flugs gefolgert: „*Die DDR könne also unter duraus einsichtige Begründungen die Salzstöcke anbohren*" (FR vom 12.2.77).

Bleibt also weiterhin Lichtenmoor, Unterlüß und Wahn (Aschendorf–Hümlingen). Da Albrecht das wohl auch weiß, will er die Entscheidung wenigstens nicht alleine verantworten. Die Bundesregerung und die SPD sollen die Entscheidung in Niedersachsen mittragen. Dazu forderte Albrecht Schmidt auf, „*dafür Sorge zu tragen, daß die niedersächsische SPD und die Bundesregierung in dieser Frage die gleiche Sprache sprechen.... Die SPD sei dabei eine doppelzüngige und opportunistische Oppositionsstrategie zu entwickeln*" (NHP vom 9.2.77).

Die SPD Niedersachsen antwortete umgehend durch ihren Oppositionsführer Kreibohm: Zwischen der Bundesregierung und der niedersächsischen SPD gebe es keine Meinungsverschiedenheiten.

Die SPD unterstützte vielmehr das Bonner Drängen auf eine Vorauswahl des Standorts für die spätere Atommülldeponie (NHP, 10.2.77).

Und Schmidt wollte Albrechts Kritik natürlich nicht auf sich sitzen lassen. Nach Albrechts Worten hat Schmidt ihm „*am Freitag in Bonn zugesichert, daß er sich dafür einsetzen werde, Wiederstand in der SPD gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie zu brechen*" (NHP 12/13.2.77).



Kurz sollte man noch erwähnen,
was die niedersächsische FDP zu diesem Thema meint. Der Umweltexperte Rau: Um die Atommüllfrage
was die niedersächsische FDP zu diesem Thema meint. Der Umweltexperte Rau: Um die Atommüllfrage dürfte man sich in Niedersachsen nicht drücken (NHP 10.2.77). Der „Atomexperte" der Bundes–FDP, Laermann, kam gleich mit einem noch heißeren Vorschlag. Er schlug vor die niedersächsische Atommüllkippe zu internationaliseiren, also den westeuropäischen Nachbarstaaten anzubieten. Begründung: Die Exportchancen der westdeutschen Reaktorindustrie würde damit verbessert werden (nach UZ vom 3.2.77).

Rein juristisch betrachtet geht es übrigens bei der Standortbenennung um folgendes: Um ein sogenanntes Vorprüfungsverfahren einleiten zu können, muß von der Landesregierung überhaupt erst einmal ein Standort benannt sein. Dieses „Prüfungsverfahren" soll dann ein bis zwei Jahre dauern und danach soll dann die endgültige Entscheidung fallen. Daß sich das Geneh,igungsverfahren in die Länge ziehen kann, bekam auch 100 Frauen zu hören, die aus den in Frage kommenden Gebieten am 8.2. nach Hannover gereist waren. Eine Woche lang hatten die Frauen vergeblich versucht mit Albrecht sprechen zu können. Albrechts Sekretariat hatte ihnen mit mitgeteilt, daß für so ein Gespräch eine halbjährige (!) Anmeldungszeit notwendig sei. Daraufhin fuhren die Frauen spontan nach Hannover und erwarteten das Kabinett vor seiner Sitzung im Gästehaus (lt..NHP v. 9.2. 77). Eine Methode, die man sich merken sollte!

In dem dann stattfindenden Gespräch zwischen Albrecht und den Frauen gab dieser dann bekannt, daß er in Kürze den Atommülldeponie-Standort bekanntgeben will. Inzwischen wird der 22. Februar als fester Termin genannt. Also aufgepaßt!

Den protestierenden Frauen sagte Albrecht noch frech: Demonstriert mal schön, ich hab ein Jahr Zeit (nach einem mündlichen Bericht der nach Hannover gefahrenen Frauen auf der Sitzung des Koordinationskreises Lichtenhorst vom 11.2.77). Tatsächlich hat Albrecht
en auf der Sitzung des Koordinationskreises Lichtenhorst vom 11.2.77). Tatsächlich hat Albrecht
schon jetzt eine gehörige Portion Angst vor dem Widerstand der sich in der Frage der Atommülldeponie entwickeln wird: *Albrecht gibt den Politikern recht, die schwere innenpolitische Auseinandersetzungen befürchten, wenn die Anlage tatsächlich hierzulande gebaut werden müßte. „Danach wird die Bundesrepublik nicht mehr die sein, die sie ist.*" („FAZ", 10.2.77). So soll es sein, so wird es sein! Schon liegt uns ein Aufruf der Bürgerinitiative „Rund ums Lichtenmoor" vor, wo angekünigt wird, daß wenn sich Albrecht für Lichtenmoor entscheidet, am Tag nach der Bekanntgabe eine Treckerdemonstration auf dem vorgesehenen Baugelände stattfinden soll.

KB/Gruppe Hannover

Gegen die Erweiterung des

Gegen die Erweiterung des AKWs in Biblis!

Die Einspruchsfrist für ein weiteres Atomkraftwerk in Biblis, (bisher existieren zwei; die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke sprechen irreführenderweise von Block A, B und C), ist von der hessichen Landesregierung um 2 Monate auf den 15.2.77 verlängert worden. Sie selbst verkauft dies als Zeichen der Diskussionsbereitschaft und Zugeständnis an die zahlreichen Sammeleinspruchslisten und Einzeleinsprüche der Bürger der Umgebung.

Aber auch die Bürgerinitiativen des Rhein-Main-Neckarraums, die über 35.000 Unterschriften gegen den Bau des Blocks C gesammelt haben, machen sich keine Illusionen über diese Haltung des Wirtschaftsministeriums. Das Genehmigungsverfahren selbst wird um keinen Tag verlängert und auch die Forderungen sind dadurch nicht erfüllt.

Die Forderungen der Bürgerinitiativen nach Untersuchung der Auswirkung des Betriebes der Blöcke A und B, Veröffentlichung des Karastrophenplans, und Offenlegung der Gutachten u.a.m. bleiben weiterhin unberücksichtigt bestehen. Die BIs der Umgebung haben deshalb einen offenen Brief an die Landesregierung gerichtet, in dem festgestellt wird, daß die Landesregierung den Anschein erwecken will, als sei sie zum offenen Dialog bereit, was aber nicht den Tatsachen entspricht. U.a. werfen die Bürgerinitiativen der Landesregierung vor:

„ – Unter den bisher öffentlich ausgelegten Genehmigungsunterlagen befindet sich kein einziges Gutachten. Die Landesregierung verhindert damit jede sachliche Auseinandersetzung. (...)

– Die Landesregierung hat das Kopieren der ausgelegten Genehmigungsunterlagen solange unbegründet verboten, bis gerichtliche Schritte dagegen unternommen wurden.

– Die Landesregierung hat es zugelassen, daß hessische Polizeieinheiten bei den brutalen Polizeieinsätzen in Brokdorf eingesetzt wurden. Wir befürchten daher, daß in Hessen ähnliche Polizeistaatsmaßnahmen vorgesehen sind.

– Die Landesregierung ließ es zu, daß jeder Bürger, der Einsicht in die Unterlagen für das Atomkraftwerk Biblis nehmen wollte, namentlich erfaßt wurde.

– Die Landesregierung läßt Bürger bei Versammlungen, die sich gegen den Ausbau des Atomkraftweres Biblis richten, durch die Kriminalpolizei bespitzeln. (...)

Wir meinen, die Landesregierung hat bis jetzt nicht die geringste Bereitschaft zum offenen Dialog gezeigt. Dieser Dialog ist nur dann möglich, wenn alle vorhandenen Unterlagen offengelegt und echte Beteiligungsmöglichkeiten eingräumt werden. (...)

Kommt der Dialog unter diesen Bedingungen nicht zustande, wird die hessische Landesregierung die alleinige Verantwortung dafür tragen, wenn sich Wyhler und Brokdorfer Verhältnisse in Hessen wiederholen sollten."

(Informationen und Zitate aus: „Umwelt akut" Nr. 5 herausgegeben von den Bürgerinitiativen im Rhein – Main– Neckarraum).

Protest gegen Raubbau des Grundwassers

Der geplante Block C des AKW in Biblis soll mit dem Grundwasser aus der Umgebung von Groß-Rohrheim gekühlt werden, was die ortsanslissige Bevölkerung auf die Barrikaden brachte.

Durch die jetzt schon bestehende rigorose Ausbeutung der Grundwasserreserven des Ried (täglich werden im Ried rund 170.000 Kubikmeter Wasser gefördert, davon 60.000 Kubikmeter für die Trinkwasseraufbereitung von Frankfurt und Wiesbaden) hat es bis heute eine Grundwasserabsenkung von 8 m gegeben. Das hatte zur Folge, daß die Erde durch Hohlräume, die sich gebildet haben, an mehreren Stellen zusammengesackt ist, wobei über 30 Häuser beschädigt wurden. (Das neue Clubhaus des Groß-Rohrheimer Fußballvereins mußte sogar wegen Einsturzgefahr geschlossen werden!)

Am 23.1.77 fand auf Initiative des Groß-Rohrheimer Gemeinderates eine Protestkundgebung mit über 1.000 Menschen im ortlichen Gemeindewald statt. Mehrere Bürgerversammlungen waren der Protestaktion bereits vorausgegangen. Fast 100 Bauern waren zu der Aktion mit ihren Traktoren gekommen, die sie mit Parolen wie „*Stopt den Raubbau!*", „*Sollte das Wasser weiter nach Frankfurt laufen, müssen wir es uns bei Neckermann kaufen*" geschmückt hatten.

KB/Gruppe Darmstadt



KKW-Gegner aus der elsässischen Gemeinde Gerstheim halten seit Ende Januar das Gelände, auf dem ein Kernkraftwerk gebaut werden soll, besetzt. Nachdem eine französische Kraftwerksgesellschaft, ohne die Bevölkerung zu informieren, anfing zu bauen, besetzten vor allem Bauern und Fischer aus der Umgebung den Platz.

Anti-AKW-Bewegung in Bayern

Nachdem die bayrische Landesregierung und ihr Umweltminister Streibl noch im Januar versichert hatten, daß bis zur endgültigen Klärung der Vorfälle in Grundremmingen für das geplante Atomkraftwerk Ohu I keine Genehmigung erteilt wird bzw. von den Ergebnissen abhängig gemacht werden sollen, haben die Herren nun wieder ihre – nach außen geäußerte – Meinung geändert. Bei den Etatberatungen im Landtag stellte Streibl fest, daß eine Genehmigung für Ohu I bei Landshut wahrscheinlich sei („Nürnberger Nachrichten", 2.2.77). Was im Grunde heißt, daß die Entscheidung von Anfang feststand.

Im Zusammenhang mit dem Entsorgungsproblem von radioaktivem Müll, hatte die bayrische Landesregierung beschlossen, daß jedes AKW in Bayern ein eigenes Zwischenlagerbecken für den Atommüll erhalten soll. Bei Ohu ist wieder einmal das formal bestehende Genehmigungsverfahren total umgangen worden. Der Deutsche Naturschutzring stellt in einem Brief an Maihofer fest, daß für dieses Zwischenlagerbecken das erforderliche Raumordnungsverfahren nicht durchgeführt worden sei. Anläßlich eines Journalistenbesuches konnten diese feststellen, daß dies Becken für den Atommüll schon fertiggstellt ist („Süddeutsche Zeitung", 10.2.77). So einfach geht das.

Erste Erfolge in Landshut

In Landshut hat sich jetzt eine Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke gegründet, die sich speziell gegen die Inbetriebnahme von KKI 1 (Kernkraftwerk Isar 1) und den Bau von KKI 2 in Ohu (13 km von Landshut entfernt) richtet.

Die Bürgerinitiative rief für den 12.2. zu einer Demonstration in Landshut auf, an der sich über 200 Menschen beteiligten. Gemessen an den örtlichen Verhältnissen und dem erst kurzen Bestehen der BI war das ein guter Erfolg. Bereits am 9.2. waren 70 Menschen zu einer Anti-AKW-Veranstaltung gekommen, zu der die Landshuter Ortsgruppe des KB aufgerufen hatte. Auf der Veranstaltung wurden Referate zur Frage der Autarkiebestrebungen und der Atombewaffnung und zur aktuellen Lage des Widerstands gegen AKWs gehalten, worüber anschließend sehr lebhaft diskutiert wurde.

Auch in Landshut blieben die Einschüchterungsversuche und Hetze gegen die AKW-Gegner nicht aus: Als ein Mitglied der BI das erste Mal einen Info-Stand anmeldete, wurde das mit dem Argument abgelehnt, daß die Stadt angeblich so gute Argumente gegen das AKW in Ohu habe, daß die Bürgerinitiative da nur störe!

Die BI-Kollegin, die die Demonstration angemeldet hatte, wurde zur Politischen Polizei von der Kripo Landshut zitiert und dort über die Beteiligung des KB an der BI und anderer BI-Angelegenheiten befragt.

Dann verlangte der Kripo-Schnüffler auch noch die Namen des „Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit" der BI und drohte, daß die Demonstration nicht genehmigt würde, falls er sie nicht bekäme.

Im selben Stil stand am 14.2. in der „Landshuter Zeitung", daß die Demonstration der Bürgerinitiative vom KB organisiert worden sei und Demonstranten gar aus anderen Städten angereist seien. Von der BI wurden diese Behauptungen noch am selben Tag in einem Flugblatt als faustdicke Lügen entlarvt. Klar ist, daß alle diese Manöver nur dazu dienen, die aktiven Kernkraftwerksgegner einzuschüchtern und sie in die „linke", wenn nicht schon kriminelle Ecke gestellt werden sollen.

Anti-AKW-Veranstaltung in Nürnberg

Am 6. Februar fand im Nürnberger Jugendzentrum „Komm" eine vom KB organisierte Veranstaltung zu Kernkraftwerken statt. Unter der Parole „Kein AKW in Bayern und auch nicht anderswo" wurde über die Gefahr der Kernkraftwerke und die Situation in Bayern berichtet. Besonders herausgestellt wurde auch die bis jetzt sehr schwache Gegenbewegung gerade in Bayern. Beschlossen wurde das Schlußlicht Bayern durch eine breitere Aufklärung und den Besuch in Brokdorf Lügen zu strafen.

Trotz gut eingeübter Lieder und vorbereiteter Sketche war die Veranstaltung mit ca. 100 Teilnehmern relativ schlecht besucht.

KB/Gruppe Landshut

KKW-Nein Parolen auf Banknoten

Die Landeszentralbank Bremen gibt bekannt: In letzter Zeit tauchen in Bremen und Umgebung ständig Banknoten auf, die am Rand mit verschiedenen Parolen gegen Atomkraftwerke versehen sind. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß es sich zwar um eine vorzügliche Propagandamethode handelt, jedoch um eine verbotene. Sollten diese Umtriebe kein Ende nehmen, werden wir sämtliche Geldscheine aus dem Verkehr ziehen!

Nach „Informations-Dienst", 1.2.77

Bulle rausgeschmissen!

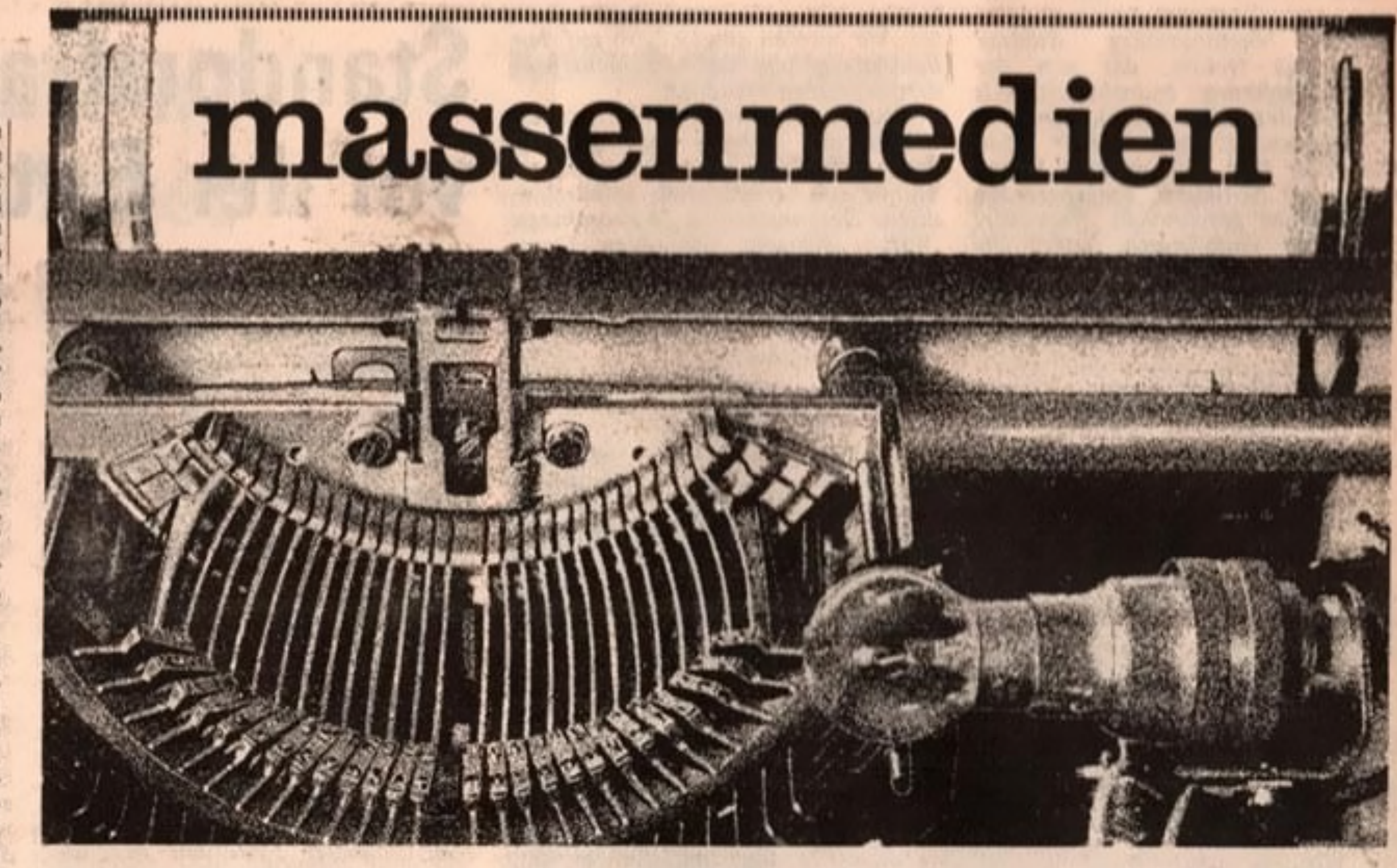
Neustadt/Schleswig-Holstein: Am 14.2. spaltete sich die Bürgerinitiative Neustadt, als der Antrag gestellt wurde, zwei Bullen aus der Initiative rauszuschmeißen, die dort längere Zeit „mitgearbeitet" hatten. Diese Bullen hatten sogar offen erklärt, daß sie nicht gegen AKW's seien und deshalb auch keinen Finger krumm machen würden (z.B. beim Flugblätter verteilen). Ihre Haupt„arbeit" bestand darin, sich eifrig Notizen zu machen. Nach der Abstimmung mußte der Herr Schulz, Mercedesfahrer (OH-VR 40), die BI verlassen.

Mit ihm verließen bedauerlicherweise 1/3 der Anwesenden, die „solche Methoden" nicht gern sehen, den Raum. Der Rest plante die Mobilisierung für die Brokdorf-Demo.

Genossen aus Lübeck



Italien. Mehr als 1.000 Menschen aus der Umgebung protestierten am 30 Januar in Capalbio Scalo bei Grosseto (Mittelitalien) gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerks. Nach der Demonstration wurden die Schienen der Strecke Rom-Genua besetzt. Die Demonstration war der bisherige Höhepunkt verschiedener Protestaktionen der Bevölkerung in dieser Gegend.



Berufsverbot für „rotes Teufelchen" beim NDR?

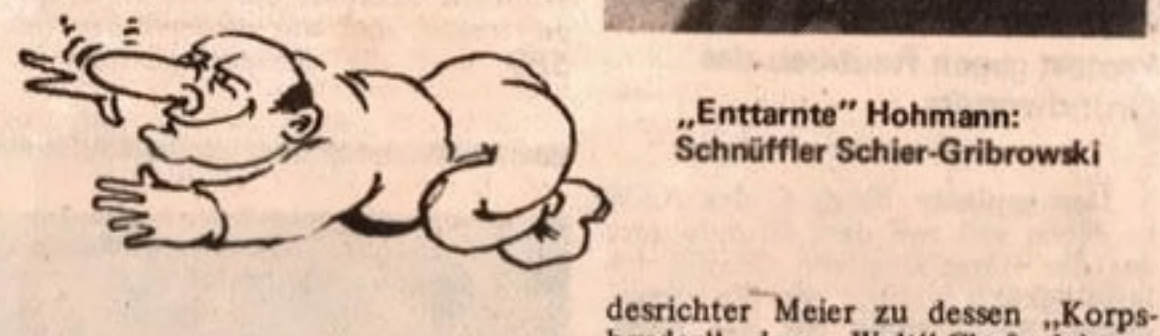
Welche Ausmaße die Repressionskampagne gegen liberale und fortschrittliche Redakteure und Autoren in den bundesrepublikanischen Sendeanstalten mittlerweile angenommen haben, wird beispielhaft deutlich an der Auseinandersetzung im NDR über dessen freien Mitarbeiter Peter Homann. Aufhänger dazu war sein Film zum Tod von Max Reimann.

Der Sonderkorrespondent der Hauptabteilung Zeitgeschehen, Peter Schier-Gribowsky, sah in diesem Sieben-Minuten-Streifen *„den schlimmsten Beitrag, der jemals im NDR gelaufen ist"* („Extradienst", 11/77) und „unternahm daraufhin Nachforschungen" („Welt", 31.1.), wobei er festgestellte, daß Homann nicht nur ehemaliger und vorbestrafter Sympathisant der „Baader-Meinhof-Gruppe" gewesen ist sondern darüber hinaus heute Mitglied der DKP. Um mehr über das „trojanische Pferd" im NDR
gewesen ist sondern darüber hinaus heute Mitglied der DKP. Um mehr über das „trojanische Pferd" im NDR
(„Welt", 4.2.) zu erfahren, nahm das CDU-Mitglied Schier-Gribowsky Verbindung auf zum Parteifreund und Mitglied des Führungsstabes des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte. Dieser gab bereitwillig Auskunft und bestätigte die persönlichen „Nachforschungen", *„denn die Informationen über Homann waren offen und nicht geheim"* („Welt", 11.2.).

Interessant dabei ist, daß Lochte über seine verfassungsschützende Tätigkeit hinaus Mitglied im NDR-Verwaltungsrat ist, womit der Kreis geschlossen ist, der alle die NDR-Journalisten umgibt, die immer noch glauben, sie könnten das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung für ihre praktische Arbeit in Anspruch nehmen.

Homann, dem vorgeworfen wird, sich bis heute nicht über Identität und Vergangenheit des „Ex-Mitglieds der Baader-Meinhof-Bande" und jetzigem „DKP-Aktivisten" informiert, sondern ihn vielmehr durch Aufträge finanziert und somit „gesellschaftsfähig" gemacht zu haben. Diesem Angriff folgt schlüssigerweise die Huldigung der Tat des Schier-Gribowsky, der hier Licht in dunkleDinge brachte und (wie empörend für „aufrechte Demokraten") sich jetzt *„allen Ernstes gegen den ‚Vorwurf' zur Wehr setzen (muß), er habe mit dem Verfassungsschutz zu tun"* und als *„Verfassungsschnüffler"* beschimpft wird (nach „Welt", 31.1.).

Woher nun v. Loewenstern diese Informationen hat, weiß kein Mensch; Schier-Gribowsky will sie ihm nicht gegeben haben („Stern" 8/77). Aber wie die „Welt" an Informationen herankommt, aus denen sich rechte Het-
gegeben haben („Stern" 8/77). Aber wie die „Welt" an Informationen herankommt, aus denen sich rechte Het-
ze machen läßt, zeigte vor nicht allzu langer Zeit die Verbindung von Bun-



„Enttarnte" Hohmann: Schnüffler Schier-Gribrowski

desrichter Meier zu dessen „Korpsbruder", dem „Welt"-Chefredakteur Kremp. Man darf getrost davon ausgehen, das solcher Art Freunde auch beim VS vorhanden sind. ...

teure einer VS-Untersuchung unterziehen zu lassen!

Damit ist einem Vorgehen Tür und Tor geöffnet, das dazu führen kann, künftig jeden Autor einer politischen Sendung auf seine verfassungskonforme Vergangenheit hin zu überprüfen. Wenn nach diesen Vorgängen die Redakteure sich darüber beklagen, daß es *„so einen miesen Stil ... hier noch nicht gegeben (hat)"* („Stern" 8/77), so gibt der Rückzug Neuffers vor der „Welt" zu der Befürchtung Anlaß, daß dieser Stil eher schlechter wird als besser!

Endstation für Homann?

Die Reaktion Neuffers, nach den Angriffen von rechts sofort in Dek-

Die Reaktion Neuffers, nach den Angriffen von rechts sofort in Deckung zu gehen, und die massive Hetze der CDU Hamburgs und Schleswig-Holsteins („kommunistische Sendung im NDR") („Welt", 4.2.), an der sich auch die CDU-Verwaltungsratsmitglieder beteiligen, legt die Vermutung nahe, Homann künftig auf Eis zu legen, mit anderen Worten, ihm ein Berufsverbot zu erteilen.

Schon in der letzten Woche konnte man lesen, daß seine Mitarbeit zumindest „eingeschränkt" werden soll ... („Extradienst", 11/77). Um das zu erreichen, kann seine Situation als „freier" Mitarbeiter von den daran interessierten Leuten hervorragend ausgenutzt werden. Gegenwärtig ist die Lage bei den „freien" Mitarbeitern so, daß ihre Beitragsangebote ohne Begründung abgelehnt werden können, wenn der betreffende Redakteur eine gewisse Verdienstgrenze erreicht hat. Und dafür kann man sorgen ...

Themen wie der Einsatz von Chemical-Mace oder die Rolle privater Werkschutzunternehmen, mit denen sich Homann in der Vergangenheit beschäftigt hat, werden für ihn tabu sein.

Immer dabei: Faschist und Feuermelder v. Loewenstern

„Die Macht der Marxisten im NDR" („Welt", 31.1.) wird allerdings nicht nur von innen her durch den VS und dessen Spitzel, sondern ebenso massiv von außen angegriffen. Immer in vorderster Front steht dabei Enno von Loewenstern (*„Branchenjargon: Falsch- und Feuermelder"* – „Stern", 8/77) zuständiger „Welt"-Redakteur für Entlarvung *„aktiver Kommunisten ... im NDR"*.

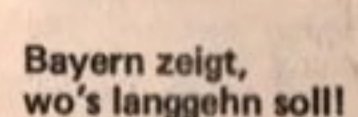
So wühlt er denn auch in seinem Artikel zu diesem Vorfall tief in der „kommunistischen" Vergangenheit von Homann, dessen *„Beihilfe zu der blutigen Gefangenenbefreiung des Andreas Baader"* seiner Ausbildung in *„Palästinenserlagern"*, wo er *„in Mord und Terror geschult"* wurde. Der spätere Beitritt zur *„DKP-Tarnorganisation DFU"* wird Homann genauso zur Last gelegt, wie seine bisherige Arbeit beim NDR, wo er *„fast nur politisch einschlägige Sachen"* machte.

Mittelpunkt von v. Loewensterns Ausführungen sind zum einen der Angriff auf Merseburger, „Chef" von

Neuffer geht in Deckung!

NDR-Intendant Neuffer hatte dieser massiven Hetze gegen Homann lediglich zwei, allerdings sehr bezeichnende, „Standpunkte" entgegenzusetzen. Zum einen bezeichnete er die Beauftragung Homanns, den Film mitzuproduzieren, als einen „Fehlgriff", womit er sich elegant darum herumdrückte, der Verleumdung und Verunglimfpung gegenüber einem NDR-Mitarbeiter etwas entgegenzustellen, und zum anderen deutet dies an, daß er grundsätzlich Leute wie Homann auch lieber loswerden möchte ...

Wesentlicher aber ist seine Stellungnahme zum Verhalten von Schier-Gribowsky, dessen miese Kollegen-Schnüffelei er zwar mißbilligt, das aber nur deshalb, weil er meint, es wäre seine Aufgabe gewesen, den VS einzuschalten. Grundsätzlich also hat Neuffer nichts dagegen, die Redak-



Bayern zeigt, wo's langgehn soll!

In einer Anfrage an den Hamburger Senat über die Kriterien der Weitergabe von „Verfassungsschutzerkenntnissen" an Einzelpersonen fragte ein Abgeordneter, ob sich der Senat darüber klar sei, daß durch eine solch freimütige Auskunft wie hier geschehen *„das innere Klima für die Mitarbeiter der betroffenen Redaktionen durch Verunsicherung, Angst und gegenseitige Verdächtigung gefährdet und damit letzlich die Unabhängigkeit und Freiheit der Meinungsäußerung von Mitarbeitern des NDR in nachteiliger Weise beeinträchtigt werden könnte"* („Extradienst", 11/77).

Das hier beschriebene „Klima" aber ist keineswegs nur eine düstere Vision, sondern bereits in Bayern tagtägliche Wirklichkeit! Der Versuch, Rundfunk und Fernsehen gleichzuschalten, ist keineswegs nur auf Bayern beschränkt. Dazu ist jedes Mittel recht!

Medien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Schmidt:
„Die SPD hat wieder Tritt gefaßt!"

Nach wie vor ist die SPD dabei, „Konsequenzen aus der Wahl" zu ziehen. Ende Januar wurde die sozialdemokratische „Prominenz" von der Führungsriege über den ehemaligen „Cheftheoretiker" Strasser und die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul bis hin zu DGB-Chef Vetter zum „Godesberger Parteirat '77" geladen. Auf dem „kleinen Parteitag" sollten die Bundestagswahlen diskutiert und „Konsequenzen" daraus gezogen werden. Der „kleine Parteitag" setzte sich weder aus Delegierten zusammen, noch konnten Anträge gestellt werden. Die SPD-Führer haben i h r e „Konsequenzen" aus der Wahl schon lange gezogen. Seit Monaten werden die Partei-Mitglieder aufgefordert, „Geschlossenheit" zu zeigen, alle „Graben- und Fraktionskämpfe" einzustellen und sich „voll hinter Helmut Schmidt" zu stellen. Auf dem „kleinen Parteitag" sah es nicht anders aus.

Alle wie sie da waren standen geschlossen hinter Helmut Schmidt u und legten ein „klares Bekenntnis zur sozialliberalen Koalition" ab. „*Das Ja zur Regierungsverantwortung ist unter uns unumstritten* " (so Brandt im „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst", 27.1.77). Der SPD-„Linke" Eppler warnte davor, Schmidt eine bestimmte Politik „*aufzwingen*" zu wollen („Extra-Dienst", 11.1.77), und auch DGB-Vorsitzender Vetter verkündete die Absicht „*diese Regierung mit allen Kräften zu unterstützen*". Von einem gestörten Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaften „*könne keine Rede sein*" („PPP", 27.1.77)!...

Weiter auf Rechtskurs

Nachdem die SPD durch ihre Politik der CDU die Wähler scharenweise in die Arme getrieben und nachdem sie die Rentner nach Strich und Faden belogen und betrogen hat, will sie jetzt „*wieder Boden gewinnen*" („FAZ", 29.1.77). Ein Abrücken von ihrer bisherigen Politik ist damit keineswegs gemeint. Im Gegenteil: Allein die Ausgaben für die gigantische Aufrüstung der Bundeswehr sollen 1977 überproportional auf insgesamt 48 Milliarden Mark gesteigert werden (nach „Deutsche Volkszeitung", 3.2.77).

Daneben unterstützt und betreibt die Bundesregierung Waffenexporte größten Ausmaßes. Zur Zeit laufen „*zwei große Rüstungsexportgeschäfte im Gesamtwert von rund 1,5 Milliarden Mark*" (Frankfurter Rundschau", 2.2.77) mit der Türkei und dem faschistischen Indonesien.

Die Diskussionen um die Erhöhung der Mehrwertsteuer laufen wei-

schau", 2.2.77) mit der Türkei und dem faschistischen Indonesien.

Die Diskussionen um die Erhöhung der Mehrwertsteuer laufen wei-ter. Für 1978 ist eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer geplant („Hamburger Morgenpost", 5.2.77). Das staatliche Angebot an Dienstleistungen wird trotz höherer Steuern noch weiter zurückgeschraubt. Schmidt hat sich in seiner jüngsten Regierungserklärung besonders den öffentlichen Dienst vorgenommen, also den Bereich, für den er als „öffentlicher Arbeitgeber" zuständig ist. Angekündigt ist die „Eindämmung der Kostenexplosion" im Gesundheitswesen, also noch weniger Betten und kürzere Krankenhausaufenthalte als bisher. Bei Bahn und Post laufen umfassende Rationalisierungsmaßnahmen. 30.000 Kollegen sollen in nächster Zeit bei der Bundesbahn entlassen werden. – Diese kleine Aufzählung gibt nur einige aktuelle arbeiterfeindliche Maßnahmen und Planungen der „sozialliberalen" Koalition wieder.

Da ist es kein Wunder, wenn Brandt und Co. sich Gedanken über die „*Staatsverdrossenheit der Bürger*" machen, und als eine „*Aufgabe sozialdemokratischer Politik*" definieren, „*eine Identität von Staat und Bürgern zu schaffen*" („PPP",21.12.76). Entsprechend lautet auch die auf dem „kleinen Parteitag" festgelegte Hauptaufgabe der Parteiarbeit: „*Geschlossene Unterstützung der von uns getragenen Bundesregierung und die unablässige Bereitschaft, ihren Maßnahmen und Vorhaben die notwendige Resonanz im Volk zu geben*" („PPP", 27.1.77). Das Motto erklärte der neue SPD-Geschäftsführer Bahr:„*Die SPD hat eine gute Sache schlecht verkauft*" („Süddeutsche Zeitung", 22./23.1.77).

Kurz: Es liegt an den dummen „Bürgern", den Rentnern, Berufsverboteopfern, Frauen und Atomkraftwerksgegnern selbst, wenn sie das „Gute" in der SPD-Politik nicht verstehen. Da will jetzt die SPD unter dem Stichwort "Vertrauensarbeit" nachhelfen. Das "permanente Gespräch mit dem Bürger " wird schon mit Blick auf die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen gesucht. Und „*dazu müssen wir die eigene Truppe auf Vordermann halten, denn die parlamentarische Mehrheit ist knapp, die objektiven Schwierigkeiten sind groß. Diese Aufgaben müssen wir koppeln mit dem Angebot (!), daß sich die SPD als Forum für alle Kräfte versteht, die miteinander nachdenken möchten, wie die Zukunft zu gestalten ist*" (Brandt in einem „Spiegel"-Interview vom 24.1.77)

"Miteinander nachdenken" ist gestattet – aber auch das nur innerhalb bestimmter Grenzen. Bundeskanzler Schmidt hat gleich die Partei davor gewarnt, „,*populistische' oder ,opportunistische' Beschlüsse*" zu fassen, „*die die Möglichkeiten ihrer Realisierung in der praktischen Politik außer acht*" lassen (ebenda). Und wer kann besser beurteilen, was „Realisierung in der praktischen Politik" heißt, als Bundeskanzler Schmidt?!

„Treffend resümierte der jüngste

kann besser beurteilen, was „Realisierung in der praktischen Politik" heißt, als Bundeskanzler Schmidt?!

Treffend resümierte der jüngste „Vorwärts": „ *Das Prinzip Hoffnung muß für die SPD wieder Leuchtkraft*" gewinnen (3.2.77). – Bloß, worauf sollen die SPD-Mitglieder und Anhänger noch hoffen?!...

SPD-„Linke" total angepaßt!

Die Hoffnung „in und mit der SPD" begraben sollten auf alle Fälle schleunigst die ehrlichen Linken in der SPD.

Nicht ohne Häme kommentiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" das Auftreten von Strasser, Roth, Voigt, Wieczorek-Zeul und Co. auf dem „kleinen Parteitag"-:„*Seltsam still waren die Jusos, Rebellen hielten sich Watte vor den Mund und blieben auch dann noch Einzelgänger*"(29.1.77).

Diese SPD-„Linken" die zum Teil im „Frankfurter Kreis" (einem Debattierkreis von ca. 100 „prominenten Linken" von Ehmke über Strasser bis Roth) zusammengeschlossen sind, haben sich in der Vorbereitung auf den „kleinen Parteitag" „*unerläßliche Zurückhaltung ' bei Personaldiskussionen*" auferlegt („PPP", 24.1.77). Ex-Juso Chef Roth startete einen „*Apell zur Selbstdisziplin*" und stellte sich schützend vor Schmidt und die Regierungspolitik.

„*Die Opposition und die Gegner der Arbeiterbewegung*" (?) versuchen „*die Ursachen der Krisen zu personalisieren beziehungsweise auf die SPD festzulegen*". Und damit gerate „*jede (!) Kritik in die Gefahrenzone, durch die Konservativen mißbraucht zu werden*". Das sind genau die Demagogien, mit denen die SPD-Führer bisher regelmäßig Kritik der Jusos abgewürgt haben! In der Konsequenz heißt das, daß k e i n e Kritik mehr geübt werden darf in der SPD. – Nun, Roth muß es wissen. Er ist ja nicht umsonst im Parteivorstand.

Ähnlich argumentierte Ex-Juso Führer Voigt: „*Den Schmidt anzupinkeln sei ein völliger Fehlschuß. Stattdessen habe man die Pflicht, die Regierung zu ,tragen'. Kritik in der Sache müsse natürlich erlaubt sein*" („Frankfurter Rundschau", 26.1.77). Natürlich!?... Auch der ehemalige „Cheftheoretiker" Strassen will „*die Vertrauensarbeit (für die reaktionäre Politik seines „Genossen" Schmidt! – Anm. AK) zum verbindlichen Leitfaden der Parteipraxis*" machen. Schließlich erklärte auch die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul, „*die Jugend (hat) Vertrauen in die SPD. ... Selbstkritisch räumte sie ein, daß die Jungsozialisten stärker auf veränderte Verhaltensweisen der Jugendlichen eingehen und neue Wege der Zielansprache (?) suchen müßten*" („PPP",27.1.77).

Zusammen mit solchen angepaßten und karrierebewußten „Linken" haben sich bisher keine Veränderungen im Sinne der Werktätigen erreichen lassen und werden auch künftig nicht erreicht.

Lassen wir abschließend noch einmal den „Vorwärts" zu Wort kommen: „*Die Verkrampfungen der Flügelkämpfe, die Verbiesterungen bis ins Persönliche hinein sind, wenn sie es denn jemals waren, nicht mehr charakteristisch für die SPD*" (3.2.77). Woran liegt das denn nun? Hat sich Schmidt etwa den „Linken" in der Partei angepaßt? Oder ist es nicht vielmehr umgekehrt? Es wäre nett, wenn sich die Jusos dazu mal äußern würden...

SPD-Kommission

Bullen schützen Spekulanten!

In Hamburg-Eppendorf besetzte am 29.1. die Polizei zwei fast leerstehende Häuser, um eine Renovierungs-Aktion von Mietern zu verhindern. Die Bullen reagierten damit sofort auf einen entsprechenden Antrag des Häuserspekulanten Heinz Ruppert, der seit sechs Jahren die Mieter systematisch vertrieben hat, um nun die noch recht gut erhaltenen Häuser abzureißen und profitträchtigere Appartments hinzusetzen. Jahrelange Bemühungen der Mieter um „Zwangseinweisung" von wohnungsuchenden Familien in die leeren Wohnungen hatten keinen Erfolg – trotz vieler schöner Worte decken Senat und Behörden die Zerstörung von Wohnraum und hetzen schließlich am 29.1. ca. 50 Bullen gegen die protestierenden Mieter.

Am 3.2. demonstrierten 300 Eppendorfer gegen diese Abrißpolitik und gegen die drastischen Mieterhöhungen bei Altbauten.

Wohnungskommission





Praktiziertes „Antiterrorgesetz"

In der Nacht vom 4. zum 5. Januar wurden in Köln und Bochum Enno Borstelmann und Gerhard Albartus verhaftet. Sie sitzen seitdem in Isolationshaft.Ihnen wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" und „menschengefährdende Brandstiftung" vorgeworfen, da sie angeblich (nach Presseberichten) an der Deponierung von Brandsätzen in Kinos, in denen der Entebbe-Film lief, beteiligt gewesen sein sollen. In diesem Fall wird zum ersten Mal das sogenannte „Antiterroristengesetz" angewendet, was z.B. zur Folge hat: Überwachung der Verteidigerpost, Sonderzuständigkeit des Oberlandesgerichts, erleichterte Voraussetzung für die Inhaftierung, verschärfte Einzelhaft. Weiterhin wird den Verteidigern die Akteneinsicht verweigert mit der Begründung, der Untersuchungszweck sei gefährdet! Auch sollen die Verteidiger nach einem Vorschlag des Oberstaatsanwalts Morré nicht zur Anhörung der Beschuldigten vor dem Richter zugelassen werden. Die einzige Quelle, aus der die Verteidigung sich über den Ermittlungsstand Kenntnis verschaffen kann, so erklären die Rechtsanwälte, seien die offenbar von den Behörden vertraulich informierten Presseorgane!

Da die Staatsanwaltschaft über keine Beweise für die Mitgliedschaft von Enno und Gerhard in einer „terroristischen Vereinigung" verfügt, versucht sie sich welche zu beschaffen. Nur aufgrund einiger bei Enno gefundener Adressen, aus denen ein „mehr oder minder enger Kontakt" mit dem Angeklagten gefolgert wurde, überfielen die Bullen am 13.Januar in Bielefeld drei Wohngemeinschaften. Mit vorgehaltenen MP's, Handfeuerwaffen und Hunden drangen zivile und uniformierte Beamte des Landeskriminalamtes Düsseldorf mit Unterstützung des örtlichen 14. Kommissariats (Politische Polizei) und Schutzpolizei in die Wohnungen ein. Die Bullen hatten zwar einen Durchsuchungsbefehl, deckten die Begründung aber mit der Hand zu, so daß sie von den anwesenden Wohngemeinschafts-Mitgliedern nicht gelesen werden konnte. Sie fotografierten alle Räume („damit keiner sagen kann, es sei etwas beschädigt worden"), nahmen willkürlich Fingerabdrücke und „überprüften" in einem Fall auch eine zweite Wohngemeinschaft in dem Haus, für die sie keinen Durchsuchungsbefehl hatten. Verschiedene Sachen wie Fotomaterial, Kameras, Schreibmaschinen, Adressen, usw. wurden beschlagnahmt. In einer Wohngemeinschaft wurden zwei Mitglieder festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und für zwei Stunden inhaftiert. Sie erklärten sich dann bereit, sich von einem LKA-Bullen verhören zu lassen, um näheres über den Grund ihrer Verhaftung zu erfahren.

Im ganzen ergibt sich folgendes Bild: Für die Sprengstoffanschläge in den Kinos sucht die Staatsanwaltschaft Schuldige. In Enno und Gerhard will sie sie gefunden haben. Die fehlenden Beweise sollen beschafft werden, indem Wohngemeinschaften mit Mitgliedern aus Ennos Bekanntenkreis überfallen werden. Trotz der ergebnislos verlaufenen Durchsuchungen werden die beiden nicht freigelassen. Damit die Verteidigung der Staatsanwaltschaft keinen Strich durch die Rechnung macht, erhält sie keine Akteneinsicht. Hier sollen „Täter" gemacht werden. Es fehlt eigentlich nur noch der Kronzeuge.

KB-Sympathisantengruppe Bielefeld

100 DM für eine Badewanne: kein Mietwucher!

Ein Hammer! Eine Zimmerwirtin aus Neumünster (Schleswig-Holstein) hatte eine Badewanne als Schlafstätte für 100 DM im Monat an einen schwarzen Studenten vermietet.

Diese Profitgier „*ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in Kiel kein Mietwucher*" („FR", 14.1.77). Sie stellte das Ermittlungsverfahren ein.

Allerdings sah sich die Staatsanwaltschaft genötigt, zumindest Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit zu vermuten, da die „Vermietung" wohl „ungewöhnlich" sei. Mit dieser Bemerkung gab sie die Akten an das Ordnungsamt Neumünster zurück.

Wohnungskommission



Ausschlüsse aus der Rüsselsheimer FDP

Die Massenausschlüsse von Linken aus der SPD färben offenbar auf die „einzig liberale Kraft im Land" ab.

Nachdem am 8.12.76 bereits der frühere stellvertretende Ortsvorsitzende der Rüsselsheimer FDP, Horst Wondollek, aus der FDP ausgeschlossen worden war, flog Mitte Januar '77 nun auch der frühere Ortsvorsitzende Boye.

Der Grund für die Ausschlüsse von Wondollek und Boye waren deren zu „linke" Ansichten und ihre für FDP-Verhältnisse zu „linke" Politik. Wondollek wurde angekreidet, mit seiner Unterschrift die Kandidatenliste einer kommunistischen Gruppe unterstützt zu haben.

Boye dagegen wurde angelastet, daß er den FDP-Wirtschaftsminister Friderichs als „Industrieminister" bezeichnet, gegen ein Stillschweigeabkommen mit dem FDP-Landesvorsitzenden Mischnik verstoßen und das Verhalten des jetzigen Ortsvorsitzenden mit den Worten „wie zu Mendes Zeiten" kommentiert habe. Boye habe, so heißt es in der Ausschlußbegründung, der Partei „schweren Schaden" zugefügt.

Mit dem Rausschmiß von Boye wenige Tage vor Aufstellung der Kandidatenliste für die Kommunalwahl in Rüsselsheim hat die rechte Fraktion der laut „Frankfurter Rundschau" „bisher starken innerparteilichen Oppositionsgruppe" um Boye einen schweren Schlag versetzt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

aus Betrieb und Gewerkschaft



CHEMIE

Chemie-Kollegen nach Brokdorf

Auf einer Veranstaltung, zu der von der Initiativgruppe „Chemiekollegen gegen Atomkraftwerke" aufgerufen worden war, wurde folgende Resolution angenommen, bei zwei Enthaltungen.

„Am 9. 2. 77 führte die Initiativgruppe Chemiekollegen gegen Atomkraftwerke mit ca. 100 Kollegen der Chemischen Industrie Hamburgs eine Informationsveranstaltung durch, darunter zahlreiche Betriebsräte und IG Chemie-Vertrauensleute. Die Teilnehmer der Veranstaltung rufen ihre Kollegen in den Hamburger Betrieben auf, am 19. Februar mit ihnen gemeinsam in Brokdorf gegen das geplante Atomkraftwerk zu demonstrieren.

Sie verurteilen das Vorgehen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und insbesondere Stoltenbergs, mit Bürgerkriegsvorbereitungen und -androhungen den Menschen das Recht auf Demonstrationen in Brokdorf abzusprechen.

Sie protestieren gegen die Versuche Stoltenbergs, die Anti-AKW-Bewegung durch Geheimverhandlungen und Zusagen an einige Betroffene zu spalten und zu einer von Stoltenberg in Itzehoe am 19. 2. gewünschten Veranstaltung aufzurufen.

Die Teilnehmer der Veranstaltung distanzieren sich ausdrücklich von dem Versuch einiger politischer Kräfte aus Hamburg – darunter auch einige Betriebsräte und Jugendvertreter der IG Chemie, die der DKP nahestehen und bisher in Gewerkschaft und unter den Kollegen nicht am Kampf gegen Atomkraftwerke beteiligt waren –, die Demonstanten in Brokdorf am 19. 2. als „abenteuerliche Gruppen" zu beschimpfen, die angeblich „Gewalttätigkeiten" und „brutale Polizeieinsätze" provozieren wollten. Eine derartige Argumentation ist der Versuch, die Brutalität und Willkür Stoltenbergs und seiner Polizei- und BGS-Verbände denjenigen in die Schuhe zu schieben, die gegen die lebensbedrohenden Gefahren der Kernenergie in Brokdorf demonstrieren. Wer am 19. 2. nach Itzehoe aufruft, macht sich zum Erfüllungsgehilfen Stoltenbergs.

Die Teilnehmer der Veranstaltung verurteilen entschieden die wachsenden Diffamierungen gegen die AKW-Gegner, die am Protest in Brokdorf festhalten. So berichteten Presse und Rundfunk breit über einen Aufruf des neofaschistischen Rechtsanwalts Röders und seiner Kampfgruppen zum Terror in Brokdorf. Anscheinend hat Röder von Stoltenberg und anderen CDU-Freunden dazu den Auftrag erhalten, damit die AKW-Gegner in Brokdorf mit faschistischen Terrorgruppen gleichgesetzt werden können.

Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo
Keine Wiederaufbereitungsanlage
Soltenbergs Spaltungsmanöver darf nicht gelingen
Am Sonnabend, dem 19. 2. auf nach Brokdorf

Chemiekomitee

Der Trend hält an:

Die chemische Industrie hat insgesamt 1976 einen Umsatz von 92 Mrd. DM gemacht. Das entspricht einer Steigerung um 16 % gegenüber 1975. Die Exportquote beträgt mit 34 Mrd. DM (Steigerung um 20 %!) rund 34 % des gesamten Umsatzes („Frankfurter Allgemeine Zeitung", – „FAZ", 1.2.1977).

Für dieses Jahr erwartet Sammet, Vorsitzender des Verbandes der chemischen Industrie und Hoechst-Vorstandsvorsitzender eine weitere Zunahme um 7-8 %. Investiert werden sollen 1977 5-6 Milliarden DM, fast ausschließlich für Rationalisierungsinvestitionen. Diese Investitionspolitik besteht in der chemischen Industrie bereits mehrere Jahre. So ist es auch kein Wunder, daß die Gesamtzahl der Beschäftigten in der chemischen Industrie um 2 % auf 573.000 gefallen ist. Für 1977 drückt es Sammet zynisch aus: *„Selbst bei den guten Geschäftserwartungen für 1977 kann nicht mit einer Aufstockung (!) der Belegschaften gerechnet werden."* („Frankfurter Rundschau", 1.2.77).

Im Folgenden einige Beispiele, was Herr Sammet und seinesgleichen unter „keine Aufstockung der Belegschaften" verstehen:

– Bei der Agfa-Gevaert AG (50 %ige Bayer-Tochter) sollen in den nächsten 18 Monaten 1.500 von insgesamt 8.500 Angestellten „eingespart" werden. Dieses Ziel soll durch Einstellungsstop, Versetzungen, vorzeitige Pensionierungen und Entlassungen erreicht werden. Damit würde die Gesamtbelegschaft von 14.700 radikal um mehr als 10 % reduziert. Dies ist das Ergebnis einer „analytischen Arbeitsplatzbewertung" sämtlicher Arbeitsplätze der Angestellten.

Dabei kletterte der Agfa-Umsatz im vergangenen Jahr um über 14 %, in diesem Jahr wird wiederum eine zweistellige Steigerungsrate erreicht (nach „FR", 10.11.76). Mit diesen ansehnlichen Geschäftsergebnissen und der geplanten „Pferdekur" im Personalbereich steuert Agfa kräftig zum Gewinn von Bayer bei. Bayer konnte seinen Gewinn in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um glänzende 153,2 % steigern.

– 200 Entlassungen stehen bei Enka Glanzstoff an.

„Unsere Bemühungen gehen dahin, sämtliche Mitarbeiter von der Textilfäden-Produktion in die Nylon-Fabrik zu übernehmen, aber es ist nicht auszuschließen, daß es irgendwann – vielleicht Mitte des nächsten Jahres – zu Trennungen kommt, erklärte Herbert Heckmann, Vorsitzender des Betriebsrates der Enka Glanzstoffe, auf Anfrage der FR. Betroffen wären rund 200 der insgesamt 1.600 Beschäftigten des Kelsterbacher Werkes" („FR", 26.11.76).

– 350 Kollegen sollen bei Phoenix entlassen werden. Schon seit längerer Zeit laufen auf der Phoenix (Harburg) handfeste Gerüchte über neue Rationalisierungen. Konkret angepackt ist bereits die Verlagerung der gesamten Reifenproduktion ins Zweigwerk Rheinsdorf (bei Helmstedt). In der Reifenproduktion arbeiten ca. 800 Kollegen. Ähnlich im Ausmaß sind diesmal auch Rationalisierungen im Angestelltenbereich geplant. Konkret ist die Rede von 25 % – das wären ca. 350 Kollegen. Schon jetzt – am Jahreswechsel – sind fast alle Abteilungen im Angestelltenbereich „umgestellt" worden – mit dem Ergebnis, daß fast überall einige Kollegen mit einem Mal „freigesetzt" sind! (Mit der Zustimmung des Betriebsrats). Für die Lehrlinge, die im kommenden Jahr ihre Ausbildung beenden, sehen die Aussichten auf Übernahme entsprechend mies aus.

Es sieht so aus, als ob die Phoenix die 2 Mio-DM-Spritze, die vom Hamburger Senat vor zwei Jahren zur Sicherung der Arbeitsplätze an sie vergeben wurde, nach dem Motto: „Arbeitsplatzabbau sichert Arbeitsplätze" verwendet hat ...

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldung

DuPont, USA. Der größte Chemieproduzent der USA hatte 1976 einen Umsatz von 8,36 Mrd. Dollar, was einer Steigerung von 16 % entspricht. Der Profit stieg um 70 % (!!) auf 445 Mio. Dollar. Für 1977 werden Umsatzsteigerungen von 12 - 15 % erwartet.

Hoechst AG – der größte Pisser Hamburgs

Nachdem das Hamburger Werk der Hoechst AG jahrelang ungestraft das benachbarte Flüßchen Wandse mit seinen Abwässern verseuchen konnte, wurde in diesem Jahr erstmals ein Gerichtsverfahren wegen Verschmutzung des Gewässers abgehalten.

Ende '76 waren bei einer außer Kontrolle geratenen Kochung ca. 2.5 Tonnen Phenolgemisch über die Regenwassersiele in die Wandse geleitet. Phenol ist eine hochgiftige und ätzende Chemikalie, die u.a. als Desinfektionsmittel eingesetzt wird. Im Hitler-Faschismus wurden in den KZ's teilweise Menschen mit „Phenolspritzen" umgebracht. Der Vertreter der Hoechst AG verteidigte sich vor Gericht damit, daß der Phenolgehalt der Wandse zur Unglückszeit unter der Gefahrengrenze für tierisches Leben gelegen habe.

Nach dem Motto: Manch' Schwein hält mehr aus als ein Mensch, wurde das Gericht für diese Argumentation gewonnen. Die letzten Bedenken zerstreuten die Hoechst Gutachter dann mit der Behauptung, daß jeder Mensch täglich mit seinem Urin 100 Milligramm Phenol ausscheidet.

Damit hatten die Hoechst Vertreter, wohl in genauer Kenntnis der verdrängten Piss-Wünsche der Richter, ihre Trumpfkarte ausgespielt: Das Verfahren wurde eingestellt!

In der Konsequenz heißt dieses Urteil, daß ab sofort 250.000 Menschen ihren täglichen Urinausstoß ungestraft in die Wandse ergießen dürfen. Wir meinen: Unter diesem Aspekt ein krasses Fehlurteil!

3 Genossen der Afrika-Kommission



Texaco, Hamburg: „Rosa Rauschen"

Die Texaco baute in der City Nord Hamburgs ein neues Verwaltungsgebäude. Die ersten Kollegen sind umgezogen. Sie müssen ihre Arbeit dort unter mehreren Hundert Lautsprechern leisten, über die ein ständiges Rauschen, ähnlich eines entfernten Wasserfalles, in die Großräume übertragen wird.

Zweck dieser Geräuschkulisse ist: Die Kostenvorteile eines Großraums zu nutzen – sie ergeben sich hauptsächlich durch eine enge Raumbelegung – und andererseits die Nachteile zu kompensieren. Kollegen, die in drei Meter Abständen von einander entfernt arbeiten müssen, behindern sich durch gegenseitige Geräusche. Um das zu verhindern, werden die Angestellten akustisch isoliert. So soll angeblich mehr Arbeitsleistung aus dem Menschen herausgeholt werden. Für den Menschen heißt das, täglich acht und mehr Stunden in einer unnatürlichen Geräuschwelt leben zu müssen, die die Analysierfähigkeit seiner Sinnesorgane langfristig beeinträchtigen und akustisch von seinen Kollegen isoliert zu sein, obwohl 300 Angestellte in einem Großraum sitzen werden.

Die Geräuschanlage wird von den drei Betriebsratsfraktionen geschlossen abgelehnt: von der linken Betriebsgruppe aus Hauptverwaltung und Werk Wilhelmsburg, IG Chemie und DAG. Die Betriebsgruppe zeigte in mehreren Ausgaben ihrer Zeitung *„Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft"* die Menschenfeindlichkeit der Anlage auf, veröffentlichte ablehnende Äußerungen von Kollegen anderer Betriebe, die schon längerem mit einer „Beschallung" leben und entlarvte Wissenschaftler, die die Anlage befürworteten.U. a. wurde bekannt, daß ein sogenannter Akustiker der sich mächtig für die Beschallung ins Zeug legte, selbst die Anlagen verkauft. Auch die IG Chemie lehnte sich in ihrem Blatt *„Gestern, heute, morgen"* gegen die Anlage auf. Die Einheit im Betriebsrat ist Ausdruck eines geschlossenen Willens der Texaco-Angestellten.

Der Wille der Kollegen wurde vom Betriebsrat in einer Repräsentativumfrage auf einer Betriebsversammlung ermittelt. Von den Kollegen, die sich an einer schriftlichen Abstimmung beteiligten, stimmten für

keine Inbetriebnahme	72 Kollegen
zunächst keine Inbetriebnahme, probeweises Einschalten evtl. nach einiger Zeit möglich	120 Kollegen
Inbetriebnahme sofort bei Bezug	7 Kollegen

Dieses Abstimmungsergebnis war zugleich eine deutliche Niederlage für die Geschäftsleitung, die in einer groß angelegten Propagandaschlacht die Beschallungsanlage schmackhaft machen wollte. Sie bot allein auf einer von ihr einberufenen Belegschaftsversammlung sechs abhängige Wissenschaftler auf, darunter Arbeitsmediziner, Akustiker, Psychologen usw., die alle „seltsamerweise" nichts gegen eine Raumbeschallung einzuwenden hatten. Buchungsbelege bewiesen, daß jeder dieser Wissenschaftler für den kurzen Auftritt etwa 2.000 DM kassiert hatte!

Gleich nach der Abstimmung und der daran geknüpften Forderung des Betriebsrates, die Anlage bei Bezug des Gebäudes nicht einzuschalten, wandte sich die Geschäftsleitung erneut in einer Broschüre an die „Mitarbeiter". Überschrift: *„Rosa Rauschen".* Der Inhalt war ein erneutes Armutszeugnis der Kapitalisten. Weil es keine gibt, konnte sie keine Argumente für die Geräuschkulisse enthalten. Sie baute auf Emotionen. Man wolle doch endlich einmal sachlich argumentieren. Das sah dann so aus: *„Der Nutzen für das Unternehmen ist ihr Wohlbefinden . . . Sie werden in der Praxis das Rosa Rauschen kaum wahrnehmen, weil ein akustisches Klima von geringer, gleichmäßiger und als angenehm empfundener Lautstärke und Klangfarbe entsteht."*

Die Kollegen wußten besser, was sie empfinden. Es hagelte Beschwerden von den Angestellten, die bereits umgezogen sind. Den meisten steht das Erlebnis noch bevor.

Der bisherige Kampf konnte zwar nicht verhindern, daß die Anlage eingeschaltet wird. Durch die Beteiligung der Kollegen konnte allerdings erreicht werden, daß kein Kollege einfach diese Arbeitsbedingungen schluckt. Die Geschäftsleitung wird es auch in Zukunft schwer haben, die Beschallung gegen den Willen der Kollegen laufen zu lassen, ohne eine von ihr gefürchtete Unruhe der Kollegenschaft zu riskieren.

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Tarifrunde in der HBV beginnt:

Noch große Sprüche

„Bescheidenheit ist fehl am Platze", so äußerte sich Volkmar vom Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV in der neuesten Ausgabe des Mitgliederorgans „ausblick" vom Januar/Februar 1977. HBV orientiert diesesmal von Seiten der Führung vor allem auf die Manteltarifforderungen und das Beiwerk (Urlaubsgeld etc.) und erst zweitrangig auf die Gehaltserhöhungen. Die Grundlage hierfür stellten wir bereits in der vorletzten Ausgabe des ARBEITER–KAMPF dar. Die faktische Orientierung auf die gesamtwirtschaftliche Lage in der BRD sowie die verstärkte Arbeit unter den Unorganisierten, (die bisher - laut Volkmar - den Abschluß ausreichender Verträge verhinderten), wurde auf dem Weltkongreß der Privatangestellten Ende letzten Jahres in Helsinki von Volkmar ausgegeben.

Tarifrunde Banken und Versicherungen

In dem ganzseitigen Artikel im „ausblick" wird den Forderungen zum Manteltarif breitester Raum gewidmet. „Schönste" Forderung: Verlängerung des Jahresurlaubs dient dem Abbau der Arbeitslosigkeit! Zur Gehaltstarifrunde gibt es nur Sprüche ohne Konsequenz: *„Die Gehaltserhöhungen des vergangenen Jahres sind von den Preisen ... aufgezehrt..."*

Tarifrunde Großhandel

Der zuständige Gewerkschaftsführer Kubiak stellt die Sparförderung (624,- DM-Gesetz) in den Vordergrund. Als zweites stellt er fest, daß

- in Nordrhein-Westfalen aufgesplittert nach Tarifgruppen zwischen DM 140,– und DM 280,– gefordert werden,
- in Hessen eine Tariferhöhung von 8,5%, mindestens jedoch DM 120, von der Tarifkommission beschlossen wurde,
- in Baden-Württemberg z.Zt. nur um eine „Reform" der Tarifgruppenstruktur verhandelt wird,
- in Niedersachsen für mehr Urlaub und Urlaubsgeld gefochten wird.

Tarifrunde Einzelhandel

Hier wird die Wegorientierung von den Gehaltsforderungen an deutlichsten. Konkret wird nur über die Manteltarifauseinandersetzungen berichtet. Zum Gehaltstarif findet sich nur am Schluß ein Absatz, daß man diesmal wohl mehr fordern müsse, ansonsten entscheidet irgendwann in Zukunft die Tarifkommission.

Dabei wird an der Manteltarifrunde deutlich, daß die Kapitalisten weniger denn je bereit sind, Auseinandersetzungen zu führen. In den Tarifbezirken Niedersachsen und Hessen, relativ kleine Bezirke, wurde eine „Verbesserung der Urlaubsstaffeln" vereinbart (1 Tag mehr Urlaub). Überall anderswo wird sich entweder geweigert, überhaupt konkrete Vorschläge zu machen (Nordrhein-Westfalen) bzw. wird herzlich wenig angeboten. Insofern kann das Verhalten nur gewertet werden als Versuch, die Debatte und Mobilisierung innerhalb der Gewerkschaft und in der Kollegenschaft weg zu orientieren von der Auseinandersetzung mit den Kapitalisten. Das sieht dann konkret so aus, daß z.B. in der Mitgliderversammlung der Großbanken in Hamburg sich ein Gewerkschaftsführer wie Lohse mit einer Forderung von DM 90,– und 6% schnell durchsetzte.

Auf der Sitzung der Tarifkommission Banken am 11.2.77 in Mönchengladbach griff Volkmar vom Hauptvorstand bereits diese Forderung als Blödsinn an. Pöbelnd ging er auf alle Ortsverwaltungen los, die es gewagt hatten, unabhängig vom Hauptvorstand Material unter die Kollegen zu bringen (vor allem in Hamburg). Er stellte dar, daß der Hauptvorstand an sich schon beschlossen hatte, 8,25% zu fordern und meinte, da wäre immer noch genug „streichungsfähiger Verhandlungsspeck drinne"!

Daß bisher über die Hälfte der ausgewerteten Fragebögen zu den Tarifforderungen für einen Einheitsbetrag bzw. Sockelbetrag plus Prozent eintritt, störte Volkmar wenig. Er polemisierte schlichtweg, daß so eine Forderung den „Verteilungskampf in die Gewerkschaft tragen würde"!

Ebenfalls im Fachbereich der Versicherungen in Hamburg forderte Volkmar die Ortsverwaltung auf, es zu unterlassen, daß eine Flugblattaktion zur Tarifrunde mit breiter Aufklärung über die Lage der Versicherungen gemacht werde. Demgegenüber beschloß die Betriebsgruppe der Iduna-Versicherungen in ihrer Versammlung vom 1.2.77: *‚Darstellung der Tarifforderungen und der Tarifbewegung im „ausblick" bundesweit (einstimmig).*

Herausgabe von Tarifinformationen durch die Fachgruppe Versicherungen öfter un d konkreter.

Aufstellung einer Tarifforderung von DM 250,– bis 300,–DM, also Einheitsbetrag für alle (bei 3 Gegenstimmen, davon eine DKP-Funktionärin, angenommen).

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

richtet. Zum Gehaltstarif findet sich nur am Schluß ein Absatz, daß man diesmal wohl mehr fordern müsse, ansonsten entscheidet irgendwann in Zukunft die Tarifkommis-
stimmen, davon eine DKP-Funktionärin, angenommen).

Frauenarbeit – wird in der HBV ein Tabu gelüftet?

„In der OV (Ortsverwaltung) Hamburg wird seit Jahren die Meinung vertreten, die gewerkschaftliche Arbeit der Frauen wie der Männer integriert in Betriebs-Fachgruppen usw. durchzuführen." („OVV-Information" Nr. 3, Januar '77).

Frauenarbeit wurde konsequenterweise vom OV und den verschiedenen Fachgruppenvorständen als „betriebsgruppenfeindlich" und sogar „spalterisch" bezeichnet. Ein Kollege wurde letztes Jahr sogar wegen Weitergabe eines Aufrufflugblattes für eine Frauenveranstaltung, die HBV-Kolleginnen ohne Genehmigung der Gewerkschaftsführung durchführten, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Kolleginnen, die im Betrieb oder z.B.auf Mitgliederversammlungen für eine gewerkschaftliche Frauenarbeit eintreten, werden angemacht, eingeschüchtert und in die kommunistische Ecke gestellt.

Offenbar soll jetzt die bisher s t i l l s c h w e i g e n d durchgezogene Unterbutterung einer Frauenarbeit besser innergewerkschaftlich abgesichert werden.

Das OVV-Info ruft alle Fachgruppen und Betriebsgruppen zur Diskussion über die Frauenarbeit auf und liefert dazu ein Papier, worin das „Pro und Kontra" aufgeführt wird.

In diesem Papier wird auf der „Pro"-Seite auf die „besonderen Diskriminierungen und Schwierigkeiten" eingegangen:

„*– Historisch und gesellschaftlich bedingte Rolle der Frau und Erziehung zur ‚Mutter',*
– Lohndiskriminierung gegenüber dem Mann,
– Mangelnde Ausbildung (z.B. wegen der Mutterperspektive),
– Dauerbelastung durch Haushalt"
(nicht D o p p e l belatung, man scheut wohl den Vergleich!?).

Aus dieser (sicher nicht vollständigen) Aufzählung wird sodann richtig gefolgert:

„Es ist eine besonders wichtige gewerkschaftliche Aufgabe, die Lage der Arbeitnehmerinnen zu verbessern. Dieses ist aber nur durch sie selbst *und dann erst zusammen mit den Männern erreichbar"* (Hervorhebung von uns).

Dennoch wird selbst im „Pro"-Abschnitt deutlich, daß es mehr um eine B e handlung der Frauen geht, als um ihr eigenständiges Handeln:

„Es bedarf eines gewerkschaftlichen Vorfeldes zur Motivierung und Qualifizierung der Frau."

Das Hauptproblem liegt u.E. nicht in der „Qualifizierung" der Frauen. Die Praxis der gewerkschaftlichen Frauenarbeit zeigt zu deutlich, was damit gemeint ist; nämlich die Frauen „fit" für einen Gewerkschaftsposten zu machen, indem sie gezielt auf Schulungen und Seminare geladen werden.

In dieser Richtung wird auch im „Ausblick" Januar/Februar 1977 (Zeitung der HBV) als „besonders deutliche Beispiele für die Benachteiligung der Frauen in Beruf" genannt:

„Die immer noch sehr geringe Zahl an weiblichen Führungskräften".

Uns geht es aber nicht um bessere Fitness für die Karriere, sondern um die Stärkung beim Erkennen, Formulieren und Kämpfen für unsere Interessen!

Frauenarbeit – „antiemanzipatorisch"?

Auf der „Kontra"-Seite wird behauptet, Frauenarbeit schade der Emanzipation der Frau, Frauenarbeit verstärke die Isolation der Frauen und *„die Entwicklungsmöglichkeiten der Frau in der Gewerkschaft würden durch eine getrennte Arbeit eher eingeschränkt (antiemanzipatorischer Effekt)"*. Was meint eigentlich der OVV mit Isolierung?

Isoliert sind wir Frauen in der Gewerkschaft doch gerade, solange wir unsere Interessen nicht gleichberechtigt durchsetzen können, solange unsere Probleme belächelt werden und solange Mitglieder des OVV Frauenarbeit als „Häkelbüdelclubs" diffamieren! Und zum anderen – was heißt denn „getrennte Arbeit"?

Es gibt unseres Wissens keine Strömung in der HBV, die von einer getrennten Arbeit der Frauen (wohl einer „eigenen Frauengewerkschaft" ?) spricht. Besondere Frauenarbeit soll eine „integrierte Frauenarbeit" doch erstmal durchsetzen!

Besondere Frauenarbeit soll gezielt die (auch vom OVV „zugestandenen") besonders krassen Bedingungen der Kolleginnen aufgreifen, die Berechtigung sich zu wehren herausarbeiten und gemeinsame Schritte dagegen zu entwickeln.

Frauenarbeit – Spalterisch?

Zum anderen wird auf der „Kontra"-Seite behauptet,

„Gesonderte Frauenarbeit gefährdet die Einheit von Frau und Mann in ihrer Situation als abhängig Beschäftigte".

und

„Eine Konzentration der Frauen auf ihre Probleme könnte einen Gegensatz zu den Männern aufbauen und die gemeinsame Arbeit gegen den Arbeitgeber in den Hintergrund rücken lassen."

Scheinbar sehr „linke" Argumente, hinter denen sich in Wahrheit rechte verbergen!

Auch das Argument *„die Interessen von Mann und Frau im Arbeitsprozeß sind prinzipiell gleich und können auch nur gemeinsam gelöst werden"* ist so nicht richtig.

Worin besteht denn wohl die „Einheit der abhängig Beschäftigten"? Die Sicherheit auf der dieses kapitalistische System beruht, besteht doch gerade in der z.Zt. noch gelungenen Spaltung der Kollegen. Z.B. gerade durch die Ideologie des ‚Aufstiegs' z.B. in der unterschiedlichen Bezahlung, z.B. in den systematisch in den Betrieben durchgeführten „Hierarchien" (wo die Frauen meist unten stehen!) und was im Bewußtsein vieler männlicher Kollegen doch gerade verankern soll, er sei immer noch „was besseres" und sei's nur seiner eigenen Frau gegenüber.

Und gerade Gewerkschaftsfürsten, die den Frauen verkaufen wollen, Emanzipation hätte was mit „Aufstiegschancen" zu „Führungskräften" zu tun, reden hier von Spaltung!

Der aufgebaute Widerspruch zwischen „integrierter Frauenarbeit" und „gesonderter Frauenarbeit" soll lediglich darüber hinwegtäuschen, daß diesen Leuten Frauenarbeit prinzipiell nicht paßt und die Frauen sollen dabei noch als die Spalter dargestellt werden!

In diesem Sinne schreibt auch der Fachgruppenvorstand Banken und Sparkassen in einer Einladung an alle an einer Frauenarbeit interessierten Kolleginnen und Kollegen im Fachbereich Banken:

„Der Fachabteilungsvorstand sieht von sich aus keine Möglichkeit, ein Arbeitsprogramm für einen Arbeitskreis dieser Art zu entwerfen, und lädt daher HBV-Mitglieder (nicht nur Kolleginnen) ... ein... über die Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit, einen Arbeitsplan und die Frage ob nur Kolleginnen oder alle HBV-Mitglieder ... mitarbeiten können."

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

„Es bedarf eines gewerkschaftlichen Vorfeldes zur Motivierung und Qualifizierung der Frau."
tra"-Seite behauptet,
„Gesonderte Frauenarbeit gefährdet die Einheit von Frau und Mann
HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Überstundenschinderei bei Iduna

Hamburg. Ein Stückchen übelster Kunkelei mit den Iduna-Kapitalisten wurde auf der Betriebsgruppenversammlung der HBV-Betriebsgruppe Iduna am 1.2. bekannt: Der Betriebsrat der Iduna Leben hatte mit der Stimme der rechten HBV-Betriebsrätin Müller-Weymann einem „Vorschlag" der Kapitalisten zugestimmt, daß 1977 jeder Mitarbeiter der Iduna bis zu 270 Überstunden schieben muß, für den EDV-Bereich sogar 270, wenn die Iduna es verlangt. Gesetzlich erlaubt sind max. 60 Stunden im Jahr pro Mitarbeiter; angesichts der Überstundenpraxis der letzten Jahre ist das Verhalten der Betriebsräte als allergrößte Sauerei anzusehen:

Sieben Kollegen eines Arbeitsbereiches mußten allein im 1.Halbjahr 1976 1.905 Überstunden machen - 1975 machten Kollegen aus 4 Bereichen zusammen 19.500 Überstunden (was einer Arbeitsleistung von 11 Kollegen bzw. Neueinstellungen entspricht)!

Drei Versuche hat der Unternehmer

Im Herbst startete die Iduna den ersten Versuch, über einen Passus in einer Betriebsvereinbarung (Arbeitsordnung), Kollegen automatisch zur Ableistung von Überstunden zu verpflichten. Vor allem Mitglieder der Betriebsgruppe organisierten den Kampf dagegen.

Gutachten der Gewerkschaften wurden angefordert, vor allem aber die Kollegen auf einer Betriebsversammlung im November 1976 informiert und mobilisiert.

Die Betriebsräte der Iduna (der Gesellschaft Leben, Allgemeine und Bausparkasse) lehnten ab, der Gesamtbetriebsrat ebenfalls.

Daraufhin baute die Iduna eine „Richtlinie" für sogenannte Vorgesetzte zusammen, in der per Anweisung jeder Kollege auf 270 Überstunden verpflichtet werden sollte; auch hier lehnten die Betriebsräte noch ab.

Dann allerdrings kam es zu einem Vorschlag, „übergangsweise" die eingangs genannte Regelung durchzuziehen und da schoß der mehrheitlich rechte Betriebsrat der Betriebsbereiche Iduna-Leben den Vogel ab. Er stimmte zu.

Kampf dem Überstundenterror

Die HBV-Betriebsgruppe beschloß am 1.2. ein Flugblatt, in dem das Verhalten der Rechten bloßgestellt wurde. Der neue Geschäftsführer der HBV, Hauschild, sicherte vollste Unterstützung zu. Dann setzte plötzlich die bekannte Verzögerungspolitik der Gewerkschaft ein („man muß noch mal prüfen" etc. pp.). Erst als festgelegt wurde, daß das Flugblatt eigenverantwortlich von den Kollegen herausgegeben wird, wenn nicht sofort die HBV druckt, legte man los. Zwei Wochen nach dem BG-Beschluß konnte verteilt werden. Zu bemerken ist noch, daß das Verhalten eines Betriebsrates , einer nachweislich illegalen Überstundenregelung zuzustimmen, ein Amtsenthebungsverfahren möglich macht.

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsprozeß Iduna:

Verzögerung ist Trumpf

Hamburg. Im Arbeitsschutzprozeß der Ende 1975 gekündigten Betriebsräte und Gewerkschafter bei der Iduna ist man inzwischen bei den oberen Instanzen angelegt. BR-Mitglied P. von der Iduna Allgemeine ist aufgrund des gewonnenen Prozesses in der 1. und 2. Instanz weiter im Betrieb; die Iduna hat das BAG (Bundesarbeitsgericht) angerufen. Am 3.Februar sollte entschieden werden; „wegen Krankheit" eines Richters ist das Verfahren jedoch auf die lange Bank geschoben worden.

Der Prozeß von noch 3 Kollegen aus der Iduna Leben sollte am 21.1.77 vor dem Hamburger Landesarbeitsgericht endgültig verhandelt werden. Der Richter Kintzelmann setzte dann nach kurzer Verhandlung die Urteilsverkündung auf den 11.2. fest, wohlweislich in der Annahme, daß das BAG inzwischen entschieden hat. Das trat nicht ein; sein Urteil am 11. 2. : Der Prozeß wird ausgesetzt, bis das BAG entschieden hat!

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Mit Mafia-Methoden gegen Gewerkschafter

Um einen Betriebsratsvorsitzenden der Toom-Supermärkte in Frankfurt kündigen zu können, engagierte die dortige Geschäftsleitung den Privatdetektiv Manfred G.. Dieser konnte trotz umfangreicher Untersuchungen und Bespitzelung nichts finden. Um dem betroffenen Kollegen (der gleichzeitig noch Mitglied des Gesamtbetriebsrates und Mitglied der großen Tarifkommission der Gewerkschaft HBV ist) etwas ans Zeug zu flicken, griff man zu kriminellen Methoden, die an üble amerikanische Geschäftsmethoden heranreichen (s.a. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ" – 29.1.77). In einem Schließfach des Frankfurter Hauptbahnhofes deponierte der Herr Detektiv eine Tasche mit Morphium, ein Injektionsbesteck und eine geladene Pistole. Dazu ein Zettelchen mit dem Namen des Betriebsrates. Polizeibeamten wurde ein „Tip" gegeben, das Schließfach geöffnet und der Betriebsrat festgenommen! Im Zuge der Ermittlungen kam das Rauschgiftdezernat darauf, daß der Kollege wohl kaum etwas mit Rauschgifthandel zu tun hat; man machte sich an den Spitzel heran. Dieser „packte aus", gegen ihn und den „Herren" der Geschäftsleitung wurde Haftbefehl erlassen.

Doch kam es, wie es wohl kommen mußte. Die Geschäftsleitung leugnete, den Spitzel überhaupt zu kennen. Nachdem man das beweisen konnte, leugnete sie, etwas von dem Mafia-Plan gewußt zu haben.

Resultat: Der Haftrichter entließ die Geschätsleitung in die „Freiheit", und auch der Spitzel wurde auf freien Fuß gesetzt.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Karstadt-Neckermann:

Jetzt wird geholzt!

Nachdem sich Karstadt erfolgreich Neckermann eingeheimst hatte, wird mit der Umorganisierung begonnen. Als erstes rüstet man die Neckermann-Kaufhäuser in Hamburg-Altona und Aschaffenburg zu Karstadt-Kaufhäusern um. Gleichzeitig wird damit begonnen, die Verkaufsstätten der Karstadt-Tochter Kepa (ca. 64) Zug um Zug zu schließen, um sie zu Spezialabteilungen der Karstadt-Kaufhäuser umzurüsten bzw. in ihnen Neckermann-Versand-Filialen einzurichten („FR" und „FAZ" v. 28.1.77). Großkotzig betonte der Karstadt-Vorstand, daß „Entlassungen mit dieser Aktion nicht verbunden sein werden" und daß die bei Kepa arbeitenden Kolleginnen und Kollegen in den Konzern übernommen würden.

Erfahrungsgemäß steht Karstadt aber vor Konsequenzen, die zu zahlreichen Entlassungen führen werden:

– Es wird darüber geschwiegen, was mit den Neckermann-Kaufhäusern bzw. mit den dortigen Mitarbeitern geschieht, die in unmittelbarer Nähe von Karstadt-Häusern liegen (z.B. Einkaufszentrum Hamburger Straße in Hamburg) und
– was mit den Kollegen der Kepa-Verkaufsstellen geschieht, die zum großen Teil nicht im Konzern eingegliedert werden können, da schlichtweg der sogenannte Personalbedarf nicht vorhanden ist.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Mitglieder wehren sich gegen die Zerschlagung ihrer Gewerkschaft

Westberlin: Wie bereits berichtet, gründete Bundesvorsitzender Frister am 28.1. in Westberlin seinen Spalterverband „GEW im DGB", nachdem das Westberliner Kammergericht am 21.1. aus formal-juristischen Gründen die einstweilige Verfügung, die zwei GEW-Mitglieder im Oktober gegen Fristers Vorhaben erwirkt hatten, aufgehoben hatte.

Am 12.2. erkannte der Hauptausschuß der GEW-Bund auf seiner Sitzung in Gießen diesen Spalterverband als den für die GEW zuständigen Landesverband in Westberlin offiziell an und bestätigte den vorläufig gewählten Vorstand, der in der Mehrheit aus Mitgliedern des 1974 von der Kujawa-Fraktion gestürzten Vorstands besteht. Proteste dagegen gab es lediglich von den Vorsitzenden des Hamburger Landesverbandes, die sich dabei unter anderem auf einen Beschluß der Vertrauensleuteversammlung vom 7.2. und einen Vorstandsbeschluß stützten.

Damit hält der Bundesvorstand an an seinem am 1.9.76 gefaßten Beschluß fest, 13.000 Mitglieder aus der GEW auszuschließen. (vgl. AK 88). Die Tatsache, daß dieses Vorgehen auf breiten Protest auch in anderen Landesverbänden stieß und von bürgerlichen Gerichten als „rechtswidrig" erkannt wurde, stört Frister wenig. In einem Brief an alle Mitglieder vom 2.2.77 schreibt er: *„Für die Zugehörigkeit zum DGB gibt es für Sie in Berlin nur den einen (!) Weg, der GEW im DGB beizutreten..."* Ein auf der Hauptausschußsitzung am 12.2. von Westberliner Vorstandsmitgliedern eingebrachter Antrag auf Aufhebung der vom Bundesvorstand gegen den Landesverband ausgesprochenen rechtswidrigen Kündigung wurde erst gar nicht befaßt!

Die Reaktion der Westberliner GEW-Mitglieder auf Fristers Provokation ist größtenteils einheitlich: Auf neun der bisher stattgefundenen insgesamt elf Bezirksmitgliederversammlungen hat sich die Mehrheit der Anwesenden für drei Forderungen ausgesprochen: Gegen Auflösung des Landesverbands Berlin – gegen den Austritt aus der GEW-Berlin – für die Übernahme der Klage durch den Landesvorstand. In den einzelnen Bezirken ergaben sich folgende Stimmenverhältnisse: Schöneberg 62:13:12, Spandau 66:12:4, Zehlendorf 32:29, Wilmersdorf 50:30, Reinickendorf (klare Mehrheit), Kreuzberg (deutliche Mehrheit), Steglitz 52:32, Tiergarten 17:12, Wedding 52:13, Neukölln (mehrheitlich).

In den Auseinandersetzungen um das weitere Vorgehen schlug sich die SEW voll für Frister in die Bresche, in dem sie die „Schuld" für die Spaltung des Verbands den „Linken" in die Schuhe schiebt und darauf hinorientiert, auf der Vertreterversammlung am 23.2. für die Auflösung der GEW einzutreten, um dann geschlossen (!) in den Spalterverband überzutreten. Die Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Bezirken – gerade auch in den sogenannten Hochburgen der SEW'ler wie z.B. Steglitz zeigen jedoch, daß die Mehrheit der aktiven GEW-Mitglieder nicht bereit ist, sich diesen Totengräbern anzuschließen.

Diese Tendenz zeigte sich auch auf einer am 11.2. von der Landeskommission gegen Berufsverbote der GEW einberufene Veranstaltung zu Berufsverboten und politischer Disziplinierung, auf der bei Anwesenheit von ca. 1.000 Besuchern mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet wurde, die den Erhalt des Landesverbandes der GEW und die Übernahme der Klage durch den Landesvorstand fordert.

Wenn die Vertreterversammlung am 23.2. die Übernahme der Klage durch den Landesvorstand beschließt, wäre dies sicherlich ein Mittel, um der versuchten Zerschlagung der GEW-Berlin durch Frister und Co vorläufig Einhalt zu gebieten. Darüberhinaus kommt es darauf an, daß die fortschrittlichen Mitglieder in den anderen Landesverbänden viel stärker als bisher den Kampf ihrer Kollegen in Westberlin durch Solidaritätsresolutionen u.a. unterstützen. Die Angriffe, die zur Zeit vom Hauptvorstand gegen den Landesverband Hamburg geführt werden – indem rechtmäßig erfolgte Aufnahmen von Mitgliedern vom Hauptvorstand wieder rückgängig gemacht werden (vergl. AK 98) – machen deutlich, daß Fristers Vorgehen in Westberlin nur die Spitze des Eisberges ist. Von der Stärke des Widerstandes der Kollegen in Westberlin gegen die Zerschlagung ihrer Gewerkschaft hängt es ab, wie weit Frister auch in anderen Landesverbänden mit dem Abbau der noch vorhandenen demokratischen Strukturen gehen kann.

Keine Auflösung des Westberliner Landesverbandes!

Weg mit der Kündigung!

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Für den Erhalt des bestehenden Westberliner Verbandes!

Übernahme der Klage durch den Landesvorstand!

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Hauptvorstand sucht Konfrontation

Hamburg: Auf der Vertrauensleuteversammlung (VV) der GEW Hamburg wuden am 7.2.77 zwei Anträge verabschiedet mit denen sich auch der Hauptausschuß auf seiner Sitzung am 12.2. befaßte. Zum einen wurde der Bundesvorstand aufgefordert, der Wiederaufnahme eines durch den Bundesvorstand ausgeschlossenen Kollegen zuzustimmen. Der Wideraufnahme hatte der Hamburger Landesvorstand schon mit 21:7:2 Stimmen zugestimmt. Zum anderen wurde der Bundesvorstand aufgefordert, *„die satzungswidrige Kündigung der GEW-Westberlin zurückzunehmen, und den von Frister gegründeten Verband „GEW im DGB" nicht zu bestätigen."* Im ersten Fall entschied der Hauptausschuß, daß für alle weiteren Wiederaufnahmeverfahren der Hauptvorstand zuständig sei. Dies ist eindeutig satzungswidrig, da laut Satzung allein die Landesverbände über Aufnahmen entscheiden. Der Wiederaufnahme des Hamburger Kollegen wurde nicht zugestimmt.

Mit der Kündigung des Westberliner Verbandes befaßte sich der Hauptausschuß erst gar nicht, sondern bestätigte allein den Spalterverband und den auf der Versammlung vom 28.1. „gewählten" Vorstand.

Damit gehen Frister und Co jetzt ganz offensichtlich den Kurs, Kritik an ihrem undemokratischen Vorgehen gar nicht mehr zu diskutieren. Mehr noch, sie suchen die Konfrontation mit dem relativ linken Hamburger Verband. Schon jetzt ist abzusehen, daß der Hamburger Verband, nach dem Westberliner, der nächste sein wird, der auf Frister-Kurs getrimmt werden soll. Dies unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, die Solidarität mit dem Kampf der Westberliner Kolleginnen und Kollegen gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu verstärken.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Wankelmut der GIM

Hatten wir mit einiger Überraschung festgestellt, daß die GIM in ihrem ersten Kommentar zum neuesten Urteil über die Kündigung des Westberliner Landesverbandes in der „was tun" vom 10.2. gänzlich darauf verzichtet hatte, gegen die Kläger zu polemisieren (ansonsten verbat sich die GIM eine Klage immer mit der Begründung, dies sei ein Eingriff des bürgerlichen Staates in die inneren Angelegenheiten einer Arbeiterorganisation, der grundsätzlich abzulehnen sei), so holte sie denn das Versäumte in der Ausgabe vom 17.2. sofort wieder nach. Da heißt es denn: *„Die Gerichtsspezialisten haben sich ihres Scheinerfolgs nicht lange erfreuen dürfen. Wer auf die Gerichte baut, hat auf Sand gebaut. Er macht die Kollegen zu unbeteiligten Zuschauern, über die verhandelt wird, Resignation und Passivität werden die Folge sein."* Kein Wort ist wiederum darüber zu lesen, daß es durch die Klage immerhin gelungen ist, die Gründung des Spalterverbandes zeitweilig aufzuhalten, was den linken Kräften Zeit gab, die politische Mobilisierung gegen die Fristerpläne voranzutreiben. Kein Wort auch darüber, daß sich jetzt neun von insgesamt elf Bezirksmitgliederversammlungen mit eindeutiger Mehrheit dafür ausgesprochen haben, daß die Klage vom Vorstand übernommen werden soll.

Auch wir sind der Meinung, daß die Auflösung des Westberliner Landesverbandes nicht vor Gericht zurückgekämpft werden kann. Dies beweist gerade das letzte Urteil. Übersehen werden darf jedoch nicht, daß ein großer Teil der aktiven, demokratischen Gewerkschafter heute ihre Hoffnungen in die Übernahme der Klage durch den Landesvorstand sieht. Schon deshalb muß auch dieser Weg weiterbeschritten werden.

Der GIM müssen wir allerdings vorwerfen, daß sie in schlitzohriger Weise die Vorteile der Klage ausnutzt, andererseits diejenigen, die diesen Weg beschritten haben, rundheraus anpöbelt. Bisher jedenfalls warten wir immer noch auf einen Vorschlag der GIM, der die Pläne von Frister und Co. konkret stoppen könnte.

ÖTV

ÖTV-Tarifrunde:

Am bescheidensten ist und bleibt der Hauptvorstand

Unter obiger Überschrift veröffentlichte der „Informations-Dienst" vom 5.2.77 eine recht vollständige Übersicht über die Forderungen zur ÖTV-Tarifrunde aus dem Bereich der Frankfurter Dienststellen des Öffentlichen Dienstes.

Hier wird noch mal besonders deutlich, wie wenig die Acht-Prozent-Forderung des Hauptvorstandes die Kollegen begeistert hat.

Im übrigen sind nur die Lohn- und Gehaltsforderungen erwähnt, weil die Forderungen zum Urlaubsgeld, zum Kindergeld und zur Urlaubsverlängerung allgemein übernommen wurden:

Dienststelle	Forderung
Regionale Planungsgemeinschaft Untermain (RPU):	180,– DM
Institut für Sozialforschung:	230,– DM
Flughafen:	12%, min. 180,– DM
Bürgerhospital:	160,– DM
Universitätskliniken:	12%, min. 200,– DM
Landesarbeitsamt:	200,– DM
Siegmund-Freud-Institut:	200,– DM
Finanzamt Stiftstraße:	9%

Als Gesamtforderung der Kreisverwaltung Frankfurt: 10 %, mindestens 190,– DM. Auf der Kreisdelegiertenkonferenz waren Delegierte von insgesamt 17.000 Mitgliedern vertreten. Die Delegierten von 8.000 Mitgliedern vertraten gemischte Forderungen mit Mindest-Festbeträgen, von 7.000 Mitgliedern reine Prozentforderungen, von 2.000 Mitgliedern für Festbeträge, von 600 Mitgliedern für gemischte Forderungen mit Sockel-Festbeträgen.

Dienststelle	Forderung
Main-Taunus-Kreis:	12%, min. 170,– DM
Stadtverwaltung Neu-Isenburg:	170,– DM
Eschborn: Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft:	105,– DM und 5%
Bremen-Weser-Ems:	180,– DM

(angenommen von der Delegiertenversammlung der Kreisverwaltung Bremen mit 23 : 17 Stimmen; 17 für Prozent-Forderung des HV)

Hessen: Frankfurt:

Dienststelle	Forderung
Zahnklinik Carolinum:	170,– DM Festbetrag
Sozialstation Hoechst:	12%, mindestens 170,– DM
Friedhofs- und Bestattungsamt:	9%, mindestens 145,– DM
Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung:	230,– DM Festbetrag
Stadtvermessungsamt:	175,– DM
Stadtentwässerungsamt:	12%, min. 200,– DM
Stadtplanungsamt:	12%, min. 200,– DM
Stadtsteueramt:	12%, min. 200,– DM
Personalamt:	12%, min. 200,– DM
Hochbauamt:	12%, min. 200,– DM
Verein Arbeits- und Erziehungshilfe:	185,– DM
Institut für Sozialarbeit:	175,– DM
Verein Haus der Offenen Tür:	350,– DM
Stadtreinigungsamt:	9%
Gartenamt:	8% und mehr vermögenswirksame Leistungen
Branddirektion:	12%,min. 200,– DM
Ausbildungsamt:	300,– DM und Erhöhung der Vergütung für Auszubildende auf 900,– DM
Sozialverwaltung:	250,– DM
Ordnungsamt:	8% (!)
Stadtschulamt:	12%, min. 240,– DM
Stadtkasse:	10%, min. 200,– DM

Wie geht's uns denn?

Hackethal bleibt Kassenarzt, aber wie lange noch?

Der Zulassungsausschuß für Ärzte in Schleswig-Holstein (paritätisch besetzt mit Vertretern der Ärzteschaft und der Krankenkassen) hat jetzt entschieden: Prof. Dr. Julius Hackethal wird die Zulassung als Kassenarzt nicht entzogen. Die Kassenärztliche Vereinigung hatte den Antrag gestellt mit der Begründung: *„Der Professor habe es in einem Regreßverfahren der AOK Lauenburg abgelehnt, vertragliche Regelungen gelten zu lassen. Der Mediziner habe erklärt, er sei nicht ‚Erfüllungsgehilfe seiner kassenärztlichen Kollegen' und fühle sich daher bei Überweisungen an deren Auftrag nicht gebunden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.2.77). Außerdem hatte man versucht, dem unbequemen Kritiker seiner Kollegen (er hat zahlreiche „Kunst"fehler aufgedeckt) dadurch das Handwerk zu legen, indem man ihm vorwarf, er habe an den an ihn überwiesenen Patienten unerlaubte „Mehrleistungen" (in diesem Fall in Höhe von 142 DM) vorgenommen (s. auch AK 98).

Man stelle sich vor: Ein Arzt geht seinen ärztlichen Pflichten dadurch korrekt nach, indem er sich nicht einfach auf das Urteil seiner Kollegen verläßt, sondern den Patienten nochmals gründlich untersucht. Daraufhin wird ihm die Zulassung entzogen – das stinkt nun doch zu sehr. Und das mußte auch den Ausschußmitgliedern auffallen!

Außerdem hätte dieser Grund allein noch nicht den erwünschten Effekt für den gebrandmarkten „Kollegen" in der Öffentlichkeit gehabt.

Inzwischen aber haben sieben Lauenburger Ärzte einen anderen Ansatzpunkt gefunden: Sie wollen dem Chirurgen eigene „Kunst"fehler nachweisen und haben eine Dokumentation herausgebracht, in der diese aufgeführt sein sollen (lt. „Hamburger Abendblatt", 10.2.77). Die Staatsanwaltschaft in Lübeck ermittelt bereits gegen Hackethal wegen des *„Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung und der falschen Verdächtigung"* („FAZ", 11.2.77).

Damit will man ihm nun endgültig den Hals brechen.

Streik bei SAS !

Seit Donnerstag vorletzter Woche wird die skandinavische Fluglinie SAS in der BRD bestreikt. In der vorhergegangenen Urabstimmung haben sich rund 96% der ÖTV Mitglieder für Streik ausgesprochen! Darunter viele ehemalige Mitglieder der DAG. Die streikenden Kollegen fordern als ÖTV-Verhandlungspartner anerkannt zu werden, um dann Mantel- und Versorgungstarifverträge für eine breite Mehrheit der Kollegen abschließen zu können (Art und Höhe der Tarifforderung ist uns noch nicht bekannt). Schwerpunkt des Streiks ist Frankfurt, personalstärkste SAS-Station in der BRD.

Insbesondere der Frachtverkehr ist hier empfindlich gestört. Nur der Einsatz von Streikbrechern, leitenden Angestellten und sogar ein Hamburger DAG-Betriebsrat der SAS bei der Abfertigung der Maschinen hält den Betrieb in Frankfurt lediglich aufrecht.

Bisher schloß die DAG allein mit der SAS Tarifverträge ab. Mit den Ergebnissen dieser spalterischen Tarifpolitik waren zahlreiche SAS-Kollegen und -Kolleginnen nicht mehr einverstanden. Sie traten von der DAG zur ÖTV über. Die DAG versucht nun, ihre Monopolstellung bei der SAS mit allen Mitteln zu verteidigen und fällt selbst den streikenden Kollegen in den Rücken.

Die ÖTV hat die ITF (International Transport Worker' Federation) um internationale Unterstützung des Arbeitskampfes angerufen. (Wir berichten weiter).

Betriebszelle DLH
KB / Gruppe Hamburg

Keine Hilfe für Raucher?

„In einer Veröffentlichung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) zum Thema Raucherentwöhnung heißt es: ‚Nicht zuletzt im Hinblick auf die laufenden Kostensteigerungen im Gesundheitssektor scheint es auf die Dauer unzumutbar, die Gesamtheit der Beitragszahler mit den Folgen gesundheitlichen Fehlverhaltens des einzelnen ständig zu belasten.' Als Beispiel wird aufgeführt, ‚daß regelmäßige Wiederholungsbehandlungen bei einem Versicherten mit chronischer Bronchitis wenig sinnvoll sind, wenn der Patient unverändert weiterraucht' " („ÖTV-Magazin", Februar 77).

Das könnte bedeuten, daß die Rentenversichrungsträger in Zukunft nicht mehr die auf das Rauchen zurückgeführten Krankheiten durch Rehabilitationsmaßnahmen u.a. behandeln lassen werden!

Da es eine ganze Reihe von Krankheiten gibt, an denen angeblich die Raucher selbst schuld sind, kann man sich ausmalen, welche Kreise das ziehen kann. Und nach dem Rauchen ist es der Alkoholgenuß, das Kaffeetrinken, das Essen von fetter, ungesunder Kost usw. usf.. Also alles, was z.B. der „Stern" als „Selbstmord mit Messer und Gabel" bezeichnet hatte.

Warum trinkst du auch Milch, wo du doch weißt, daß DDT enthalten ist; warum ißt du das mit Antibiotika angereicherte Fleisch? –– Selber schuld! ...

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



„Lebendig begraben!?"

Am 9.2. fand im Hamburger Audimax eine Protestveranstaltung gegen das Verfahren gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto, ihre mörderischen Haftbedingungen, die bodenlose Mordanklage und die Einschränkung ihrer Verteidigungsmöglichkeiten statt. Die Veranstaltung war mit über 1.000 Teilnehmern sehr gut besucht. Veranstalter war der SSB, vorbereitet hatten außerdem die Veranstaltung das Hamburger Unterstützungskomitee Roland Otto und Karl-Heinz Roth, das IKAH und der KB.

„Lebendig begraben?!" war die Frage in einem Lied, das Walter Mossmann spielte: Die Genossen im Knast sind
in einem Lied, das Walter Mossmann spielte: Die Genossen im Knast sind
nicht lebendig begraben – wenn w i r uns nicht so verhalten, als wären w i r lebendig begraben. Die Veranstaltung war sehr kämpferisch und „locker". Nach dem Eingangsreferat von RA Golzem über die ersten Verhandlungstage in Köln ging Sebastian Cobler auf grundsätzliche Aspekte des Falles ein. Wie auch andere Redner kritisierte er die Fragestellung „Sie haben nicht geschossen! Sind sie Mörder, weil sie Linke sind?" Falsch daran ist die Unterstellung, Linke oder andere Menschen, die sich gegen Bullen schützen, dabei schießen und auch treffen, seien eventuell als Mörder anzusehen. Angesichts der hundertfachen Todesschüsse in der Geschichte der Bundesrepublik und der immer weiter voranschreitenden Polizeibrutalität sowie der nachträglichen und jetzt auch gesetzlichen Legalisierung der Todesschüsse kann ein Linker immer das Recht auf Notwehr für sich beanspruchen. Die Justiz lehnt das ab, auf der anderen Seite sucht sie aber alle Möglichkeiten, um Bullen, die geschossen und getroffen haben, zu schützen, zum Beispiel durch die juristische Konstruktion „Putativnotwehr" (vermeintliche, das heißt eingebildete Notwehr). Cobler wies auch die Unterstellung zurück, die L i n k e sei ein „anonymer" Untergrund. In Wirklichkeit sind es gerade die Staatsschutzbehörden und die Justiz, die in völliger Anonymität handeln können. Zum Beispiel weigerten sich die Behörden in dem Verfahren gegen die Todesschützen im Fall Günter Jendrian, die Namen der beteiligten Polizisten bekannt zu geben, die in den Berichten nur mit Nummern gekennzeichnet waren. Damit wurden sie der Strafverfolgung entzogen. Schließlich ging Cobler auf den Mordparagraphen ein. Roth und Otto überhaupt als Mörder anzuklagen, obwohl sie beide nicht geschossen haben, ist nur möglich, weil der Mordparagraph den Mörder beschreibt und nicht den Mord, das heißt, die Tat. Dadurch wird bei dem Vorwurf der Mittäterschaft, wie in diesem Verfahren, der zu genauso hohen Strafen, lebenslänglich, führt wie die Tat selbst, die Charakterbeschreibung des Täters zum entscheidenden Bestimmungsmerkmal (heimtückisch etc.). Und da wird eben über die Beschreibung der Genossen als militante Linke versucht zu beweisen, daß sie die Erschießung des Bullen gewollt, beziehungsweise verabredet hätten. Der Mordparagraph in dieser Form ist ziemlich einmalig und stammt aus der Giftküche der Faschisten, er wurde erst 1941 in dieser Form unter Mitwirkung von Freisler eingeführt. (Unter anderem zu dieser Thematik hat Cobler einen Aufsatz in dem Rotbuch veröffentlicht: „Die Gefahr geht vom Menschen aus.")

Eine Genossin des Unterstützungskomitees und der linke Hamburger Schriftsteller Christian Geissler gingen dann auf die Persönlichkeit und das Denken der beiden Genossen ein. Christian Geissler las dazu einen Abschnitt aus seinem Buch „Wird Zeit daß wir leben" vor, zur Illustration der These von Karl-Heinz Roth, es bestünde ein Gegensatz zwischen der
der These von Karl-Heinz Roth, es bestünde ein Gegensatz zwischen der
Unmittelbarkeit der Aktion der Unterdrückten und dem Wirken der „Apparate", namentlich auch der kommunistischen Partei (in Geisslers Buch der von 1932/33). Es war leider nicht möglich, in einer Diskussion diese These genauer dargestellt zu bekommen und zu kritisieren.

Erich Fried las ein Gedicht von Peter Paul Zahl vor über eine Situation im Knast (das Gedicht wird am 8.3. um 23 Uhr in NDR III gesendet werden).

Schließlich hielt noch ein Genosse vom Kommunistischen Bund ein Referat zur politischen Situation in der BRD. Ein zum Schluß vorgetragenes Referat zur Lage der politischen Gefangenen hob sehr einseitig den „bewaffneten Kampf der „Stadtguerilla" hervor, und tat so, als ob diese Genossen besonders kämpferisch den antiimperialistischen Kampf geführt hätten und deshalb im Knast sitzen.

Man braucht nur an die Hunderte von Genossen zu erinnern, die im Rahmen des KPD-Verbots nach 1956 in den Knast wanderten oder an die gegenwärtig verschärfte Kriminalisierung weiter Teile der Linken (über Zensurparagraphen, Demonstrationsdelikte usw.), um zu sehen, daß wir in unserer Solidarität mit den politischen Gefangenen a u f k e i n e n F a l l dem Irrtum verfallen dürfen, die Verfolgung und Einbuchtung der „Stadtguerilla" bilde den Schwerpunkt der staatlichen Repressionsmaßnahmen. Erst recht kann nicht der Schluß gezogen werden, es gelte die Vorstellungen der Genossen breit darzustellen – im Gegenteil ist es unsere Pflicht, ihre falschen politischen Auffassungen zu kritisieren; wie sollten wir sonst in der Lage sein, eine w i r k s a m e Solidaritätsarbeit zu machen. Offensichtlich sind diese Widersprüche in der Solidaritätsarbeit nicht ausreichend geklärt. Keineswegs beruhigend ist die Tatsache, daß die in dem Beitrag vorgetragenen Ansichten einer in den Solidaritätsgruppen weit verbreiteten Strömung entsprechen. Das IKAH wird sich in der nächsten Zeit verstärkt auch öffentlich mit dieser Strömung auseinandersetzen. Unsere Solidarität muß allen vom Knast bedrohten Genossen und allen politischen Gefangenen gelten.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

IKAH, Hamburg

Die politischen Gefangenen in der BRD – Teil 4

Gerhard ALBARTUS und Enno BORSTELMANN

(Rochusstr. 350, 5 Köln-Ossendorf)

Die beiden Genossen wurden am 5.1. 77 in Köln bzw. Bochum mit großem MEK-Aufwand festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, an einem Brandanschlag gegen ein Aachener Kino beteiligt gewesen zu sein. In dem betreffenden Kino lief der berüchtigte Entebbe-Film!

Der Haftbefehl gründete sich – unseres Wissens zum ersten Mal – auf den neuen § 129a (Vorwurf der Unterstützung einer sog. „terroristischen Vereinigung").

Für Gefangene bedeutet das eine unerhörte Verschärfung der Haftsituation: durch eine Erweiterung des §112 (Strafproz.ordn.) ist es möglich, Gefangene, die wegen §129a angeklagt sind, ohne zusätzliche (Schein-) Begründung in Untersuchungshaft zu halten!! Und der §148 des Strafgesetzbuchs sieht vor, daß selbst der Schriftwechsel mit dem Verteidiger von einem Richter kontrolliert werden darf!!

Gerhard Borstelmann schreibt zu seinen Haftbedingungen: „. . . *strenge Einzelhaft. . . . Fliegendraht vor den Betongittern, . . . Täglich Leibesvisitation und täglich Zellendurchsuchung – Nachts bleibt die Neonröhre an, . . . Zwei Bücher die Woche . . . Vorm Anwaltsbesuch kriege ich die Klamotten, die ich vor den Augen von Beamten wechseln muß, danach gibts wieder meine alte Anstaltswäsche.*"

Lothar GEND

(JVA Werl, Langwiedenweg 46
4760 Werl)

Lothar Gend ist seit dem 29.3.74 im Knast. Vorgeschichte: am 7.6.73 überraschten die Bullen zwei Leute beim Abmontieren von KFZ-Schildern in Bochum. Die beiden flüchteten, wurden verfolgt, es fielen Schüsse, ein Bulle wurde am Fuß getroffen. Wenig später wurde Gabriele Kröcher-Tiedemann (1975 durch die Lorenz-Entführung befreit) festgenommen und ein Auto mit Papieren von Lothar Gend gefunden. Nach einem halben Jahr wurde er deswegen verhaftet und strenger Isolation ausgesetzt. Im Herbst 1974 trat er gleichzeitig mit den RAF-Gefangenen in einen 5 1/2 monatigen Hungerstreik und 5 Tage in einen Durststreik.

Am 18.4.75 begann der Prozeß. Lothar wurde – inzwischen rechtskräftig – zu 15 Jahren wegen angeblichem Mordversuch etc. verurteilt. Lothars Gesundheit ist mittlerweile äußerst angegriffen..

Anfang des Jahres wurde endlich eine Untersuchung auf Darmkrebs vorgenommen, nachdem Lothar im Dezember 76 bereits mit bloßem Auge Blut im Stuhlgang festgestellt hatte. **Aber obwohl sich der Verdacht bestätigte,** wurde er nicht in eine Spezialklinik eingewiesen, sondern ins Gefängniskrankenhaus Bochum.

Makabererweise war der Arzt, der ihn untersuchte, derselbe Dr. Hoffmann, der schon Karl-Heinz Roth so übel mitgespielt und dessen Transportfähigkeit bejaht hatte!!

Die Verteidiger haben Behandlung durch Ärzte des Vertrauens beantragt. In einer Presseerklärung schreiben sie u.a.:

„Es besteht die Gefahr, daß die Gesundheit, wenn nicht gar das Leben, von unserem Mandanten Schaden nimmt. Wir wollen verhindern, daß die ärztliche Versorgung für unseren Mandanten zu spät kommt."

Verteidiger (u.a.):
Brentzel, Bornstr. 68, 46 Dortmund

Irmgart MÖLLER

(seit Januar 77 in JVA
Stuttgart-Stammheim)

Sie ist seit dem 8.7.72 in Haft. **Außer Zugehörigkeit zur kriminellen** Vereinigung wurde ihr unter anderem vorgeworfen, am 22.10.71 den Polizisten Norbert Schmidt in Hamburg erschossen zu haben. Dieser Punkt wurde später fallengelassen. Im März 1976 wurde sie wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, Waffenbesitz und Urkundenfälschung zu 4 1/2 Jahren verurteilt. Anfang dieses Jahres hätte sie demnach entlassen werden müssen. Deswegen machte sich die Hamburger Welt zwei Tage nach ihrer Verurteilung bereits Sorgen, was denn dann passieren würde: es gäbe Pläne zur Befreiung ihres Verlobten Fritz Teufel. Doch der Reg.-Direktor Lochte von der Staatsschutzabteilung des Hamburger VS suchte den Weltinterviewer zu beruhigen. Einen Paß würde sie ohnehin nicht erhalten. Und in der Tat waren die „Sorgen" der Springerzeitung unnötig!

Mit Hilfe des Kronzeugen Müller brachte es die Bundesanwaltschaft fertig, pünktlich vor der Entlassung eine neue Anklage zurechtzuzimmern.

Während des Lübeck/Hamburger Hungerstreiks (siehe AK 96) kam ein neuer Haftbefehl und Irmgart wurde nach Stammheim verlegt, wo sie auch angeklagt werden wird.

Der neue Haftbefehl stützt sich nun darauf, daß der „Zeuge Müller" behauptet hat, Irmgart sei an den Aktivitäten der RAF beteiligt gewesen, u.a. an den Anschlägen auf US-Militäreinrichtungen, bei denen es auch Tote gegeben hat!

Daraus wird der Mordvorwurf konstruiert. Und auf diese späten „Erinnerungen" Müllers stützt sich der Haftbefehl: es heißt seitenweise, sie solle dies und jenes gemacht oder geplant haben. Und statt Tatsachen, die dies belegen, kommt dann der Satz „nach Angaben des Zeugen Müller".

Es ge..ugt uer anderen Seite offenbar keineswegs, „Gesinnungstäter" zu drastischen Strafen zu verdonnern. Die Absicht zielt vielmehr auf eine Art Dauerhaft. Man ist nicht zimperlich, sobald die Entlassung ansteht, neues Belastungsmaterial hervorzuzaubern!

Verteidiger: A. Newerla
Langestr. 3, 7000 Stuttgart

IKAH Hamburg

Prozeßbeginn gegen Wernfried Reimers

Prozeßbeginn gegen Wernfried Reimers und Robert Jarowoy

Am 14.2. begann vor der Staatsschutzkammer beim Landgericht Frankfurt der Prozeß gegen den 25jährigen Schriftsetzer Wernfried Reimers und den 24 Jahre alten Studenten Robert Jarowoy. Die beiden werden der Zugehörigkeit der „Bewegung 2. Juni" beschuldigt und sie sind außerdem wegen Raubüberfällen, wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und verbotenen Waffenbesitzes angeklagt. Der Gesundheitszustand der beiden Genossen, die seit März 1974 in U-Haft sitzen, ist so schwer angegriffen, daß sie in ständiger ärztlicher Behandlung sind und deswegen bereits der Prozeßbeginn mehrmals verschoben werden mußte.

Zuständigkeitsorgie der Gerichte

Als die beiden Genossen im März 1974 verhaftet wurden, kamen sie sofort in Isolationshaft. Als Begründung dafür mußte die „Verbindung zu anarchistischen Kreisen" herhalten. Nach rund einem Jahr U-Haft wurde im März 1975 vom Darmstädter Landgericht der erste Prozeß angesetzt – und zwei Tage vor Beginn der Verhandlung auch schon wieder abgesetzt. Inzwischen waren nämlich im Rahmen der Staatsschutz-Aktion „Winterreise" (November 1974) mehrere Verhaftungen erfolgt, zu deren Opfern nicht nur Reimers Verteidiger Wolf Dieter Reinhard, sondern auch andere, angeblich mit Reimers und Jarowoy in Kontakt stehende Personen gehörten. Und diese Figuren – drei an der Zahl – glaubten sich nach einigen Wochen U-Haft plötzlich daran zu „erinnern", daß sie mit Reimers und Jarowoy eine „kriminelle Vereinigung " gebildet hätten bzw. von diesen in jene gelockt worden seien. Prompt fiel dieselbe Anschuldigung auch dem Kronzeugen Bodeux ein. Was zur Folge hatte, daß von der Frankfurter Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen der Unterstützung der „Bewegung 2. Juni", zweier Raubüberfälle und illegalen Waffenbesitzes eingeleitet wurde. Allerdings waren die Aussagen der drei „Kronzeugen" derart windig, daß sich die Frankfurter Staatsschutzkammer nicht nur weigerte, Jarowoy und Reimers wegen der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung anzuklagen, sie weigerten sich gleichfalls das Darmstädter Verfahren überhaupt anzunehmen. Von all diesen justizinternen Querelen wurden weder die Angeklagten noch ihre Verteidiger informiert. Das OLG Frankfurt entschied im Sommer 1975 als übergeordnete Instanz, daß die Frankfurter Staatsschutzkammer das 129er Verfahren („kriminelle Vereinigung") eröffnen müsse und das Darmstädter Verfahren in Darmstadt zu bleiben habe. Daraufhin eröffnete die Frankfurter Staatsschutzkammer im September 1975 auch notgedrungen das 129er Verfahren, während das Darmstädter Gericht seinen zweiten Prozeßversuch für Oktober 1975 ansetzte. Als dieser dann wegen extra für diesen Prozeß notwendig gewordenen „Umbauarbeiten" („Sicherheitstrakt"), mit einiger Verzögerung begann, dauerte es ganze fünf Verhandlungstage, bis das Darmstädter Gericht das ganze Verfahren wegen Unzuständigkeit per Urteil wieder einstellte. Zuständig sei die Frankfurter Staatsschutzkammer. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt legte zwar noch dagegen Revision ein, aber abgesehen davon, daß diese später (Mai 1976) vom BGH zurückgewiesen wurde, war damit auch der zweite Versuch, diesen Prozeß zustandezubringen, gescheitert.

Isolationshaft

Zu diesem Zeitpunkt hatten Jarowoy und Reimers bereits 20 Monate Isolationshaft hinter sich und waren gesundheitlich ziemlich am Ende. In dutzenden von Anträgen hatten die Anwälte in den vorhergehenden Monaten vergeblich versucht eine Lockerung der Haftsituation zu erreichen, aber erst jetzt, nachdem im zweiten Prozeß offensichtlich geworden war, daß die beiden einen längeren Prozeß nicht mehr durchstehen würden, wurde ihre Übernahme in den sogenannten „ Normalvollzug" angeordnet. „Normalvollzug" bedeutet: nicht mehr 24 Stunden Isolation, sondern nur noch 22 Stunden (Reimers) bzw. 23 Stunden (Jarowoy). „Normalvollzug" ist die verschleiernde Umschreibung für die alltäglich, eben normale Isolation, der mehr oder weniger jeder Gefangene im Knast unterworfen ist. Darüberhinaus ist auch dieser „Normalvollzug" keineswegs so „normal": Verlegung von Gesprächspartnern, ständige Kontrollen, LKA-Besuchsüberwachung usw. prägten und prägen das Bild.

Knastärzte als „Terroristen"-helfer?

Im April '76 begann schließlich vor der Frankfurter Staatsschutzkammer der dritte Prozeß(s. Ak 81), der abermals nach fünf Verhandlungstagen platzte. Der Frankfurter Knastarzt (!) hatte Jarowoy und Reimers nämlich Verhandlungunfähigkeit bescheinigt, nachdem er sie auf Anordnung des Gerichts (und Anregung der Staatsanwaltschaft) eingehend hatte untersuchen müssen. Auch ein daraufhin vom Gericht schnell hinzugezogener Gerichtsmediziner konnte dem nur noch zustimmen.

Das Gericht ordnete dann die sofortige Einweisung der beiden Angeklagten in eine psychiatrische Anstalt (!) ein, angeblich, um dort ihre Verhandlungsfähigkeit nochmal gründlich prüfen zu lassen. Die von den Rechtsanwälten gegen diesen rechtswidrigen Beschluß sofort beim OLG eingelegte Beschwerde wurde im August verworfen, obwohl die Zwangseinweisung in eine solche Klinik den meisten StPO-Kommentatoren zufolge nicht zur Feststellung der Verhandlungsfähigkeit angeordnet werden darf. Allerdings hatte sich die Sache inzwischen sowieso erledigt, da sich alle Krankenhäuser der BRD geweigert hatten, die „beiden gefährlichen jungen Männer" (Frankfurter Neue Presse") überhaupt aufzunehmen. Die beiden „gefährlichen jungen Männer" waren unterdessen aus dem Darmstädter Knast, in den sie kurzfristig verlegt worden waren, auf Anordnung des LKA's zurück in den Frankfurter Knast verschleppt worden; der Darmstädter Knastarzt(!) hatte nämlich erklärt, daß er beide für nicht mehr haftfähig (!!) halte

Fortsetzung Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

und vom ärztlichen Standpunkt auf ihre Entlassung dringen müsse (wegen schwerer Kreislaufstörungen und der übrigen allgemein bekannten Isolations - Folgen). Der Tag dieser Verschleppung fiel dann auch „zufällig" auf den freien Tag des Arztes - am Vortage hatte dieser noch von Transportunfähigkeit gesprochen....

Dort, im Frankfurter Knast, sollte nun eine plötzlich auch schon ausreichende ambulante Untersuchung durch mehrere Gutachter stattfinden; und zur Vereinfachung des Verfahrens wurde die eigentlich für Juni 1976 gesetzlich vorgeschriebene „Haftprüfung"gleich auch noch gestrichen bzw. bis zum Ende der Untersuchungen ausgesetzt - sie ist bis heute noch nicht erfolgt. (Haftprüfungen müssen laut StPO nach den ersten sechs Monaten U-Haft regelmäßig alle drei Monate vor dem OLG stattfinden...). Anfang Januar, nachdem die ersten Gutachter sich recht unbestimmt und vorläufig geäußert hatten und zwei weitere, per Beschluß angeordnete Gutachten noch ausstanden, erfuhren die beiden Angeklagten – wie auch ihre Anwälte – aus der Presse (!), daß der vierte Anlauf am 14. Februar 1977 wieder vor der Staatsschutzkammer in Frankfurt gestartet werden sollte.

„Kurzer Prozeß"?

Alles deutet jetzt darauf hin, daß die Sache diesmal ohne Rücksicht auf Verluste durchgezogen werden soll: trotz dem (ärtzlicherseits bestätigten!) weiter verschlechterten Gesundheitszustand der beiden Genossen, und trotz der noch ausstehenden Gutachten, wurde eine Verhandlung angesetzt, die in wöchentlichen für jeweils 4 Stunden (mit Pausen) anberaumten Sitzungen durchgepeitscht werden soll. Ferner gab das Gericht noch an Presse und Rundfunk, daß der Prozeß überhaupt nicht umfangreich werde, denn es sei durchaus möglich, daß die Staatsschutzkammer „einige Anklagepunkte fallenlassen" würde. (Trotzdem scheinen wegen der Verhältnismäßigkeit der U-Haft aber offenbar keine Bedenken zu bestehen...). Die Anwälte werten diese Ankündigungen des Gerichts indes sowieso nur als „einen Versuch, die Öffentlichkeit und die Gutachter über die tatsächliche Dauer des Prozesses (und damit die zu erwartende Belastung der Angeklagten) hinwegzutäuschen", da es kaum anzunehmen ist, daß die Staatsanwaltschaft an ihrer ohnehin schon recht dünnen und vor allem ausgesprochen wackeligen Anklage freiwillig Abstriche vornehmen wird.

Wie es um diese Anklage und die sie allein abstützenden „Zeugen" bestellt ist, geht schon daraus recht deutlich hervor, daß für den Hauptbelastungszeugen beantragt worden ist, ihn vom persönlichen Erscheinen bei diesem Prozeß zu entbinden, da das seine „Resozialisierung beeinträchtigen könnte". Offenbar erwartet die Staatsanwaltschaft von der persönlichen Wiedergabe seiner einstmals im Knast mit (von) dem LKA gekochten Aussagen nicht gar so viel Gutes und zieht es deshalb vor, ihn gleich ganz durch die Vernehmungsbeamten alles Erforderliche bezeugen zu lassen - was ja auch allemal viel praktischer ist.

Zwei Frankfurter Genossen

Winfried Reimers und Robert Jarowoy sitzen in der JVA Frankfurt-Preungesheim, Obere Kreuzackerstraße 6, 6000 Frankfurt / Main 50

Erfolgreiche Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Riedel

Das Ehrengerichtsverfahren gegen den Frankfurter Rechtsanwalt Riedel ist mit einem klaren Erfolg für alle Verteidiger, die wegen ihres Auftretens in Stammheim verfolgt werden, ausgegangen: Wesentliche Anträge und Verhaltensweisen, die von Staatsschutz-Prinzing und der bürgerlichen Presse als „Prozeßsabotage" und „Agitation" usw. diffamiert wurden, hält das Ehrengericht für gerechtfertigt! Das Ehrengericht hielt nur einen von sechs erhobenen Vorwürfen für berechtigt.

Auf die beiden wichtigsten „Freisprüche" soll etwas genauer eingegangen werden:

„Prozeßsabotage"

Die Staatsanwaltschaft hielt es für „standeswidrig", daß Riedel am 19. August 1975 den Sitzungssaal in Stammheim vor Abschluß der Verhandlungen verlassen hatte. Dazu kam es, weil die Gutachter, die den Gesundheitszustand und die Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten zu beurteilen hatten, die Angeklagten für höchstens drei bis vier Stunden für verhandlungsfähig hielten.

Da die Verhandlung an dem Tage um 9.08 Uhr begonnen hatte, mußten die Verteidiger also darauf bestehen, daß nach 13.00 Uhr nicht mehr verhandelt wird.

Als Prinzing um 14.17 die Sitzung nach einer Beratungspause fortsetzen wollte, verließen Riedel und andere Verteidiger den Saal.

Was die Staatsschutzbehörden und die Hetz-Presse schon beinahe in die Nähe der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" rücken, liest sich beim Ehrengericht Frankfurt anders: *„Soweit es hier um die Frage der Verhandlungsfähigkeit eines Angeklagten geht, wird ein fundamentaler Grundsatz unseres Strafprozeßrechts berührt. Es ist selbstverständlich, daß nur gegen einen verhandlungsfähigen Angeklagten verhandelt werden darf. ...Der Verteidiger, der nicht nur darauf achten muß, daß sich sein Mandant unter vollem Einsatz seiner geistigen Kräfte im Rahmen eines fairen Prozesses verteidigen kann, sondern darüber hinaus auch eine Fürsorgepflicht für die Gesundheit seines Mandanten hat, befindet sich dann noch in einer zusätzlichen Notstandssituation, wenn es das Gericht nicht gestattet, sich davon zu überzeugen, ob tatsächlich der Gesundheitszustand die Fortführung der Verhandlung zuläßt. Unter diesen Umständen kann es für einen Verteidiger, will er die Rüge der Verhandlungsunfähigkeit nicht verwirken, geradezu Pflicht sein, durch Verlassen der Sitzung eine Unterbrechung der Hauptverhandlung zu erzwingen."*

Vorwurf der „Aktenmanipulation" an Prinzing

Bei Beginn des Stammheimer Verfahrens hatte die Bundesanwaltschaft, die „von Rechts wegen" a l l e Akten in den Prozeß einzuführen hat, von 1.671 Leitzordnern nur 69 (!!) dem Gericht und den Verteidigern zur Einsicht vorgelegt. Riedel hatte dies – zu Recht – als Aktenmanipulation bezeichnet.

Wie nicht anders zu erwarten, hatte der Prinzing-Senat diese Manipulation seiner Herren gerechtfertigt, was Riedel zu folgender Kritik veranlaßte:

„An diesem Punkt wird weiter klar, was von der Unabhängigkeit des Gerichts zu halten ist, das sich der Entscheidung des Generalbundesanwaltes darüber unterwirft, was für dieses Verfahren relevant ist."

Inzwischen ist bekannt geworden, daß es im Stammheimer Verfahren Geheimakten gegeben hat (oder immer noch gibt?), nämlich mindestens die sog. „Müller-Akte". Ebenso ist bekannt geworden, daß die Herausgabe dieser Akten erst über das Verwaltungsgericht Köln gegen den Prinzing-Senat durchgesetzt werden mußte! Das Ehrengericht meint dazu: *„Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ist die Kammer* (des Ehrengerichtes, AK) *der Auffassung, daß Rechtsanwalt Riedel mit den ihm vorgeworfenen Äußerungen das Gebot der Sachlichkeit nicht verletzt hat. Verschiedene Umstände konnten es dem Rechtsanwalt vielmehr geboten erscheinen lassen, in der Begründung seines Antrages* (auf Vorlegung a l l e r Akten, Anm. AK) *von einer verbindlichen und höflichen Ausdrucksweise Abstand zu nehmen, um im Interesse seiner Mandantin doch noch das Gericht zu bewegen, die weiteren Akten beizuziehen. Wenn RA Riedel unter diesen Umständen glaubte, eine schärfere Ausdrucksweise gebrauchen zu müssen, ist diese entschuldbar, wenn nicht gerechtfertigt."*

Es ist zu hoffen, daß sich in Zukunft noch mehr Richter finden, die bei den Plänen der Bundesanwaltschaft zur vollständigen Zerschlagung der politischen Verteidigung nicht mitspielen.

IKAH Hamburg

Leserbrief von Peter Paul Zahl

Peter Paul Zahl schrieb uns folgenden Brief zum AK 98, in dem ein Artikel über ihn stand:

„Leider sind Euch in dem Artikel über mich einige Fehler und Auslassugen unterlaufen:

Ich befinde mich nicht seit dem 14.12.72 in I s o - Haft. Meinem „offenen Brief an Ju-Mi Posser" („ID" Nr. 152) könnt Ihr entnehmen, daß ich nach acht Monaten und zwei Hungerstreiks aus der Iso-Haft kam, zu allen möglichen Anlässen und zuletzt in Köln-Ossendorf wieder reingesteckt wurde. Wenn ihr schreibt: „... Schüsse abgegeben. Ansonsten war ihm nichts nachzuweisen" dürft Ihr aber nicht unterschlagen, daß ein Polizist schwer verletzt wurde.

Durch das Schwurgericht (mit sechs Schöffen) wurde ich 1974 zu v i e r , nach Revision durch die Staatsanwaltschaft beim dritten Senat des BGH (!) 1976 durch eine große Strafkammer (zwei Schöffen) zu f ü n f z e h n J a h r e n v e r u r t e i l t. Nicht zu elf, wie ihr schreibt. E l f J a h r e s i n d d e r G e s i n n u n g s z u s c h l a g. In der Urteilsverkündung hieß es wörtlich:

„das Strafmaß von drei bis 15 Jahren muß voll ausgeschöpft werden, weil Zahl ein Gegner des Staates ist und zur generellen Abschreckung"!

Der Vollständigkeit halber: mein **Rechtsanwalt ist Rainer Elfferding, Cuvrystr. 33, 1000 Berlin 36.**

Zur Ergänzung: Ich stellte im September 1976 den Antrag, in den Knast meiner Heimatstadt, Berlin Tegel, verlegt zu werden. Diese „Abweichung vom Strafvollstreckungsplan" ist gesetzlich und, so der Justizsprecher Berlin: „einklagbar", weil ich Berliner b i n , meine Verlobte, mein Verlag und mein Verteidiger dort wohnen. In einem Schreiben des Justizvollzugsamts Hamm vom 17. Januar an Frau Drewitz (PEN-Club), wurde mitgeteilt, Justizsenator Baumann habe der Verlegung z u g e s t i m m t. Dann erschien am 13.1.77 in Springers „Berliner Morgenpost" ein Hetzartikel gegen die Verlegung. Ja, gar der Tageskommentar wurde ihr gewidmet. Erfolg: Justizsenator Baumann zog seine s c h r i f t l i c h e Z u s a g e z u r ü c k ! Wer ist eigentlich Senator, Prof. Baumann – oder A. C. Springer?

Wir werden die Verlegung einklagen, zudem werde ich ab März 1977 Kampfmaßnahmen ergreifen."

Höchststrafe für Waltraud Boock
Auch Bürgerinitiativen
gestattet, sich davon zu überzeugen, ob tatsächlich der Gesundheitszustand die Fortführung der Verhandlung zuläßt. Unter diesen Umständen kann es für einen Verteidiger, will er die
schaft zur vollständigen Zerschlagung der politischen Verteidigung nicht mitspielen.
IKAH Hamburg

Höchststrafe für Waltraud Boock

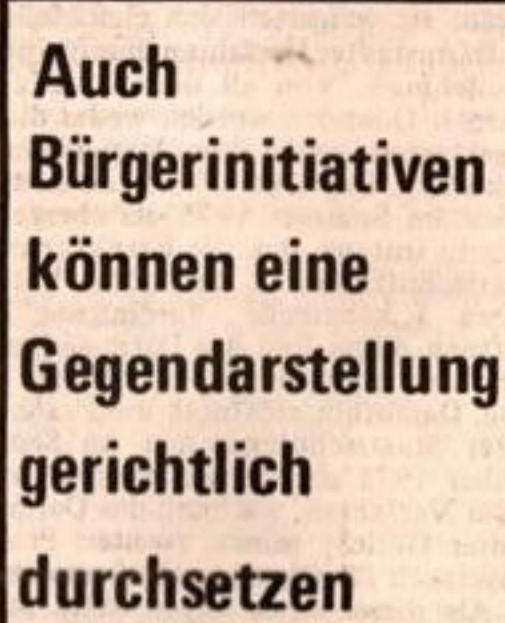
Österreich. Nach nur dreitägigem Prozeß ist in Wien die Frankfurterin Waltraud Bock zur Höchststrafe von 15 Jahren Kerker verurteilt worden. Sie soll am 13. Dezember 1976 in Wien zusammen mit zwei angeblichen Mittätern einen Bankraub verübt haben („Welt", 5.2.77). Waltraud Boock machte während des Prozesses keine Aussage zur Sache, ihre Versuche, den Prozeß auf einer politischen Grundlage zu führen, wurden vom Vorsitzenden massiv abgeblockt („FAZ", 5.2.77).

Überhaupt nicht zur Sprache kamen im Prozeß die Ereignisse, die sich im Zusammenhang mit Waltraud Boocks Festnahme in Wien im Dezember/Januar ereignet hatten. Offensichtliche Faschisten hatten unter dem Deckmantel eines „Befreiungskommandos Waltraud Boock' mehrere Sprengstoffanschläge angekündigt. Eine Bombe im Wiener Polizeipräsidium explodierte, ohne daß Personen zu Schaden kamen. Im Januar kam einer der Faschisten ums Leben, als eine Bombe „zu früh" in seinem Auto explodierte (vgl. AK 98).

Die Tatsache , daß Waltraud Boock zur Höchststrafe verurteilt wurde, ohne daß sie ein Geständnis abgelegt hatte, ohne daß ihre angeblichen Mittäter identifiziert wären und ohne daß vor Gericht ein Zusammenhang zu den faschistischen Provokationen überhaupt zur Sprache kam, zeigt daß sie von vornherein als „gefährliche Terroristin" verurteilt war.

Gegen Waltraud Boock lag außerdem in Frankfurt ein Haftbefehl vor, der jetzt allerdings aufgehoben wurde so daß es ungewiß ist, ob sie in die BRD ausgeliefert werden wird („Welt", 9.2.77).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Auch Bürgerinitiativen können eine Gegendarstellung gerichtlich durchsetzen

So entschied das Landgericht Aachen (Az 10 0 324/76) in dem Fall einer Bürgerinitiative (BI) gegen ein geplantes Gewerbegebiet, die ihre vom Verleger abgelehnte Gegendarstellung durch einstweilige Verfügung durchsetzen wollte. Normalerweise können nur „natürliche oder juristische Personen" Klage vor Gericht erheben. Das hätte für die BI bedeutet, daß sie entweder ein eingetragener Verein hätte sein müssen, oder daß jedes einzelne Mitglied der BI hätte klagen müssen. Nach Ansicht des LG Aachen würde das aber einen umfassenden Rechtsschutz gegen verleumderische Angriffe in der Presse unmöglich machen. Deshalb müßten Organisationen, Vereinigungen oder Verbände, die „unter einem zum Begriff gewordenen Sammelnamen auftreten und dadurch erfaßbar sind", jedenfalls in den Fällen selbstständig in eigenem Namen vor Gericht auftreten können, in denen es um die Durchsetzung ihres Rechts auf Gegendarstellung (§ 11 des Landespressegesetzes) geht (nach NJW 77, S. 255).

Textausgaben der verschiedenen Landespressegesetze sind übrigens u.a. im „Arbeiterbuch" in Hamburg, Grindelhof 45, erhältlich.

IKAH Hamburg



Nachrichten

Reutlingen: Der Genosse Klaus Kercher wurde am 24.1.77 von den Bullen abgeholt, um eine 16-monatige Haft abzusitzen. Er war wegen seiner Teilnahme am „Roten Antikriegstag 1972" der KPD/ML verurteilt worden. Näheres ist noch nicht bekannt.

West-Berlin: Der Genosse Fritz Teufel wurde am 28.1.77 von Knastbullen überfallen: Unter dem Vorwand einer Zeugengegenüberstellung wurde er aus seiner Zelle gelockt. Anwesend war ein angeblicher Staatsanwalt. Die Benachrichtigung seines Verteidigers wurde ihm verwehrt. Die Herrschaften behaupteten, für die Zeugengegenüberstellung sei es nötig, ihm Kopf- und Barthaar zu schneiden. Als Fritz sich wehrte, schoren sie ihn zwangsweise und filmten das Ganze. Grundlage für diesen Überfall sollte ein Beschluß des Ermittlungsrichters Kuhn vom Bundesgerichtshof vom 12.1.77 sein.

Der Verteidiger hat schließlich nach zwei (!) Wochen diesen unerhörten Beschluß erhalten. Er stellte Strafanzeige wegen Körperverletzung im Amt, Nötigung und unbefugter Aufnahme von Tonbandaufzeichnungen und beantragte die Beschlagnahme der Beweisstücke.

IKAH, Hamburg

Fahrpreisgegner vor Gericht

Lübeck: Mit einem Freispruch des Schöffengerichtes endete am 20.1. in Lübeck der Prozeß gegen den Arzt Norbert B. Nach dem Willen der Staatsanwaltschaft sollte er exemplarisch für über 500 Demonstranten verurteilt werden, die am 7.8.76 gegen die Fahrpreiserhöhungen protestierten.

Dem angeklagten Arzt wurde vorgeworfen als „Leiter" der Demonstration auch für die spontane Besetzung der Straßenkreuzung Kohlmarkt/Sandstr. verantwortlich gewesen zu sein. Er soll *„gemeinschaftlich mit unbekannt gebliebenen Mittätern andere rechtswidrig mit Gewalt zu einer Handlung und Duldung genötigt haben"* (aus der Anklageschrift). Von den „genötigten" Autofahrern hatte allerdings niemand Anzeige erstattet.

Fest steht, daß Norbert B. weder die Demonstration angemeldet noch sich zu ihrem „Leiter" aufgeschwungen hatte. Ein Strick sollte ihm lediglich daraus gedreht werden, daß er Fahrer des voranfahrenden Lautsprecherwagens war und über Lautsprecher des Fahrzeuges das offizielle Ende der Demonstration noch v o r der spontanen Besetzung des Kohlmarktes bekanntgab. Anwesende zivile Polizeispitzel wollen eine zweideutige Betonung (!) des Wortes „offiziell" herausgehört haben. Auf solche „Zeugen"aussagen stützte sich Oberstaatsanwalt H a n n e m a n n in seiner Anklageschrift!

Einen besonders schwerwiegenden Vorwurf sah Hannemann wohl darin, daß der Angeklagte nicht „mäßigend auf die Demonstrationsteilnehmer" (Anklageschrift) gewirkt habe. Vielleicht hätte dieser besonders eifrige Ankläger im Namen des Staates es noch gern gesehen, hätte Norbert B. die Lübecker Reiterstaffel persönlich – als sogenannter „Leiter" – zu ihrem brutalen Einsatz aufgefordert? Um die besetzte Kreuzung zu räumen, ritten die Polizisten ohne Vorwarnung in die friedlich versammelte Menschenmenge (darunter waren Frauen und Mütter mit ihren Kleinkindern!). Personen wurden zu Boden geschleudert, von den Pferden aus mit langen Schlagstöcken geschlagen und verletzt. Oberstaatsanwalt Hannemann hält diese Polizeiaktion für eine „rechtmäßige Maßnahme zur Beseitigung eines rechtswidrigen Zustandes"!

In der mündlichen Verhandlung am 21.1. erwiesen sich die vom Staatsanwalt aufgefahrenen „Zeugen" (Polizisten) allesamt als unglaubwürdig. An Einzelheiten konnten sie sich „nicht mehr erinnern". In seinem Schlußplädoyer mußte Hannemann daher schon die wichtigsten Anklagepunkte fallen lassen. Er beantragte „nur" noch eine Geldstrafe von zehn Tagessätzen wegen „Nötigung". Das Schöffengericht sprach Norbert B. schließlich frei.

Der Prozeß hat in Lübeck einigen Staub aufgewirbelt. Noch im Dezember '76 erschienen bereits mehrere Artikel in den „Lübecker Nachrichten" (LN): Aus *„Anwaltskreisen verlautete, Teilnehmer der Fahrpreis-Demonstrationen müßten befürchten, ‚von der Lübecker Staatsanwaltschaft zur Anklage gebracht zu werden' "* (25.12.). Wenige Tage später wurde der Prozeßtermin gegen

Fortsetzung auf Seite 19

Fortsetzung von Seite 18

den angeklagten Arzt und die Vorwürfe aus der Sicht der Staatsanwaltschaft angekündigt (29.12.).

Stehen weitere Prozesse bevor?

„Wegen weiterer Ermittlungen" ließ sich Oberstaatsanwalt Hannemann während der mündlichen Verhandlung Farbfotos der Polizei von der Demonstration geben. Natürlich handelt es sich um einseitige Ermittlungen gegen Demonstranten – und nicht gegen die Polizei-Schläger.

– Im Oktober des vergangenen Jahres erstatteten über zehn Augenzeugen und Betroffene gegen die eingesetzten Polizeibeamten sowie die Beamten der Einsatzleitung Strafanzeige wegen Körperverletzung bzw. schwerer Körperverletzung im Amt.

– Im November wurden die Strafantragsteller von Oberstaatsanwalt Hannemann zum Verhör vorgeladen – als Zeugen und Beschuldigte! Er warf ihnen vor, *„durch Blockieren der Kreuzung ... eine Nötigung begangen zu haben"* (aus der Ladung).

– Während des Verhörs waren bei mehreren Zeugen zwei zivile Polizeibeamte anwesend, die schon am 7.8.76 eingesetzt waren und die Zeugen offenbar „identifizieren" sollten. Aufgrund dieses Einschüchterungsversuches haben Zeugen keine detaillierten Angaben machen können, da sie befürchten mußten, daß diese Aussagen gegen sie selbst verwendet werden könnten.

– Alle Verfahren gegen die Polizeibeamten wurden im Dezember von Hannemann eingestellt! Die Begründungen dafür sind ein einziger Skandal: Mehreren warf Hannemann vor, daß sie ihre Anzeige „erst drei Monate nach dem Vorfall" erstattet hätten. Daher habe er „erhebliche Zweifel an der Richtigkeit Ihrer Angaben"! (Gesetzlich festgelegt ist eine Dreimonatsfrist für solche Strafanzeigen.)

Einem Strafantragsteller wurde von Hannemann sogar vorgehalten, *„daß Sie durch Ihre Anzeige Ihre eigene Mitwirkung an der widerrechtlichen Blockierung der Kreuzung verschleiern wollen."*

– Noch Ende Dezember lud Hannemann zwei Schüler zu einem Verhör. Der Grund: Sie hatten in Schülerzeitungen über den 7.8.76 berichtet und u.a. von „brutalem Polizeieinsatz" und „Polizeiterror" geschrieben. Die Polizei fühlte sich beleidigt und verleumdet ... und erstattete Anzeige. In diesem Fall störte es Hannemann wenig, daß die Anzeige der Polizei auch erst Monate nach Erscheinen der Schülerzeitung erstattet wurde.

Oberstaatsanwalt Hannemann ist offenbar gewillt, weitere Prozesse gegen Fahrpreisdemonstranten vorzubereiten. Mit unglaublicher Dreistigkeit versucht er zugleich, den bruta-

bereiten. Mit unglaublicher Dreistigkeit versucht er zugleich, den bruta-len Polizeieinsatz der Reiterstaffel abzudecken. Gegen das Einstellen dieser Verfahren haben die Strafantragsteller inzwischen Beschwerde eingelegt.

Eins ist jetzt schon gewiß: Der Protest der demokratischen „Öffentlichkeit" gegen einen Oberstaatsanwalt, der der Gesinnungsjustiz eines Polizeistaates Tor und Tür öffnet.

KB/Gruppe Lübeck

Hausdurchsuchung wegen Bußgeldbescheid

Sechs Bullen führten bei dem Frankfurter Kaufmann Heinz Strauß eine Hausdurchsuchung durch, durchstöberten alles und beschlagnahmten Geschäftspost und Anwaltsschreiben.

Die Bullen hatten den Auftrag festzustellen, wo sich H.S. „am 6.5.1976 aufgehalten hat" („Spiegel" 7 1977). Und wozu das Ganze? Das Fahrzeug des Frankfurters war im Mai 76 in Saarbrücken bei Rot über die Ampel gefahren. Gegen einen deswegen ergangenen Bußgeldbescheid erhob H.S. Einspruch mit der Begründung daß er nicht in dem Wagen gefahren sei.

Der Saarbrücker Amtsrichter Brenner will mit solchen Methoden wie Hausdurchsuchungen künftig dem Umstand begegnen daß Fahrzeughalter Bußgeldbescheide nicht bezahlen müssen, wenn ihnen nicht nachgewiesen werden kann, daß sie selbst am Steuer gesessen haben.

H.S. hat inzwischen beim Landgericht Saarbrücken Beschwerde gegen die schikanöse Hausdurchsuchung erhoben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt



Hamburg: Demonstration gegen Berufsverbote

Am Samstag, den 12. Februar führte die Initiative „Weg mit den Berufsverboten!" anläßlich des 5. Jahrestages des Ministerpräsidentenbeschlusses gegen Radikale im Öffentlichen Dienst ihre zentrale norddeutsche Demonstration durch. Wenn auch die von den Veranstaltern selbst abgegene Zahl von ca. 16 000 Demonstranten die Menschen wieder einmal eher nach ihren Beinen und nicht nach ihren Köpfen bewertet, ist die tatsächliche Demonstrationsteilnahme von 8 000 – 10 000 Berufsverbotsgegner doch ein erfreuliches Anzeichen für die nach wie vor vorhandene Ablehnung der Berufsverbotepraxis. Diese Teilnehmerzahl ist wesentlich ein Ergebnis der langfristigen internen Mobilisierung der DKP und ihrer Gruppierungen. Weitere neue Kräfte konnte die DKP nicht hinzugewinnen, schon gar nicht die vielumworbenen Gewerkschaftsvorstände. Auf der Demonstration selbst trat als einziges gewerkschaftliches Organ der „Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher" (AjLE) in der GEW in Erscheinung. Die Rede eines „Kollegen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und Mitglieds des ÖTV-Bezirksvorstandes" (Uff!) brachte eben auch nicht die Haltung des ÖTV-Vorstandes zum Ausdruck. Das ist für ehrliche Gewerkschafter zwar nichts Erstaunliches, hält doch die ÖTV-Führung schon allein die Gegriffe Berufsverbot oder Hexenjagd für „beleidigend" (ötv-Beamten-Nachrichten 3/73); es gehört aber schon die bekannte revisionistische Unverfrorenheit dazu, entgegen allen Tatsachen in dem Aufrufflugblatt zu behaupten, daß *„die (?) Gewerkschaften in der letzten Zeit verstärkt (!) gegen die Berufsverbote protestiert"* haben. Etwa in der aparten Form zunehmender Gewerkschaftsausschlüsse ?!

Nach einem langen und wenig kämpferischen Marsch durch Hamburgs Stadtteil Eimsbüttel gab es dann noch eine Abschlußkundgebung mit vielen, vielen Reden. Und die waren meistens so langweilig, daß am Ende der Kundgebung nur noch einige hundert Zuhörer ausharrten. Allerdings gab es zwei interssante „Farbtupfer". Der Hamburger Landesvorstand der Jusos sprach sich gegen derzeit stattfindende „Spaltungs- und Austrocknungsversuche" gegenüber der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" aus. Das ging eindeutig gegen seinen eigenen Bundesvorstand, der gerade seinen Abgang (nach rechts, versteht sich) aus der „Initiative" vorbereitet. Als „Begründung" wird dabei vom Juso-BV angeführt, daß nur der in der BRD „glaubwürdig" gegen Berufsverbote kämpfen könne, der gleichzeitig ähnliche Erscheinungen im „Ostblock" anprangert.

Neben den Jusos, die sich übrigens gegen jede (auch „rechtsstaatliche") Regelung des Berufsverbots aussprachen, überragte die Rede eines Vertreters der niederländischen Antifaschisten alle anderen Beiträge Er wies nicht nur in aller Eindringlichkeit darauf hin, daß in der BRD mittlerweile schon 140 rechtsradikale Gruppen unbehelligt ihr Unwesen treiben dürfen. Sondern er betonte darüber hinaus, daß von der BRD gegenwärtig die größte imperialistische Gefahr in Europa ausginge. Aktuell lasse sich das Streben nach der Vormachtstellung an zwei Fakten ablesen: Zum Einen am AKW-Programm der Regierung, mit dem sie zur ersten Atommacht in Westeuropa werden wolle, zum zum anderen an dem Projekt der Europa-Parlaments-Wahlen, die nichts anderes als den legalen Weg zur Vormachtstellung bedeuten.

Von den zu diesem Zeitpunkt nur noch wenigen Zuhörern gab es zwar Beifall; wir werden aber sehen, wie sich demnächst DKP, Jusos usw. dazu äußern...

Der Versuch, auf der Abschlußkundgebung den Aufruf der Russell-Foundation für ein Tribunal über die BRD zu verlesen, scheiterte natürlich erwartungsgemäß. So breit war das vertretene politische Spektrum nun doch nicht. Vielleicht ist die Russell-Foundation ja zu links?! Oder konnte bislang ihre Grundgesetz-Treue noch nicht überprüft werden?!

Jedenfalls achteten die Veranstaltungsleiter peinlichst darauf, was zum eigenen Stall gehört und was nicht.

Ein Demonstrationsteilnehmer



Hamburg: Mehrere tausend folgten einem Aufruf der „Initiative gegen Berufsverbote"

Französische Richtergewerkschaft ruft zum Widerstand gegen Modell Deutschland auf

Wie in AK 97 berichtet, hat eine Abteilung des Europarats, das „Europäische Komitee für Strafrechtsprobleme", eine „Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus" ausgearbeitet. Die Initiative zur Schaffung dieser Konvention ging von der SPD/FDP-Regierung der BRD aus („Le Monde Diplomatique" November 1976). Hierin wird das Prinzip, wegen politischer Delikte gesuchte Menschen nicht an den „Heimat"-Staat auszuliefern, praktisch aufgehoben.

Besonders in Frankreich formiert sich jetzt der Widerstand gegen diese Übertragung des „Modell Deutschland" auf andere EG-Staaten. So verabschiedete der 9.Gewerkschaftskongreß der sozialistischen französischen Richtergewerkschaft „Syndicat de la Magistratur" im November 1976 zwei Resolutionen, in denen die „Antiterroristenkonvention" sowie die Berufsverbote in der BRD verurteilt werden.

An dem Gewerkschaftskongreß nahmen neben französischen Richtern und Staatsanwälten auch Kollegen aus Portugal, Spanien, Belgien und der BRD sowie Vertreter der meisten französischen Gewerkschaften teil. Sie protestierten gegen die in allen kapitalistischen Staaten festzustellenden repressiven Maßnahmen durch die jeweiligen Regierungen und die Einschüchterung aller fortschrittlichen Kräfte. Es wurde festgestellt, *„daß aufgrund der Internationalität dieser Erscheinung der Kampf gegen den Abbau politischer Freiheitsrechte international geführt werden müsse und vor allem Entwicklungen im Ausland, die entweder unmittelbare Auswirkungen auch auf die innerstaatliche Situation hätten oder aber durch ihren Modellcharakter* (Hervorhebung durch AK Red.) *eine Bedrohung darstellten, rechtzeitig aufgegriffen und bekämpft werden."*

Die verabschiedete Resolution gegen die von der BRD initiierte „Terroristenkonvention" hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongress alarmiert alle seine Mitglieder, Organisationen und Vereinigungen, die sich die Verteidigung der Freiheit zum Ziel gesetzt haben und darüber hinaus die öffentliche Meinung wegen der schweren Gefahren, die die am 10.11.76 in Straßburg vom Ministerrat angenommene ‚Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus' bedeutet. Diese Konvention stellt eine Gefahr dar, da sie – unter dem Vorwand eines Kampfes gegen den Terrorismus – eine dauernde Bedrohung für die zahlreichen politischen Flüchtlinge in Europa und der Welt, einen außergewöhnlichen Angriff auf das Prinzip der politischen Freiheit und der Legitimität des politischen Kampfes bedeutet. Die Konvention stiftet eine vollkommene Verwirrung hinsichtlich der Ausweisungsgründe zwischen politischen und kriminellen Straftaten und führt zu einem totalen Wegfall einer ‚politischen Straftat', deren Realität (und Schutz) in einer liberalen Tradition verankert ist, die bis ins 19. Jahrhundert zurückgeht. Sie führt schließlich zu einem Verschwinden des politischen Asylrechts, eines internationalen Rechtsprinzips, das in der Menschenrechtskonvention, in zahlreichen anderen Vereinbarungen, wie der europäischen Ausweisungskonvention von 1957, festgelegt ist und von zahlreichen Institutionen anerkannt und vor allem in der französischen Verfassung verankert ist.

Art. 5 der Konvention stellt lediglich eine Verschleierung dar, indem er glauben machen will, daß genau die Straftaten, auf die die Konvention im Übrigen abstellt, nicht zur Ausweisung führen sollen. (Anmerkung AK-Redaktion: In Artikel 5 der Konvention wird festgehalten, daß ein Staat die Ausleiferung verweigern darf, wenn er das Ersuchen für vorgeschoben hält und ihm andere Gründe als die angegebenen ausschlaggebend zu sein scheinen.) *Der Kongreß beauftragt den Gewerkschaftsrat, umgehend mit allen französischen und europäischen Organisationen und Vereinigungen, deren Ziel die Verteidigung der Freiheitsrechte ist, Kontakt mit dem Ziel aufzunehmen, durch eine gemeinsaje Position, die Unterzeichnung und Ratifizierung der Konvention zu Fall zu bringen."*

Gleichzeitig verurteilte der Kongreß die Berufsverbote in der BRD und „versichert allen Richtern und Beamten(bewerbern), die gegen die autoritären und antidemokratischen Praktiken kämpfen, seine gewerkschaftliche Unterstützung und Solidarität" (zitiert nach „links", Januar, 1977).

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Dänisches Komitee begrüßt

Dänisches Komitee begrüßt Russell-Initiative

Auf seiner Sitzung am 5.2.77 befaßte sich das dänische Landeskomitee gegen Berufsverbote in West-Deutschland mit der Frage des Russell-Tribunals. Zuvor waren Informationen von verschiedenen BRD-Organisationen, darunter KB, SB, und ESG eingeholt worden. Auch der Aufruf der „Russell Peace Foundation" lag vor. Nachdem die letzte Entwicklung referiert worden war, kam es zu einer Diskussion, in der sich zwei Gruppen bildeten. Während die größere Gruppe betonte, daß man den Gesamtzusammenhang der politischen Repression in der BRD sehen und deswegen über die ausschließliche Behandlung von Berufsverboten hinausgehen müsse, wollte sich die zweite (vorwiegend bestehend aus der Dänischen Kommunistischen Partei und den Liberalen) weiterhin nur auf den Aspekt der Berufsverbote beschränken und dabei den Schwerpunkt auf die beginnende Berufsverbotepraxis in Dänemark legen.

Ergebnis: Das dänische Komitee schließt sich den Vorbereitungen zum Russell-Tribunal mit einem „Beobachter-Status" an und wird an den nächsten Sitzungen teilnehmen. Die Übersetzung und Verbreitung eines Russell-Bulletins wird unterstützt werden. Die Teilnahme von Dänen als „Russell-Tribunalisten" (Richter, Ankläger usw.) ist noch ungeklärt.

Nach dem bisherigen Verlauf der Diskussion muß es als unwahrscheinlich angesehen werden, daß das dänische Landeskomitee geschlossen dem Russell-Tribunal bzw. -Komitee beitritt. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß das Komitee einen Ausschuß benennen wird, der mit Russell-Angelegenheiten betraut wird.

Gleichzeitig wurde die Hoffnung geäußert, daß es zu einer möglichst breiten Zusammenarbeit aller antifaschistischen, demokratischen und linken Kräfte komme. Bedauert wurde in diesem Zusammenhang, „daß sich die westdeutsche Linke in dieser Frage noch nicht einig ist" – dem können wir nur beipflichten.

Welche Schwierigkeiten sich allerdings bei der Herstellung einer breiten und geschlossenen Anti-Repressions-Front auch im internationalen Rahmen auftun, zeigt das Verhalten der Dänischen Kommunistischen Partei. Sie konnte es sich nicht verkneifen, eine Gegeninitiative aus dem Hut zu zaubern, für die jedoch bisher keinerlei Vorbereitungen getroffen wurden und von der zu vermuten ist, daß sie allein zu dem Zweck geboren wurde, die Russell-Initiative aus dem Feld zu schlagen und die mögliche Zusammenarbeit zu verhindern.

Gleichzeitig wurde massiv Stimmung gegen das geplante Russell-Tribunal gemacht: So müsse man aufpassen, mit wem man dort zusammenarbeite. Z.B. wäre 1968 eine bekannte Westberliner Trotzkistin (Name wurde auch genannt) in Kopenhagen während einer Anti-Vietnam-Demonstration im Rahmen des damaligen Russell-Tribunals gegen den US-Imperialismus aufgetreten und hätte gesagt, man solle die US-Botschaft stürmen! Wenn diese Frau nun, wie vorgschlagen, Sekretärin des Russell-Unterstützungs-Komitees werden solle, müsse man die Finger davon lassen!

Diskret, aber bestimmt wurden die Revisionisten abgeblitzt!

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD empört über Protest aus den Niederlanden

In den Niederlanden gibt es seit einiger Zeit eine sehr starke Bewegung gegen die Berufsverbote. So haben sich in mehreren Städten Komitees gebildet, wie auch in der Schwesterstadt Darmstadts, Alkaar.

Der Gemeinderat dieser Stadt schrieb unter anderem einen Brief an die Bundesregierung und das Parlament, in dem er den Antrag stellte, *„die Berufsverbote aufzuheben"*. („FR", 14.2.77). Zutreffend stellten sie in ihrem Brief weiterhin fest, *„daß die Berufsverbote ein Symptom für die Art und Weise, in der die Rechte Andersdenkender in der BRD behandelt werden..."* sind. Als dieser Brief auch den Magistrat der Stadt Darmstadt erreichte, herrschte bei den Abgeordneten helle Empörung. Denn die Alkmaarer Stadtverordneten hatten gleichzeitig auch noch gefordert, beim nächsten Treffen über Berufsverbote zu diskutieren.

Die SPD-Fraktion wollte die Alkmaarer Gemeinderäte sofort wieder ausladen. In seinem Antwortschreiben an den Gemeinderat tischt der SPD-Oberbürgermeister, Sabais, gleich zu Beginn die alte SPD-Lüge auf: *„In unserem Land gibt es keine Berufsverbote. Es gibt nur eine sehr rege kommunistische Propaganda zu diesem Thema."* In gewohnter antikommunistischer Manier fährt er dann fort: *„Es ist kein Grund zu sehen, warum ausgerechnet Marxisten-Leninisten, die die parlamentarische Demokratie abschaffen wollen, um ihre weder sozial noch politisch fortschrittliche Herrschaft zu errichten, zu lebenslänglichen Beamten eines demokratischen Staates gemacht werden sollen. Man kann von Gesetzes wegen keinen Trunkenbold zum Gastwirt, keinen Verbrecher zum Polizeibeamten, keinen Geisteskranken zum Arzt machen. Dies sind extreme Beispiele."*

Mit diesem Brief ist er jedoch noch weiter ins Fettnäpfchen getreten: *„In der Käsestadt Alkmaar wurde der Antwortbrief, ... , allerdings nicht im ‚unverbrüchlich freundschaftlichem Geist', sondern vielmehr mit Verärgerung aufgenommen. Der Rat der niederländischen Provinzstadt wird sich demnächst mit Sabais ‚Belehrungen' befassen."*

Um diesen Vorstoß der Niederländer zu unterstützen, hat die „Initiativgruppe für ein Russell-Komitee/Darmstadt beschlossen, sämtliche Dokumente über Berufsverbote in Darmstadt an den Gemeinderat zu schicken. Gleiches geht auch vom Stadtjugendring und von dem der DKP nahestehenden „Komitee gegen Berufsverbote" aus.

Sympathisanten des KB/Darmstadt

Berufsverboteveranstaltung in Dänemark



Am 28.1.77 führte das Dänische Landeskomitee gegen Berufsverbote in Westdeutschland in Zusammenarbeit mit dem Regional-Komitee Kopenhagen eine Veranstaltung mit rund 400 Teilnehmern durch. Es sprächen u.a. Joergen Jensen, 1.Vorsitzender des dänischen Lehrerverbandes und Janni Mited vom Lehrerverband der Jugendpädagogen (BUPL), sowie drei Folketingsabgeordnete: Ole Espersen für die Sozialdemokraten, Gert Petersen für die Sozialistische Volkspartei (SF) und Lone Dybkjaer für die Sozialliberale Partei Dänemarks.

In einem Aufruf hatte das Berufsverbotekomitee festgestellt: *„Fünf Jahre persönliche Tragödie, fünf Jahre wachsende Selbstzensur, fünf Jahre Hexenjagd auf sogenannte Verfassungsfeinde, das muß verurteilt werden. Wir müssen unsere Solidarität mit den Verfolgten des Berufsverbots in der BRD verstärken!"*

Veranstaltungen gegen das Berufsverbot fanden am 26.1. auch in Hillerod (Seeland) und am 9.2. in Slagelse (Seeland) statt.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

Verfassungsschutz muß keine Akten vorlegen

Kassel. Im Fall des Sozialarbeiters Innenministerium Beschwerde ein-

Verfassungsschutz muß keine Akten vorlegen

Kassel. Im Fall des Sozialarbeiters Hans Roth braucht der Verfassungsschutz keine weiteren Akten beim Verwaltungsgericht vorzulegen. Roth hatte nach seiner Anhörung auf Vernichtung aller seiner Verfassungsschutzakten geklagt. Hierbei hatte er gerichtlich einen Teilerfolg errungen: Der Verfassungsschutz sollte die drei vorgelegten Akten vernichten (siehe AK 98). Gegen die Vernichtung der übrigen Akten hatte das hessische Innenministerium Beschwerde eingelegt, der jetzt stattgegeben wurde – weil *„die Akten des hessischen Verfassungsschutzes sowohl Ergebnisse als auch ‚Arbeitsvermerke' enthielten, die Rückschlüsse auf die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörden zuließen."* („Frankfurter Rundschau", 17.2.)

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Kiel

Berufsverbotemeldungen

Hamburg. Die Hamburger Schulbehörde hat den Studienrat zur Anstellung, Volker Diel, mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Gleichzeitig wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, *„mit dem Ziel, ihn aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen"* („Welt", 11.2.) Vorgeworfen wird ihm, daß seinen Schüler *„auf die Politik-Zwischenprüfung nicht ausreichend vorbereitet seien"*, er zu einer von der Gesundheitsbehörde herausgegebenen Broschüre zum § 218 erklärt habe, diese aus *„Steuergeldern finanzierte Propagandabroschüre lügt, täuscht und verdreht"*, und „daß er in die Zeugnisse seiner Schüler im November die Einheitsnote ‚Gut' für das Fach Politik eintrug", um damit gegen das herrschende Notensystem zu protestieren (Alle Zitate „Welt", 11.2.).

Köln. Hans Henin war als Fachlehrer im Fach Kunst an der Realschule in Köln-Porz tätig. Nachdem er ein Jahr mit 27 Stunden wöchentlich an der Schule unterrichtet hatte, wurde zu Beginn des Schuljahres 76/77 sein Vertrag nicht verlängert. In einem Schreiben des Kölner Regierungspräsidenten Dr. Günter Heidecke hieß es: *„Die Prognose, daß Sie jederzeit bereit wären, für die freiheitlich - demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten, kann nicht gestellt werden."* (nach „UZ" vom 25.1.77) H.Henin ist DKP-Mitglied und ihm wird vorgeworfen, daß er sich zur DKP bekenne und daß er für diese Partei aktiv wurde, als er DKP-Plakate mit der Aufschrift *„Jedermann hat ein Recht auf Arbeit"* klebte. Henin, der ausgebildeter Künstler ist, steht seitdem ohne Arbeit da. In dem Arbeitsgerichtsverfahren, das H. Henin führt, berief sich die Behörde ausdrücklich auf die neuen Richtlinien zur Beurteilung von Zweifeln an der Verfassungstreue von Bewerbern.

Stuttgart. Zwar hatte die Uni-Stuttgart nichts gegen die Einstellung von Heinz Schweer, zwei Anhörungsverfahren hatte er auch schon hinter sich, „Bedenken" hatte dann aber der Kultusminister.

Das Kultusministerium hält es schlechthin für ein Unding, daß ein ehemaliger MSB-Funktionär einen Forschungsauftrag für Schweinezucht an der Universität Stuttgart erhält. H. Schweer sollte im Rahmen eines Forschungsvorhabens zu dem Thema „Erhebung zu den Organisationsstrukturen für die Hybrid-Züchtung bei Schweinen" (zu deutsch: Kostengünstige, intensive Schweinezucht) vornehmen. Über diese Thema wollte H. Schweer seine Doktorarbeit schreiben.

Es ist anzunehmen, daß der Kultusminister die (berechtigte?!?) Angst hat, daß H. Schweer die Schweine vom „realen Sozialismus" überzeugen kann und es dann (wie das Beispiel der „Animal Farm" zeigt) zum Schweineaufstand kommt.



„Seitensprung" verfassungswidrig?

Die „tz" München wußte Bescheid: *„Seitensprung bei Schulausflug: Lehrer gefeuert!"* So prangte die Schlagzeile auf der Titelseite am 3.2.77. Und nach dem Zwischentitel *„Verheirateter Pädagoge kroch ins Bett der Kollegin"* ging's erst richtig los: *„Die 20 Schüler und Schülerinnen trauten ihren Augen nicht: Bei einem mehrtägigen Ausflug in ein Landschulheim kroch der verheiratete Lehrer Bodo K. (42) Nacht für Nacht in das Bett seiner hübschen, ledigen Kollegin Beate L. Für die beiden Pädagogen hatten die gemeinsamen Stunden unter der Bettdecke böse Folgen: Sie wurden fristlos gefeuert!"*

Der Tatbestand

Am 14.3.74 meldete der Schulleiter dem Oberschulamt, *„daß anläßlich des einwöchigen Schullandheimaufenthaltes der Klasse 8 L vom 5. bis 10.11.73 auf dem Gummenhof in der Nähe des Kandel die beiden aufsichtführenden Lehrer, Herr Kaiser und Frau Klack zusammen in einem Zimmer gewohnt hätten."* Bodo K. und Brigitte K. betrachteten das ganze als eine „Hüttensituation" und fanden nichts dabei. In einer Stellungnahme an das OSchA am 25.4.74 schrieben sie:

„Im Rahmen eines Umgangs mit den Schülern, bei dem sie die Lehrer als Leute begreifen sollten, mit denen sie offen ihre Probleme besprechen können, hielten wir es nicht für problematisch, während des Landschulheimaufenthaltes in einem Zimmer zu wohnen, zumal es direkt neben den Zimmern der Kinder lag, sie ständig ein und aus gehen konnten und wir ebenso in ihre Zimmer."

Einige Eltern hatten ihre Kinder im Landschulheim besucht und posi-

zu wohnen, zumal es direkt neben den Zimmern der Kinder lag, sie ständig ein und aus gehen konnten und wir ebenso in ihre Zimmer."

Einige Eltern hatten ihre Kinder im Landschulheim besucht und posi-tiv auf die Situation – das Lehrerwohnzimmer einbegriffen – reagiert. Am 19.3.74 unterschrieben alle Eltern der betroffenen Klasse 8L eine Resolution, in der es u.a. heißt: *„Die Eltern haben ein Interesse daran, daß die in der Klasse 8L bestehenden Probleme weiterhin gemeinsam mit den beiden Lehrern diskutiert und geklärt werden können...Deshalb bestehen die unterzeichnenden Eltern darauf, daß die beiden Lehrer weiterhin an der Staudinger-Schule unterrichten!"*

Um die Meinung der Eltern kümmerte sich das OSchA so wenig, wie um die der Schüler, die einen dreitägigen Schulstreik durchführten, der über 50 Lehrer der Schule, die für das Verbleiben der Kollegen unterschrieben oder des Personalrates, der der beabsichtigten Entlassung am 4.7.74 widersprach. Am 19.7.74 erhielten beide Lehrer das Entlassungsschreiben.

Der Fall wird politisch

In der „Begründung" wird neben dem *„ehewidrigen Verhalten"* (wobei ein „Seitensprung" gar nicht zur Debatte stand; es ging nur um das *„in einem Zimmer wohnen"*! Im übrigen lebt Bodo seit 1968 von seiner Frau getrennt.) nun auch ein politischer Grund angeführt: *„Flucht in die Öffentlichkeit"*. So heißt es im Brief an Brigitte: *„Die mangelnde persönliche Eignung wird ferner unterstrichen durch ihr Verhalten gegenüber der Zeitschrift des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, der sie ein Interview gab und Ausführungen über dieses Vorgänge machte. Dieses Verhalten verstößt gegen das Verbot der ‚Flucht in die Öffentlichkeit'."* Und Bodo wird vorgeworfen, daß *„er das Schreiben des Elternbeiratsvorstandes und des Elternbeiratsvorsitzenden in Ablichtungen in der Staudinger-Schule aushing."*

Beide erhoben Einspruch gegen die Entlassung.

Die Prozesse.....

Im Mai 1975 verloren sie den Prozeß vor dem Verwaltungsgericht Freiburg. In der Begründung wurde Brigitte neben dem „ehewidrigen" Verhalten, das schon gereicht hätte, ihre Aktivität für den KBW angelastet. Bodo ging in die Berufung, am 1.10.75 stellte der Verwahltungsgerichtshof Baden-Württemberg die aufschiebende Wirkung der Klage wieder her, Bodo blieb im Schuldienst. Die Berufung hat er jetzt verloren.

.... die Urteilsbegründung ....

Der VGH stützt sich, wie schon das Verwaltungsgericht, auf die „Gründe", die das OSchA im Entlassungsschreiben angeführt hatte. Im Urteil heißt es:

„Durch das Verhalten des Kägers wird die Institution der Ehe im Sinne des geltenden Verfassungsverständnisses (vgl. BVerfGE 6,55,82) berührt. Den Jugendlichen wird der Eindruck vermittelt, als ob ein derartiges ehewidriges Verhalten billigenswert sei." Da Bodo diese seine „Verfehlung" anders beurteilt, hat das Verwaltungsgericht *„zu Recht den Schluß gezogen, daß es sich bei seinem Verhalten auf dem Gummenhof weder um einmaliges Versagen(!) gehandelt hat, noch daß die Möglichkeit auszuschließen ist, daß er in ähnlicher Weise seinem Erziehungsauftrag auch in Zukunft zuwider handeln wird. (...) Bei der Entlassung eines Probebeamten genügen aber für die Annahme mangelnder persönlicher Eignung schon derartige Zweifel daran, daß die Wiederholung eines zu beanstandenden Verhaltens ausgeschlossen ist."*

gelnder persönlicher Eignung schon derartige Zweifel daran, daß die Wiederholung eines zu beanstandenden Verhaltens ausgeschlossen ist."

...und die möglichen Folgen...

Das Urteil klingt wie ein schlechter Scherz. Es ist aber jetzt „Rechtswirklichkeit", jedenfalls in Baden-Württemberg. Und die Folgen kann man sich ausmalen:

Als Lehrer ungeeignet ist

- wer mit Freund oder Freundin in einem Raum übernachtet hat (wobei der Frage des „Geschlechtsverkehrs" keine Bedeutung zukommt) und *„den Jugendlichen den Eindruck vermittelt, als ob ein derartiges ehewidriges Verhalten billigenswert sei"*.
- wer in Sexualkunde „ehewidriges Verhalten" billigt oder
- wer „die Institution Ehe im Sinne des geltenden Verfassungsverständnisses berührt"

Im Urteil heißt es: *„Verstößt der Lehrer in einer auf Pluralismus und Toleranz ausgerichteten Gesellschaftsordnung..."*. „Toleranz" heißt für das Gericht, daß Andersdenkende die herrschende Meinung zu „tolerieren", sich nach ihr zu richten haben, wobei, wie man hier sieht, die herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden und nicht der Mehrheit ist! Entsprechend heißt „Pluralismus" für das Gericht, daß unter einer Vielfalt von Meinungen nur die herrschnde gilt. Bodo habe gegen das „Elternrecht" verstoßen, das *„Vertrauen der Eltern mißbraucht"*. Da aber die Eltern anderer Ansicht sind, schreibt das Gericht: *„Darauf, ob die Jugendlichen und die Eltern im vorliegenden Fall sein Verhalten konkret als anstößig empfunden haben oder nicht, kann es nicht ankommen, da die grundsätzlichen Wertvorstellungen nicht zur Disposition derartiger Gruppierungen stehen."* D.h., was die Eltern wollen, bestimmen nicht sie selber, sondern die Behörde bzw. das Gericht!

Wie schon gehabt, schreibt also der Staat dem Volk vor, was als „gesundes Volksempfinden" zu gelten hat!

CDU verlangt Selbstbezichtigung

Die schleswig-holsteinische CDU hat einen Vorschlag vorgelegt, nach dem die Referendarsausbildung geteilt werden soll. Für Berufe, bei denen der Staat ein Ausbildungsmonopol hat, die aber auch in der „freien Wirtschaft" ausgeübt werden können (z.B. Juristen) soll neben dem Referendariat ein sogenanntes „Praktikum" eingerichtet werden. Der besondere Zynismus der CDU drückt sich darin aus, daß sie von sogenannten „verfassungsfeindlichen" Bewerbern einen Antrag verlangt, in dem diese erklären, daß sie sich nicht jederzeit „aktiv für diesen Staat einsetzen können und somit nicht im Beamtenverhältnis sondern als „öffentlich rechtlicher Praktikant" ausgebildet werden möchten!! Allerdings müßten auch diese „Praktikanten" gewisse Regeln beachten: so müßten sie dem Staat zumindest „neutral" gegenüberstehen. Gegenüber Lehrern soll diese Regelung jedoch nicht angewandt werden, da es für sie angeblich kein Ausbildungsmonopol des Staates gebe!

Eine öffentliche Kenntlichmachung ist für die „Extremisten" bisher nicht vorgesehen – noch nicht?!

Berufsverbotekommission

Gericht hebt Entlassung eines Faschisten auf

Vor fünf Jahren war dem NPD-Funktionär Kosiek in Rheinland-Pfalz die Übernahme ins Beamtenverhältnis in Anwendung des Radikalenerlasses verweigert worden (einer der wenigen Fälle, in denen der Radikalenerlaß einmal gegen Rechte angewandt wurde – quasi als Legitimation für die Behauptung, er wende sich gegen „Extremisten" von links u n d rechts.) Baden - Württemberg übernahm Kosiek damals dann trotzdem nach einer Entscheidung des Kultusministers Hahn.

Aufgrund des breiten Protest von Antifaschisten versuchte Hahn anschließend, diese Entscheidung rückgängig zu machen. 1974 wurde eine einstimmige Kabinettsentscheidung in Stuttgart getroffen, die die Entlassung Kosieks aus dem Landesdienst bewirken sollte. Gegen diese Entscheidung hat nun die Siebente Kammer des Stuttgarter Verwaltungsgerichts gesprochen.

dung in Stuttgart getroffen, die die Entlassung Kosieks aus dem Landesdienst bewirken sollte. Gegen diese Entscheidung hat nun die Siebente Kammer des Stuttgarter Verwaltungsgerichts gesprochen.

Kosiek kann zunächst weiterhin an der Fachhochschule Nürtingen als Dozent lehren.

Kosiek war von 1968 - 72 Mitglied der NPD-Landtagsfraktion in Stuttgart („Süddeutsche Zeitung" vom 5.2.77).

Ein schlechter Dienst

Kiel. Anläßlich der Aufführung des Films „Vera Romeyke ist nicht tragbar" hat die Ki-Bu-Pu (Kieler Initiative gegen Berufsverbote und Politische Unterdrückung) mit dem Regisseur ausgemacht, gemeinsam eine Diskussionsveranstaltung durchzuführen. Nicht verschwiegen wurde ihm, daß es in Kiel zwei Initiativen gegen die Verufsverbote gibt: neben der Ki-Bu-Pu noch die „Bürgerinitiative gegen Berufsverbote", die der DKP nahesteht. Wullutzki sagte trotzdem zu.

Einen Tag vor der Aufführung des Filmes wurde hintenherum bekannt, daß sich Willutzki schon in Kiel aufhält und zwar beim „Chef" der „Bürgerinitiative...". Bei der Ki-Bu-Pu meldete er sich allerdings nicht. Auch zu der vereinbarte Diskussionsveranstaltung erschien er nicht. Stattdessen erschien er nach der Abendvorstellung im Kino, wobei er durchblicken ließ, daß es „verschiedene" Berufsverbote gebe: Die gegen Menschen, die sich zum Grundgesetz bekennen und die gegen solche, die das Grundgesetz ablehnen würden.

Für uns stellt sich die Frage (und die sollte ihm bei weiteren Filmveranstaltungen auch gestellt werden): Hat er hier die Ki-Bu-Pu für seinen Film mobilisieren lassen und sie selbst sitzengelassen, oder hat da die DKP in letzter Minute nachgeholfen?

Auf jeden Fall war dies sowohl für den Kampf gegen die Berufsverbote als auch für seinen Film einen Bärendienst.

„Graue Wölfe" getarnt aktiv

Am 2. Januar wurden in Darmstadt vier türkische Flugblattverteiler von 15 Mitgliedern der faschistischen „Grauen Wölfe" mit Stich- und Schlagwaffen überfallen („FR", 8.1. 77). Die Umtriebe dieser Bande, die als Terrorgruppe der türkischen faschistischen Partei MHP seit Jahren in der BRD operiert, haben schon Mitte letzten Jahres das türkische Verfassungsgericht veranlaßt, der MHP die Schließung ihrer BRD-Filialen anzuraten, da sonst ihr Verbot drohe. (Was da vorher an Kontakten und Winken vom BRD-VS zur MHP bzw. zu den türkischen Behörden gelaufen sein muß, läßt sich denken.)

Offiziell hat sich die MHP inzwischen tatsächlich in der BRD „aufgelöst". MHP-Funktionäre gehen prompt mit der Behauptung hausieren, ihr Terrorverein sei höchstens noch als Hirngespinst übelwollender Linker vorhanden. Enver Altayli – wohnhaft in Hamburg – nach eigenen Angaben früher „Generalinspektor der MHP in der Türkei", behauptet so am 8.11.76 in der „Frankfurter Rundschau", „daß es keine europäische Organisation der MHP gibt" und daß „in der Bundesrepublik gegenwärtig keinerlei Organisation der MHP besteht". Das ist der gleiche Altayli, der – nach Meldung des in der BRD erscheinenden, türkischen Faschistenblattes „Tercüman" (31.12.75) – vom MHP-Vorsitzenden Ende 1975 zum „Generalinspektor der MHP-Auslandsorganisation" ernannt wurde!

Wes Geistes Kind Altayli ist, geht aus den Lügen hervor, die er verbreitet, um seine „demokratische" MHP-Partei schönzufärben. Beispiel: Die Ermordung des fortschrittlichen Arbeiters Danis Neset durch eine mit dem türkischen Konsulat zusammensteckende Schlägerbande in Norderstedt bei Hamburg liest sich bei Altayli so: *„In Hamburg-Norderstedt ist 1974 der Türke Neset Danis nicht erschlagen worden, als Nationalisten die Umbesetzung eines Vereinsvorstandes verhindern wollten, sondern im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen den linksradikalen Vereinsmitgliedern"* („FR", 8.11.76).

Seit Ende letzten Jahres sind die MHP-Faschisten in der BRD nun auf Tarnkurs gegangen. Der antifaschistische Schriftsteller Jürgen Roth (nach „FR", 16.11.76): *„In Mannheim nennen sie sich jetzt ‚Islamischer Bund', in Berlin ‚Türk-Ocagic', in Saarbrücken ‚Türk Kültür Cemiyeti' und in München ‚Nationaler Türkischer Verein'. Überall sind die Vorsitzenden dieser Vereine führende Mitglieder der MHP, bis vor wenigen Wochen waren sie Vorsitzende der Ortsvereine der ‚MHP-BRD'".*

In Stuttgart arbeiten MHP-Schläger unter dem Deckmantel eines „Türkischen Kulturvereins" (in Bad Cannstatt, Schmidener Str.), einer „Islamischen Union" (Immenhofer Str.) und eines „Nationalen Kulturvereins" (Obertürkheim). In Esslingen und Sindelfingen treten sie als „Türkischer Arbeiterverein" (!) auf. (Die Zeitung „s' Blättle" vom Dez. 76/Jan. 77 veröffentlichte auch verschiedene Adressen von Lokalen und Treffs von MHP-Faschisten in Stuttgart – siehe „ID", 11.12.76).

In Frankfurt hat sich – laut Presseerklärung der Schriftsteller Roth, Zwerenz und Brandt – als MHP-Tarnorganisation ein „Türkischer Kulturverein" (Türk Kültür Cemiyeti) gegründet (in der Neuhausstraße) („FR", 8.1.77).

In Hamburg-Altona, wo viele Türken wohnen, hat Ende 1976 „Tercüman" ein Büro eröffnet (Hohenesch 10) und ganz in der Nähe (Bahrenfelder Steindamm 162) einen Informationsraum, wo z.B. Lohnsteuerangelegenheiten türkischer Kollegen bearbeitet werden sollen.

Solche Schlupfwinkel und Anlaufstellen sollten von allen demokratischen und antifaschistischen Gruppen, Zeitungen usw. aufgedeckt werden. Das ist um so wichtiger, als sich hier – wieder einmal – die Behörden der BRD blind und taub stellen und eher geneigt sind, diese Faschisten zu decken, als ihrem lange bekannten Treiben ein Ende zu setzen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Teufelsaustreibung: Noch keine Anklage!

Die Anklage gegen die Teufelsaustreiber von Würzburg, bei deren „kultischen" Handlungen im letzten Sommer eine 23jährige Studentin starb, bringt angeblich „juristische Probleme" mit sich. Die Frage, ob im Zusammenhang mit der Teufelsaustreibung strafbare Handlungen begangen wurden, sei äußerst schwierig. Bischof Stangl von Würzburg kann daher mit seinen zwei Exorzisten weiter zum Wohle der Kirche sein Unwesen treiben. („Nürnberger Nachrichten vom 28.1.77)

KB/Gruppe Nürnberg

Bischof propagiert „Arbeitsdienst"

„Süddeutsche Zeitung" vom 8.2.77: Das „Passauer Bistumsblatt" empfiehlt die Wiedereinführung des Arbeitsdienstes, um die arbeitlosen Jugendlichen von der Straße wegzukriegen. Nicht alles, was die Machthaber im 3. Reich unternommen hätten, sei grundsätzlich falsch gewesen, führt das Blättchen aus. Wer von Gefährdung der Jugend spreche, müsse sich auch zu „Lösungsmöglichkeiten" bekennen.

War es der Kirche ohnehin nie so ganz gelungen, sich von der Nazi-Herrschaft zu distanzieren, so unterstützt sie hiermit wieder einmal ganz offen Stimmen aus der rechtesten Ecke, um die „Lösung" der Jugendarbeitslosigkeit auf dem Rücken der Jugendlichen auszutragen.

KB/Gruppe Nürnberg



Ein großes Lob hat der hessische Innenminister seiner Polizei ausgesprochen: *„Die Ordnungshüter seien selbst in außergewöhnlichen Gefahrensituationen eher ein persönliches Risiko eingegangen, als gleich die Pistole zu ziehen. Dies sei ein Beleg für ihr ungestörtes Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat".* In „n u r" 72 Fällen hätten Bullen im vergangenen Jahr zur Waffe gegriffen. („Frankfurter Rundschau", 2.2. 77).

Am 6.2. 77 wurde in der Nähe des Nürburg-Ringes in der Eifel der 19-jährige Heinz-Georg Linden durch einen Schuß getötet. In den ersten Presseberichten wurde gesagt, daß ein Polizeibeamter „in Notwehr einen Warnschuß auf den Mann" abgegeben habe. Gezielt wurde der Eindruck erweckt, H.-G. Linden sei ein randalierender „Rocker" gewesen, der beim „Elefantentreffen" Putz gemacht habe.

Tatsächlich hat sich die Sache so abgespielt: Im Bierzelt am Nürburg-Ring herrschte Samstag Nacht eine ausgelassene Stimmung. Drei Kriminalbeamte in Zivil waren zur „Aufklärung" und „Beobachtung" eingesetzt und deshalb als Bullen auch nicht zu erkennen (alles nach FR, 8.2. 77).

Als einige Jugendliche auf die Tische kletterten, will der Todesschütze diese „zur Ordnung" gerufen haben. Daraufhin sei es zur Schlägerei gekommen, in deren Verlauf er erst mit der „Chemischen Keule" sich Luft verschafft habe. Nach einigen Minuten sei er wieder erkannt worden und angegriffen worden. Er habe dann „aus Notwehr" geschossen und den völlig unbeteiligten Linden getroffen.

Offensichtlich muß es für die Jugendlichen so ausgesehen haben, als ob der Bulle eine Schlägerei vom Zaun brechen wollte, und sie haben sich zur Wehr gesetzt.

Der Einsatzleiter der Polizei, Legrand, machte den Veranstalter für die Ereignisse mitverantwortlich (Bierzelt, „schlechter Ordnungsdienst"). Für den Staatsanwalt ist die Sache „von erheblicher Bedeutung". Uns ist nicht bekannt, ob gegen den Beamten noch ermittelt wird.

***

Am 9.2. 77 wurde in Rodenbach (Hessen) der 14-jährige Schüler Peter Lichtenberg von einem Polizisten aus drei Meter Entfernung erschossen. Der Bulle Jürgen L. hatte sich „bedroht gefühlt".

Peter hatte zusammen mit Freunden in einem unbewohnten Haus gefeiert und dabei wurden auch Feuerwerkskörper abgebrannt und Lärm gemacht. Nachbarn riefen deshalb die Bullen.

Zwei Bullen mit Polizeihund wollten ‚nach dem Rechten sehen'. Der Bulle Jürgen L. sah in dem Haus eine Person mit ausgestrecktem Arm (!!!). Für diese immense Bedrohung wurde Peter erschossen. 'Eine 15-jährige Zeugin sagte später aus, daß Peter nur eine Tür zumachen wollte.

Der Bulle hat wie üblich nichts zu befürchten. Es wird zwar gegen ihn wegen fahrlässiger Tötung ermittelt. Aber er wurde nicht einmal vom Dienst suspendiert, denn: *„Es ist wohl so, daß es sich um einen Unglücksfall handelt"* (FR 12.2.), so Oberstaatsanwalt Friedrich Hoffmann. Und Polizeidirektor Gallus erklärte auf einer Pressekonferenz, es sei „unwahrscheinlich", daß der Bulle den Dienst quittieren muß („Abendpost", 11.2. 77).

Oberstaatsanwalt Hoffmann ergeht sich zudem in Zynismus und will Peter selbst für seinen Tod verantwortlich machen: *„Wenn Peter Lichtenberg mit in die oberen Stockwerke geflüchtet wäre, ... wäre es nicht zum Unglück gekommen".* Ob Peter dann wohl „auf der Flucht erschossen" worden wäre???

Antifa-Kommission des
KB/Gruppe Frankfurt

Ausrichtung der Polizei gegen Streiks

Die „Polizei-Führungs-Akademie in Hiltrup widmet die neueste Ausgabe ihres Kader-Organs, „Die Polizei", ganz der Vorbereitung von Polizei-Einsätzen gegen Streikende. In mehreren Aufsätzen werden „polizeitaktische Gesichtspunkte sowie Führungs- und Einsatzgrundsätze bei Streiksituationen" als „Leitfaden für den Polizeieinsatz" entwickelt. Grundlage der Ausrichtung bildet die sogenannte „PDV 100" (Polizeidienstverordnung), eine Ausrichtung des Bullen-Alltags auf die Niederschlagung von Massenprotesten aller Art. Die „PDV 100" faßt die Lehren aus den Massenkämpfen der letzten Jahre zu konkreten Handlungsanweisungen zusammen. Sie wurde Anfang 1976 einheitlich für alle Bundesländer von der Innenminister-Konferenz beschlossen. Die „PDV 100" bildete in den letzten Monaten bereits die Grundlage für die von der Polizei in Brokdorf durchgeführten bürgerkriegsähnlichen Groß-Übungen. (Siehe dazu unsere neue Broschüre: „Brokdorf ein Exempel – Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes"). Die Grundlinie der „PDV 100" folgt der Auffassung, daß „subversive Kräfte" auf dem Wege der „Unterwanderung" Unruhe schaffen wollen, um die „demokratische Grundordnung" zu zerschlagen usw. Auf dieser Grundlinie wurde in den letzten Wochen auch die Hetze gegen die Anti-AKW-Bewegung betrieben. Die Ausrichtung der Bullen auf Streikeinsätze folgt haargenau diesem Muster. Eine besondere Rolle spielt dabei die Ausländer-Hetze:

„Daß die Arbeitskämpfe der jüngsten Vergangenheit relativ friedlich verlaufen sind, darf die Polizei nicht in Sicherheit wiegen. Ich erinnere an den hohen Anteil von Gastarbeitern mit leicht entflammbarem Temperament in einigen Großbetrieben und an das – den Beginn der Vermassung anzeigende – Verhalten der Griechen und Türken in der Bundesrepublik anläßlich der Zypernkrise."

Darüber hinaus werden die streikenden Kollegen insgesamt als gehirnlose „Masse" hingestellt. Unter „Vermassung", wie sie unseren ausländischen Kollegen und wie sie streikenden Kollegen angedichtet wird – verstehen die Bullen-Strategen: *„Die nüchternen Erwägungen des Verstandes, somit auch die Hemmungsvorstellungen, treten mehr und mehr zurück"* und *„Schlummernde Triebe werden geweckt und in der Masse zur Einheit entzündet"*, zum *„Haß, dem von geschickten Demagogen das Mitleid jedes einzelnen mit sich selbst vorangeschickt wird, auch wenn es ihm gar nicht schlecht geht".*

In der „Masse" bestehe der *„Drang zur unverzüglichen Ausführung der Gedanken"*, speziell die „Gewalttaten Streikender" seien typisch dafür. Als Beleg für diese wahrhaft faschistoide Haltung gegenüber den Massen (die sich ausdrücklich auf den Lieblings-„Massenpsychologen" der Nazis, Le Bon, beruft) führt die Bullen-Zeitung Auszüge aus einem „Weißbuch des Vereins der Bayerischen Metallindustrie" an. Darin werden der „randalierenden und johlenden Menge" folgende „Streiktaktiken" (!) nachgesagt: „Spießrutenlaufen", „Einkreisungstaktik", „Verfolgung", „Abfangen an Nebeneingängen", „Zehentreten", „Tritt in die Knöchel", „Tritt ins Schienbein", „Kniestoß", „Beinstellen" – selbstverständlich ausgeführt von „Schlägertrupps" und Rädelsführern". Folgerichtig behaupten die Bullen: Es *„darf nicht übersehen werden, daß verbrecherische Elemente die Anonymität der Masse sehr gern zu strafbaren Handlungen ausnutzen".*

Entsprechend diesem Feindbild sehen die Aufgaben aus, die die Polizei beim Streik wahrnehmen soll. Zwar heißt es in der „PDV 100" (Kurzfassung) scheinbar äußerst demokratisch: **„Bei Streiks und Aussperrungen hat sich die Polizei neutral zu verhalten"**. Dem folgt aber sofort die tatsächliche Ausrichtung der geplanten Einsätze: *„Die Maßnahmen des Arbeitskampfes haben sich im Rahmen der geltenden Gesetze zu halten, insbesondere dürfen sie keine Strafgesetze verletzten oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar stören. ... Durch geeignete polizeiliche Maßnahmen ist ein gesetzmäßiger und möglichst störungsfreier Verlauf des Arbeitskampfes zu gewährleisten".*

Die hieraus resultierenden Aufgaben: *„a) Schutz der Arbeitswilligen auf den Wegen von und zur Arbeitsstelle, am Arbeitsplatz und in ihren Wohnbereichen;*
b) Schutz der bestreikten Betriebe, ihrer Inbetriebhaltung, bei Aussperrung ggfs. Schutz der Betriebsleitungen und deren Angehörigen (auch außerhalb der Betriebe), sowie einzelner Persönlichkeiten, Schutz des Staates, seiner Grundordnung und seiner demokratischen Einrichtungen".

Die Schwerpunkte der nach der „PDV 100" vorgesehenen Maßnahmen entsprechen dem Schema, das auch bei den Einsätzen von Brokdorf durchgeführt wurde:

1. „Streikvorbereitung", das heißt im wesentlichen „frühzeitige Aufklärung und Erkundung", sowie „Verbindungaufnahme" – alles zum Zweck der Ausspitzelung. Dabei sollen die Einsatzleiter sich nicht davor scheuen, „Kriminalbeamte", d.h. Schnüffler in Zivil einzusetzen. Gegenstand der „Erkundungen" sind u.a.: *„Werkseingänge, Notausgänge, nähere Umgebung des Werkes, Zufahrtsstraßen, Straßenbahn- und Bushaltestellen, die Kanalisation, Streiklokale; Werkskantinen, wichtige Betriebseinrichtungen".* Zweck: richtige Kräfteeinschätzung und entsprechende Bereitstellung von Einsatz- und Reservekräften im Hintergrund. Besprechungen mit dem „Werkschutz" u.a.m.
2. „Streikbeginn und Streikverlauf", d.h. wesentlich „Verbindung halten" zur Werksleitung, „Werkschutz" ua. und weiterhin „Aufklärung und Erkundung" – neben dem „Objektschutz" und Schutz der Streikbrecher. Insbesondere sollen die Werkseingänge offen gehalten werden. Eine weitere wesentliche Aufgabe ist die Bespitzelung von „subversiven Kräften". Wozu, das macht folgende zakkige Formel aus Bullenmund deutlich: *„Radikale Streikende werden in ihrer Wirkung beschnitten, wenn es gelingt, die Rädelsführer festzunehmen".* Dafür wird der Einsatz von Greiftrupps vorbereitet. Offensichtlich haben die Bullen hierbei aber z.T. schlechte Erfahrungen mit den Arbeitern gemacht, sodaß einschränkend gewarnt wird: *„Theoretisch mag dieses Konzept überzeugen, wenngleich seine Praktizierung außerordentlich schwierig sein wird, denn hier treffen die Polizeikräfte nicht auf krakeelende Schüler und Studenten, sondern auf den körperlich hart arbeitenden Teil der Bevölkerung".* Vor den Fäusten der Streikenden haben sie offenbar Respekt!
3. „Streik-Ende" und „Übergang zu normalen Arbeitsbedingungen", hier wesentlich der Versuch der Bullen, eine Verfolgung einzelner Kollegen nach dem Streik dadurch zu sichern, daß schon während des Streiks – auch wenn keine offensichtlichen Einsätze stattfinden – eine *„ausreichende Bild- und Tondokumentation für eine spätere beweissichere Strafverfolgung"* erstellt wird.



Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU/CSU: Angriffe auf fortschrittliche Künstler und Schriftsteller

Bei allen Demokraten unvergessen ist der „Bonner Bildersturm", als mehrere CDU-Bundestagsabgeordnete eine Ausstellung des Heidelberger Grafikers Klaus Staeck in den Räumen der „Parlamentarischen Gesellschaft" in Bonn stürmten und die Plakate mit den Worten zu Böden rissen: „Auf Eigentum kommt es hier nicht an". Auch in jüngerer Zeit hat es wieder eine ganze Reihe von Vorfällen gegeben, die deutlich machen, was die CDU/CSU unter „Freiheit" versteht:

Herne

In Herne wurde Ende Oktober/Anfang November eine Austellung von Arbeiten von Friedel Deventer gezeigt, die u.a. ein Plakat enthielt, auf dem sich ein Hitlerbild allmählich in eine StrauSS-Fratze verwandelt.

Ein Anruf des CDU-Fraktionsvorsitzenden Szelag beim Museumsdirektor genügte, um zwei Plakate (die „Metamorphose" und „Aufgußbeutel") zu entfernen. Auf die Frage, weshalb er diese Plakate abgehängt hatte, meinte der Direktor: *„Ich habe die Plakate entfernt, um juristischen Folgerungen nicht Vorschub zu leisten und dem Rathaus keinen weiteren Ärger zu bereiten. Und um auch mir in Zukunft die Möglichkeit offenzuhalten, zeitkritische und dann auch durchaus politische Künstler hie und da in den Galerieräumen zeigen zu können. So bedeutet mein Vorgehen einen Kompromiß"* („FR", 4.11.76).

Deventer selbst ließ dann die gesamte Ausstellung abbrechen, um sie in einer Gaststätte komplett zu zeigen, wo sie Gegenstand breiter Diskussion wurde.

Nürnberg

Wegen Beleidigung des CSU-Vorsitzenden StrauSS erhielt der Nürnberger SPD-Stadtrat Jürgen Wolf eine Geldstrafe von 750,–DM aufgebrummt. Er hatte in seiner Galerie eine Wanderausstellung gezeigt, die u.a. ein Plakat des Grafikers Hachfeld enthielt, auf dem StrauSS in Hitlergrußhaltung und mit SS-Runen zu sehen ist (nach „FR", 11.11.76).

Hachfeld selbst wurde freigesprochen, weil ihm nicht nachzuweisen war, daß er von der Weitergabe der Karikatur gewußt habe.

PDI-Klage abgewiesen CSU darf weiter hetzen

Als „kommunistische Tarnorganisation" und „Untergrundkommunisten" wurden im CSU-Magazin, einer Beilage des „Bayernkurier", der „Pressedienst Demokratischer Initiative" (PDI) und dessen Mitglieder bezeichnet.

Der PDI ist ein Zusammenschluß von etwa 40 Schriftstellern und Journalisten, die eine rege antifaschistische Publikationstätigkeit betreiben. Mitglieder sind u.a. Wallraff, Engelmann, Walter Jens, Ingeborg Drewitz und Max von der Grün.

Vor Gericht wurde die Beleidigungsklage des PDI zurückgewiesen. *„Kommunistische Tarnorganisation"* und *„Untergrundkommunisten"* seien eine erlaubte „Meinungsäußerung" des „Bayernkurier", die nicht als Schmähung angesehen werden könne, denn schließlich – so ausgerechnet der CSU-Anwalt – *„gebe es Millionen von Kommunisten auf der Welt"* („FR", 14.1.77).

Es wäre interessant, ob sich auch ein Gericht finden würde, daß die Bezeichnung der CSU als „faschistische Tarnorganisation" als erlaubte „Meinung" durchgehen ließe. Dafür könnte man ja einige Beweise bringen. Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings schon die gemäßigte Behauptung, das „Deutschlandmagazin" (Sprachrohr der StrauSS-Mafia) als „rechtsradikales Hetzblatt" zu bezeichnen, unter Strafe gestellt!

Die Mitglieder des PDI haben gegen die Zurückweisung der Klage Berufung eingelegt.

Und immer wieder Staeck

Einen ersten Erfolg gegen diese Hetzkampagne von CDU und CSU hat Staeck erzielen können. Im Zusammenhang mit dem „Bonner Bildersturm" hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm aus Melsungen behauptet: *„Die Agitation Staecks ist typisch faschistisch. Wenn sie ‚Kunst' ist, dann sind auch die Hetzkarikaturen der Nazis, mit denen sie im ‚Stürmer' unsere jüdischen Mitbürger verächtlich machten, nachträglich als ‚Kunstwerke' anzusehen".*

Gegen die daraufhin erfolgte Verurteilung Böhms hat dieser Einspruch eingelegt.

Böhm – erzreaktionärer Kulturkämpfer

Wilfried Böhm ist auch sonst als besonders eifriger „Kulturkämpfer" in Erscheinung getreten: So hatte er im Mai 1976 in einem Schreiben an alle Rundfunkintendanten der BRD gefordert, in Zukunft zum Sendeschluß das „Deutschland-Lied" zu spielen. Diese Initiative hatte zunächst keinen Erfolg. Lediglich der Deutschlandfunk, der Auslands-Propagandasender Deutsche Welle und der Sender „Freies" Berlin bringen weiterhin die Dritte Strophe.

Im Wahlkampf verschickte Böhm dann selbstgepresste Plattenaufnahmen des „Deutschlandliedes" mit allen drei Strophen („Von der Maas bis an die Memel"...) an seine Parteifreunde und weitere Interessenten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU soll das „C" aus dem Parteinamen streichen

Schon kurz nach den Bundestagswahlen hatten 346 Pfarrer und 8 Dekane aus Baden-Württemberg „erhebliche Bedenken" gegenüber dem politschen Stil der Unionsparteien geäußert. Insbesondere der Slogan „Freiheit oder/statt Sozialismus" wurde von den Pastoren – immerhin ca. ein Viertel der Pastoren in Baden-Württemberg ! – kritisiert: Er erzeuge *„ein Feindbild, das eine geistige Brutalisierung des politischen Lebens in der Bundesrepublik bedeute, der langfristig die äußere Brutalisierung folgen müsse"*; Die CDU betreibe eine *„aggressive Emotionalisierung der Wähler im Dienst des Machtstrebens"*.

Die „Bedenken" der Pastoren konnten auch in einem kürzlich in Bonn stattgefundenen Gespräch nicht ausgeräumt werden. Unter diesen Voraussetzungen forderten sie *„die Entfernung des Namens Christi aus dem Parteinamen"*.
(nach „FR", 27.1.77)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Carl Damm (CDU):

Carl Damm (CDU):

Mit Faschisten „freundschaftlich verbunden"

Am Samstag, den 5.2.77, fand im Haus der Heimat in Hamburg die Jahreshauptversammlung der „Landsmannschaft Westpreußen" statt. Hauptredner war der Harburger CDU-Bundestagsabgeordnete Carl Damm.

Eingeladen zu dieser Versammlung hatte u.a. der **„Freundeskreis Filmkunst e.V."**. Dieser „Freundeskreis" ist ein örtlicher Ableger des rechtsradikalen „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes" (DKEG); zu seinen, jeden Monat stattfindenen Filmvorführungen versammelt dieser Verein bis zu 500 Besucher. Das Programm besteht ausschließlich aus alten Nazi-Propagandaschinken (die Veranstaltungen finden im Passage-Kino in der Mönckebergstraße statt).

In diesem Jahr will der „Freundeskreis" ein besonderes Schwergewicht auf die Jugendarbeit legen: Im März soll eine „Fahrradralley" durch Hamburg dazu den Auftakt bilden. Schon länger ist ihm ein „Spielkreis Hamburg" angeschlossen, der über Volks- und Trachtentänze revanchistische Kulturpolitik betreibt und dafür die staatlichen Häuser der Jugend benutzen kann (Kirchweg/Ecke Rostocker Str.).

Neben den Filmmatineen stellt der „Freundeskreis" den Rahmen für eine ganze Reihe weiterer Veranstaltungen: Vorträge über preußische Militärmusik oder eine Vorstellung des durch die „Nationalzeitung" propagierten faschistischen Kabaretts „Die Zeitberichter". Die Werbung des „Freundeskreises" für die Rede von Carl Damm am 5.2.77 ist dabei kein Zufall: Der „Freundeskreis" wird offensichtlich von CDU-nahen Hilfstruppen als natürlicher Verbündeter angesehen. So konnte die „Aktion Funk und Fernsehen" im Wahlkampf '76 die Adressenkartei dieses „Freundeskreises" benutzen, um für eine Löwenthal-Veranstaltung (Thema: „Freiheit oder Sozialismus") einzuladen.

Auf der Veranstaltung am 5.2. durfte auch die NPD nicht fehlen, die ungehindert verteilen konnte. Der „Freundeskreis" selbst war vor allem damit beschäftigt, neue Adressen für seine Kartei zu sammeln.

Carl Damm dürfte sich in diesem Kreis sauwohl gefühlt haben – ist er doch schon bei früheren Gelegenheiten als strammer CDU-Rechtsaußen aufgetreten. So nach dem Überfall auf Entebbe: *„Die wirtschaftliche ‚Austrocknung' der Finanziers des internationalen Terrors muß ergänzt werden dadurch, daß wir uns in die Lage versetzen, ähnlich handeln zu können wie die Israelis. Wir brauchen Anti-Terror-Einheiten. Das beste wäre, die NATO würde einsatzbereite Spezialeinheiten ihrer Mitgliedsländer je nach der Lage zusammenfassen und einem einheitlichen Kommando unterstellen. Die Bundesregierung sollte unverzüglich eine entsprechende Bundeswehreinheit aufstellen..."* („Harburger Anzeigen und Nachrichten", 4.8.76).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
nach einem Bericht von KB-Sympathisanten

Braune „Gesellschaft für Wehrkunde" aus Bundesmitteln gefördert

In AK 98 berichteten wir über zwei Veranstaltungen der „Gesellschaft für Wehrkunde" (GFW). In Münster sollte der berüchtigte Söldnerführer und Kriegsverbrecher Steiner über „Formen des Guerillakrieges" sprechen. Die Veranstaltung wurde abgesagt, nachdem die antifaschistische Wochenzeitung „die tat" (DKP-nah) dies enthüllt hatte. In Nürnberg hatten Bullen 250 Antifaschisten auseinandergeprügelt, die eine Propagandaveranstaltung der GfW für das südafrikanische Rassistenregime verhindern wollten.

In Nürnberg sind nun für den 22. März und den 17. April weitere Veranstaltungen der GfW geplant, in der übrigens u.a. F.J. StrauSS Mitglied ist.

Diese Ereignisse führten dazu, daß der als „links" geltende SPD-Abgeordnete Gansel eine Anfrage im Bundestag einbrachte. Die Antwort von Staatssekretär Bölling geben wir unwesentlich gekürzt wieder:

„Die Gesellschaft für Wehrkunde e.V. wurde seit 1953 ... institutionell gefördert ... Die Zuwendung betrug 1976 284.000 DM; für 1977 sind 282.000 DM veranschlagt. Die Zuwendungen werden der Gesellschaft gewährt für die verteidigungs- und sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der ca. 100 Sektionen, die in Form von Vorträgen, Seminaren und Truppenbesuchen durchgeführt wird. Die Aktivitäten sind auf Verlangen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in den letzten Jahren verstärkt auf Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich ausgerichtet worden. Im 1. Halbjahr 1976 fanden 628 Veranstaltungen mit ca. 29.483 Teilnehmern statt" (Protokolle des Bundestages, 10.2.77).
Pfui Spinne!

Antfa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Alt-Nazi Rosenbaum:

Meinungsfreiheit für die „Bild"-Zeitung – aber nicht für den ARBEITERKAMPF?

In den letzten Monaten berichteten wir wiederholt über den SS-Massenmörder Wilhelm Rosenbaum und über seine Angriffe auf die Meinungsfreiheit (AK 88, 92, 94, 96). Wir haben berichtet, was nach Rosenbaums Haftentlassung (Mitte Dez. '76) fast die ganze bürgerliche Presse berichtete – nur brachten wir es schon Anfang September. Der AK war daraufhin in einem Eilverfahren verurteilt worden, nicht mehr zu behaupten, Rosenbaum würde im Knast laufend durch Haftunterbrechungen begünstigt. Wir hatten dagegen mit der Begründung, daß diese Behauptung nach der Entlassung breit publiziert und belegt worden war, beantragt, die Einstweilige Anordnung zurückzunehmen!

Doch das Landgericht „erkannte für Recht", es hätten sich „keine veränderten Umstände ... ergeben". Es sei „zwar in großem Umfange kritisch über die ... im Gnadenwege gewährte Haftunterbrechung berichtet worden", aber schließlich habe das Gericht ja „keinen Einfluß darauf, gegen welche Veröffentlichungen der Antragsteller sich wendet". (Gegen Springer hat Rosenbaum nichts unternommen.)

Gegen dieses offensichtliche Gesinnungsurteil, mit dem sich das Gericht zum Instrument der Alt-Nazis macht, gilt es weiter juristisch und vor allem propagandistisch vorzugehen:
Wie schrieb die „Bild-Zeitung" am 22.11.76: „Drei andere Häftlinge meinten: ‚Offensichtlich sitzen heute noch Gesinnungsgenossen in staatlichen Ämtern ...' ".

Der AK zitierte dies bereits am 6.9.76 in der beanstandeten Nummer, und im Gegensatz zur „Bild" b e k ä m p f e n wir das!

IKAH, Hamburg

Prozesse um die Roeder-Bande

Thies Christophersen, Herausgeber der faschistischen „Bauernschaft" wurde am 2.2.77 vom Flensburger Landgericht freigesprochen. Angeklagt war er wegen Verbreitung von NS-Propagandamitteln. Es ging um die in seinem „Kritik"-Verlag veröffentlichte Broschüre „Ist Rassenbewußtsein verwerflich?" (Verfasser G.A. Amaudruz, schweizerischer Ex-SS-Mann und Chef der neofaschistischen Internationale „Europäische Neuordnung", ENO).

Außerdem ging es um die „Bauernschaft" 3/75. Darin werden *„alle, die sich noch zum Deutschen Reich bekennen"* (S. 23), zu einem Treffen gerufen, wird die Forderung der ENO *„nach der Ausweisung der Fremdrassen in ihre angestammte Heimat* (betont) , *denn die Vermischung zerstört die Eigenschaften der Rassen"* (S. 17). Und: *„Ich glaube, die Zeit von 1933 bis 1945 war demokratischer als die Zeit nach 1945"* (S. 27). *„Das Gericht meinte indessen ... , insgesamt fehle den beschlagnahmten Schriften eine aggressive, kämpferische Tendenz gegen die freiheitliche Grundordnung"*
aggressive, kämpferische Tendenz gegen die freiheitliche Grundordnung"
(„Flensborg Avis", 3.2.77) und sprach Christophersen frei! Damit blieben die Richter sogar hinter dem Antrag des Nazis zurück, der am Anfang des Verfahrens *„eine Einstellung des Verfahrens gegen eine Buße von 2.000 Mark (wünschte)"* („Flensborg Avis", 20.1.77)!

Übrigens: Christophersens Verteidiger war der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, Mitglied des „CSU-Freundeskreis", Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats" der faschistischen „Gesellschaft für Anthropologie" u.a.m.

•

„Der Bundesgerichtshof hat die Urteile gegen Wolf-Dieter Eckart (Herausgeber des „NS-Pressedienstes", hat Kontakte zur „Faschistischen Front" und zu Christophersen – AK-Red.) ... *aufgehoben. Wolf-Dieter E. war vom Landgericht Hamburg wegen Verbreitung von Kennzeichen ehemaliger national-sozialistischer Organisationen und Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von acht Monaten verurteilt"* (aus „Bauernschaft" 4/76).

•

Am 14.1.77 fand gegen Christophersen ein Prozeß vor dem Landgericht Darmstadt statt. Er hatte sich wegen Prügeleien gegen Antifaschisten nach einem Prozeß gegen Roeder zu verantworten. Urteil ist unbekannt.

•

„Manfred Roeder bekam Berufsverbot. Er darf sich nun nicht mehr Rechtsanwalt nennen" („Bauernschaft" 3/76). Roeder schrieb in seinem 43. „Brief"/Januar 77: *„Ganz zufällig kam auch am 3. Januar als Neujahrsgeschenk der Beschluß des Ehrengerichtshofes für Rechtsanwälte mit der Bestätigung des vorläufigen Berufsverbots, gegen das es keine Rechtsmittel gibt"*.

Die „Frankfurter Rundschau" wußte jedoch am 12.2.77 anderes zu melden:

„ ... Wie die FR am Donnerstag zuverlässig erfuhr, ist der rechtsradikale Anwalt – im Gegensatz zu anderen Meldungen – nach wie vor beim Landgericht Darmstadt zugelassen ... Wie die FR erfuhr, liegen dem Landgericht Marburg und dem Amtsgericht Schwarzenborn inzwischen Anträge Roeders auf Zulassung vor, über die jedoch noch nicht entschieden sei". Hier ist wohl einiges im Unklaren? ...

•

Am 30.11.76 wurde in Christophersens Wohnung bei einer Hausdurchsuchung die in seinem „Kritik"-Verlag veröffentlichte Broschüre „Der größte Verbrecher aller Zeiten" beschlagnahmt. Die Autorin, Grete Wilhelm, Berchtesgaden, *„befaßte sich mit der angeblichen Finanzierung Hitlers durch jüdische Banken. Sie kommt in dieser Schrift zu folgendem Ergebnis: Böse Absichten sollte man nicht Hitler, sondern sei-*
folgendem Ergebnis: Böse Absichten sollte man nicht Hitler, sondern sei-
nen angeblichen Geldgebern anlasten" („Bauernschaft" 4/76). Der Prozeßtermin (wegen Verbreitung von NS-Propagandamitteln) steht noch aus.

•

Manfred Roeder ist nun endgültig vom Westberliner Landgericht zu 2.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Er hatte mit seiner Bande vor drei Jahren in Westberlin zum 80. Geburtstag von Heß eine Hetzkundgebung veranstaltet und anschließend eine polnische Ausstellung über das KZ Auschwitz verwüstet. Später wurden er und sein Kumpan Otmar Ganz zu 2.000 bzw. 1.000 Mark wegen „Verbreitung von Mißtrauen gegen die Alliierten" nicht aber wegen der Verwüstung der Ausstellung verurteilt. Roeders Berufung wurde am 6.1.77 abgelehnt.

•

Angesichts dieser absolut lächerlichen Geld„strafen" oder gar Freisprüchen spricht Roeder von „Justizterror" (43. Brief). Diesen „Justizterror" wollen Roeder und Co. für sich nutzbar machen: *„Aber es sind wichtige Musterprozesse im negativen Sinne, wodurch wir auch den Gutgläubigen beweisen wollen, daß die Bundesrepublik nichts mit einem Rechtsstaat zu tun hat ... Der Justizterror ist sogar zu begrüßen! Denn erst wenn es wirklich unerträglich geworden ist, wird der Deutsche kämpfen"* (43. Brief).

Angesichts dieser „Strategie" meint Christophersen: *„Ich schäme mich, noch immer keine Vorstrafen wegen meiner Gesinnung aufweisen zu können. Mindestens ein halbes Jahr Einzelhaft könnte ich gut gebrauchen, um endlich einmal Ruhe zum Schreiben ... zu haben"* („Bauernschaft" 4/76). Wir meinen: Bei einem halben Jahr sollte es nicht bleiben!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

AAO
– durch „Aktions-Analyse" in die heile Welt?

1973 etwa bescherte Otto Mühl der Welt die „Aktions-Analytische Organisation Bewußter Lebenspraxis" (AAOBLP oder kurz AAO).

Otto Mühl machte zunächst in den 60er Jahren als sogenannter „Aktions-Künstler" von sich reden. Wollte er damals die Welt mit seiner spektakulären Kunst (Pissen, Tiere schlachten, scheißen, Onanieren und Bumsen auf der Bühne) „schockieren", will er sie heute mit Hilfe der „Aktions-Analyse" verändern. Otto Mühl ist der „Kopf" (??) dieser neuen Bewegung, seine Autorität in der Organisation ist unumstritten. Er selbst bezeichnet sich als **„Häuptling, Guru, Kaiser, Schamane, Diktator, Medizinmann"** (AA-Nachrichten).

Vor einigen Monaten noch kannte kaum jemand die AAO. Seit einiger Zeit aber tauchen AA-Leute häufiger auf. Sie sind nicht zu übersehen mit ihren AA-Stoppelhaaren (Lange Haare lehnen sie ab, als „Charakterpanzer").

Einige exponierte AA-Menschen reisen z.Zt. durch die Städte der BRD, um überall AA-Theater vorzu-



AA-Gründer Otto Mühl



AA-Gründer Otto Mühl

führen, neue Gruppen aufzubauen, neuen Gruppen bei „Anfangsschwierigkeiten" (?) zu helfen.

AA-Gruppen gibt es bereits in Wien, Westberlin, Kiel, München, Hamburg, Bremen, Genf, Köln, Dortmund, Essen, Hannover, Frankfurt und Oslo. Das Zentrum der AAO's ist der Friedrichshof in Österreich.

Was wollen diese Leute?

Eine neue freie Welt, ohne Haß und Kriege, ohne Aggressionen, alle Menschen sollen gleich sein. Behaupten sie! Und das soll keine Zukunftsvision sein, die AA-Leute praktizieren dieses schöne Leben bereits:

„Wir haben alles verwirklicht, wovon jeder Mensch träumt... wir haben noch niemanden getroffen mit einer Lebenspraxis die wir leben, es scheint, wir sind die Besten" (aus AA-Nachrichten Nr. 6).

Ja, sie sind die Besten! Und deshalb bepöbeln sie alles, was nicht auf AA-Linie schwimmt. Ihr größter Feind ist der „Kleinfamilienmensch". Er tyrannisiert seine Kinder und erzeugt dadurch Aggressionen und Haß. (Ist ja auch ganz einfach!). Der „Kleinfamilienmensch" wird für alles als Schuldiger erklärt, z.B. ist er schuld an fantasielosen Kinderspielplätzen, am Schulsystem, das die Kinder zum Klassendenken erzieht, an Kriegen, am Faschismus (dazu später). Nicht das kapitalistische System ist verantwortlich für Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg und Elend, nein schuld ist einzig und allein der „Kleinfamilienmensch". Deshalb muß laut AAO das Bewußtsein der Menschen verändert werden, es müssen neue Menschen geschaffen werden, „positive" Menschen!

... und wie machen sie das?

Erstmal ist es notwendig, der „Kleinfamiliengesellschaft" ade zu sagen und die Menschen in AA-Kommunen zusammenzufassen. Hier gibt es *„sechs Prinzipien eines menschenwürdigen Zusammenlebens: 1. Selbstdarstellung, 2. freie Sexualität, 3. Gemeinschaftseigentum, 4.gemeinsame Arbeit und Produktion, 5. gemeinsames Kinderaufwachsen, 6. direkte Demokratie"* (AA-Nachrichten).

Durch die „Selbstdarstellungen" (SD) sollen die AA-Mitglieder all die schlechten Eigenschaften, die sie durch die „Kleinfamiliengesellschaft" in sich haben, ausmerzen. Eine SD ist erfolgreich, wenn der betreffende AA-Mensch ein Geburtserlebnis hat, seinen ganzen Haß gegen die Mutter und seine Mitmenschen auskotzen kann (im wahrsten Sinne des Wortes) und dann praktisch als Neugeborener neu anfangen kann. Wenn er gegen etwas Aggressionen entwickelt, muß er schnell wieder eine SD machen. Ein „positiver" Mensch (posi) ist jemand, der durch diese Gehirnwäschen konform geht mit der Ideologie der AAO, ein „negativer" (nego) ist jemand, der immer noch Aggressionen entwickelt, der gilt als „krank"!

Ähnlich verhält es sich mit der sogenannten „freien Sexualität", die auf den ersten Blick für viele recht verlockend erscheint, und die Begründung dafür – in der Kleinfamiliengesellschaft wird die Sexualität unterdrückt, was zweifellos richtig ist – leuchtet ein. Aber auch hier gilt jemand, der eine Bums-Aufforderung nicht annimmt, als „krank" und hat durch SDs diese Krankheit zu überwinden. Es besteht keine freie Sexualität, sondern sexueller Zwang. Die Krönung ist der „Fickplan", der für die Woche aufgestellt wird, damit sich keine Zweierbeziehungen bilden. Homosexuelle sind ohnehin krank, sie können aber in der AAO zu „posis" werden!

An Geld mangelt's der AAO nicht. Jeder, der Mitglied werden will, muß sein Privatvermögen in die Organisation stecken, mindestens aber 5.000 DM. Beim Austritt bekommt er keinen Pfennig davon wieder! Die Bücher der AA-Mitglieder z.B. werden in Unis oder AA-Läden verkauft. Ein lukratives Geschäft sind auch die „SD-Kurse" für (noch) Nicht-Mitglieder. Das AA-Zentrum Friedrichshof bietet diese „Kurse" zu Wucherpreisen von 210,- DM bis 2.400,- DM an. Rundherum ein lohnendes Geschäft für Otto Mühl und seine Anhänger!

AAO zum Faschismus ...

Die AAO hat in ihrem Heft „Fa-

Rundherum ein lohnendes Geschäft für Otto Mühl und seine Anhänger!

AAO zum Faschismus ...

Die AAO hat in ihrem Heft „Faschismus und Kleinfamilie" eine sehr merkwürdige Interpretation des Faschismus entwickelt. Da *„gerade die AAO ... in ihrer Organisationsform und Lebensform antifaschistisch (ist)"* muß natürlich alles andere faschistisch sein: *„Faschistisch ist letztlich jede Zweierbeziehung"*. *„Der Faschismus ist identisch mit der Schädigung des Kleinfamilienmenschen. Faschistisch ist seine Homosexualität"*. *„Der Faschismus des Kleinfamilienmenschen besteht in seiner deformierten Sexualität"*.

Und weiter: *„In der westlichen Welt ist Angst vor einem Neo-Faschismus im militärischen Sinne unbegründet"*, denn *„der alte Faschismus hat geschichtlich ausgespielt. Seine Anziehungskraft ist verloren gegangen, weil niemand mehr auf diese Maskerade hineinfallen würde. Ein Hitler heute ist lächerlich, ein Goebbels ebenso"*. (alle Zitate von Otto Mühl).

Hier scheint Mühl wohl bei den Trotzkisten abgeschrieben zu haben?!...

AA-„Wehrkonzept"

Auch wenn die AAO zeitweilig vom Sozialismus spricht, von der Gleichheit aller Menschen usw., beim näheren Hinsehen springt die wahre Gesinnung hervor. Deutlich sagt's Otto Mühl dann auch in seinem Beitrag zum „Wehrkonzept". Viele kapitalistische Staaten müssen zwar als *„schwer erkrankte, gefährliche Patienten"* gesehen werden, aber dennoch bekennt sich die AAO, *„restlos zur westlichen Demokratie und ihrer militärischen Verteidigung, ohne daran zu zweifeln, daß sie in fast allen Dingen noch verbesserungswürdig ist"*.

„Das heutige politische Weltkonzept wird von ausschließlich kranken Nationen bestritten ...Es fehlt eine echte gesunde Führungsnation". *„Für diese Aufgabe wäre ein gemeinsames Europa, zusammengeschlossen mit allen kleinen Staaten in Afrika und Asien, als dritte Weltordnung, schon durch seine historische Entwicklung berufen"*. (Alle Zitate aus „Das AA-Modell"). Da schmunzelt der Vaterlandsverteidiger!

... und zur Frauenfrage?

In der AAO gibt es eine spezielle Organisation der Frauen, die sich „Frauenforderung" (FF) nennt. Sie wurde gegründet, weil es eine „spezielle Frauenschädigung" gibt. Die Unterdrückung der Frauen wird in der AAO aber extrem fortgesetzt. Allein der sexuelle Leistungszwang richtet sich mit Sicherheit besonders gegen die Frauen, zumal den Frauen in erster Linie ihre „biologische Rolle als Mutter" zugeschrieben wird. Frauen, die sich in der „Kleinfamiliengesellschaft" z.B. in der Frauenbewegung organisieren, versuchen *„ihre Arbeitskraft (!) innerhalb der Familie, ihre Sexualität zu verweigern und sich ihrer biologischen Rolle zu entziehen"*!

So darf z.B. auch der Kampf der Frauen nicht „abgelenkt" werden auf den Mann, sondern *„die Frau muß ihn gegen sich selbst führen. Sie muß sich aus dem Weibchen in einen Menschen zurückverwandeln."*

Jede Frau ist also selbst schuld an ihrer Misere, muß gegen sich selbst kämpfen und wenn sie es nicht schafft, nicht zurecht kommt, ist das ihr eigenes Versagen! Der Kapitalismus, als Ursache jeglicher Unterdrückung, wird total ausgespart und verschont!

Eine Konsequenz aus dieser extremen Frauenfeindlichkeit zogen die Frauen des Kieler Frauenzentrums: Sie schlossen die AA-Frauen aus und begründeten diesen Schritt in einem Offenen Brief.

„Eine Gesellschaftsveränderung und die Aufhebung von Unterdrückung und Ausbeutung ist nicht zu erreichen im Rückzug in sektiererische Gruppen mit einer neuen Heilslehre" (aus dem Offenen Brief des Kieler FZ).

Wer geht zur AAO?

Die AAO rekrutiert einen (nicht unbeachtlichen) Teil ihrer Mitglieder aus der linken Szene. Ausgeflippte und kaputte Leute sind offensichtlich ansprechbar. Die individuelle Kaputtheit ist ja auch der Hebel für die AA-Ideologie. Sie setzt an bei Erscheinungsformen, die durch den Kapitalismus erzeugt werden, um sie auf die Ebene der individuellen, durch die „Kleinfamilie" erzeugten Probleme herunterzuziehen. Nicht der Kampf gegen den Kapitalismus, sondern der Kampf gegen sich selbst wird propagiert. So werden Menschen gefügig gemacht.

Ausgeflippte und Resignierte sind sehr schwer für einen Kampf gegen die Ursachen ihrer Unterdrückung zu gewinnen, wühlen stattdessen häufig in ihrer Psyche herum, zweifeln an sich persönlich. Die AA-Leute haben es relativ leicht, für ihre „neue Lebensform" solche Menschen zu begeistern.

Die AA-Sekte operiert ähnlich wie andere sattsam bekannte Sekten (Hare Krishna, Jesus People).

Besonders gute Voraussetzungen finden solche Sekten immer dann, wenn die politische Situation sich verschärft, durch verschärfte Repression Resignation erzeugt wird. Diese Erfahrung wurde schon nach der Studentenbewegung gemacht, als die Hippie-Bewegung und die Jesusbewegung begannen.

Wir sollten die AA-Leute deshalb nicht nur als komische Spinner abtun und belächeln, sondern aufklären über ihre Ideologie und sie schon im Ansatz bekämpfen.

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

„Selbstdarstellung"

OTTO MÜHL

Die AAO macht keine Fehler, sie ist ein Fehler!

Die AAO macht keine Fehler, sie ist ein Fehler!

Vor über 1.000 Leuten wollte die AAO (Aktions-Analytische Organisation bewußter Lebenspraxis) am 31.1.77 in Westberlin ihr Selbstdarstellungstheater abziehen.

Ein Großteil der Leute folgte einem Aufruf der Frauenaktionseinheit, die Flugblätter und Artikel in Spontizeitungen veröffentlichte und mit Wandzeitungen die Besucher empfing. Den meisten war klar, daß man für sowas nicht noch 3,– DM Eintritt zahlen kann und man beschloß, kostenlos reinzugehen.

Anfangs hatte die AAO einen schweren Stand, die Stimmung war groß, Pfeifen und sonstiger Krach begleiteten Sätze wie: „Ich war auch mal ein Linker, ich hab gesehen, wie verklemmt ich bin; seit ich in der AAO bin, hab ich das hinter mir." Von Anfang an gingen sie auf Fragen nach ihrem reaktionären „Wehrkonzept", nach der Bezeichnung „Verbrecher" für Baader und Ulrike Meinhof und nach der Situation der Mütter in der AAO nicht ein.

Den vorläufigen Höhepunkt bildete ein AA-Obermacker, der sich auf den Tisch stellte und losbrüllte: „Ja, wir brauchen eine gesunde Führungsnation, ihr braucht alle einen Führer!". Noch bevor man richtig einschreiten konnte, stieg eine AA-Frau auf den Tisch, begann sich in den Hüften zu drehen und machte Anstalten, sich auszuziehen. Auf die Parole des „Lesbischen Zentrums" hin: „Der Fickplan, der ist abgeschafft, Otto Mühl ist abgeschlafft", meinte die Frau: „Otto vielleicht, aber ich habe mir so viele junge Männer herangezogen, daß ich den Otto gar nicht brauch". Weiter gings: Endlich habe sie genug von den „Schwulitäten" (sie war früher mal lesbisch), endlich konnten die Männer bei ihr einen hoch kriegen. Sie schaffte es dadurch, die Lage total zu chaotisieren. Rufe wie „Hose runter" und „weiter so" wurden laut. Ein Typ demonstrierte dem johlenden Publikum dann auch sein männliches Statussymbol.

Die Reaktion der Zuschauer war dann sehr zwiespältig: Viele, die anfangs noch Kritik hatten und der AAO inhaltliche Fragen stellen wollten, betrachteten das Ganze nun offenbar als eine Mordsgaudi.

„Warum sollte man sich sowas nicht mal angucken?". Auf unsere Zwischenfragen und auf die Aufforderungen, Stellung zu nehmen, wurde immer häufiger Protest laut. Die Lage spitzte sich dann zu: ein Italiener, der in Italien gerade eine AAO aufbaut, kam aufs Podium und erzählte, nein brüllte in bester Göbbelsmanier etwas von: „wir müssen uns endlich vom Joch des Kommunismus befreien, die Kommunisten waren schon immer diejenigen, die die Menschen am meisten unterdrückt haben". Er gipfelte damit, daß er auf den Tisch stieg und die Hand zum „Hitlergruß" ausstreckte, bis ihn ein kräftiger Tritt in den Arsch einige Meter weit nach unten beförderte. – Großes Tohuwabohu, Rufe wie „Mussolini – Mussolini" kreuzten sich mit „ihr Kommunisten seid doch die Faschisten, Kommunisten raus". Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als einer der AA-Provos hinten auf der Bühne von einem, der mal früher mit ihm zusammengewohnt hatte, einen Stuhl auf den Kopf kriegte. Viele Leute waren nun total verhetzt und der ganze antikommunistische Sud ergoß sich über uns.

Eine Frau ging dann auf die Bühne und berichtete von zwei Frauen, die ein halbes Jahr in die Nervenklinik mußten, weil sie von der AAO so fertig gemacht wurden. (Mit Gewalt wurden ihr die Haare abgeschnitten, sie mußte ständig mit Typen schlafen, die ihr nicht gefielen, und sie durfte nicht mehr zeichnen).



„Selbstdarstellung"

Ein Genosse und eine Genossin hielten danach kurze Reden, wo sie darauf eingingen, daß die AAO an berechtigten Interessen nach alternativen Lebensformen anknüpft, aber daß sie all dies in ihr Gegenteil verkehrt, indem sie lediglich den alten Normen ein neues, genauso repressives Normensystem überstülpt.

Es herrschten dann noch rege Einzeldiskussionen, die meisten der Leute waren eh schon nach Hause gegangen.

Einschätzung

Man hätte die Leute ruhig etwa eine halbe Stunde ihren Scheiß abziehen lassen sollen, die entlarven sich dann selbst. Viele Leute wollten sich einfach sowas mal angucken und reagierten dann unheimlich sauer, weil sie vonAnfang an daran gehindert wurden.

Die AA konnte sich dadurch wunderbar in die Position „Ach wir armen, friedliebenden Herzchen und die bösen gewalttätigen Kommunisten" flüchten.

Man sollte dann das ganze RUHIG abbrechen, indem man auf die Bühne geht und einen Beitrag hält: Wo knüpfen die AAO an, werden sie ihrem Anspruch gerecht (Frauen) welche Tendenzen (Wehrkonzept) .... Man nimmt ruhig und sachlich Stellung, daß sowas kein Weg ist zur Befreiung, weist häufig auf bereits bestehende alternative Projekte hin (Frauenhaus, Kinderhaus) und klärt so, daß wir die AAO nicht brauchen, um uns zu befreien, und daß sie sogar schädlich ist, weil sie einem die Augen verkleistert für das, was wirklich los ist. Vor allem ruhig! Diese Leute verstehen es perfekt, alles zu chaotisieren und den Zorn und die Frustrationen von schwankenden Linken auf „die Kommunisten" zu lenken!

Vielleicht hätte man einen solchen Beitrag versuchen sollen, eine Podiumsdiskussion draus zu machen, mit gut vorbereiteten Frauengruppen, Schwulengruppen, Vertretern von Alternativprojekten, „AA-Ehemaligen" und AA-Leuten?

AG Frauen
KB/ Gruppe Westberlin



Frauen



Mehr Frauen in die Front der AKW-Gegner!

Angesichts der Kämpfe gegen das geplante AKW Brokdorf haben verschiedene Hamburger Frauengruppen begonnen, sich an dieser Bewegung zu beteiligen und einen organisierten Kampf gegen die AKWs aufzunehmen.

- So wurde das Thema Brokdorf in allen Frauengruppen diskutiert.
- So führten verschiedene Frauengruppen Veranstaltungen gegen die AKWs durch.
- So starteten Frauengruppen in Hamburg und Essen die Initiative für einen Frauenblock auf der Demonstration in Brokdorf am 19.2.

In der Tat, Frauen sind von den Kernkraftwerken in besonderer Weise betroffen.

So schrieben die Frauen aus Wyhl in einem ersten Flugblatt: *„Wenn wir Frauen jetzt nicht aktiv werden, ist es bald zu spät! Politik ist nicht mehr nur 'Männersache'. Denn es geht nicht nur um die Existenz der Winzer und Landwirte und um lebensgefährliche Arbeitsplätze: Es geht um die Gesundheit unserer Familien, um die Zukunft unserer Kinder! ... Wir haben gehört und gesehen, wie eine gewissenlose Industrie tausende von Contergan-Kindern verkrüppelt und die Mütter im Stich gelassen hat. Wir wollen keine Bleikrüppel und auch keine Hiroshima-Kinder".*

Frauen tragen heute immer noch die Hauptlast bei der Kindererziehung und sind von daher auch in besonderer Weise betroffen, wenn sie mißgebildete Kinder betreuen müssen, einmal ganz davon abgesehen, daß es natürlich eine größere Belastung für eine Frau ist, ein verkrüp-
sen, einmal ganz davon abgesehen, daß es natürlich eine größere Belastung für eine Frau ist, ein verkrüp-
peltes Kind zur Welt zu bringen. In solchen Situationen werden die Frauen vom Staat regelmäßig allein gelassen, das haben sowohl die Mütter mit Conterganskindern, als auch die Mütter von Seveso erfahren müssen. Deshalb reagierten die Frauen in Wyhl auf eine Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit ihrer Kinder sehr viel sensibler als ihre Männer. Sie bewiesen besonderen Mut und besondere Kampfbereitschaft, denn *„wenn sich die Frauen mal richtig darüber klar werden (was es heißt, ein mißgebildetes Kind zur Welt zu bringen), dann sind sie zu jedem Kampf bereit".* So sagte eine Frau aus Wyhl.



Frauen trugen einen Großteil der Arbeit bei der Besetzung des Bauplatzes in Wyhl

Frauen trugen einen Großteil der Arbeit bei der Besetzung des Bauplatzes in Wyhl

Die Wyhler Frauen nutzten bei der Bauplatzbesetzung, die vom Februar bis November '75 andauerte, ihre besonderen Möglichkeiten als Hausfrauen aus. So hielten sie tagsüber den Platz besetzt, während die Männer nachts die Wache übernahmen. Eine Frau berichtet: *„Es war in unserer Familie von vornherein beschlossene Sache, daß ich zur Platzbesetzung gehen würde, denn mich könnte niemand entlassen, und eine Mutter von fünf Kindern würde man auch nicht so rasch einsperren".*

- Die Frauen waren es auch, die zu Beginn der Besetzung die Baumaschinen daran hinderten die Pappeln auf dem Bauplatz abzuholzen.
- Die Frauen waren es, die für regelmäßige Mahlzeiten der Platzbesetzer sorgten.
- Die Frauen waren es, die durch den Verkauf von Kuchen und Handarbeiten usw. für einen nicht unerheblichen Teil der Spenden sorgten, die für die Bezahlung der Prozeßkosten notwendig waren.
- Die Frauen waren es schließlich, die durch ihre Arbeit unter den Landfrauen für eine erhebliche Verbreiterung der Bewegung sorgten. So umfaßte die Frauenbewegung am Kaiserstuhl fast tausend Frauen.

Das Beispiel Wyhl zeigt, daß wir, indem wir die berechtigte Sorge der Frauen und Mütter um die Gesundheit ihrer Kinder aufgreifen, eine große Chance haben, mehr Frauen für den Kampf gegen AKWs zu gewinnen.

Eine Beteiligung an solchen Kämpfen eröffnet vielen Frauen die Möglichkeit, insgesamt stärker für ihre eigenen Interessen einzutreten. Das beschreibt eine Frau aus Wyhl sehr deutlich: *„Und durch den ganzen Kampf bin ich viel kritischer geworden und interessiere mich für alles. Wenn ich jetzt die Zeitung lese, dann auch Sachen, die mich vorher gar nicht interessiert haben, wo ich gedacht hab', die werden es schon richtig machen, und jetzt les' ich alles durch, und wir reden auch darüber, nicht nur über das KKW, sondern alles, was mit Politik zu tun hat".*

Wir meinen, daß es insbesondere die Aufgabe der Frauengruppen ist, diese Fragen in die AKW-Bewegung einzubringen und Frauen über diese Fragen anzusprechen.

Die Ansätze, die von den Frauen in Hamburg gemacht wurden, sollten fortgesetzt und erweitert werden, denn es gibt noch viel zu tun im Kampf gegen die Atomkraftwerke. Wir Frauen dürfen nicht ruhen, bis die Forderung **„Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo"** erfüllt ist!

In diesem Sinne: Mehr Frauen in die Front der AKW-Gegner!

Eine Hamburger Genossin

Gesundheitsschädigung durch die Pille – alles nur Einbildung?

Noch vor einem Jahr tönte es aus allen Zeitungen: *„Infarkt durch die Pille. Welche Frauen in Gefahr?" „Die Pille macht manche Leiden noch schlimmer". „Mit jeder Pille spüle ich die Liebe fort"* („Bild"). Der „Stern" schrieb (38/75): *„Einfach nicht schwanger werden zu können, erzeugt in ihnen verborgene Schuldkomplexe. Sie kommen sich vor, als wären sie in ihrer Weiblichkeit amputiert".*

Für Ärzte sollten im Jahr '76 folgende Richtlinien gelten: keine Pille mehr an Mädchen unter 15 Jahren. Junge Mädchen sollten sich jedes halbe Jahr untersuchen lassen müssen. Mittlerweile sehen jedoch internationale Gremien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der amerikanischen Arzneimittelbehörde (FDA), wie kürzlich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" meldete, *„keinen Anlaß mehr, die Anwendung oraler Ovulationshemmer zeitlich zu begrenzen".* Diese Empfehlung liegt auch den Pro-Familia-Beratungsstellen vor. Die Schering AG, einer der größten Pharma-Konzerne in der BRD, wies außerdem darauf hin, daß häufiges Absetzen der Pille *„vielfach nicht zu befürworten sei",* weil sich der Organismus stets von neuem der Hormongabe anpassen müsse.

Nun, dieses Rezept der Schering-AG ist gewiß nicht aus der Sorge um die Gesundheit der Frauen zu erklären, sondern einzig und allein aus ihrem Profitinteresse: Denn wie Statistiken beweisen (siehe „Spiegel" 6/77), ist der „Pillenboom" in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Während der Gebrauch der Pille von
6/77), ist der „Pillenboom" in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Während der Gebrauch der Pille von
19% im Jahr 1970 auf 32% 1974 stieg, wuchs er im Jahr '74 nur um ein Prozent an. Frauen zwischen 20 und 39 Jahren nahmen die Pille sogar weniger als früher. Das hat verschiedene Ursachen:

Zum einen die „unangenehmen Nebenwirkungen" der Pille, die Thrombose- und Krebsgefahr durch zu große Mengen Östrogen. Dazu kommt noch das ständige Herumexperimentieren, das die Ärzte mit den Frauen veranstalten, bevor sie endlich die geeignete hormonelle Zusammensetzung gefunden zu haben glauben.

Viele Frauen haben auch einfach die Nase voll davon, sich ewig mit Medikamenten vollstopfen zu müssen und die Lasten der Verhütung immer allein zu tragen. Das insbesondere, weil in den letzten Jahren mehrere Pillensorten urplötzlich wegen ihrer nicht mehr zu verheimlichenden Schädlichkeit aus dem Verkehr gezogen werden mußten. Viele Frauen steigen auf neue, unerprobte Verhütungsmittel wie das Kupfer-T um (allein Schering liefert zur Zeit monatlich 7.000 Stück davon aus), oder greifen auf die alten Mittel wie Präservative, Pessare und spermientötende Zäpfchen zurück, die aber bei weitem unsicherer sind als die Pille. Die Frau hat in dieser Gesellschaft eben nur die Wahl zwischen schädlichen oder unsicheren Verhütungsmitteln – teuer sind sie in jedem Fall.

Angesichts dieser Lage ist es ein Hohn auf die Frauen, wenn der „Spiegel" 6/77 sich krampfhaft bemüht, alle schädlichen Wirkungen der Pille als Einbildung der *„pillenmüden Frauen"* abzutun. Dabei wird ständig darauf hingewiesen, daß die Schering AG sich bemüht, forscht, empfiehlt usw., so daß die Leserin das Gefühl nicht mehr los wird, der Artikel sei im Auftrag der Schering AG geschrieben. So heißt es: „Und doch zeigte sich immer wieder, daß die Sorge um organische Schädigungen durch die Pille fast stets auf Selbsttäuschung und Fehleinschätzungen beruhte".

Es mag zwar richtig sein, daß bei einer Reihe Frauen die Abneigung gegen die Pille nicht zuletzt auf die ständige Panikmache in der bürgerli-
einer Reihe Frauen die Abneigung gegen die Pille nicht zuletzt auf die ständige Panikmache in der bürgerli-
chen Presse zurückzuführen ist. Aber das liegt ganz gewiß nicht an den Frauen selbst. Der „Spiegel" will die Frauen letztlich genauso für dumm verkaufen, wie Pillen-Paul und die Pseudo-Wissenschaftler, die uns Frauen nur als Versuchskaninchen behandeln.

Wir kämpfen stattdessen für unschädliche, einfache und kostenlose Verhütungsmittel und für eine umfassende Sexualaufklärung der Kinder!

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

Frauenfest geplatzt

Oldenburg. Am 5.2.77 sollte im Haus der Jugend ein Frauenfest stattfinden, zu dem zum ersten Mal mehrere Frauengruppen gemeinsam eingeladen hatten: Fraueninitiative, Frauenzentrum, Aktion gegen den § 218, AK-Emanzipation, AStA-Frauengruppe, KB-Frauengruppe. Das Fest sollte allen Frauen die Möglichkeit geben, sich über die verschiedenen Frauengruppen und ihre Aktivitäten an Informationsständen zu informieren und das Gespräch untereinander in gemütlicher Atmosphäre (Theaterstücke, Tanz, Musik etc.) zu ermöglichen.

Als wir bereits Flugblätter verteilt und Plakate geklebt hatten und uns drei Tage vor dem Fest die Räume im Haus der Jugend ansehen wollten, erfuhren wir: Die Stadt hatte auf einer Dezernentenkonferenz die Bereitstellung des Haus der Jugend abgelehnt! Zuerst hieß es, die Frauen des KB müßten als Veranstalter verschwinden, die Stadt fördere ja schließlich keine Kommunisten, außerdem wisse man ja auch nicht, wer sich wohl hinter anderen Namen wie z.B. Aktion 218 „verstecke".

Einen Tag später wurde erklärt, die Dezernenten hätten sich einzig an einen Beschluß gehalten, der das Haus der Jugend allein für Veranstaltungen für Jugendliche zuließe. Da wir Frauen allerdings n i c h t s e l b s t die Verhandlungen mit der Stadt geführt hatten, sondern dies eine Vertreterin des AK Emanzipation (u.a. Jusos) übernommen und an „Bekannte" im Stadtjugendring weiterdelegiert hatte, gibt es bis heute keine klaren Aussagen über das Verhalten der Behörden – stattdessen Ungereimtheiten und Unsicherheiten. Dies trug a u c h dazu bei, daß man sich nicht geschlossen zu irgendwelchen Protestmaßnahmen entschließen mochte.

Tatsache bleibt aber, daß die Stadt mit ihrer Entscheidung, das erste gemeinsame öffentliche Auftreten einer größeren Zahl Oldenburger Frauengruppen verhindert hat! Tatsache bleibt auch, egal welcher Dezernent vor versammelter Mannschaft oder in kleinem Kreise gegen kommunistische Frauen und „kommunistische Unterwanderung" gehetzt hat, daß solche Stimmungsmache viele Frauen zur Distanzierung von der KB-Frauengruppe zwingen und politische Unsicherheit und Angst erzeugen soll. Wir müssen diese A n m a ß u n g der Stadt, darüber zu entscheiden, mit wem wir Frauen zusammenzuarbeiten hätten, energisch zurückweisen! Und das beginnt damit, sich nicht spalten zu lassen.

Frauengruppe
KB/Gruppe Oldenburg

„Seife aus Ungeborenen"

Abt Vitalis Maier, Vorsteher des 1.200 Jahre alten Benediktinerklosters Ottobeuren, phantasierte kürzlich vor etwa 350 Bäuerinnen des Landkreises Unterallgäu, aus abgetriebenen Föten werde Schönheitscreme hergestellt (alle Informationen aus „FR" vom 9.2.77). Das geschah im Rahmen eines Referats zum Thema *„Die Familie – Keimzelle des Dorfes".* Der Abt hetzte, durch die Abtreibungs„reform" seien wir alle *„nicht mehr Menschen, sondern mehr Unmenschen geworden."*

Dahinter steckt die katholische Presse

Dieser Mist war nicht auf dem eigenen des Abt Maier gewachsen: Daß Seife aus Ungeborenen hergestellt würde, hatte nämlich bereits das rechtsradikale Kirchenblatt „Neue Bildpost" behauptet – und zwar mitten im Bundestagswahlkampf am 5. September '76. Unter Berufung auf eine Veröffentlichung zweier englischer Journalisten schrieb das Blatt (geschätzte Leserzahl eine Million, in allen katholischen Kirchen erhältlich) im Hinblick auf die Seifen- und Kosmetikindustrie: *„Sie haben ihre Lektion bei Herrn Hitler trefflich gelernt; der ließ aus 'lebensunwertem Leben' Seife machen. Heute macht man sie – in England, aber sicher nicht nur dort – bereits aus gemordeten Ungeborenen!"* Und im Nazi-Stil heißt es weiter: ***„Dieses Europa macht sich seelisch und biologisch reif für den Untergang".*** Chefredakteur Martin Riedlinger druckte nach diesen Hetztiraden Auszüge aus dem englischen Buch „babies for burning" („Babys zum Verbrennen") ab, das zwei Jahre zuvor in einem Londoner Verlag erschienen war.

Nachdem Ende '74 in England dieses Buch erschienen war, in dem behauptet wurde, daß aus abgetriebenen Föten Schönheitscreme und Seife hergestellt würde, schlug die Diskussion dort solche Wellen, daß sich sogar eine Kommission des Unterhauses mit den Umtrieben der Journalisten Michael Litchfield und Susan Kentish beschäftigte.

Die „Sunday Times" spürte den Arzt auf, auf dessen angebliche Aussagen sich Litchfield und Kentish, deren Beweismaterial wie Tonbänder usw. plötzlich angeblich verschwunden war, bezogen. Der Arzt, ein alter tauber Mann, stritt sämtliche ihm unterstellten Behauptungen energisch ab. Die beiden Lumpenjournalisten hatten behauptet, er sei ein hitlerfreundlicher Mann und habe gesagt,

Fortsetzung auf Seite 25

Fortsetzung von Seite 24







der Nazi-Diktator habe „einige sehr progressive Ideen und Philosophien gehabt". In Wirklichkeit ist dieser Arzt ein Jude, der seine Frau und seinen Sohn in Auschwitz verlor und selbst in Dachau eingekerkert war!

Industrieverband: „Vorwürfe lächerlich — schon aus technischen Gründen!"

Die Stellungnahme des Industrieverbandes Körperpflege und Waschmittel (IKW) steht den ungeheuren Behauptungen der englischen Journalisten und der katholischen Presse an Zynismus kaum nach: Wer sich nur ein wenig im Verfahren der Branche auskenne, der wisse ohnehin „wie lächerlich diese Vorwürfe allein aus technischen Gründen sind". Da es sich hierbei aber vor allem um moralische Beschuldigungen handelt, sieht der IKW es als „besonders verantwortungslos an, die ideologische Auseinandersetzung über das Thema 'Abtreibungen' auf dem Rücken einer Industrie auszutragen, die damit nichts zu tun hat". Babymord und Kosmetikindustrie in einem Atemzug, das ist aber auch wirklich zu ekelhaft! Nach dem mögen sich womöglich Frauen, die auf solche Hetze reinfallen, keine Schönheitscreme mehr kaufen und der Profit dieser Herren wäre in Gefahr. Das ist ihre einzige Sorge, kein Wort über die Millionen Frauen, die hier als Mörderinnen verketzert werden!

„Aktion Lebensrecht" — Brauner Sud für Abtreibungsverbot

Oberlehrer Josef Krämer aus Krumbach, Vertreter der „Aktion Lebensrecht", Kumpan des vitalen Abt Maier, will jetzt „Beweismaterial" für die Behauptungen in „babies for burning" bringen. Ganz offen erzählt er, ein amerikanischer Abtreibungsgegner habe ihm sogar einmal ins Schwabenland *„mehrere tote Kinder mitgebracht — in Salzwasser, daß sie sich nicht zersetzen. Da haben wir dann Fotos von gemacht für die Kirchenblätter und Vorträge gehalten"*. Und solche perversen Zyniker maßen sich an, über das Leben von Millionen Frauen zu richten?!

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

DKP-Frauenpolitik kontra Fraueninteressen

Am 8.2.77 hatten die DKP und die „Demokratische Fraueninitiative" in Bochum zu einer Veranstaltung eingeladen. Motto: „Frau gegen Mann? — Lösung oder Weg in die Sackgasse?". Rednerinnen waren M. Konze und Frau Hervé. Anwesend waren mehrheitlich MSB-Mitglieder und -Sympathisanten und -Sympathisantinnen. M. Konze hielt das erste Referat. Darin beklagte sie sich völlig zu recht über die beschissene Situation der Frauen und Männer in den Betrieben, besonders die Leichtlohngruppen wurden dabei hervorgehoben. Über die Aktivitäten der DKP wurde geflissentlich nicht gesprochen.

Frau Hervé erklärte noch die Entstehung der „Demokratischen Fraueninitiative", als eine „Unterstützungsaktion für die Forderungen der UNO im Jahr der Frau". Über die konkrete Arbeit der Initiative vermochte sie nicht viel zu sagen. Aber sie verwies lobend auf die Arbeit der DKP in den Gewerkschaften und ihren Frauenausschüssen.

Anfragen zum § 218 konnten die beiden Frauen nur mit ihren Taten aus der Vergangenheit entgegnen. Sie hätten schließlich früher mal für die Fristenlösung gekämpft, und dieses Jahr würden sie „ganz viel" am 8. März tun! Für die langjährige Arbeit der Frauengruppen gegen den § 218 hatten die beiden Damen nur ein müdes Lächeln übrig. „Die feministischen Gruppen können doch keinen Ausweg aufzeigen, sie kämpfen ja gegen ihre besten Verbündeten, die Kollegen im Betrieb! Die feministischen Standpunkte dienen oft den Herrschenden. Ich mache ihnen aber keinen Vorwurf daraus" (Originalton M. Konze).

Eine Frau fragte: „Ja, also wenn die DKP nichts zur Durchsetzung der Fristenlösung macht, habe ich eine Frage: Ich vertrage die Pille nicht. Welche konkrete Hilfe kann ich denn von Ihrer Partei erwarten, welches Verhütungsmittel würden Sie mir dann empfehlen?". Ungestüme Heiterkeit bei allen MSB-lern und den Frauen auf dem Podium: „Äpfel essen, Äpfel essen!". Auf die empörten Zwischenrufe einiger Frauen sagte dann M. Konze: „Ich weiß nicht, wieso ihr euch so aufregt. Die Frauengruppen empfehlen doch in solchen Fällen Tees und Honig!". Danach waren alle anwesenden DKP-ler und MSB-ler völlig aus dem Häuschen, und die Frauen auf dem Podium lagen fast unter dem Tisch über ihre gelungene Antwort.

Nachdem die letzten Lachstürme verebbt waren, gab es schon wieder einen neuen Grund zur „Heiterkeit": Die Vertreterinnen der DKP wurden aufgefordert, eine Stellungnahme zu den Pin-Up Fotos in der „UZ", „Elan" und anderen DKP-Publikationen abzugeben. Diesmal wollte unbedingt ein MSB-ler antworten: „Habt ihr denn noch nie was von Strategie gehört? Wie wollt ihr denn zum Beispiel 'Bravo'-Leser für eine fortschrittliche Zeitung gewinnen?". Jeder weitere Einwand und Nachfragen der Frauen ging bei der „aufgedrehten Stimmung" der MSB-ler einfach unter.

Frauen für die DKP? Keine Lösung — aber ein Weg in die Sackgasse!

Frauengruppe
KB/Gruppe Bochum



Kinder

DDR-Kinderlexikon darf nicht ausgeliehen werden

Lübeck: Die CDU hat „mit Erstaunen und Empörung" zur Kenntnis genommen, daß in der Kinder- und Jugendabteilung der Öffentlichen Bücherei in Lübeck das Buch **„Von Anton bis Zylinder—ein Lexikon für Kinder"** öffentlich auslag und daß unbescholtene Jugendliche sich dieses dann auch noch ausleihen durften! CDU-Böhme sprach davon, das Nachschlagewerk könne ein Kind „verhängnisvoll chaotisch bestimmen" und Kinder seien so leicht verletzlich. „Gerade in dieser Lebensphase werden die Weichen für das Leben gestellt." Geradezu verwerflich sei es, daß Ernst Thälmann als Vorbild dargestellt wird. CDU-Harries: „Wir wollen unsere Kinder durch solche Machwerke nicht verführen lassen".

Es dürfte sich erübrigen zu sagen, daß die CDU in diesem antikommunistisch aufgeputschten Klima ihre Stimmenmehrheit hinter einen Antrag brachte, das Buch sofort aus der Bücherei zu entfernen.

Es geht schon wieder los mit öffentlichen Bücherverbrennungen. Die CDU macht sich zum Wortführer. (nach „LN", 29.1.77)

Metallgenosse
KB/Gruppe Lübeck

Schulkampf von rechts

Am Beispiel Nordrhein-Westfalen

„Wir wollen keine Bildungskolchosen!" — Unter solchen und ähnlichen Parolen protestierte in den letzten Wochen eine breite Front aus CDU, reaktionären Eltern- und Lehrerverbänden gegen ein „Reformprojekt" der nordrhein-westfälischen SPD/FDP-Regierung, die „Kooperative Schule". Ihren Höhepunkt fand diese rechte Massenmobilisierung gegen „sozialistische Einheitsschulen" am 9.2. mit einer Großkundgebung in Essen, an der 15.000 Rechte teilnahmen.

Die Stimmung dieses reaktionären Haufens gibt anschaulich ein Flugblatt der CDU wieder, in dem es heißt: *„Unsere Kinder dürfen keine Versuchskaninchen für sozialistische Experimente werden. Eltern müssen auch morgen noch ihre Kinder lieben dürfen. Wir geben sie nicht in die Fremdbestimmung"* („FR", 14.2.77).

Solche reaktionären Eltern- und Lehrerproteste, genährt von der CDU, sind nicht neu. Erinnert sei an die Bewegung gegen Gesamtschulpläne und Rahmenrichtlinien in Hessen, die nicht unwesentlich zu den großen Stimmengewinnen der Dregger-CDU beitrug. Anfang 1976 sah sich der Bremer Senat ebenfalls einer solchen Bewegung ausgesetzt. In Hamburg ist es vor allem der „Hamburger Elternbund e.V.", der den Schulkampf von rechts betreibt. Hier äußert sich die Bewegung noch im kleinen, macht auf Schulebene fortschrittliche Lehrer an, propagiert auf Elternabend verschärften Leistungs- und Zensurendruck oder geht mit Gerichtsurteilen gegen Sexualkundeunterricht vor.

Der Schulkampf von rechts zielt nicht allein auf die zaghaften „Reformen" bzw. „Reformleichen" der SPD/FDP-Regierung in Sachen Gesamtschulen oder Rahmenrichtlinien. Die Bewegung richtet sich allgemeiner gegen die Infragestellung des dreigliedrigen Schulsystems, des barbarischen Leistungs- und Zensurendrucks, der reaktionären Lehrinhalte. Insbesondere während und in den ersten Jahren nach der Schülerbewegung 1968/69 ist diese Infragestellung und Kritik von Seiten fortschrittlicher Schüler, Lehrer und Eltern vorangetrieben worden und hat zumindest einige beschränkte Erfolge gebracht.

Ziel des Schulkampfs von rechts ist die totale Festschreibung des in Elite- und Massenbildung geteilten Schulwesens, von Auslese-, Leistungs- und Zensurenterror, und die Säuberung der Lehrpläne von jedem fortschrittsverdächtigen Inhalt.

Dies soll im folgenden am Beispiel des Schulkampfs von rechts in NRW verdeutlicht werden.

Die „Kooperative Schule"-eigentlich ein Stück Sparpolitik

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Einführung der „Kooperativen Schule" hat die SPD/FDP-Regierung in Nordrhein-Westfalen wohl kaum den Untergang des Gymnasiums, des Leistungsgedankens und des Abendlandes bezweckt, sondern eher weitere Einsparungen für den Landeshaushalt.

In der „Kooperativen Schule" sollen Grund-, Haupt- und Realschule zusammengefaßt werden; die Kinder des 5. und 6. Schuljahres besuchen eine einheitliche Orientierungsstufe, in deren Verlauf festgestellt wird, wer weiterführend gebildet werden und wer auf den Hauptschulabschluß „zumarschieren" soll.

Zum Einsparungseffekt dieser Maßnahme erklärte der NRW-Kultusminister Girgenson: Aufgrund des Geburtenrückganges *„werden wir in wenigen Jahren nicht mehr in der Lage sein, leistungsfähige Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien getrennt voneinander zu unterhalten"*. Die für einen Sparpolitiker naheliegende Konsequenz: Man faßt die drei Schultypen zusammen, *„denn für eine leistungsfähige kooperative Schule benötigen wir nur die Hälfte der Schülerzahlen, die für drei voneinander getrennte Schulformen erforderlich sind"*.

Entsprechend weist Girgenson im Gegensatz zu anderen SPD-Kultusministern, die solche Reformpläne mit Schnacks von „Chancengleichheit" etc. schmückten - jeden Verdacht zurück, hier sei „Ideologie" im Spiel: Das Projekt habe *„keinen ideologischen, sondern einen pragmatischen Hintergrund"* (alle Zitate: „Welt", 9.2.77).

„Dies ist ein echter Volksaufstand" - im Sinne der Reaktion!

Die Front gegen diese Pläne hatte sich schnell gebildet: CDU, die Landeselternschaft der Gymnasien und der Philologenverband, die Standesorganisation der Gymnasiallehrer, unterstützt von Elternvereinen.



Unter närrischen Hetzparolen demonstriert die Reaktion

Fortsetzung von Seite 25

Die Ziele dieser reaktionären Front faßt eine Stellungnahme der „Landeselternschaft der Gymnasien" in NRW zusammen: „.... *ein klar gegliedertes Schulsystem mit überschaubar zielgerichteten Schullaufbahnen (ist) eines der wichtigsten Elemente einer freiheitlichen und pluralistischen Grundordnung*". Darüber hinaus ermögliche das gegliederte Schulsystem „*ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit für den einzelnen wie für die Gesellschaft*." („Welt", 9.2.77). Die "Kooperative Schule" hingegen „*führe .. zur Nivellierung, weil den Kindern keine ihrer unterschiedlichen Begabung gemäßen differenzierten Bildungswege mehr angeboten würde*" („FAZ", 31.1.77). Im Klartext: Kinder sind unterschiedlich begabt (angeboren?), also müssen sie auch unterschiedlich ausgebildet werden, hier zur Elite, dort zur „Masse". Was das heißt, ist ausreichend bekannt: die Kinder der Arbeiterklasse kommen in die Hauptschule, die Kinder der Bourgeoisie und z.T. der Mittelschichten aufs Gymnasium.

Entsprechend ist für die rechten Schulkämpfer nicht nur die Gliederung des Schulsystems Angriffspunkt, sondern auch die Inhalte. Rahmenrichtlinien wie die in Hessen kommen gerade deshalb in Beschuß, weil sie ansatzweise von den Erfahrungen der Arbeiterkinder ausgehen und daher, eben auf Grund der Ausbeutung der Arbeiterklasse, in gewissem Maß „kritisch" sein müssen. Entsprechend kommen Unterrichtsmethoden, die mehr auf Förderung „schwacher Schüler" als auf Leistungsterror aufgebaut sind, unter Beschuß.

Der ganze Schulkampf von rechts lebt mit davon, die „Rechte" der Eltern herauszustellen gegen die „Entmündigung durch den Staat". Demagogisch nimmt diese Bewegung die Tatsache auf, daß in den letzten Jahren verstärkt über die Köpfe der Eltern hinweg Verschlechterungen an den Schulen durchgesetzt worden sind, daß die Eltern kaum etwas mitzubestimmen haben. Das Recht, das die Reaktionäre beanspruchen, ist aber ganz besonderer Art: „.... *zu dieser Gesellschaftsordnung (gehört) ebenso unabdingbar das Recht der Eltern ..., die Schullaufbahn ihres Kindes maßgeblich zu bestimmen*" („Welt", 9.2.76). Gemeint ist dabei sicherlich nicht das Recht von Arbeitereltern, für ihre Kinder eine Schule zu bestimmen, die von ihren Fähigkeiten ausgeht!...

Die Herausforderung von rechts annehmen — den Schulkampf von links führen!

Eine Durchsetzung der rechten Schulkämpfer im Großen (Ende der Gesamtschulversuche, Säuberung von Rahmenrichtlinien etc.) wie im Kleinen (Propaganda für verschärften Hausaufgaben- und Zensurendruck auf Elternabenden) würde die Repression der Kinder, der insbesondere Arbeiterkinder durch die Schule ausgesetzt sind, stark verschärfen. Deshalb geht es darum, die Herausforderung von rechts anzunehmen und den Schulkampf von links zu führen.
pression der Kinder, der insbesondere Arbeiterkinder durch die Schule ausgesetzt sind, stark verschärfen. Deshalb geht es darum, die Herausforderung von rechts anzunehmen und den Schulkampf von links zu führen.

Das heißt unserer Meinung nach:

- Insbesondere unter Eltern und Lehrern muß die inzwischen eingeschlafene Diskussion darüber, wie man weniger Elitebildung, weniger Leistungs- und Zensurendruck, weniger reaktionäre Indoktrination in der Schule durchsetzen kann, wiederaufgenommen werden.

Es ist durchaus nicht aussichtslos, dabei kleine Erfolge zu erringen: Allein die konsequente Durchsetzung z.B. der Hamburger Richtlinien zu Hausaufgaben aus dem Jahre 1973 (damals eine Antwort auf die Diskussion um Sinn oder Unsinn der Hausaufgaben) stellt gegenüber der gegenwärtig vielgeübten Praxis, die Schüler mit Hausaufgaben zu überladen, einen Erfolg dar. Andere Beispiele wären eine konsequente Ausnutzung von Richtlinien zur Sexualkunde, Zensurengebung etc. Auch liegt es in begrenztem Maße natürlich nach wie vor bei Lehrern, wie sie mit bestimmten „Disziplinierungsinstrumenten" wie Zensuren umgehen.

- Der Kampf gegen die reaktionären Schul„reformatoren" muß verstanden werden als Teil einer Massenarbeit. Gerade an den gegenwärtigen Zuständen und den durch die rechten Schulkämpfer vorgezeigten Tendenzen könnten sich so manche Eltern, die ihr Kind nicht total geschafft aus der Schule zurückkommen lassen möchten, gewinnen lassen.

Eine Unterschätzung dieser Seite der politischen Auseinandersetzung an den Schulen (wie sie bei manchen linken Lehrern und Eltern festzustellen ist) eröffnet gerade rechten Schulkämpfern Erfolgsaussichten. Das sollte nicht sein.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kinderfeindlichkeit auch in Dänemark

Streik der Erzieher — Eltern und Kinder solidarisieren sich



Kinder und Eltern besetzten das Rathaus von Kopenhagen

Die Mißachtung der Lage der Kinder durch den Staat drückt sich auch aus in der schlechten Entlohnung der Erzieher.

Ein besonders krasses Beispiel der Unterbezahlung von Pädagogen hat in Dänemark tiefe Empörung hervorgerufen: In Kopenhagen bekommen die der Gewerkschaft der Kommunalarbeiter (DKA) angeschlossenen Erzieher, die in Kindergärten, Freizeitheimen und Jugendclubs arbeiten, im Schnitt nur einen Stundenlohn von 14 DKr. Für alle übrigen Kommunalarbeiter dagegen beträgt der Mindestlohn, das heißt der Lohn, den ein ungelernter Arbeiter erhält, 30 DKr.

Die Gewerkschaft der privaten Angestellten (PMF) hat für ihre Erzieher einen Mindestlohn von 24 DKr. durchgesetzt.

Die Tarife für die Erzieher werden übrigens für jede Kommune einzeln ausgehandelt. So kommt es, daß die Kommune Kopenhagen mit die schechtesten Tarife von ganz Dänemark hat. Der Arbeitgeber Staat konnte da wohl bei den Tarifverhandlungen mit der für ihn günstigen Karte pokern: Wer in einer attraktiven Großstadt wie Kopenhagen arbeiten will, der muß auch mit Lohnverzicht dafür bezahlen. Gegen die üble Sparpolitik haben sich in Kopenhagen die Erzieher, Eltern und Kinder entschlossen zur Wehr gesetzt. Mitte Januar streikten über 500 Erzieher der DKA. Mehr als 200 Eltern und Kinder besetzten das Rathaus und demonstrierten mit einem sit in, daß sie entschlossen für die Forderungen der Erzieher eintreten. Der sozialdemokratische Bürgermeister Pelle Jarmer reagierte „demokratisch": Er schmiß Eltern und Kinder aus dem Rathaus und eröffnete eine Diffamierungskampagne mit Behauptungen, daß die Eltern Säufer seien und die Erzieher die Heime in ihrem Dreck verkommen ließen.

Mittlerweile ist der Streik vom Gericht als „ungesetzlich" erklärt worden, weil die Tarifverträge nicht vor dem 1. März gekündigt werden konnten. Über dieses Urteil wird Bürgermeister Pelle Jarmer sich aber nicht lange freuen können: Vom 1. März an kündigen die Gewerkschaften DKA und PMF gemeinsam die Tarife und wollen für ein gemeinsames Ziel erneut streiken: 30 DKr. Mindeststundenlohn für alle Erzieher!

„KIPO's im Anmarsch . . ."

Nach dem Aufbau von „Spezialeinheiten gegen Leicht-, Mittel und Schwerverbrecher" und dem Aufbau von „JuPo"s, sprich Jugendpolizei, im Frankfurter Raum (Erfahrungen aus Bayern liegen seit 3 Jahren vor), die sich dort in Jugendinitiativen etc. einschleichen sollen, ist der Ausbau des Polizeiapparates um eine weitere Variante vorangeeilt: Dem guten Onkel Kleinkinderpolizisten!...

Diese erschreckende Meldung war im „Informationsdienst" vom 5.2.77 zu finden, wo ein Mitarbeiter eines Münchener Kinderladens über den „bilderbuchreifen Versuch" von Zivilbullen berichtete, „so etwas wie den Kleinkindpolizisten" auszuprobieren. Im Folgenden die Wiedergabe aus ‚ID':

„So um die Mittagszeit setzte sich ein etwa 25 Jahre alter Mann, zivil, dunkelblond, groß, zu den Kindern, die vor dem Laden spielten. „Was spielt ihr denn?" fragte er harmlos die Kinder. „Bist du ein Polizist, weil du so komisch fragst?" entgegnete eins der Kinder. „Habt ihr was gegen Polizisten?" fragte der Unbekannte zurück. Zwei Kinder nickten mit dem Kopf. „Aber Polizisten sind doch ganz liebe Menschen, wer hat euch denn das gesagt?" Die Kinder schauten den Fragenden an „Bist du denn nun ein Polizist, weil du so fragst?" Der Angesprochene verneinte und sagte weiter: „Die Polizei ist ganz freundlich und die ist wirklich gut."

Ich hielt mich im Innenraum der Elterninitiative auf und konnte durch die geöffnete Tür alles mitkriegen. Als Bezugsperson war ich im Auftrag der Eltern Erziehungsberechtigter und weil mir der Frager immer kurioser vorkam, ging ich hinaus und fragte, ob er von der Polizei sei. Er verneinte wieder. Er wollte wieder wissen, von wem die Kinder das hätten, daß sie so negativ auf die Polizei reagierten. Ich sagte ihm, daß sie bei Hausdurchsuchungen auch schon bei einigen Kindern war und sie dort mit Maschinenpistolen bedrohte. Dann wies ich darauf hin, daß die Spaghettis auf dem Herd dampften und ging mit den Kindern essen. Der freundliche Herr verabschiedete sich.

Nach dem Essen erschien er wieder — und kam mit Bonbontüten und Kaugummis in den Laden. Er lachte, zeigte Dienstmarke und Ausweis und sagte, er sei tatsächlich von der Polizei und da draußen sei noch ein Freund von ihm, und zwar nur privat, nicht als Polizisten. Ich sagte ihm, er solle den Raum verlassen, was er aber nicht tat, sondern den Kindern stattdessen Bonbons und Kaugummis schenkte und sie dabei weiter fragte, wer sie seien, was ihre Eltern machten und was sie gegen die freundliche Polizei hätten. Sähe er
Kaugummis schenkte und sie dabei weiter fragte, wer sie seien, was ihre Eltern machten und was sie gegen die freundliche Polizei hätten. Sähe er
denn etwa böse aus? — und verschenkte weiter Süßigkeiten. Ein Kind wollte von mir wissen, ob der denn tatsächlich hierbleiben dürfte, der solle doch in den Polizeikinderladen gehen und nicht zu uns. Da sagte ich ihm noch einmal, er solle den Laden verlassen, was er wieder überhörte. Er schenkte jetzt den Kindern eine Polizeimarke aus Hamburg, nahm eine Obstkiste und sagte: „Wer nicht böse ist, soll zu mir auf die Straße kommen": der brave Polizist saß nun auf dem Gehsteig vor dem Laden und lockte wieder mit Bonbons. Einige Kinder liefen natürlich den Süßigkeiten nach. Ich machte dem „Spiel" ein Ende, indem ich zu den Kindern sagte, wir gingen jetzt an die Isar um zu spielen. Plötzlich saß der Polizist, der anfänglich gar keiner sein wollte, allein mit seinen Bonbons da. Sein Kollege wartete hinter der Ecke auf ihn."

Diese Methoden sind uns bestens aus der Nazizeit bekannt, wo die Offenheit und Ehrlichkeit der Kinder dazu mißbraucht wurde, sie hinterlistig nach allem „Undeutschen" und „Roten" auszuhorchen und sie gleichzeitig für faschistisches Gedankengut zu gewinnen; oft genug war diese „süße Überrumplungstaktik" ihr eigenes Todesurteil!

Die Kinder müssen ernst und wahrheitsgetreu über den Charakter der Polizei in diesem Staate aufgeklärt werden!

An Brokdorf, ebenso sowie an den vielen Fällen des alltäglichen Terrors, Hausdurchsuchungen, Bullenüberfällen auf Jugendzentren, Frauenzentren, Fahrzeug- und Fahrkartenkontrollen kann dies vermittelt werden. Wichtig ist dabei, auf keinen Fall falsche Angst vor der Polizei zu erzeugen und nicht simplifizierend das Bild des „bösen" Polizisten zu vermitteln.

Die Kinder sollen lernen die Staatsgewalt und ihre vielfältigen Methoden einzuschätzen — auch Spitzelei und „süße Bestechung" — und richtig zu reagieren, d.h. beispielsweise nicht den Helden zu spielen oder unüberlegt wegzulaufen.

Wichtig ist dabei, an den Erfahrungen und dem Wissensstand der Kinder anzuknüpfen, und sowohl falsche Vorsicht, aber auch falschen „Mut" überwinden zu helfen und zwar sorgfältig, durch Anschauung, Überzeugung und Geduld.

Im Vordergrund steht immer die Sicherheit des Kindes.

Die Kinder müssen frühzeitig lernen, zwischen wahren und falschen Freunden zu unterscheiden!!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Freunden zu unterscheiden!!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB
Redaktion und Verlag Lerchenstraße 75 — Niedersachsen — Hessen

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstr. 4
2000 Hamburg 13

Schleswig-Holstein

Flensburg Peter Petersen, Postlagerkarte A 02 25 83, 239 Flensburg
Geesthacht Postlagerkarte 02/2064 Geesthacht, Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl
Kappeln Dagmar Schneider, Postlagernd, 234 Kappeln
Kiel W.D. Scheel, Postlagerkarte 098 831 A, 23 Kiel 1, Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertische Universität/Mensa, Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof, Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt
Lübeck ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro, Mühlenstr. 39, 24 Lübeck 1
Mölln/Ratzeburg M. Below, Postfach 1111, 241 Mölln
Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente) H. Lankau, Postlagerkarte A 022 854, 242 Eutin, Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin
Pinneberg/Steinburg Postlagerkarte A 022 926, 208 Pinneberg
Reinbek Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, Poststr. 14, 285 Bremerhaven, Verkaufsort wie bisher
Bremen ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro, Fedelhören 77, 28 Bremen, Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr, Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig Postlagerkarte 081 378, 33 Braunschweig
Cuxhaven Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße
Emden Postlagerkarte 067452 A, 2970 Emden
Göttingen Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 34 Göttingen
Hannover Arbeiterbuch z.Hd. KB, Rehbockstr. 3, 3 Hannover
Hildesheim 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019 084, Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg
Lüneburg Postlagerkarte A 017 890, 314 Lüneburg, Sonnabend Bäckerstr. 11 bis 13 Uhr
Stade Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt
Weser-Ems-Gebiet Postlagerkarte 070 178 A, 29 Oldenburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz G. Wißmeier, Postfach 22, 6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Bahnhofstraße
Bochum Postlagerkarte A 056 028, 463 Bochum, Verkauf jeden Samstag Kortumstr./Innenstadt 10 – 13.00 Uhr, jeden Die., Mi., Do. Uni/Mensa 12.00 – 14.00 Uhr
Duisburg Postlagerkarte 080 190 A, 41 Duisburg, jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr vor Karstadt (Stadtmitte)
Essen jeden Do. 11.00 Uhr – 14.00 Gesamthochschule Essen
Mönchengladbach 2 Postlagerkarte A 006745, 4050 Mönchengladbach, Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt Edwin Herrmann, Am Eichbaumeck 52, 61 Darmstadt
Frankfurt Vertriebsbüro K. Scholz, Adalbertstr. 29, 6 Frankfurt/M. 90, öffentl. Bürostunde Mi. 16.30 – 19.30
Kassel Florian Rohs, Postfach 10 31 43, 35 Kassel, Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz, Jeden Donnerstag 20 Uhr Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg Buchladen Jos. Fritz (c/o KB), Wilhelmstraße 15, 78 Freiburg, Tel: 26 877, Di. von 17 bis 18 Uhr
Heidelberg Verkauf jeden Mittw. – alte Mensa/Marstallhof und 19 Uhr im CA
Karlsruhe/Pforzheim Heidi Zorn, Humboldtstr. 13, 75 Karlsruhe

Bayern

Bamberg Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie
Erlangen Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uni-Mensa Langemarck-Platz 4
Landshut Postlagerkarte A 04 11 84, 83 Landshut, Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur
Nürnberg/Fürth P. Trötster, Postfach 150 472, 85 Nürnberg 15, offener AK-Lesekreis Mittwoch 19 Uhr im Komm, Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof
Regensburg Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa, 16 bis 18 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin A. Radtke, Thomasiusstr. 2, 1 Westberlin 21, Fr. von 16 bis 19 Uhr

Gewalt unter Kindern nimmt zu

Anfang des Jahres legte die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz einen Bericht über die Zunahme von Gewalttätigkeiten zwischen Schülern vor.

Demzufolge werden die „*früher üblichen Raufereien unter Schülern . . . mehr und mehr ersetzt durch gefährliche Körperverletzungen mit Knochenbrüchen, ausgeschlagenen Zähnen und Schädigungen der Sehfähigkeit*" Die Schlägereien, so die Bezirksregierung, offenbaren teilweise „*unverkennbar kriminelle und sadistische Grundtendenzen in Anlage und Entwicklung*". Bei den „aggressiven Schülern" handele es sich vorwiegend „*um Kinder aus sozial schwierigen oder gestörten Familienverhältnissen*".

Die Lehrer seien gegen diese Schüler „ohnmächtig", die verfügbaren Disziplinierungsmittel reichten nicht aus.

Auch wenn der Bericht sich genauso wie sonstige Meldungen über die Zunahme von Gewalttätigkeit unter Schülern auf die Untersuchung eines Bruchteils der Schulen (erfaßt wurden 400 von 200 000 Schülern) beschränkt, ist nicht zu bestreiten, daß schwere körperliche Auseinandersetzungen unter Kindern zunehmen.

Allerdings: Alles das, was die Bourgeoisie über diese Entwicklung schreibt und drucken läßt, geht nicht darauf ein, warum denn nun immer mehr Kinder, gerade aus „sozial schwierigen", d.h. von Krise und Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Familien, brutaler um sich schlagen. Solche „Alarmmeldungen" dienen allemal dem Ruf nach mehr „Zucht und Ordnung" in Familie und Schule.

In diesem Sinne äußert sich auch Hanna-Renate Laureien (CDU), Kultusministerin in Rheinland-Pfalz:

Ausgehend davon, daß offenbar die meisten registrierten Fälle brutaler Körperverletzungen an Grund- und Hauptschulen vorkommen, beklagt sie die „*mangelnde soziale Kontrolle*" der Schüler dieser Schule durch die Familien. „*Da zeigt sich, daß die soziale Kontrolle auf dem Dorf . . . auch hilfreich für das Zusammeleben sein kann. Da ist das Kind noch nicht zu Hause und die Mutter weiß schon alles*" („Welt", 31.1.77).

Zweite Ursache der Gewalttätigkeit neben mangelhafter Kontrolle durch die Familie ist dann, so Frau L Laurien, die „lasche Erziehung": „*Natürlich haben auch die Leute Schuld, die antiautoritäre Erziehung als Laufenlassen verstanden haben. Wen ich nicht erziehe, den liefere ich seinen Brutalitäten und Anarchismen aus*". Der Mensch ist also „von Natur aus" brutal, erst die straffe Hand macht ihn zum „Menschen"!

So ist natürlich auch das Ansteigen von Gewalt unter Kindern, das der Kapitalismus erzeugt, gut zu verwerten für eine Hetzkampagne gegen „zerrüttete Familien" und „antiautoritäre Erziehung".

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Skandinavien

„Modell Deutschland" in Schweden?

„Recht und Ordnung" soll nun auch in Schweden Einkehr halten. Auf einem Kongreß des Polizeiverbandes wies der schwedische Polizeichef auf die ständig steigende Zahl der Verbrechen hin, der die Polizei beim jetzigen Stand des Personals und der Ausrüstung „machtlos" gegenüber stände.

Obwohl die Zahl der aktiven und administrativen Dienste der schwedischen Polizei laufend gestiegen sind, sollen noch mehr Polizisten in den Dienst aufgenommen werden. Die Ausrüstung der Polizei ist ständig verbessert worden. Polizeihubschrauber, Polizeischnellboote, schnelle Busse, Tränengaspistolen, MPs, Granatwerfer (!) usw. gehören schon heute zum Waffenarsenal der schwedischen Polizei (nach „internationalen" 36/76).



Polizisten bei der Ausbildung. Aus 25 m Abstand muß der Arm einer Person getroffen werden.

Nach dem Sturm auf die deutsche Botschaft in Stockholm wurde der Aufbau einer schlagkräftigen Polizeitruppe – ähnlich wie in der BRD das MEK – forciert. Die bürgerliche schwedische Zeitung „Expressen" versuchte diese Entwicklung als etwas ganz normales hinzustellen.

Sie schrieb:
Auf der ganzen Welt geht die Entwicklung in die gleiche Richtung
- mehr Polizei
- schwerere Bewaffnung der Polizei
- Spezialtruppen, die nicht die Aufgabe haben die *„Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern sie sind eigentlich Soldaten (!) mit der Aufgabe, gefährliche Verbrecher unschädlich zu machen und falls es notwendig ist, diese zu töten (!)"* (zitiert nach „internationalen" 36/76).

sen" versuchte diese Entwicklung als etwas ganz normales hinzustellen.
Sie schrieb:
Auf der ganzen Welt geht die Entwicklung in die gleiche Richtung
- mehr Polizei
- schwerere Bewaffnung der Polizei
- Spezialtruppen, die nicht die Aufgabe haben die „Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern sie sind eigentlich Soldaten (!) mit

Ist Schweden auf dem Wege, das „Modell Deutschland" zu kopieren? Granatwerfer zur Bekämpfung von Verbrechern ist ein Indiz dafür, daß auch in Schweden seitens des Staatsapparats die Tendenz besteht, sich langfristig auf zu erwartende scharfe Klassenauseinandersetzungen vorzubereiten.

Neben der Verstärkung der normalen Polizeikräfte findet auch ein Ausbau von Wachgesellschaften statt, die unter dem Befehl der Polizeibehörde stehen. Die staatliche Wachgesellschaft ABAB (Allmänna Bevakningsbolaget AB) hat ca. 1000 angestellte Wächter, diese sind ausgerüstet mit Sprechfunkgeräten, Gummiknüppeln und 9 mm-Pistolen. Die ABAB wurde geschaffen, um die Polizeikräfte zu entlasten. Sie hat die spezielle Aufgabe, Botschaften und staatliche Einrichtungen zu bewachen. Da aber diese Wachgesellschaften den Polizeibehörden unterstehen, ist anzunehmen, daß sie in einem sogenannten Notfall als zusätzliche Polizeitruppen eingesetzt werden.

Die schwedische Kopie eines „Modell Deutschland" muß schon heute von den fortschrittlichen Menschen in Schweden aufs schärfste bekämpft werden!

Skandinavienkommission

chen. Da aber diese Wachgesellschaften den Polizeibehörden unterstehen, ist anzunehmen, daß sie in einem sogenannten Notfall als zusätzliche Polizeitruppen eingesetzt werden.

Die schwedische Kopie eines „Modell Deutschland" muß schon heute von den fortschrittlichen Menschen in Schweden aufs schärfste bekämpft werden!

Skandinavienkommission

Atomkraftwerke – Nej Tak!

In Schweden sind 5 AKWs in Betrieb, 5 befinden sich im Bau und 3 weitere sind geplant. An der Anzahl der Bevölkerung Schwedens gemessen ist dies das größte Atomprogramm der Welt. Umweltschutzgruppen gibt es in Schweden schon seit langem. Als 1975 das schwedische Atomprogramm beschlossen wurde, machten diese Gruppen den Kampf gegen AKWs zu ihrer zentralen Aufgabe. Das Bewußtsein der Bevölkerung in Schweden um Umweltfragen und die Gefährdung durch AKWs wurde zunehmend größer, nicht zuletzt durch die Arbeit der Umweltgruppen, so daß nach dem Marsch auf Barsebäck am 7. August 1976 die Atomfrage zu einem zentralen Wahlkampfthema wurde.

Das AKW Barsebäck liegt am Öresund 8 km nördlich von Malmö. Das Gebiet um den Öresund ist das am dichtesten besiedelte Gebiet Skandinaviens. Die schwedische und dänische Regierung planen hier die Örestad, ein großes Industrie- und Handelszentrum für Skandinavien mit ca. 4 Millionen Einwohnern. Das AKW Barsebäck soll hierfür die Energie liefern. Im schwedischen Reichstag ist dieser Plan bereits genehmigt, im dänischen Folketing noch nicht.

Am 7. August fand ein interskandinavischer Protestmarsch auf Barsebäck statt, an dem 6-7000 Menschen aus ganz Skandinavien teilnahmen. Es wurde unter folgenden Parolen demonstriert: Stoppt die Atomkraft! Atomkraft muß weg – stoppt Barsebäck!

Der Kampf gegen Kernkraftwerke muß nach Meinung der Umweltgruppen auf allen Ebenen stattfinden, d.h. am Arbeitsplatz, in den Wohngebieten und in der Kommunalpolitik. Die Umweltgruppen organisieren Demonstrationen, verteilen Flugblätter, geben Anzeigen auf, machen Ausstellungen und geben Zeitungen heraus.

Neben der Aufklärung der Bevölkerung über Umweltprobleme sehen die Umweltgruppen ihre Aufgabe darin, alternative Energiequellen zu entwickeln und zu propagieren. Z.Z. besteht die aktive Anti-AKW-Bewegung hauptsächlich aus der schwedischen Linken (VPK, KAF, FK), aber auch der Jugendverband der Center-Partei spielt eine wichtige Rolle. Auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gibt es eine Front gegen AKWs.

Bis April 76 waren die Umweltgruppen national in der Migri (miljögruppernas riksorganisation) organisiert. Diese Organisation wurde völlig von Björn Gillberg beherrscht. Diese Machtvollkommenheit war häufig ein Hemmnis für die effektive Arbeit. Deshalb formierte sich eine Opposition, die aus der Migri ausgeschlossen wurde. Beim Jahrestreffen der Migri im April 76 spaltete sich die Migri, und fast die gesamte aktive Umweltschutzbewegung, die eine echte Basisarbeit leistete, bildete daraufhin den Miljöförbund, dessen konstituierender Kongreß im Oktober 76 stattfand. Seit Januar 77 wird vom Miljöförbund die Zeitung „Miljötidningen" herausgegeben.

Wesentliche Parolen der schwedischen AKW-Gegner sind:

Stoppt die Energie- und Rohstoffverschwendung – für alternative Energiequellen!!
Stoppt die Kernkraft und die Kernwaffen!!
Für eine sinnvolle Arbeit, angemessenen Standard und Arbeitsbedingungen für alle!!
Für eine rohstoffbewahrende Gesellschaft, gebaut auf eine demokratisch geplante Haushaltung von Rohstoffen und Energie!!
Für eine Produktion, die bestimmt wird vom Bedarf der Menschen und der Begrenzung der Natur!!

Skandinavienkommission



In der Kernkraftfrage werde ich nie zurückweichen

Vierwöchiger Streik der Hafenarbeiter Oslos ging erfolgreich zu Ende



Norwegen. Der Streik der Osloer Hafenarbeiter war in erster Linie eine Antwort auf die Neueinführung eines Akkordlohnsystems, das den Hafenarbeitern eine Senkung der Löhne von 10.000 bis 12.000 norwegische Kronen im Jahr beschert

Vierwöchiger Streik der Hafenarbeiter Oslos ging erfolgreich zu Ende



Ein Streikposten wird von der Polizei brutal abgeführt

Norwegen. Der Streik der Osloer Hafenarbeiter war in erster Linie eine Antwort auf die Neueinführung eines Akkordlohnsystems, das den Hafenarbeitern eine Senkung der Löhne von 10.000 bis 12.000 norwegische Kronen im Jahr beschert
hätte. Gleichzeitig richtete sich der Streik auch gegen die Verschlechterung der Arbeitszeiten.

Der Streikbeschluß wurde von 85% der an der Urabstimmung beteiligten Hafenarbeiter beschlossen. Schon an den ersten Streiktagen zeichnete sich von zwei Seiten ein harter Widerstand gegen den Streik ab, einerseits versuchten die Hafenkapitalisten unter Polizeischutz Streikbrecher einzusetzen und andererseits erklärte die Führung des Norwegischen Transportarbeiterverbandes – sie hatte den Vertrag geschlossen, gegen den die Arbeiter streikten – den Streik für illegal.

Trotz des Polizeieinsatzes gelang es den Hafenkapitalisten nicht, an den Oslokais genügend Streikbrecher einzusetzen, um den reibungslosen Ablauf des Hafenbetriebes zu gewährleisten. Sicherlich ein Erfolg der kämperischen Osloer Hafenarbeiter; der regionale Streik wurde aber erst durch die Solidarität aller norwegischer Hafenarbeiter zu einem vollen Erfolg. Denn die Hafenkapitalisten in Oslo versuchten die Schiffe in andere norwegische Häfen umzuleiten, aber auch dort weigerten sich die Arbeiter, aus Solidarität mit ihren Kollegen in Oslo, die umgeleiteten Schiffe zu entladen. Auch der Versuch, die Schiffe in Schweden löschen zu lassen, schlug fehl, da sich die Hafenarbeiter Göteborgs mit ihren Kollegen in Oslo solidarisch erklärten.

Nach einem fast 4-wöchigen Streik wurden die Forderungen der Osloer Hafenarbeiter voll erfüllt. Die Arbeiter erhielten ihren alten Akkordlohnvertrag zurück, und die Gewerkschaftsführung erklärte schriftlich, keinen Vertrag mehr zu unterschreiben, ohne die Hafenarbeiter vorher darüber befragt zu haben.

Skandinavienkommission



80 Polizisten versuchen die Kette der Streikposten zu durchbrechen

Frankreich

Kommunalwahlen in Frankreich: Wahlliste „Für den Sozialismus..."

Zu den anstehenden Kommunalwahlen in Frankreich haben drei französische revolutionäre Organisationen eine gemeinsame Wahlliste *„Für den Sozialismus, die Macht den Arbeitern"* gebildet. Diese Organisationen sind: die „Organisation Communiste des Travailleurs" (OCT – ein Zusammenschluß von „Revolution!" und „Gauche Ouvriere et Paysanne"), die „Ligue Communiste Revolutionnaire" (LCR/IV. Internationale) und die Organisation „Lutte Ouvriere" (LO – vergleichbar mit der westdeutschen SAG; international arbeitet LO mit der englischen Gruppe „International Socialists" zusammen). Die linkssozialistische PSU hat eine Beteiligung an dem Wahlbündnis abgelehnt. Die Mehrheit der PSU möchte zusammen mit der reformistischen „Linksunion" (Revisionisten und Sozialdemokraten, PC und PS) über ein neues gemeinsames Regierungsprogramm verhandeln, eine Minderheitstendenz will eine „revolutionäre Partei" aufbauen und denkt dabei insbesondere an die trotzkistische LCR.

Die „Parti Communiste Revolutionnaire" (PCR) lehnte das Wahlbündnis ab, weil sie keine Bündnisse mit Trotzkisten eingehen will.

Die Wahlliste der drei Organisationen versteht sich im wesentlichen als „Propagandatribüne" und hat bereits erklärt, daß sie im 2. Wahlgang eine Wahlempfehlung für die reformistische „Linksunion" geben will.

Die Liste *„Für den Sozialismus...."* will durch ihre Propaganda während des Wahlkampfes den Protest gegen die kapitalhörige Politik der Giscard-Regierung und deren rabiates Krisen-Sparprogramm auf Kosten der französischen Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen. Außerdem will sie die Kompromißbereitschaft der „Linksunion" entlarven.

„Sie (PC und PS – AK) bereiten sich also vor, die Wirtschaftsordnung des Profits zu verwalten. Sie sind also dazu bereit, wenn sie einmal in der Regierung sitzen, der Arbeiterklasse und den Volksmassen diejenige Sparpolitik aufzuzwingen, mit der heute die Rechten Schwierigkeiten haben" (aus einem gemeinsamen Aufruf der Liste).

Die drei Organisationen betrachten ihr Wahlbündnis als einen kleinen Schritt, um die Möglichkeit einer Aktionseinheit innerhalb der revolutionären Linken aufzuzeigen.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Italien

Studenten- und Schülerkämpfe – Polizei und Faschisten schießen

Italien hat in den letzten Wochen einen neuen Aufschwung der Schüler- und Studentenkämpfe erlebt. Entzündet haben sie sich vor allem an einem „Reformplan" des Kultusministers Malfatti, der Errungenschaften der Schüler- und Studentenbewegung (zumeist Ergebnisse der Kämpfe von 1968/69) einreißen und die Ausbildungsbedingungen weiter verschlechtern soll. Die Studenten und Schüler sind dabei sowohl verstärkten Provokationen faschistischer Banden als auch einer enormen Repression durch den Staatsapparat ausgesetzt: der schwerste Angriff ereignete sich am 1. und 2. Februar in Rom, als Faschisten und Polizei (teilweise mit Maschinenpistolen!) auf die Studenten schossen. Dies hat andererseits zu einer weiteren Radikalisierung der Schüler- und Studentenbewegung geführt, die mehr und mehr ihren Kampf auch explizit als antifaschistischen und gegen die Regierung gerichteten Kampf versteht, und – aufgrund des Verhaltens der PCI gegenüber dieser Bewegung einerseits und dem Polizeiterror andererseits – auch zunehmend die Reformisten der Mitverantwortung für die Repression anklagt.

Am 1. Februar marschierten rund 100 bewaffnete Faschisten vor der Universität in Rom auf, wo gerade eine von revolutionären Gruppen einberufene Versammlung stattfand, auf der über weitere Kampfmaßnahmen gegen die Studienreform (Malfatti-Plan) beraten wurde. Als zahlreiche Genossen und Studenten daraufhin die Uni verließen, um den Faschisten (die bereits in den zurückliegenden Tagen mehrfach Überfälle verübt hatten) entgegenzutreten, schossen diese sofort um sich. Ein Student, Guido Bellachioma, wurde durch einen Schuß ins Genick lebensgefährlich verletzt, ein weiterer durch einen Schuß in den Fuß getroffen. Die Faschisten konnten hierbei erneut mit Rückendeckung der Polizei operieren: obwohl anwesend, unternahm sie nichts gegen die faschistischen Mörder; stattdessen versuchte sie, eine spontane Protestdemonstration von ca. 1.500 Studenten aufzulösen.

Eine größere antifaschistische Mobilisierung wurde für den folgenden Tag vorbereitet: mehrere Tausend Studenten und Schüler zogen am 2.2. durch Rom. Diesmal übernahm es die Polizei von vornherein selbst, das Feuer gegen die Studenten zu eröffnen. Zivilbeamte der „squadre speciali" (eine dem westdeutschen MEK vergleichbare Spezialabteilung, die u. a. verantwortlich ist für die Ermordung des PCI-Genossen Rodolfo Boschi während des Wahlkampfes am 19.4.75 in Florenz, und für die Ermordung des LC-Genossen Pietro Bruno während einer Angola-Demonstration am 22.11.75 in Rom) fuhren auf der piazza Indipendenza plötzlich mit ihrem Auto in den Demonstrationszug hinein. Als die Demonstranten nicht zur Seite wichen, war das für die Bullen im Wagen und auf dem Platz offenbar der beabsichtigte Moment für ihren Überfall: Sie zogen Revolver und Maschinenpistolen (!) hervor und feuerten los – teilweise direkt mit MP-Salven!

Dem Genossen Paolo Tomasini wurden beide Beine zerschossen; verletzt wurde außerdem der Genosse Leonardo Fortuna. Auch einer der Zivilen wurde durch einen Schuß verletzt – nach Zeugenaussagen hatte er selbst auch geschossen (seine Pistole wurde von einem „Kollegen" sofort beiseitegeschafft) und war (durch eine Verwechslung oder beabsichtigt?) von eigenen Leuten getroffen worden. Die Verletzung dieses Zivilbullen wurde jedenfalls als „Grund" genommen, um die beiden angeschossenen Genossen obendrein noch zu verhaften und als „Täter" zu beschuldigen. Nach Berichten eines Journalisten der Zeitschrift „Panorama" gibt es Augenzeugen, die gesehen haben, wie ein anderer Ziviler dem verletzten Tomasini nachträglich eine Pistole in die Nähe legte.

Die bürgerliche Presse hat jedoch überwiegend die Polizeiversion übernommen, wonach das Polizeiauto „grundlos" von den Demonstranten „gewalttätig angegriffen". worden und die Polizei „daher zum Einschreiten genötigt" gewesen sei. Unter diesem erfundenen Vorwand fordert ein Großteil der bürgerlichen Presse jetzt sogar, die Büros der „Extremisten" (gemeint ist die revolutionäre Linke) zu schließen. In diese Hetzkampagne stimmen auch PCI-Politiker mit ein, wie der Senator Pecchioli und Roms Bürgermeister Argan (letzter ist nicht PCI-Mitglied, aber auf einer PCI-Liste zum Bürgermeister gewählt), die die Demonstranten in einer Erklärung auf eine Stufe mit den Faschisten stellten, die am Vortag an der Uni auf Studenten schossen. Die PCI hat auch erst kürzlich wieder ihr Bekenntnis abgelegt, daß die „demokratische Bewegung hinter den Ordnungskräften steht" ...

Am Abend des selben 2. Februar kam es schließlich noch zu einer weiteren gemeinsamen Provokation von Faschisten und Polizei: in Monte Mario, im römischen Arbeiterviertel von Torrevecchia, wollte der MSI-Chef Almirante sprechen. Die Polizei ging gegen die frühzeitig versammelten antifaschistischen Gegendemonstranten mit Dutzenden von Tränengasgranaten und mit „Warnschüssen" vor. Faschisten, die offen ihre Waffen trugen, konnten mit Billigung der Bullen quasi „Hilfspolizeidienste" ausführen und Fahrzeuge kontrollieren. Allerdings hatte die antifaschistische Gegenmobilisierung auch den Erfolg, daß Almirante seine Kundgebung kurzfristig wieder absagte und einen „Ersatzmann" vorschickte.

Große Mobilisierung unter den Studenten und Schülern

Die Polizei- und Faschistenüberfälle in Rom bewirkten eine unmittelbare Verstärkung der Mobilisierung an den Universitäten und Schulen im ganzen Land. Am 3. Februar gingen in Mailand 15.000 Schüler und Studenten auf die Straße, um – wie es in der Tageszeitung von Lotta Continua hieß – „die Stadt von Faschisten zu säubern". In Neapel waren es ebenfalls 15.000, die gegen den Malfatti-Plan der Schul- und Uni-„Reform", gegen den Polizei- und Faschistenterror in Rom und gegen die Verhaftung von 37 jungen Arbeitern in Neapel, die im Theater eine „Preissenkung" (autoriduzione) praktizierten, auf die Straße gingen. Weitere Demonstrationen fanden u. a. statt in Florenz (3.000), Pisa (3.000), Brescia (3.000), Reggio Emilia (2.000), Genua (1.500), Monza (1.000) und Modena (700). In fast allen Orten wurde die Mobilisierung von der angeblichen „Hauptkraft im antifaschisten Kampf", der PCI bzw. ihrer Jugendorganisation FGCI, aktiv boykottiert. In Bari besetzten Studenten wegen der Überfälle in Rom die Philosopie-Fakultät; die PCI bezeichnete die Versammlung, die das beschloß, daraufhin als „nicht repräsentativ". Das verhinderte indes nicht, daß die Universitätsbesetzungen auch in anderen Orten sehr schnell um sich griffen: in Rom, Neapel, Mailand, Turin, Palermo, Cagliari usw. Am 10. Februar schrieb Lotta Continua, daß inzwischen fast alle Hochschulen „in den Händen der Studenten" seien.

Das gemeinsame Kampfziel dieser neuen Bewegung ist zunächst mal die Verhinderung des Malfatti-Plans, d.h. die Verteidigung demokratischer Rechte an Unis und Schulen, der Kampf gegen Überbelegungen, hohe Studienkosten, Wiedereinrichtung autoritärer Strukturen durch Professoren und Lehrer, geringere Berufsaussichten der Schul- und Uni-Abgänger und wachsende Arbeitslosigkeit usw. Lotta Continua stellt darin eine „Rückkehr zur Universität" fest, die es jahrelang – seit der Studentenbewegung von 1968/69 – in diesem Maße nicht mehr gegeben hat, und die heute auch diejenigen Universitäten erreicht, an denen es in der Vergangenheit kaum noch bedeutende Versammlungen überhaupt gegeben hat (Salerno u. a.). Die Bewegung hat einen ersten Erfolg darin erreicht, daß die „circolare", die die 1969 erkämpften freien Studiengänge beseitigt hatten, wieder ausgesetzt werden mußten. Die Auseinandersetzung mit dem Reformismus ergibt sich auch dadurch, daß die PCI selbst „Reformpläne" vorgeschlagen hat, die sich nur geringfügig von denen der Andreotti-Regierung unterscheiden. Lotta Continua plädiert stark für eine „Autonomie" dieser Bewegung von allen Institutionen, sowie von den reformistischen Versuchen, sie für ihren Plan einer Regierungsbeteiligung auszunutzen. Des weiteren propagiert Lotta Continua eine Ausweitung der Bewegung auf andere Bereiche, vor allem eine stärkere Einbeziehung der Schüler, die besonders in Neapel, Mailand und Turin bereits massenhaft an den Demonstrationen teilgenommen haben. Schließlich versucht Lotta Continua, dieser Bewegung eine umfassendere Stoßrichtung gegen die polizeistaatliche Entwicklung in Italien und gegen die permanenten faschistischen Provokationen zu verleihen. Die Schüsse der Nazis und Polizei in Rom sind auch „nur" einer der krassesten Angriffe gegen diese Bewegung gewesen; aus der

nenten faschistischen Provokationen zu verleihen. Die Schüsse der Nazis und Polizei in Rom sind auch „nur" einer der krassesten Angriffe gegen diese Bewegung gewesen; aus der Vielzahl sich häufender Provokationen und Repressionen seien hier nur ein paar weitere aktuelle Belege genannt:

- in der Nacht zum 5.2. schoß eine Polizeistreife erneut auf ein Auto in Rom, in dem Genossen saßen; glücklicherweise wurde niemand verletzt;
- am 6.2. gab die Polizei in Bari „Warnschüsse" auf Schüler ab, die sich auf einem Platz aufhielten, wo sich häufig viele Genossen treffen; in mehreren Schulen wurde daraufhin ein Streik organisiert, zwei Tage später gingen 5.000 Schüler und Studenten gemeinsam auf die Straße;
- am 7.2. fuhren 15 – 20 mit Pistolen, Ketten und Stangen bewaffnete Faschisten vor einer Schule in Mailand auf, schossen auf den Eingang und verteilten unter dem Schutz ihrer Waffen Hetzflugblätter; die ganze Aktion sollte offenbar demonstrieren, daß die Nazis in Mailand ebenso wie in Rom zu jedweder Provokation bereit sind; die Schüler dieser Schule, die für den nächsten Tag bereits einen Streik geplant hatten, beschlossen daraufhin, sich für eine koordinierte antifaschistische Mobilisierung der Mailänder Schulen einzusetzen.

Einen weiteren Höhepunkt erreichte die momentane Bewegung in einer Demonstration mit rund 30.000 Teilnehmern (einige Schätzungen reichen bis 50.000) am 9. Februar in Rom. Ursprünglich war bereits für den 5.2. eine größere Demonstration gegen die Überfälle vom 1. und 2.2. geplant, die jedoch – das erste Mal seit sieben Jahren in einem solchen Fall – von der Polizei verboten wurde. In der hermetisch von Polizeitruppen abgeriegelten Universität versammelten sich daraufhin rund 5.000 Studenten und beschlossen eine Mobilisierung für den darauffolgenden Mittwoch. Diese Demonstration, wie auch die ursprünglich für den 5.2. geplante, wurde von einer breiten Aktionseinheit getragen, der neben Lotta Continua mehrere kleinere revolutionäre Gruppen sowie zahlreiche Kampfkomitees und Basisgruppen angehörten.

Die PCI-Jugendorganisation FGCI (unterstützt von den beiden anderen größten Organisationen der revolutionären Linken, Avanguardia Operaia und PdUP-manifesto) boykottierten die ursprünglich für den 5. geplante und dann am 9. tatsächlich durchgeführte Mobilisierung – und riefen „alternativ" zu einer Demonstration am darauffolgenden Tag, dem 10.2., auf. Diese Demonstration umfaßte nach Berichten von Lotta Continua mit 20.000 Teilnehmern eine ähnlich große Zahl, wobei der Zug circa je zur Hälfte von der FGCI (natürlich vorweg) und zur anderen von AO und PdUP bestimmt wurde. Die FGCI versuchte dabei, der gesamten Demonstration ihren Reformismus aufzuprägen (Parolen, daß die Malfatti-Reform „modifiziert" werden müsse usw. – dagegen keine oder kaum antifaschistische und deutlich gegen die Regierung gerichtete Parolen). Auf der Abschlußkundgebung „durfte" allerdings auch eine Vertreterin der PdUP sprechen und den „Sturz der Regierung von links" fordern (PdUP propagiert eine „Linksregierung" der PCI mit den revolutionären Organisationen).

„Klima des Belagerungszustandes"

Die Provokationen der Faschisten und die immer zügellosere Repression seitens des Staatsapparates reichen weit darüber hinaus, die aktuelle Bewegung niederschlagen zu wollen. Es ist schon bezeichnend genug, daß mit Andreotti heute eine Regierung im Sattel ist (und eine immer bereitwilligere Stützung durch die PCI erfährt), die noch vor wenigen Jahren wegen ihres extremen Rechtskurses durch eine breite Mobilisierung und Arbeiterstreiks im Land zum Rücktritt gezwungen wurde. Ihr Innenminister Cossiga ist seit Jahren wohl das beste Pferd im Stall der italienischen Bourgeoisie, was die Austüftelung von reaktionären Gesetzen und die tatsächliche Militarisierung und Faschisierung des gesamten Staatsapparates betrifft (die Aufstellung der „squadri speciali" als dem „Modell Deutschland" nachempfundene Neue Gestapo Italiens ist „nur" ein Merkmal davon).

Erst kürzlich wurden von einem Gericht die jahrelang von der revolutionären Linken, insbesondere von Lotta Continua, vorgetragenen Beweise für die Verwicklung und eigentliche Urheberschaft höchster staatlicher Stellen (Geheimdienst SID und oberste Polizeibehörden) in die faschistische Bombenkampagne seit 1969 bestätigt. Indes lassen der italienische Staatsapparat und die von ihm hochgepäppelten Nazi-Banden keineswegs in dieser Bombenkampagne und der ganzen „Strategie der Spannung" nach; im Gegenteil.

In der Nacht zum 5. Februar

lienische Staatsapparat und die von ihm hochgepäppelten Nazi-Banden keineswegs in dieser Bombenkampagne und der ganzen „Strategie der Spannung" nach; im Gegenteil.
In der Nacht zum 5. Februar

wurde ein neues Bombenattentat auf den mit 800 Fahrgästen besetzten Zug Neapel-Brenner versucht, das nur durch Zufall – und ganz offensichtlich gegen die Absicht des Staatsapparats! – verhindert wurde. Wäre dieser Attentatsversuch nicht vereitelt worden, hätte er mit Sicherheit ähnliche Ausmaße wie das Attentat vom 4. August 1974 auf den „Italicus" (Strecke Rom-Brenner) angenommen, bei dem zwölf Menschen ermordet und rund 50 zum Teil schwer verletzt wurden.

Die Bahnpolizei (SDS) hatte, wie nachgewiesen werden kann und auch gar nicht abgestritten wird, „aus sicherer Quelle" von dem bevorstehenden Attentatsversuch auf den Zug Nr. 710 gewußt. Sie ließ, mehr um den Anschein von „Gegenmaßnahmen" zu erwecken, in der Station Formia e i n e n Wagen abkoppeln und durchsuchen – und den Zug alsdann weiterfahren. Daß die tatsächlich (in einem anderen Wagen auf der Toilette) versteckte Bombe doch noch gefunden und in a l l e r l e t z t e r Minute (genau drei Minuten vor dem geplanten Explosionszeitpunkt!) entschärft werden konnte, ist ausschließlich dem Bahnhofsvorsteher von Rom zu verdanken, der sich „eigenmächtig", als der Zug dort eingelaufen war, über alle „Beruhigungsversuche" seiner vorgesetzten Dienststellen hinwegsetzte und den Zug von vorne bis hinten durchsuchen ließ: er tat dies unter dem Eindruck der Schrecken, die er selbst bei dem Anschlag auf den „Italicus" vor zweieinhalb Jahren miterlebt hatte. Lotta Continua hat inzwischen mehrere Indizien zusammengetragen, die die Spur dieses neuen Attentatsversuchs ein wenig aufhellen und kommentiert dazu: „Der Attentatsversuch von Sonnabendnacht stinkt nach Geheimdienst und nach einer ‚Eskalation' des Klimas des Belagerungszustandes, der im Land heraufzieht".

KB/Gruppe Frankfurt

Niederlande / Belgien

Niederlande / Belgien

Massenstreik in den Niederlanden

Seit dem 7.2. werden unter Führung der Gewerkschaften in den gesamten Niederlanden Schwerpunktstreiks durchgeführt. Die Vorgeschichte ist folgende:

1970 hatten zuerst die Metallgewerkschafter die Aufnahme einer Klausel über die „automatische Preisangleichung" in ihren Tarifvertrag erzwungen. In fast allen anderen Branchen konnte in der folgenden Zeit der gleiche Erfolg errungen werden, so daß seit sieben Jahren die meisten niederländischen Werktätigen zweimal im Jahr, über die Tariferhöhung hinaus, eine Lohnerhöhung entsprechend der Preissteigerungsrate erhielten („Volkskrant", 5.2.). Bei den Tarifverhandlungen für 1977 hatten die Kapitalisten die Erneuerung des „Preisangleichs" verweigert. Daraufhin riefen die niederländischen Gewerkschaften zu Schwerpunktstreiks auf, die gegen Ende der ersten Streikwoche in 125 Betrieben (in 33 Orten) von 22.300 direkt oder indirekt beteiligten Kollegen durchgeführt wurden („Nieuws Utrechts Dagblad", 11.2.). Gestreikt wurde in den Häfen von Rotterdam und Amsterdam, in der gesamten Industrie und im Baubereich. Der öffentliche Verkehr wurde in den Großstädten zu den Spitzenzeiten eingestellt, mehrere Zeitungen erschienen nicht (nach diversen niederländischen Tageszeitungen vom 8. bis 12.2.).

Am 10.2. machten die Kapitalisten einen ersten Rückzieher, indem sie in Verhandlungen mit den Gewerkschaften die Erhaltung des „Preisanstiegs" für 1977 zusagten, sofern nicht unvorhergesehene wirtschaftliche Entwicklungen eintreten würden („Volkskrant", 11.2.). Die Gewerkschaften haben jedoch die Ausweitung der Kampfmaßnahmen angekündigt, da die Kapitalisten anstelle der geforderten Reallohnerhöhung von 2 % nur 1 % zahlen wollen („FAZ", 15.2.).

Wir werden im AK 100 ausführlich über Verlauf und Ergebnisse des Streiks berichten.

Niederlande-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Amsterdamer Kollegen vom Bau auf dem Marsch zur Direktion, wo sie ihre Forderungen nach „automatischem Preisangleich" und Lohnerhöhung vorbringen wollen.

Regierung und Kapitalisten erklären der Arbeiterklasse offen den Krieg

Am 6. Februar brachte die Regierung Andreotti ein Paket von gesetzlichen Maßnahmen und Verordnungen auf den Tisch, mit dem in Steigerung zu den bereits im Herbst 1976 durchgeführten Preiserhöhungen und Rationalisierungsmaßnahmen („stangata") die Arbeiterklasse noch stärker ausgeplündert werden soll.

Im Herbst hatte es bereits Miet-, Fahrpreis- und Steuererhöhungen gegeben. Die Tarifverhandlungen wurden gestoppt und die sozialen Leistungen herabgesetzt. Mehr als 40.000 Entlassungen allein im öffentlichen Dienst hat es seit dem letzten halben Jahr durch diese Maßnahmen gegeben. Die neuen Maßnahmen verschärfen diesen Kurs.

Finanzierung der Sozialabgaben

Bisher trugen – wie bei uns – je zur Hälfte die Kapitalisten und Arbeiter die Kosten der Sozialversicherung und der Krankenkasse. Ab sofort jedoch bekommen die Kapitalisten vom Staat monatlich pro Arbeiter und Beschäftigten zunächst 60% ihres Anteils, ca. 42 Mark, und ab Mai 72 Mark pro Mann bezahlt. Die Arbeiter müssen weiterhin ihren Teil aus der eigenen Tasche bezahlen. Insgesamt hat der Staat den Kapitalisten ca. vier Milliarden Mark allein für die Übernahme eines Teiles der Lohnzahlung versprochen. Da die Staatskasse derzeit aber ein einziges gähnendes Loch ist, hat man gleichzeitig die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Brennstoffartikel beschlossen, die die Arbeiter bezahlen müssen. Außerdem werden die Sozialabgaben um ca. 20% gekürzt.

Dieser Plan ist der zweite sogenannte „Sozialpakt", den Regierung und Gewerkschaften geschlossen haben. Gewerkschaften und PCI sind im Prinzip mit den neuen „Spar"-maßnahmen einverstanden; nur um das Gesicht zu wahren, hatten sie schon in der vorausgegangenen Planungsphase einige Bedingungen an ihre Loyalität geknüpft: Der Staat sollte nur solche Unternehmen fördern, die „produktiv" seien; zudem noch ein „soziales" Trostpflästerchen, nämlich auch d i e Firmen sollten unterstützt werden, die im Süden Italiens investieren wollen.

Tatsächlich hat sich die Regierung auch weitgehend an diese Bedingung gehalten: Ausgespart worden von der Finanzierung sind gerade die Bauwirtschaft und einige kleinere Zweige, wodurch die ohnehin angeschlagene Bauindustrie weitgehend bankrott gehen wird. Auch andere kleinere Firmen werden durch diese Politik zugrunde gerichtet. Den Nutzen hat das Großkapital. Das wird für mehr als zwei Millionen Arbeiter neben der bisherigen Arbeitslosenzahl wahrscheinlich bedeuten, daß sie sich unter noch schlechteren Bedingungen im Ausland verkaufen oder im Elend des Arbeitslosenheeres untertauchen müssen.

Erhöhung der Brennstoffpreise

Sämtliche Brennstoffe werden drastisch teurer. Einzig das Benzin ist ausgespart worden und das allein aus Rücksicht auf Fiat-Chef Agnelli, der seinen Autoumsatz sonst empfindlich gestört sieht. Hierdurch erhöhen sich besonders die Heizungs- und Transportkosten, die die Kapitalisten aufgrund von Sondertarifen billiger bekommen. Das heißt also auch, daß Bus- und Bahnfahrten noch teurer werden sowie auf alle zu transportierenden Waren ein nochmaliger Prozentsatz aufgeschlagen wird.

Bei schon derzeit ca. 28% Inflation ist es der reinste Zynismus, wenn die PCI und die Regierung dies gemeinsam als einen wichtigen „Baustein im Kampf gegen die Inflation" bezeichnen.



„Entwickeln wir gegen den Pakt Gewerkschaft–Kapitalisten die organisierte Arbeiteropposition!"

Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die IVA, etwa wie unsere Mehrwertsteuer – also eine indirekte Steuer – soll drastisch angehoben werden. Zwölf bis 14% auf alle Industriegüter, neun Prozent auf Textilien und 30% auf sogenannte Luxusgüter, wozu auch Alkohol zu rechnen ist. Genau wie bei uns wird die Mehrwertsteuer allein vom Verbraucher bezahlt. Gleichzeitig mit dieser Verordnung hat sich die Regierung jedoch geweigert, wenigstens auf Antrag einiger Abgeordneter einen Kontrollausschuß über die Preise einzurichten. Der Spekulation, dem enormen Preisanstieg und der Inflation sind also dadurch Tür und Tor geöffnet!

„Scala Mobile" wird unterlaufen

Eine der drastischsten Maßnahmen ist jedoch die praktische Abschaffung der „Scala mobile", eine Errungenschaft, die sich die italienische Arbeiterklasse erkämpft hat. Bisher erhöhte sich der Lohn der Arbeiter alle drei Monate, wenn der Index der Inflation – berechnet nach einer Preisindexklausel – sich erhöht hatte. Diese Erhöhung ist als Ausgleich für die Preissteigerungen zwischen den Tarifrunden gezahlt worden, die in Italien nur alle drei Jahre stattfinden. Bisher hatte man schon einige Male versucht, z.B. die Verkehrstarife aus der Berechnung der Preiserhöhung herauszulassen, was jedoch immer wieder zurückgekämpft wurde. Jetzt jedoch soll sowohl die Erhöhung der Brennstoffe als auch die Mehrwertsteuererhöhung aus der Berechnung des Indexes herausgelassen werden und so die „Scala mobile" unterlaufen werden. Die Mehrwertsteuer und die Brennstofferhöhung machen jedoch allein jetzt schon eine durchschnittliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 15% aus! Andreotti hat auch keinen Zweifel daran gelassen, daß dies nur der Anfang ist und er die „Scala mobile" insgesamt abschaffen will.

Beseitigung der Tarifautonomie

Nachdem schon im Herbst ein allgemeiner Lohnstopp mit den Gewerkschaften ausgehandelt worden war, sind jetzt auch die betrieblichen Erhöhungen an der Reihe. Zum einen kann jeder Kapitalist seine Lohnerhöhung (neben der Bezahlung der Sozialversicherung durch den Staat, neben den Sondertarifen und ohne Mehrwertsteuerbelastung!) von der Steuer absetzen. Bisher waren die national ausgehandelten Tariferhöhungen jedoch nur Leitlinien für die Löhne. Was die Arbeiter wirklich bekamen, hing von ihrer regionalen und vor allem betrieblichen Kampfkraft ab. Jetzt jedoch hat die Regierung verfügt, daß für jeden Pfennig Lohn, der über die nationale Marke hinausgeht, keine Möglichkeit der Steuerabsetzung mehr erlaubt ist, im Gegenteil noch Steuern draufgezahlt werden müssen. Dies ist eine wirksame Waffe in der Hand der Kapitalisten, um jegliche betrieblichen Kämpfe um mehr Lohn und Sozialleistungen abzuwürgen.

Damit ist auch dem gewerkschaftlichen Kampf innerhalb der Betriebe um mehr Lohn eine wichtige Grundlage entzogen. Es wird also in Zukunft nach Andreotti und den Gewerkschaften nur noch alle drei Jahre eine Tarifrunde geben, bei der Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaften an einem Tisch sitzen und die Löhne aushandeln. In der Zwischenzeit soll es weder Lohnerhöhung noch Inflationsausgleich mehr geben.

Reaktionen der Parteien und Gewerkschaften

Die drei großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL haben kein gemeinsames Kommunique herausgegeben, sondern sich im wesentlichen hinter den offiziellen Meinungen der Parteien versteckt.

Lama, Vorsitzender der revisionistischen CGIL, ist völlig auf Linie mit der PCI-Zeitung „L'Unita", die am 6.2. mit der Schlagzeile erschien: „Die nötigen Modifizierungen müssen jetzt im Parlament eingebracht werden". Der PCI kommt es offensichtlich im Moment vor allem darauf an, daß eine „relative Stabilität" der Parteien im Parlament als Voraussetzung für die Überwindung der Krise (d.h. deren Abwälzung auf die Arbeiterklasse!) aufrechterhalten bleibt.

Nicht viel anders die Kommentare der „sozialistischen" UIL, die zwar die Erhöhung der Mehrwertsteuer härter kritisiert und auch die Angriffe auf die „Scala mobile" zurückweist, jedoch mit derselben Orientierung „Modifizierung im Parlament". Am meisten kritisiert die CISL noch die Maßnahmen, u.a. auch die Angriffe auf die Tarifautonomie. Insgesamt aber sind alle drei Gewerkschaften sowie die PSI und die PCI sich darin einig, daß auf gar keinen Fall die Arbeiter gegen die „Spar"maßnahmen mobilisiert werden dürfen.

Reaktion aus den Betrieben

Als unmittelbare Reaktion legten die Arbeiter von Fiat die Arbeit nieder und schlossen sich zu einem großen Demonstrationszug zusammen. Täglich kommen neue Meldungen über Aktionen in einzelnen Betrieben. Zu regionalen Streiks kam es auch schon in Piemonte und der Umgebung von Mailand sowie in Neapel. Dennoch besteht die größte Schwierigkeit der Kämpfe darin, daß es derzeit keine Kraft gibt, die die Arbeiter zusammenschließt und die Kämpfe koordiniert.

Die Gewerkschaften haben sich dem „sozialen Frieden" verschworen und bis auf einzelne regionale Funktionäre verweigern sie die Organisierung eines Generalstreiks. Die revolutionäre Linke ist nicht in der Lage, die Kämpfe selbständig anzuleiten und zu koordinieren, zumal sich die PdUP („il manifesto") und AO (Avanguardia Operaia) derzeit in erster Linie mit ihrem Vereinigungsprozeß beschäftigen und Lotta Continua nach der Orientierungslosigkeit des letzten Kongresses Schwierigkeiten hat, wieder Tritt zu fassen.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Griechenland/Türkei/Zypern

Antifaschistische Massenbewegung wächst

Türkei. Die Terrorakte der Faschisten sowie die Politik der forcierten Faschisierung der Regierung Demirel hat jetzt zu einer stärkeren Diskussion unter den türkischen Antifaschisten, Verbänden und Vereinen geführt, um eine gemeinsame antifaschistische Einheitsfront aufzubauen (siehe AK 98). Der TÖB-DER (Lehrerverband), TÜM-DER (Beamtenverband) und TÜTED (Technikerverband) haben ein gemeinsames Komitee gegen die wachsende Faschisierung gebildet.

An einer von diesem Komitee organisierten Demonstration „Für ökonomische und demokratische Rechte", die von weiteren 19 demokratischen und fortschrittlichen Vereinen unterstützt wurde, nahmen über 85.000 Menschen teil.

Auf der Kundgebung rief der Vorsitzende des TÖB-DER, Gazioglu, dazu auf, daß *„gegen die MC-Regierung* (nationale Regierungsfront) *eine Volksfront gebildet werden muß! Die Linken und Revolutionäre müssen sich auf einen langandauernden Kampf einstellen. Die MC-Regierung greift mit Ausnahme einer Handvoll Kapitalisten das gesamte Volk an, besonders alle fortschrittlichen und revolutionären Menschen. Obwohl die Bewegung gegen das Elend, die faschistischen Morde und die Faschisierung stark gewachsen ist, hat die Bewegung noch keinen entscheidenden Erfolg erzielt.*

Es gibt keine Einheit der Bewegung, der Kampf gegen die Faschisierung darf nicht nur im Parlament, sondern muß in allen gesellschaftlichen Bereichen geführt werden. Deshalb sollen sich alle fortschrittlichen und revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes auf ein gemeinsames Programm einigen und sektiererische Positionen, die vor allem Gruppeninteressen in den Vordergrund stellen, verlassen". Desweiteren wurde das Streikrecht für Beamte und Lehrer sowie die Erhöhung der Gehälter gefordert. Gegenwärtig ist im ganzen Land eine breite Demonstrationswelle gegen die Regierung angerollt.

Besonders provokatorisch, diese Rolle scheinen sie in allen Ländern zu spielen, verhielten sich die ML-er. Sie versuchten, durch Prügeleien und sogar Schießereien und ihre üblichen Parolen „Nieder mit Faschisten und Sozialfaschisten", die Führung der Demonstration zu übernehmen. Auch auf der Kundgebung hoben sie sich wieder entsprechend hervor. Diese Provokationen nahm der Staatsapparat zum Anlaß, in die Menge zu knüppeln und zu ballern, so daß sechs Menschen, darunter drei durch Schüsse lebensgefährlich verletzt wurden. Weitere 60 wurden in Krankenhäuser eingeliefert. Auch Fotoreporter wurden von den Brutalitäten der Bullen nicht verschont. Ihnen wurden die Kameras zerschlagen. Zudem wurden sie von der Polizei schwer verprügelt.

Diese Auseinandersetzungen nahm nun wieder der Gouverneur von Ankara zum willkommenen Anlaß, die drei Verbände zu verbieten. Die drei Verbände haben daraufhin in Erklärungen gegen die Angriffe auf die Bewegung und die demokratischen Kräfte protestiert. Die TGS (Journalistengewerkschaft) forderte, daß die Bullen bestraft werden.

In der gemeinsamen Erklärung wurde bekannt gegeben, daß ein TÖB-DER-Mitglied beim Plakatekleben vor der Demonstration erschossen wurde. Der Vorsitzende des TÖB-DER-Ortsverbandes Lice wurde vor der Demonstration von der Polizei verhaftet und am nächsten Tag war er verschwunden, obwohl die Folterknechte erklärten, er wäre nicht unter den Verhafteten. Neben den öffentlichen Protesten, denen sich viele Organisationen anschlossen, haben die Verbände auch den gerichtlichen Weg beschritten. Das Hochgericht muß innerhalb von 15 Tagen entscheiden. Es ist zu erwarten, daß dann das Verbot wieder aufgehoben wird. Allerdings ist das Vorgehen des Staatsapparates eine deutliche Warnung an alle antifaschistischen Kräfte, ihre Anstrengungen zu verstärken. (Alle Informationen aus „Cumhuriyet" vom Februar 77).

Griechenland-/Türkei-Kommission

Täglicher Terror

Der tägliche Terror gegenüber den Menschen in der Türkei reißt nicht ab, was die folgenden Beispiele beweisen:

Journalist zu Tode gefoltert

Zeki Erginbay, Presseverantwortlicher einer fortschrittlichen Techniker-Zeitung an der TU in Istanbul, Student und Mitglied der TMMO (Ingenieurs- und Architektenkammer), wurde am 23.1.77 entführt. Trotz der sofortigen Vermißtenanzeige der Verwandten und auch eines Hinweises, daß er sich in einem von Faschisten besetzten Studentenwohnheim befinden könnte, sahen sich die Bullen nicht veranlaßt, aktiv zu werden. Der Genosse, der sich aktiv am antifaschistischen Kampf beteiligt hatte, wurde zwölf Tage später gefunden. An seiner Leiche wurden Spuren von Folterungen gefunden. Todesursache: Herzschuß!

Dieser Mord hat den Ärzteverein zu einer Protesterklärung gegen die Polizei bewogen. Die TMMO erklärte, daß der Genosse eindeutig ein Opfer der faschistischen Gewalt ist und sie eines Tages die Rechnung dafür erhalten werden.

Die Beerdigung von Zeki Erginbay wurde zu einer bedeutenden Demonstration gegen den Faschismus. Parolen wie „Mütter gebären, Faschisten töten" und „Schulter an Schulter gegen den Faschismus" sowie revolutionäre Lieder bestimmten den Charakter.

Dieser massive Protest zwang die Polizei, das Studentenwohnheim zu durchsuchen. Hierbei wurde ein Waffenlager ausgehoben, dessen Besitzer nach Angaben der Polizei „unklar" sei.

Außerdem wurden zwei Faschisten verhaftet, die allerdings nicht gleich ins Polizeipräsidium geführt wurden, sondern in ihren Zimmern bewacht wurden. Dadurch wurde es ermöglicht, daß die beiden von den „Grauen Wölfen" befreit werden konnten. Die – wenn es um die Linken geht – sonst so schießsichere Polizei war diesmal „in Panik geraten" („Cumhuriyet" vom 7.2.77)!

Todesstrafe für fünf Genossen gefordert

Der Prozeß gegen sechs Genossen, die vor einigen Monaten in Gaziantep verhaftet wurden (siehe AK 82), hat begonnen.

Die Staatsanwaltschaft forderte für fünf Genossen die Todesstrafe, da sie Mitglieder einer illegalen Organisation, der THKO, seien und die Verfassung mit Waffengewalt ändern wollten. In ihrer Verteidigungsrede bekannten sich die Genossen zum Marxismus-Leninismus und zu einer demokratischen und sozialistischen Türkei. Sie verneinten, Mitglieder der THKO zu sein.

Kampf dem faschistischen Terror!
Weg mit der Demirel-Regierung!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Griechenland/Türkei-Kommission

Große Erfolge der Linken – Provokationen der Faschisten

Griechenland. Erneut wurden die Wahlen zu den Studentenausschüssen in Griechenland zu einem überwältigenden Erfolg der Linken. Sie konnten ihren großen Sieg vom letzten Jahr sogar noch ausbauen und erhielten diesmal zusammen fast 80% (!) aller Stimmen. Dies, obwohl die Rechte wie nie zuvor in Griechenland für diese Wahl mobilisiert hatte. Damit dürfte das Konzept des Erziehungsministers Rallis, der die „schweigende Mehrheit" gewinnen wollte, endgültig Schiffbruch erlitten haben. Auffällig sind die relativ großen Verluste der Studentenorganisation der PA.SO.K. Zweifellos muß dies im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise in der Partei und speziell ihrer Studentenorganisation gesehen werden (siehe AK 98), die einige Sympathisanten offensichtlich verunsichert hat.

Die Ergebnisse im einzelnen:

KPG (Revisionisten) 28,5% gegenüber 23,9% im Vorjahr
KPD („Inland") (Euro-Revisionisten) 22,3% gegenüber 20,6% i.V.
PA.SO.K. (Linkssozialisten) 19,5% gegenüber 24,3% i.V.
KPG/ML (Mehrheitsfraktion der alten OMLE – vergleichbar der PCP (R)/UDP in Portugal) 5,5% gegenüber 5,4% i.V.
EKKE (Vaterlandsverteidiger a la „KPD") 3,4% gegenüber 3,6% i.V.
Neue Demokratie (Karamanlis – rechtskonservativ) 12,4% gegenüber 16,1% i.V.

Den triumphalen Sieg der Linken beantworteten die Faschisten in Athen mit mehreren Bombenanschlägen auf Büros der KPG, KPG („Inland") und der EKKE. Die Faschisten setzten damit ihren Bombenterror der letzten Wochen fort. Der Staatsapparat hat bisher kaum reagiert. Lediglich einige kleine Schläger wurden inhaftiert. Die Drahtzieher, die zum Teil im Staatsapparat selber sitzen, werden weiterhin von der Karamanlis-Regierung gedeckt.

Inzwischen hat eine außerordentliche Vollversammlung des Journalistenverbandes stattgefunden, die einen länger andauernden Streik der Journalisten bei gleichzeitiger Informierung der Bevölkerung durch eigene Schriften erwägen. Desweiteren fordern die Journalisten, daß unverzüglich eine Säuberung der Polizei durchzuführen ist von „den in ihr agierenden Faschisten". Die Erkenntnis, daß das Zentrum der Faschisten weiterhin im Staatsapparat selbst zu suchen ist, ist mittlerweile in ganz Griechenland Allgemeingut geworden. Die Diskussion über eine antifaschistische Strategie der Linken wird notwendig!

Griechenland-/Türkei-Kommission

Spanien

1976: Größte Massenmobilisierung der spanischen Arbeiterklasse „verpufft"

Im Jahr 1976 hat es nach einer Statistik der faschistischen Gewerkschaft CNS mehr streikende Arbeiter als in den zehn Jahren zuvor zusammengenommen gegeben! Die Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitsstunden ist sogar zehnmal (!) höher als im Jahre 1975. Die Streiks im vergangenen Jahr 1976 waren im Verhältnis zu früheren Jahren massiver und von größerer Dauer. Es waren auch mehr Großbetriebe beteiligt als in der Vergangenheit.

Neben großen Lohnstreiks (vor allem im Januar '76 mit Metro, Post ...) standen 1976 mehr denn je politische Forderungen nach Generalamnestie und demokratischen Freiheiten im Mittelpunkt der Forderungen. Allein am ersten Jahrestag (28. September) der Hinrichtung von fünf Antifaschisten durch die Franco-Schergen standen 52% der spanischen Werktätigen im Kampf.

Nach dieser Statistik haben sich 3,6 Mio. Werktätige 1976 an einem Streik beteiligt, wobei ein großer Teil davon sich an mehreren Kampfaktionen im Laufe des Jahres beteiligt hat. Das heißt für etwa die Hälfte aller spanischen Werktätigen war das Jahr '76 ein Jahr des aktiven Kampfes für verbesserte Lebensbedingungen, für Freiheiten und Demokratie wie nie zuvor („Cambio 16", 30.1.77).

Da bekanntlich die faschistische Gewerkschaft in der Regel zu erheblich niedrigeren Streikzahlen kommt als die Zählungen der illegalen Arbeiterkommissionen, können wir getrost von einer noch weitaus höheren Zahl ausgehen. (So betrug die offiziell zugegebene Beteiligung am Generalstreik vom 12. November 200.000, während die von den Arbeiterkommissionen angegebene Beteiligung bei 2 Mio. (!) lag).

Das erste Jahr der nachfrankistischen Herrschaft in Spanien, das sich durch erhebliche Widersprüche innerhalb der spanischen Oligarchie über den einzuschlagenden Weg auszeichnete, war auch vom subjektiven Faktor her (also vom Bewußtsein und von der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und des Volkes) ein Jahr der größten Chancen und Möglichkeiten hin auf eine tiefgreifende demokratische Veränderung.

Daß diese Möglichkeiten nicht für einen revolutionären Umbruch des spanischen Faschismus genutzt wurden, ist einzig und allein der Pakt-Politik der reformistischen Opposition zu danken, die ihre staatsbürgerliche „Verantwortung fürs Ganze" in allen entscheidenden Momenten unter Beweis stellte, noch bevor sie überhaupt von der Suarez-Regierung legalisiert worden ist.

Nach den Morden einer internationalen Faschistenbande an fünf Arbeiteranwälten in Madrid – die von der reformistischen Opposition in einen Topf Lit der Entführungsaktion des Staatspräsidenten Oriol und des obersten Militärrichters Villaescusa durch die GRAPO geworfen wurden – hatte die reformistische Opposition (mit Ausnahme der linken Organisationen PT, ORT und MC) die spanischen Massen zum Stillhalten aufgerufen und von Demonstrationen „abgeraten"!

Santiago Carrillo machte den Versuch einer Erklärung dieser für viele ehrliche Antifaschisten völlig unerklärlichen Zurückhaltung:

„Wir fühlen Wut und Abscheu gegen das faschistische Verbrechen und die Welle der Gewalt, die von Ultra-Gruppen und Unverantwortlichen in diesem Land durchgeführt wird. Aber unsere Wut und unsere Abscheu müssen kalt und berechnend sein. Vielleicht gibt es welche, die denken, wir hätten auf die Straße gehen müssen, um sie hinauszuschreien, aber das hätte uns mit anderen Spaniern konfrontiert, die ebenso wie wir an einer politischen Veränderung zu einer Demokratie interessiert sind (?!?).

Das Wichtige ist heute, einen Schritt vorwärts bei der nationalen Wiederversöhnung zumachen und zu erreichen, daß die übergroße Mehrheit sich über alle Differenzen hinweg zusammenschließt (!!), um in Ruhe und Gelassenheit zu Wahlen zu kommen, in denen frei eine Kammer gewählt wird, die wirklich konstituierend (= verfassunggebend –AK) ist" (Mundo Obrero, 10.1.77).

Die Tatsache, daß die Revisionisten, die unter Franco die bedeutendste antifaschistische Kraft waren, so offen die antifaschistische Aktion einem von Francos Zöglingen inszenierten Wahlschwindel opfern, muß erhebliche Teile der spanischen Arbeiter verwirren und entmutigen. Daß sie den hinterhältigen Mord an fünf Arbeiteranwälten widerstandslos hinnehmen sollen zugunsten von „Wahlen", bei denen die alten Faschisten die Bedingungen diktieren, kann zumindest für den militanten Kern der spanischen Arbeiterklasse nicht annehmbar sein.

Trotzdem führt diese Politik der reformistischen „Opposition" dort, wo man ihr nicht auf den Leim geht, sicher zunächst mal nicht zu verstärktem Widerstand, sondern zu politischer Resignation. Die große Chance der Massenmobilisierung des vergangenen Jahres ist „vertan", da hilft auch das Pusten und Anfeuern linker Organisationen nichts mehr, die offensichtlich einen Niedergang der Massenmobilisierung nicht mehr umhin können festzustellen: *„Bleibt nicht stehen, wenn wir kurz vor dem Sieg (?!?) stehen. Laßt Euch nicht von Lügen, Versprechen und halben Zugeständnissen verwirren. Laßt Euch nicht von den Widersachern der Offensive des Volkes lähmen"* (ZK der ORT, Aufruf an die Arbeiterklasse und alle Völker Spaniens, Januar '77). Die ORT, die bis vor kurzem noch den „politischen Generalstreik" zum endgültigen Sturz des Faschismus als eine reale unmittelbar bevorstehende Perspektive verkündete, steht jetzt offenbar selbst vor den Scherben einer von ihr mitgetragenen, die Massen demobilisierenden Versöhnungspolitik. Die Vorschläge, die die ORT dem Volk zu machen hat, sprechen u.E. für eine vollkommene politische Perspektivlosigkeit:

Die ORT *„ruft deshalb die Arbeiterklasse und das ganze Volk dazu auf, die Mobilisierung fortzusetzen, bis die jetzige politische Krise geklärt und gelöst ist. Wir wollen nicht den Zusammenstoß mit den Repressionskräften suchen. Wir rufen dazu auf, daß Versammlungen einberufen werden, in denen wir alle gemeinsam die politische Situation diskutieren und über ihre Lösung entscheiden. Wählen wir in den Versammlungen Vertreter, die unsere Ideen zum Ausdruck bringen und uns in der Aktion vereinheitlichen.*

Mut zum Sieg; wir können ihn erlangen" (ZK der ORT, s.o.).

Nun, an Mut und Kampfgeist hat es der spanischen Arbeiterklasse bisher nicht gefehlt. Gefehlt hat es ihr allerdings und heute mehr denn je an einer konsequenten revolutionären Führung, die der Illusionsmacherei über die friedliche Besiegung des faschistischen Repressionsapparates entgegengetreten wäre.

Spanien-Kommission

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 26.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

„GRAPO": Faschisten verkleidet als „Kommunisten"???

Unter dieser Überschrift (allerdings ohne Fragezeichen) bringt die in Hamburg erscheinende erste Nummer der angeblich linken Zeitung „Spanien im Kampf" (Zeitung der Spanien-Initiativen) einen auf „Bild"-Zeitungs-Niveau liegenden Artikel zur Einschätzung der „Antifaschistischen Widerstandsgruppe 1. Oktober" (GRAPO).

„Zu glauben, GRAPO sind Kommunisten, ist falsch, GRAPO sind Faschisten, dieselben Faschisten wie die A.A.A. (Apostolische Antikommunistische Allianz, die sich für das Massaker an den spanischen Arbeiteranwälten am 24. Januar verantwortlich erklärte – AK) *und die Guerrilleros de Cristo Rey* (bewaffnete faschistische Terrorbande – AK). *Wir sprechen hier deutlich aus, was sonst nur als möglich hingestellt wird, und zwar*
– *von der spanischen Regierung*
– *von der spanischen und deutschen Presse* (es ist natürlich die bürgerliche Presse gemeint – AK)
– *vom deutschen Fernsehen"* („Spanien im Kampf", Nr.1). Die „deutliche Sprache" dieser Tintenkulis („wir sprechen hier deutlich aus ...") ersetzt dann – wie in dieser Branche üblich – das überzeugende Argument: Suggestion und „fester" Glaube, statt Beweisführung und Beleg.

Wir sind nicht geneigt, diese entlarvende Brüderschaft dieser angeblich fortschrittlichen Zeitung mit der *„spanischen Regierung"* und der *„spanischen und deutschen* (Lumpen) *Presse"* auf das Konto der „großen Eile", mit der die Zeitung nach Darstellung ihrer Herausgeber gemacht wurde, zu schieben (*„Sie hat sicher viele Fehler und Schwächen – deshalb macht mit!"* – Nein, Freunde, sowas machen wir nicht mit!).

Die Artikelschreiber entblödeten sich nicht, mit Fragen wie: *„Wieso ist die ‚linke Mikrobe' so schlagkräftig und unauffindbar"* den antikommunistischen Jargon der bürgerlichen Journalisten nachzuäffen. Ein Fragenkatalog aus der spanischen – zunehmend nach rechts driftenden – Zeitschrift „Cambio 16" wird unbesehen zum Beweis genommen, daß es bei der GRAPO nicht mit „rechten Dingen" (bzw. gerade mit „rechten" Dingen) zugeht. In diesem 13-Fragen-Katalog stehen so beknackte Fragen wie *„9. Warum sind die zwei Polizisten der Leibwache von Oriol im Moment der Entführung nicht auf ihren Posten gewesen?"* oder *„2. Warum entführten sie ihn* (Oriol – AK) *aus seinem Büro im zweiten Stock eines Gebäudes einer sehr belebten Straße und auch noch Samstag morgen?"* („Cambio 16", 27.12.76). Ja, warum entführten sie ihn nicht Freitag mittag, warum lag das Büro nicht sinnvollerweise gleich Parterre ... Im übrigen dürfte in einer „belebten Straße" Auffälliges weniger auffallen als auf einer relativ einsamen, wo jede Bewegung von jedem beobachtet werden kann (Einmaleins der „Stadtguerilla"...).

Abschließend läßt sich zu diesem „Erzeugnis" in „Spanien im Kampf" sagen, daß es auf der untersten Ebene des bürgerlichen Antikommunismus „argumentiert", keinerlei stichhaltige Beweise für seine abenteuerlichen Behauptungen (außer der „spanischen Regierung" als Kronzeuge) bringt und nicht einmal den Funken an fortschrittlichem Anstand aufbringt, wenigstens darzulegen, warum bestimmte bewaffnete Aktionen zur Zeit nicht ins Konzept bestimmter spanischer linker (?) Organisationen passen. Hinter der „Argumentation" steckt die tiefe Verstricktheit der Schreiber dieses Artikels in den sogenannten „Demokratisierungs"-Prozeß in Spanien, *„bei dem das Regime bei Aufrechterhaltung des faschistischen Staats- und Repressionsapparates einige Zugeständnisse an die (vor allem bürgerliche) Opposition macht und zusammen mit ihr die Werbetrommel für ein angeblich ‚demokratisiertes Spanien' etc. im In- und Ausland rührt und bei dem die Opposition als Gegenleistung für die paar dürftigen Zugeständnisse ihr Forderungs-Paket an das Regime drastisch zusammenstreicht"* (AK Nr. 98, „GRAPO?"). Ins Konzept dieses „Demokratisierungs"-Zaubers passen keine bewaffneten Aktionen der Linken, da sie, indem sie Vergeltungsmaßnahmen des Staates „provozieren", dessen unverminderte Schlagkraft dem Volk deutlich machen.

Bürgerliche Berichterstattung: so und so

Wie einfach es ist, vorliegende Tatsachen durch das Hineinstreuen von Vermutungen, durch „saloppe" Formulierungen, durch das Weglassen von bestimmten „Einzelheiten" (oder das Zusammenwürfeln verschiedenartigster „Einzelheiten") in die gewünschte Richtung zu drehen, wird gerade aus der Berichterstattung über die inzwischen (am 11.2.) erfolgte Befreiung Oriols und Villaescusas deutlich. Diente diesen Kräften bisher der Umstand der Unauffindbarkeit der GRAPO als „Beleg" für deren „rechte Herkunft", so ist es nun heute im Gegenteil das Auffliegen der GRAPO und die einsetzende Verhaftungswelle in l i n k e n Kreisen, die für dieselbe diffamierende Verdächtigung herangezogen wird.

So berichtete die ARD-Tagesschau vom 11.2. auf der bekannten „mächtigen Hintermänner"-Ebene. Die Tatsache (?), daß die Polizei angeblich schon „seit Wochen" das Versteck der Entführten kannte, daß bei der „Befreiungs"-Aktion kein Schuß (bzw. nur ein Blindgänger) abgegeben wurde, daß die „Befreiung" der beiden Geiseln Oriol und Villaescusas kurz hintereinander erfolgte, daß die beiden ausgesprochen wohlauf waren und sich durchweg eher anerkennend über ihre Entführer äußerten und daß es eine Pressekonferenz kurz nach der „Befreiung" gab, die angeblich *„eine Spur zu perfekt vorbereitet"* war, ließ die Tagesschau-Macher kurzerhand schließen, daß dies alles verdächtig nach allmächtigen Geheimdiensten riechen würde.

Auch die „Frankfurter Rundschau" hält an der abstrusen „Hintermänner"-Theorie fest: *„Eines bleibt auch nach der Lösung der beiden Entführungsfälle ungeklärt: Wer die Hintermänner der kleinen Splittergruppe sind, die nach den Worten des Einsatzleiters ‚wohl Geld, aber keine Infrastruktur' hat. In der Regierung wird nach wie vor vermutet, daß die Drahtzieher bei der extremen Rechten zu suchen sind. Innenminister Villa betonte, es werde jetzt untersucht, welche politischen Verbindungen die GRAPO habe, ‚auf welcher Ebene und von welcher Tendenz auch immer'"* („FR", 14.2.77).

Derselbe Tatbestand hört sich in der „Süddeutschen Zeitung" so an: *„Der Innenminister meinte zu den Spekulationen, daß Ultrarechte oder Geheimdienste wie CIA oder KGB hinter der GRAPO stünden, eventuelle Verbindungen seien bisher nicht bekannt, es würde weiter ermittelt ohne Rücksicht auf die, die dahinterstehen könnten"* („SZ", 14.2.77). Die „Ermittlungen" der spanischen Regierung haben inzwischen zur Verhaftung von zunächst 28 Personen geführt, *„doch rollt die Verhaftungswelle gegen den PCE/r inzwischen weiter"* („SZ", s.o.). Diese Verhaftungswelle wird in der „FR" gar nicht erwähnt ... Zu dem „FR"-„Argument", die GRAPO habe *„wohl Geld, aber keine Infrastruktur"*, kann man in der „SZ" die mögliche Erklärung finden, die vom spanischen Innenminister bezüglich des Geldes gegeben wurde, *„die GRAPO hätte einmal bei einem Überfall auf die Sozialversicherung 25 Millionen Peseten (rund 1,4 Millionen Mark) erbeutet"* („SZ", s.o.).

Die „FR" läßt Oriol nur von einer geradezu „herzlichen" Behandlung seiner Entführer sprechen. *„Den größten Teil der Zeit über habe er mit ihnen Karten gespielt"* („FR", 14.2.77). Laut „SZ" haben sich die beiden, Oriol und Villaescusa, gar nicht über Kartenspiel-Kumpanei geäußert: *„Die GRAPOs (Antifaschistische Widerstandsgruppe 1. Oktober) wurden offiziell von den beiden Befreiten als verbitterte und aus der Bahn geworfene Marxisten-Leninisten geschildert, die die spanische KP Carrillos und auch die revolutionären, zum Teil maoistischen Parteien links davon wegen ihrer Politik der Gewaltlosigkeit verachten"* („SZ", s.o.).

Zur „friedlichen Befreiungsaktion" weiß die „SZ" folgenden Einzelheiten zu berichten, die in der „FR" keine Erwähnung finden: *„Als sie* (die Sondereinheit – Anm. AK) *in die Wohnung eindrang, wo Villaescusa gefangengehalten wurde, und gerade eine posthume Botschaft für den Fall seines Todes schrieb, glaubte der General zunächst an einen üblen Scherz der GRAPO. Sein Wächter Albado Colazo hatte seine entsicherte Maschinenpistole in Reichweite, wurde aber von vier Beamten überwältigt. Ihr Anführer sagte: ‚General, Sie sind gerettet, umarmen Sie mich!'. Als Villaescusa der Sache noch immer nicht traute, zeigte der Beamte seine Erkennungsmarke. Dem 64jährigen General kamen die Tränen, als er den jungen Polizisten umarmte.*

Oriol wurde anderthalb Stunden später, um 15.40 Uhr, befreit, nachdem offenbar ein Verhafteter sein Versteck verraten hatte. Der 63jährige Staatspräsident saß in Pantoffeln in einer vor einer Woche von den Entführern für 1,5 Millionen Peseten (rund 55.000 Mark) gekauften Wohnung im Arbeiter- und Kleinbürgervorort Vallecas zusammen mit dem Bewacher Gil Avaujo, einer jungen Frau und deren elf Monate altem Mädchen Filisa, das er sehr liebgewonnen hatte..." („SZ", s.o.).

Es ist durchaus nichts Ungewöhnliches, sondern eine ganz normale, wenn auch für die Bourgeoisie sehr ärgerliche psychologische Reaktion von entführten Staatsgrößen, daß sie sich im Zustande ihrer (normalmenschlichen) Ohnmacht und ohne den Machtapparat zu ihrer Verfügung auch normalen menschlichen Regungen hingeben und unter Umständen gar Bereitschaft entwickeln, ihre „Todfeinde" verstehen und kennenzulernen. So äußerte sich z.B. auch der 1972 von einem Kommando des **„2. Juni" entführte Westberliner** CDU-Politiker Lorenz, sehr zum Ärger seiner Parteikumpane, eher positiv über seine Entführer. Ähnliches wird von Ex-Gefangenen der Tupamaros (Uruguay) oder der ‚Roten Brigaden' (Italien) berichtet.

Oriol, der Staatsratspräsident, sprach von einem *„fast freundschaftlichen Verhältnis zu den Kidnappern"*, *„zwischen ihm als Francotreuem Traditionalisten und den Linksextremen kam es zu Streitgesprächen, doch respektierten sie seine Haltung"* („SZ", s.o.). Villaescusa, der Präsident des Obersten Militärgerichts, mußte immerhin zugeben, *„ausreichend zu essen"* und auch seine Herzmedizin, die per Presse und Rundfunk an die Entführer durchgegeben worden war, bekommen zu haben, allerdings nannte er *„die Gehirnwäsche durch die Kidnapper, die in ihm die spanische Armee und die legale Macht verachteten, schrecklich"* („SZ", s.o.).

Villaescusa war auch erst knapp zwei Wochen im Zustand des Ausgeliefertseins und konnte und wollte wohl absolut seine neue Situation und seine „Partner" nicht begreifen.

Wir haben bereits in AK 98 dargelegt, weshalb wir die GRAPO *„mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit"* für eine linke revolutionäre Kraft halten. Diese These wird in gewisser Weise von der Berichterstattung der „SZ" abgestützt, die allerdings im Gegensatz zu sonstigen bürgerlichen Verlautbarungen steht. Als glaubhafteren „Kronzeugen" haben wir den Generalsekretär der Befreiungsbewegung der Kanarischen Inseln (MPAIAC), Cubillos. Über den Freiheitssender durfte die GRAPO ein Kommuniqué, sehr zum Schrecken der algerischen Regierung, verlesen. Cubillo äußerte sich zu den Spekulationen, daß GRAPO eine faschistische Untergruppe sei: *„Wir kennen die Leute von der GRAPO und der PCr genau. Das sind alles Erfindungen von Madrid. Die Geschichte wird es beweisen. Sollen sie sie doch weiter verdächtigen. Carrillo sagt das, weil sie ihm aus der PCE rausgegangen sind. Wir betrachten Carrillo und Felipe Gonzalez als schlimmer als die Rechten"* (nach „Cambio 16", 13.2.77).

Wenn wir auch mit der letzten Schlußfolgerung Cubillos in ihrer objektiven Bedeutung nicht übereinstimmen, so steht doch fest, daß die spanischen Reformisten in ihrer dem faschistischen Regime in den Arsch kriechenden Politik und ihrer Diffamierung jeglicher revolutionären Gewalt gegen den gewalttätigen Faschismus in Spanien dem Regime einen größeren Dienst erweisen, als die Ultras dazu heute überhaupt noch in der Lage sind.

Spanien-Kommission

„Verband feministischer Organisationen" gegründet

Ende Januar haben sich größere Teile der in Spanien relativ entwikkelten Frauenbewegung zu einem „Verband feministischer Organisationen" zusammengeschlossen, so u. a. demokratische Frauenorganisationen aus Euzkadi (Baskenland) den Kanarischen Inseln, Kastilien-Leon, Andalusien, Madrid sowie die katalanische „Associaciao Catala de la Dona". In der programatischen Grundsatzerklärung werden die vollständige Gleichberechtigung der Frau vor dem Gesetz gefordert, sowie die Gleichbehandlung ehelicher und unehelicher Kinder, die Abschaffung der Strafe für Ehebruch (bei Frauen) die Legalisierung der Scheidung sowie der Abtreibung. Außerdem wird eine Amnestie für alle Frauen gefordert, die nach den geltenden frauenfeindlichen Gesetzen im Gefängnis sitzen („El Pais", 25.1.77).



Hier ein kurzer Einblick in die geltende faschistische Frauengesetzgebung in Spanien:

In Art. 57 des Zivilgesetzes heißt es:

„Der Ehemann muß seine Ehefrau beschützen, diese muß ihm gehorchen ... die eheliche Einheit fordert eine Entscheidungsgewalt, die die Natur, die Religion und die Geschichte dem Ehemann erteilt"

Eine Frau ist erst mit 23 Jahren volljährig. Verläßt sie das elterliche Haus vorher ohne Erlaubnis, kann der Vater sie verklagen. Sie kann nach dem Gesetz der „sozialen Gefährlichkeit" daraufhin in eine „Besserungsanstalt" eingeliefert werden!

„Ehebruch" der Frau wird mit bis zu sechs Jahren Gefängnis bestraft! Hingegen wurde erst 1962 ein Gesetz eingeführt, nach dem ein Mann bestraft werden kann, wenn er seine Frau ermordet, die er beim „Ehebruch" erwischt hat!

Die spanischen Arbeitsgesetze rechtfertigen die Diskriminierung der Frau in bezug auf Lohnhöhe, Lohngruppen usw. (nach „Spanien aktuell", Nr. 9).

Im Dezember 75 hatten sich erstmals nach 39 Jahren 500 Frauen aus ganz Spanien zu einer feministischen Tagung getroffen.

Auf dieser Tagung wurde eine Resolution verabschiedet, die die politische Ausrichtung der Mehrheit der feministischen Strömungen deutlich macht:

„... *Damit die Frau ein klares Bewußtsein ihrer spezifischen Probleme gewinnen kann, muß die weibliche Bevölkerung aktiv am Kampf um die demokratischen Freiheiten, die Amnestie, Versammlungs-, Organisations- und Meinungsfreiheit sowie auch für eine demokratisch gewählte Regierung, teilnehmen.*

Gleichzeitig ist aber eine revolutionäre und autonome Frauenbefreiungsbewegung in unserem Land notwendig, die zu jeder Zeit die besonderen Forderungen der Frau verteidigt; dies, um jegliche Diskriminierung, wo immer diese vorkomme, zu verhindern: in den Bereichen des Gesetzes, der Arbeit, der Familie oder der Sexualität (...) Wir sind überzeugt, daß die Autonomie der feministischen Forderungsbewegung unbedingt notwendig ist, daß sie ihre Ziele aber nur durch ihre praktische und theoretische Anwesenheit in den Strukturen und sozialen Forderungsprogrammen erreichen kann. Unser Kampf als Frauen darf kein Kampf gegen den Mann sein, sondern gegen eine Situation die es dem Mann ermöglicht, uns zu unterdrücken, gegen die Strukturen, die die Entscheidungsgewalt, die Planung und die Aktion ausschließlich in den Händen der Männer halten. Madrid, 8.12.1975." (zitiert nach „Spanien aktuell". Nr.9)

Spanien-Kommission

Gemeinsame Erklärung von 15 Organisationen zur aktuellen Situation in Spanien

Im Rahmen des 10. Kongresses der französischen PSU (siehe Artikel in diesem AK) fand am 29.1. eine Veranstaltung statt, wo folgende Erklärung vorgetragen wurde:

„Angesichts der Schwere der spanischen Situation bekräftigen die unterzeichnenden Organisationen, anwesend am 10. Kongreß der PSU, ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Kampf der spanischen Völker und ihrer fortschrittlichen Organisationen.

Sie verurteilen auf das Entschiedendste die Suarez-Regierung, die angesichts der faschistischen Provokationen, weit davon entfernt den demokratischen Forderungen der Völker des spanischen Staates stattzugeben, es vorzieht, die linken Organisationen zu verfolgen und den Ausnahmezustand in Madrid erklärt hat.

In diesem Zusammenhang verurteilen die unterzeichnenden Organisationen die Kampagne der bürgerlichen Presse in Westeuropa, die von einer „Reformpolitik" und einem Prozeß der „Demokratisierung" schreibt. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen deutlich, welcher Art diese „Demokratisierung" ist.

Heute wie gestern, unter Suarez wie unter Franco, ist es die Pflicht jedes Demokraten und jedes Antifaschisten, sich solidarisch mit den Völkern des spanischen Staates zu erklären, in ihrem Kampf gegen jede Form von Ausnahmezustand, für die Generalamnestie und für die demokratischen Freiheiten!

Wir fordern die sofortige Freilassung aller unserer verhafteten Genossen! Alle an die Seite der Völker des spanischen Staates in ihrem Kampf gegen die Repression und für die Freiheit!

Straßburg, 29.1.77".

Diese Erklärung, die auf Initiative des KB zustande kam, wurde von folgenden Organisationen unterzeichnet:

BRD:
KB
SB
Spanien:
MC (Kommunistische Bewegung)
FSP (Föderation Sozialistischer Parteien)
PSP (Sozialistische Volkspartei)
Portugal:
MES
MSU
Italien:
PdUP
Libanon:
OACL
Afrika:
Frente Polisario
Holland:
PSP
Frankreich:
OCT
LCR
AMF (Association des marocains en France)
Chile:
MIR
MAPU

1976: „Frau, kämpfe um deine Befreiung. Schließ dich zusammen!

Europas Christ„demokraten"

Europas Christ„demokraten" in Spanien

Am 31. 1./1. 2. fand in Madrid ein Gipfeltreffen der Führer europäischer christ-„demokratischer" Parteien – auf Einladung der „Christdemokratischen Equipe" Spaniens statt. Diese unter dem Titel „Treffen mit Europa" stehende Tagung diente in erster Linie der politischen Aufwertung der spanischen Christdemokraten. Der belgische Ministerpräsident Leo Thindemans durfte im spanischen Fernsehen die „Untergrundtätigkeit" der spanischen Christdemokraten während der Franco-Ära loben, von der das spanische Volk nichts gemerkt hat, was jedoch bei den kommenden Wahlen bei einigen „Vergeßlichen" positiv zu Buche schlagen könnte.

Auf dem Kongreß wurde u. a. über die baldige Integration Spaniens in die EG gesprochen.

Es heißt, daß die spanischen Christdemokraten verärgert waren, daß außer dem Präsidenten der „Union Europäischer Christdemokraten", Kai Uwe von Hassel, kein führender CDU-ler der Einladung gefolgt war. *„Manche sehen darin das Ausweichen der CDU von der Frage, ob sie ihre Solidarität allein der DC-Equipe oder auch der Volkspartei unter Ex-Außenminister Areilza widmen soll"* („Süddeutsche Zeitung", 2. 2. 77). Die spanischen Christdemokraten lehnen die Integration in das von der Volkspartei angestrebte Rechtsbündnis „Demokratisches Zentrum" ab, weil sie sich – bis jetzt – ein Zusammengehen mit vom Franco-Faschismus her kompromittierten ehemaligen Ministern und hohen Würdenträgern nicht leisten wollen und können. Die CDU übt Druck aus in entgegengesetzter Richtung, d. h., sie fordert die Allianz zwischen Konservativen, bürgerlichen Demokraten und offenen Faschisten unter dem gemeinsamen Mantel der europäischen „Christdemokratie". Gemäß der eingespielten Arbeitsteilung zwischen CDU und CSU flog F.J. StrauSS wenige Tage später nach Malaga zu vertraulichen Gesprächen mit den Rechtsaußen-Flügelmännern Fraga Iribarne und Silva Muñoz, mit denen die CDU ein offenes Bündnis ablehnt, weil sie „zu weit rechts" stehen („SZ", 4. 2. 77).

Spanien-Kommission



Während in Spanien Massenstreiks gegen die Ermordung von drei streikenden Arbeitern stattfinden, wird der für den blutigen Polizeieinsatz verantwortliche spanische Innenminister Fraga Iribane in Bonn von führenden Mitgliedern der Bundesregierung und der Konzerne freundlich empfangen. (hier mit Verteidigungsminister Leber)



Kai Uwe von Hassel (2. v. r.) bei dem „Treffen mit Europa" in Madrid

Roca: „Wir haben es satt, wie Tiere zu leben"

Die 4.500 Arbeiter der Heizkörper herstellenden Firma „Roco radiadores" in Gavá (bei Barcelona), die seit dem 9. November 1976 in einem erbitterten Streik standen, sind am 11. Februar, ohne daß ihre Forderungen bisher erfüllt sind, an die Arbeitsplätze zurückgekehrt. Schon im Februar/März 76 hatten die Kollegen 41 Tage lang für die Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen gestreikt.

Ein undurchschaubares 20-Gruppen-Lohnsystem nebst Prämien führte zu erheblichen monatlichen Lohnschwankungen, während die Produktionsrhythmen immer dieselben blieben. Ein hoher Grad an Frühinvalidität (durch Silikoselungen in der Porzellanbearbeitung, durch Rückgradverkrümmungen, usw.), die schlechte Lüftung bei mörderischer Hitze, ein unmenschliches Arbeitstempo brachten der Firma Roca unter den Arbeitern den Ruf eines Konzentrationslagers ein. Der Streik von Anfang '76 zeigte den Arbeitern die vollkommene Unwirksamkeit der Instanzen der vertikalen faschistischen Gewerkschaft (CNS) sowie der von der Betriebsleitung eingesetzten Vertretungsorgane.

In betrieblichen Vollversammlungen wählten die Roca-Arbeiter nach diesem Streik 43 jederzeit abwählbare und unmittelbar der Vollversammlung verantwortliche Delegierte, die von den Kapitalisten als die einzigen Verhandlungspartner aktzeptiert werden mußten. Dies wurde ebenso wie die Anerkennung der Verhandlungskommission für den Tarifvertrag in kurzen Warnstreiks erreicht.

Zur Durchsetzung von Tarifgesprächen und Aufhebung von Sanktionen der Firmenleitung gegen einzelne Arbeiter traten die Kollegen von Roca dann am 9. November in einen unbefristeten Streik.

Der Streik wurde von Anfang an mit äußerster Brutalität von Kapitalisten und Staat bekämpft. Über 40 Arbeiter wurden entlassen, acht Arbeiter verhaftet, zwölf sind der Militärgerichtsbarkeit ausgeliefert worden. Die Guardia Civil-Bullen beschossen Wohnungen der Roca-Kollegen mit Maschinenpistolen! Sogar die Kinder der Roca-Kollegen wurden in der Volksschule mit Rauchbomben der Bullen terrorisiert. Besonders haben sich faschistische Rollkommandos in bisher unbekannter Intensität um diesen Streik „gekümmert". *„Im bisherigen Verlauf des Streiks wurden wiederholt Anschläge auf die Delegierten verübt, mit Sprengstoff, Molotow-Cocktails, mit Knüppeln, Fahrradketten und Schlagringen, so daß diese zeitweise praktisch im Untergrund leben mußten. Den Arbeitern blieb nur die Möglichkeit der Selbsthilfe: Gruppen zur Bewachung der Wohnungen der Delegierten zu bilden"* (aus Dokumentation des „Komitee Freies Iberien", Köln).

Obwohl der Streik der Roca-Arbeiter unter ständigen militanten Übergriffen der Repressionskräfte und der Weigerung zur Verhandlung seitens der Firmenleitung steht, hat er bisher nur ganz minimale Solidarisierungserfolge gehabt. Das ist in Spanien und zumal im streikerfahrenen Industriegürtel um Barcelona eine neue Situation. Noch vor einem Jahr hätte ein solcher Konflikt unweigerlich zur Solidarisierung tausender Arbeiter aus anderen Betrieben geführt und ein Generalstreik der Region Baix Llobregat wäre aus solchem Anlaß nicht der erste gewesen. Es ist offenkundig, daß die COS (gewerkschaftliche Koordinationszentrale von Revisionisten und Sozialdemokraten) sowie der unter revisionistischer Führung stehende „Gewerkschaftsverband Comisiones Obreras" keinerlei Interesse an einer Ausweitung der Solidarität haben und die Roca-Arbeiter finanziell und moralisch ausbluten lassen wollen. Im Rahmen der Aufgabenteilung innerhalb der „Demokratisierung" des spanischen Faschismus hat die halblegale Opposition die Rolle übernommen, die Massenbewegung und die radikale Linke im Zaum zu halten. Dies wird zur Zeit u.a. auf dem Rücken der Roca-Kollegen ausgetragen.

Die Arbeiter von Roca hatten, um die Informationssperre über ihren Streik auch im Ausland zu durchbrechen, im Januar/Februar 77 eine Delegation zu einer Rundreise nach Belgien, Frankreich und der BRD geschickt.

Spanien-Kommission

afrika

KBW: Zweitbester Freund Mobutus (nach Strauß)

Bemerkenswert „bereichert" wurde die antiimperialistische Diskussion in der BRD durch einen Artikel in der Heidelberger „Afrika-Zeitung" vom 10.1.77 (nach der KSA-Spaltung nunmehr KBW-eigen), in der in den höchsten Tönen das Lob der US-Marionette Mobuto (Zaire) und des „westlichen" Kaunda (Sambia) gesungen wird. Nur selten haben bislang die Nachbeter der chinesischen Außenpolitik unter dem Schlagwort von der „Einheit der Dritten Welt gegen die Supermächte" so offen Partei für proimperialistische Regimes ergriffen. Sie fordern die „*Unterstützung*" dieser Regimes durch die Antiimperialisten Westdeutschlands, denn sie seien dabei, sich vom „*Joch des Imperialismus (zu) befreien und eine unabhängige Entwicklung zu festigen*" (s.o.).

Wie wird diese Pervertierung antiimperialistischer Solidaritätsarbeit begründet?

Die Logik ist so schlicht wie falsch: Aus der unbestreitbaren Tatsache, daß der Imperialismus versucht, die Länder der „Dritten Welt" mit allen Mitteln auszuplündern und sich dabei der Strukuren bedient, die er während der Kolonialzeit geschaffen hat (einseitige Rohstofforientierung der „Dritten Welt") wird gefolgert, daß die „*Völker und Staaten*" der „Dritten Welt" automatisch „*an vorderster Front im Kampf für die Befreiung von imperialistischer Herrschaft und Ausbeutung*" stehen (s.o.) (die hier vollzogene Gleichsetzung von „Staaten" und „Völkern" der „Dritten

von imperialistischer Herrschaft und Ausbeutung" stehen (s.o.) (die hier vollzogene Gleichsetzung von „Staaten" und „Völkern" der „Dritten

Welt" ist kein Ausrutscher und wird in besagter „Afrika-Zeitung" über 1 1/2 Seiten – auch auf Zaire bezogen – konsequent durchgehalten)!

Die hohe Verschuldung Zaires und Sambias sei allein auf den Imperialismus zurückzuführen, der die Verschuldung benutze, um „*den Kurs der nationalen Unabhängigkeit* (Zaires!) *zu Fall zu bringen*" (s.o.).

Die Regierungen Zaires und Sambias sind also an diesem finanziellen Debakel nicht nur schuldlos, sondern sie hätten auch verschiedene Maßnahmen ergriffen, um sich „*von dieser Abhängigkeit ... zu befreien*": Mittels einer „*Afrikanisierungs- und Nationalisierungskampagne unter der Losung ‚Wiedergeburt der alten Authentizität'*. „*Parallel dazu wurden ausländische Konzerne enteignet und verstaatlicht, insbesondere im Bereich der Plantagenwirtschaft*" (s.o.). Mit einem Wort: Mobuto und Kaunda werden zu den Saubermännern des antiimperialistischen Kampfes in Afrika stilisiert. Der Kampf gegen diese fürsorglichen Landesväter wird von der „Afrika-Zeitung" daher entschieden abgelehnt. Man wolle doch nicht „*eine zum Buhmann erhobene Marionette ... verantwortlich für die Lage des Landes*" machen!...

Dazu wäre zunächst zu sagen, daß „Schuldenmachen" in erster Linie eine politische Entscheidung der Regierungen der „Dritten Welt" ist, daß z.B. Länder wie die Volksrepublik China über Jahrzehnte so gut wie schuldenfrei gewesen waren und daß auch rohstoffärmere Länder als Zaire und Sambia, z.B. Guinea-Bissao, äußerst zurückhaltend bei der Kreditaufnahme bei den Imperialisten sind.

Hauptsächlich eine revolutionäre Innenpolitik – Agrarrevolution, autarke Nahrungsmittelversorgung, sozialistische Orientierung – ermöglichen ein tendenzielles Ausscheren aus dem imperialistischen Weltwirtschaftsgefüge.

Aber selbst die Verschuldung eines Landes der „Dritten Welt" braucht nicht wie im Fall Zaire zwangsläufig auf die totale Unterwerfung unter den Imperialismus hinauszulaufen, immerhin betreibt das hochverschuldete Guinea (Conakry) seit vielen Jahren eine durchgängig antiimperialistische Außenpolitik.

Dagegen ist die Verschuldung Zaires nur Ausdruck der vollkommenen Unterordnung unter die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Imperialismus.

Die „Afrika-Zeitung", die Mobuto von jeder Verantwortung hierfür freispricht, will davon ablenken, daß die gesellschaftliche Situation in Zaire und in Sambia durch die politischen Entscheidungen der „nationalen Bourgeoisie" bestimmt werden, die im scharfen Widerspruch zum Volk steht.

So verschweigen die Heidelberger Hofsänger Mobutos, daß die herrschende Clique in Zaire enorme Profite aus dem Kupfergeschäft gezogen hat. Sie hat bewußt dafür gesorgt, daß „*die Abhängigkeit vom Kupferbergbau nach der Unabhängigkeit stetig gewachsen (ist). ...zukünftig (werden) erhebliche Investitionsprogramme auch für ein überproportionales Wachstum der Kupferproduktion innerhalb der Gesamtwirtschaft sorgen. Damit steigt die bereits in der Vergangenheit verhängnisvolle Abhängigkeit vom Weltmarktpreis für Kupfer*" („Handbuch der Dritten Welt", Bd.2).

Der Neokolonialismus der Regime in Sambia und Zaire schlägt sich zwangsläufig auch in der Außenpolitik nieder. So schrieb der KBW selber in einer Sternstunde in seiner „Kommunistischen Volkszeitung" (anläßlich der Verhaftung von ZANU-Kadern in Sambia) am 11.9.75: „*Außerdem fürchtet die jetzt herrschende sambische Bourgeoisie (!) um ihre eigene Macht, wenn nach Mosambik auch in Zimbabwe das Volk unter revolutionärer Führung die Macht übernimmt und die Ketten des Imperialismus radikal zerbricht*" (goldene Worte in der Tat, war da die „rechte Linie" des W. Maier am Ball gewesen?).

Während die „Afrika-Zeitung" der Bourgeoisie von Zaire einen „Kurs der nationalen Unabhängig-

des W. Maier am Ball gewesen?).

Während die „Afrika-Zeitung" der Bourgeoisie von Zaire einen „Kurs der nationalen Unabhängig-

keit" andichtet, kommen bürgerlich-liberale Wissenschaftler zu Ergebnissen wie diesen: „*Trotz der günstigen Voraussetzungen für alle Wirtschaftsbereiche verhindert vor allem eine überforderte und selbst für afrikanische Verhältnisse außerordentlich korrupte politische Führung eine sinnvolle Umsetzung der Bergbaueinkünfte in entwicklungsadäquate Projekte ...*" („Handbuch", s.o.).

Der neokoloniale Charakter Zaires ist zu bekannt als das wir im einzelnen und ausführlich darauf eingehen möchten. Wir wollen an dieser Stelle nur kurz darauf hinweisen, daß der Imperialismus in Zaire, dem ehemaligen Kongo, einen achtjährigen konterrevolutionären Krieg gegen den afrikanischen revolutionären Demokraten Lumumba und seine Gefolgsleute entfacht hat, und daß Mobuto seit Beginn der 60'ger Jahre vom CIA bezahlt und zum künftigen Wahrer der US-Interessen im Kongo ausersehen wurde (vgl. Marchetti, „CIA", S. 65)! Heute Mobutos reaktionäre Herrschaft zu bejubeln, heißt nichts anderes, als die Horden der kongolesischen Konterrevolution, unterstützt von faschistischen weißen Söldnern, nachträglich zu legitimieren. Mobutos Aggression gegen die junge Volksrepublik Angola – davon schweigt die „Afrika-Zeitung"! – ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß das Gespinst der Lügenmärchen über den „Antiimperialisten" Mobuto seinen wirklichen politischen Charakter verdecken könnte.

Zusammenfassend: Durch das Verschweigen der konterrevolutionären Praktiken herrschender Kompradoren wird eine der schwerwiegendsten Auswirkungen imperialistischer Herrschaft in der „Dritten Welt" ignoriert. Imperialistische Herrschaft erscheint nur noch als wirtschaftlicher Mechanismus und nicht mehr als Terror gegen das Volk. So endet die „Unterstützung" Mobutos durch KBW&Co. bei der Beschönigung des Imperialismus.

Der antiimperialistische Kampf des zairischen Volkes verkommt in der Terminologie des KBW zum Versuch des „*Austausch*" (!) „*einer zum Buhmann erhobenen*" ...„*beliebig idealistisch konstruierten ‚Marionette'*".

Wie Lenin und China es sahen...

Mit dieser in letzter Konsequenz pro-imperialistischen Linie entledigt sich der KBW einer der zentralen Aufgaben der Kommunisten in den imperialistischen Metropolen, der Erziehung der Massen zur Solidarität mit den unterdrückten Völkern.

Diese Position des Verschweigens der Klassenkämpfe in der „Dritten Welt" ist von der VR China in den sechziger Jahren korrekt als ein spezifisches Kennzeichen des Revisionismus kritisiert und abgelehnt worden:

„*Wenn, nach der ‚Theorie' der Führer der KPdSU, der Kolonialismus bereits am Verschwinden ist, und für die nationale Befreiungsbewegung die zentrale Aufgabe nur in der Entwicklung der Wirtschaft besteht, dann ist es selbstverständlich nicht mehr notwendig, gegen den Imperialismus, gegen den neuen und alten Kolonialismus und all ihre Handlanger anzukämpfen. ... Eine unabhängige nationale Wirtschaft zu entwickeln, ist für die neu unabhängigen Staaten sehr wichtig. Aber diese Aufgabe darf niemals vom Kampf gegen den Imperialismus, gegen den neuen und alten Kolonialismus und deren Handlanger getrennt werden. ... Dieser Kampf wird auf politischem, wirtschaftlichem, militärischen, kulturellen und ideologischen wie auf allen anderen Gebieten noch immer aufs heftigste geführt*".

„*Eine wichtige Besonderheit dieses neuen Kolonialismus besteht darin, daß die Imperialisten sich gezwungen sehen, die alte Form ihrer direkten Kolonialherrschaft abzuwandeln und mit Hilfe von ausgesuchten und ausgebildeten Agenten die Kolonialherrschaft und -ausbeutung in neuer Form auszuüben*" (aus der „Polemik über die Generallinie", Oktober 1963).

Schon sehr früh hat Lenin auf die Tendenzen der im Befreiungskampf zumindest noch reformistischen nationalen Bourgeoisie hingewiesen, sich mit dem Imperialismus zu arrangieren – auf Kosten der Völker. Um wieviel mehr müssen diese Worte für die Regimes gelten, in denen die nationale Bourgeoisie nach der „Unabhängigkeit" gemeinsam mit dem Imperialismus die völlige Knechtung der Völker betrieb, Regime wie Zaire, Indonesien, Brasilien, Thailand u.v.a.:

„*Es ist eine gewisse Verständigung zwischen der Bourgeoisie der ausbeutenden und der kolonialen Länder eingetreten, so daß sehr oft, vielleicht sogar in den meisten Fällen, die Bourgeoisie der unterdrückten Länder, trotzdem sie auch nationale Bewegungen unterstützt, dennoch in gewissem Einvernehmen mit der imperialistischen Bourgeoisie, d.h. zusammen mit ihr, gegen alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen kämpft.*" Und man messe die KBW-Imagepflege des Konterrevolutionärs Mobutu mit den Kriterien, die Lenin seinerzeit für bürgerliche Freiheitsbewegungen aufgestellt hat:

„*...daß wir als Kommunisten die bürgerlichen Freiheitsbewegungen in den kolonialen Ländern nur dann unterstützen werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter nicht dagegen sind, daß wir die Bauernschaft und die großen Massen der Ausgebeuteten im revolutionären Sinne erziehen und organisieren. Wenn das nicht geht, sind die Kommunisten auch dort verpflichtet, gegen die reformistische Bourgeoisie ... zu kämpfen*" (beide Zitate nach dem „Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Reprint, Erlangen 1972)!

Übrigens . . . dem eigentlichen Hintergrund der Beschönigung der afrikanischen Reaktion kommt man bei der Lektüre besagter „Afrika-Zeitung" leicht auf die Spur. In gleicher Ausgabe wird über Angola (das arme, vom „Sozialimperialismus" gewürgte, besetzte, ausgeplünderte) in bekannter Manier vom Leder gezogen – womit man beim eigentlichen Thema (sprich „Hauptfeind") wäre ...

Na ja, zum Glück werden's immer weniger, die diesen Dreck mit „Antiimperialismus" in Verbindung bringen!

Afrika-Kommission

Treffen Mobuto – Strauß in der BRD!



Strauß und Mobuto

Der Staatschef des hochverschuldeten Zaire, das seine Pforten noch weiter als bisher dem internationalen Kapital öffnen will, besuchte dieser Tage das ehemalige „Mutterland" Belgien und die BRD. Mobutus Reiseaktivitäten zielten auf eine noch größere Investitionstätigkeit der großen westeuropäischen Konzerne in Zaire und eine Verständigung mit den Regierungen und Politikern aus Belgien und der BRD darüber, wie der „Vormarsch des Kommunismus" in Afrika gemeinsam zu verhindern ist.

In Belgien lobte Mobutu besonders die Verdienste der belgischen Imperialisten in Zaire und schlug den Industriellen vor, einen sehr großen Platz in Industrie und Handel wieder einzunehmen. Vor drei Jahren wurden im Rahmen einer sogenannten „Zairisierung" der Wirtschaft einige belgische Betriebe formal „verstaatlicht", d.h., die belgischen Kapitalisten in Zaire mußten sich einheimische Strohmänner suchen, um über deren Namen ihre Geschäfte weiterführen zu können. Anläßlich seines Brüssel-Besuchs übte jetzt Mobutu offene „Selbstkritik" wegen dieser Maßnahmen und betonte, daß die Investitionen der internationalen Gesellschaften von der zairischen Regierung nicht angetastet werden. Der zairische Staat sei in den letzten Monaten darüberhinaus „entzairisiert" worden...! (vergl. „Le Monde", 25.1.77).

Die belgische Regierung hat sich nur zu einem 6,5 Mill. DM Kredit für das bankrotte Land entschließen können, weil ihnen offensichtlich die Schuldentilgung nicht gesichert erschien. Wie im letzten AK berichtet, soll nunmehr das „Risiko" der Kreditvergabe an Zaire „*gemeinsam*" vom internationalen Finanzkapital über den „internationalen Weltwährungsfond" getragen werden. Das bedeutet zugleich eine noch schärfere Kontrolle der Innen- und Außenpolitik des Landes durch den Imperialismus.

In Bonn war man sich selbstverständlich der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung dieses reichen Rohstofflandes bewußt und fuhr die ganze Bonner Prominenz zu Mobututs Empfang auf: Scheel, Schmidt und Genscher waren die illustren Gesprächspartner des afrikanischen Konterrevolutionärs. Gegen Ende seines BRD-Besuchs zog es Mobutu dann zu seinem westdeutschen Busenfreund und Gesinnungskumpan F.J.StrauSS, um mit ihm das „*Vordringen des Sowjetimperialismus im südlichen Afrika und die Möglichkeiten einer Aussöhnung zwischen weißen und schwarzen Afrikanern*" zu diskutieren, wie es der Welt-Schmierfink Germani ausdrückte („WELT", 1.2.77). Strauß, der bekanntlich die herzlichsten Beziehungen zu den südeuropäischen Faschistenkreisen hat, unterhält naturgemäß die besten Kontakte auch zu den Rassisten im südlichen Afrika: „*Meine Bemühungen gelten der Vermittlung, der Versöhnung. Ich besuche schließlich Johannesburg, Salisbury und Kinshasa*" („WELT" s.o.). Und: „*Die Gefahr des Krieges tritt gerade auf der Nord-Süd-Achse auf, daher ist dort die Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika nötig*". Strauß verspricht in diesem Zusammenhang Mobutu eine „*gute Zusammenarbeit*", „*im Interesse ganz Afrikas*" (s.o.). Mobutu haut natürlich in dieselbe Kerbe wie sein rechtsradikaler Gesinnungsfreund und meint, „*daß Europa endlich begreifen* (müsse), *daß es jenen afrikanischen Staaten helfen muß, die für den Frieden sind, eher als jenen, die es nicht sind.*" Seine „Friedfertigkeit" hat das Mobutu-Regime zur Genüge durch seine Beteiligung an der militärischen Agression gegen die VR Angola unter Beweis gestellt. Es ist der reinste Hohn, wenn Mobutu auf die Frage nach einer Bedrohung Zaires durch das „kommunistische" Angola antwortet: „*Zaire ist ein friedliches Land und mischt sich nicht in die Angelegenheiten seiner Nachbarn ein, aber es verlangt, daß diese dasselbe tun*" (s.o.). In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, daß trotz der weltweiten Anerkennung der VR Angola das zairische Außenministerium unlängst jede Anerkennung der MPLA-Regierung dementierte und damit seine Gegnerschaft zur Existenz der benachbarten Volksrepublik unumwunden zum Ausdruck brachte. Und noch zwei aktuelle Punkte zur „Friedfertigkeit" von Staaten wie Zaire:

– von Zaire aus operieren in letzter Zeit wieder verstärkt die proimperialistischen Söldnerbanden der FLEC („Befreiungsfront für die Enklave Cabinda") gegen die VR Angola und zunehmend auch gegen die Volksrepublik Kongo. Kürzlich erst kamen bei Angriffen der FLEC 14 Menschen in der VR Kongo ums Leben („Monitor Dienst", 26.1. und „Neues Deutschland" v. 19.1.77).

– Auf seinem Freundschaftsbesuch im reaktionären Liberia (US-Hochburg in Westafrika) erklärte Mobutu am 16.1., „*Zaire werde im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit vorrangig liberianische Piloten ausbilden*" („Monitor Dienst", 19.1.).

Für diese Sorte von „Friedfertigkeit" kann sich Mobutu in der Tat der Unterstützung des westeuropäischen Imperialismus und Rechtsradikalismus sicher sein.

Afrika-Kommission

Wer will uns denn da ans Bein pissen?

Ein ziemlich mieses Ding ziehen gegenwärtig vaterländische Kreise gegen uns auf. In einem *„Leserbrief an alle Afrika-Zeitungen, Komitee-Zeitschriften zu Afrika etc."* behaupten die KBW-Freunde vom sogenannten – bzw. bisher unbekannten – „KSA Duisburg", wir hätten die Broschüre „Schlacht um Zimbabwe" (ein zusammenfassendes Protokoll eines Gespräches mit dem ZANU-Vertreter Mutumbuka – erschienen im Juni 76) gefälscht!

Da zu erwarten ist, daß diese verlogene Story von allen „Supermänner-Theoretikern" und Feinden der VR Angola begierig aufgegriffen werden wird, wollen wir als erste auf dieses Machwerk eingehen und ihm sowohl im Detail als auch politisch entgegentreten.

Der Brief des „KSA-Duisburg"

In seinem „Leserbrief" gibt das „KSA-D." an, die Broschüre schon lange vor dem Besuch Mutumbukas in Duisburg (Dez. 76) gekannt zu haben, sie sei dort *„stark kritisiert worden"* (hört, hört!). In einem Gespräch mit Mutumbuka sei dann klar geworden, daß die Broschüre *„in der jetzigen Fassung ... eine Fälschung"* ist, die *„sich zudem noch mit dem Anspruch der Authentität schmückt."*

Und so soll's in der „KB-Fälscher-Werkstatt" zugehen:

„Zur Entstehung dieser Broschüre erklärte Mutumbuka, daß er an zwei Tagen mehrere Stunden lang ein Interview einer Gruppe vom Arbeiterkampf gegeben hatte... Die Gruppe übersetzte die Protokolle, kürzte sie stark, überarbeitete sie, ließ alle Fragen fortfallen und setzte dafür Überschriften ein. Diese, und auch das Vorwort der Afrikakommission des KB Nord (!) *waren Mutumbuka überhaupt nicht bekannt. Das Vorwort lügt, wenn es eine Unterzeichnung des endgültigen Textes von Mutumbuka behauptet.*

In der Diskussion mit Mutumbuka ging es vor allem um folgende Punkte:

1. *Falsche Darstellung der ZANU als marxistisch-leninistische Organisation.*
2. *Darstellungen zu Sambia, die so formuliert sind, als würde sich die ZANU in die inneren Angelegenheiten Sambias einmischen.*
3. *Ausführungen über die OAU als völlig unbedeutende Organisation für den Befreiungskampf.*
4. *Darstellung von Tansania als ein Land, das von der ZANU mit großem Mißtrauen betrachtet*

heiten Sambias einmischen.
3. *Ausführungen über die OAU als völlig unbedeutende Organisation für den Befreiungskampf.*
4. *Darstellung von Tansania als ein Land, das von der ZANU mit großem Mißtrauen betrachtet*

wird.

Die Afrikakommission hat sich aus einem langen Text herausgesucht, was ihrer politischen Linie entsprach. Sie will diese Linie, die auf Spaltung innerhalb der ZANU, Afrikas und der Dritten Welt gerichtet ist, Mutumbuka in den Mund legen... Die Broschüre zielt auf die Spaltung der Zimbabwer, der Afrikaner und der Dritten Welt überhaupt und damit auf die Schwächung ihres Kampfes gegen jede Form des Imperialismus. Die Broschüre schadet der Solidaritätsarbeit mit Zimbabwe sehr. Im Vorwort des Herausgebers werden die Imperialisten überhaupt nicht mehr als Feinde nur erwähnt, Hauptfeinde sind die Länder der Dritten Welt untereinander. Die aufgezeigte Manipulation des Interviews schadet der Befreiung Afrikas in so extremer Weise, daß die sofortige Einziehung der Broschüre, eine offizielle Selbstkritik (!) *der fälschenden Herausgeber in allen ihren Organen sowie gegenüber Vertretern der ZANU in Westeuropa und Mutumbuka selbst nötig wäre. Eine breite Information über diese Praktiken ist unbedingt erforderlich. Leistet die Afrikakommission des Arbeiterkampfes – KB Nord –* (! Nachtigall, ich hör dir...) *keine Selbstkritik, muß überlegt werden, ob diese Gruppe weiterhin ein Partner in der Solidaritätsbewegung sein kann."*

Beim Lesen dieser wüsten Anschuldigungen (die immerhin im „Unvereinbarkeitsbeschluß" gipfeln) fällt sofort ins Auge, daß hier angeblich „Enthüllungen" Mutumbukas über eine betrügerische Vorgehensweise unsererseits mit den bekannt dummen „politischen" Ausfällen des KBW gegen unsere Organisation (*„Die Broschüre zielt auf die Spaltung der Zimbabwer..."*) bunt gemischt sind.

Im Vorwort des „Leserbriefes" behaupten die Duisburger Spezies pauschal, der KB-Nord (!) vertrete eine *„schädliche Linie zur Afrika-Solidarität"*, längst bevor von „Fälschung" die Rede war, haben sie die Broschüre (politisch!) *„stark kritisiert"*. Es drängt sich also massiv der Verdacht auf, daß die ausgiebig bekannte „politische" Kritik der Vaterlandsverteidiger (KBW, „KPD" usw.) mit einem „Skandal" aufgedonnert werden soll. Diese Kräfte bereiten mit Hilfe widersprüchlicher und z.T. hahnebüchener Aussagen einzelner ZANU-Vertreter ihr politisches Come-back in die Afrika-Solidaritätsbewegung vor, aus der sie wegen ihrer Nazi-Hetze gegen die MPLA und ihre diversen Putsch-Versuche in Afrika-Komitees weitgehend herausgeflogen sind.

Zunächst zum „Skandal"

1. Natürlich ging's bei der Erstellung der Broschüre korrekt zu. Der zusammengefaßte Gesprächstext (wir hatten uns mit Mutumbuka auf dieses Verfahren geeinigt) wurde ihm

Zunächst zum „Skandal"

1. Natürlich ging's bei der Erstellung der Broschüre korrekt zu. Der zusammengefaßte Gesprächstext (wir hatten uns mit Mutumbuka auf dieses Verfahren geeinigt) wurde ihm

vorgelegt, von ihm bearbeitet (Ergänzungen, Streichungen) und schließlich zur Veröffentlichung freigegeben. Dieses Verfahren erschien uns und D. Mutumbuka effektiver, politischer als die wörtliche Widergabe eines Interviews, zumal die Thematik recht umfassend verschiedene Aspekte der zimbabweschen Revolution beleuchtete. Ebenso sind wir übrigens auch – problemlos – mit der Broschüre „MPLA – VITORIA CERTA" mit dem MPLA-Vertreter Arlindo Barbeitos verfahren.

2. Hatten wir nach Erscheinen der Broschüre mehrere freundschaftliche Treffen mit Mutumbuka, ohne daß er unsere Broschüre auch nur in Andeutungen kritisiert hätte. NACH dem Treffen „KSA-D."/Mutumbuka haben wir ENDE DEZEMBER eine sehr kritische Aussprache gehabt (siehe AK 96), Dinge im Zusammenhang mit der Broschüre wurden von Dsingai Mutumbuka *nicht* kritisiert (Tonband-Mitschnitt dieses Gesprächs liegt vor).

In den Treffen zuvor hatten wir Dsingai Mutumbuka darauf aufmerksam gemacht, daß verschiedentlich der KBW Verkäufern unserer Organisation gegenüber die Broschüre als „gefälscht" bezeichnet hatte (allerdings mit Bezug auf die Passagen zu Angola und zur UdSSR). Gemeinsam hatten wir das als politische Zwecklüge eingeordnet.

Eigentlich ist doch die bloße Vorstellung ein Witz, daß D. Mutumbuka von der Existenz einer gefälschten Broschüre weiß, dies aber nur in kleinem Kreis ausgerechnet dem „KSA-D." berichtet, anstatt massiv gegen diese „Fälschung" vorzugehen!

3. Kommen wir nun zu den uns konkret vorgeworfenen „Fälschungen" (wir halten es übrigens für ein schäbiges Kneifen des „KSA-D.", nicht M.'s Aussagen zu Angola und zur SU auf die Platte gebracht zu haben – das liegt den Vögeln doch am meisten im Magen). Wir sollen u.a. „gefälscht" haben:

a) *„Falsche Darstellung der ZANU als marxistisch-leninistische Organisation."*

Tatsächlich hat M. auf dieser Charakterisierung bestanden (wir waren da skeptisch!). Er verwendet sie übrigens auch in unserer Broschüre „Grundfragen der Afrikanischen Revolution" (S. 18 linke Spalte), und diese Broschüre ist öffentlich vor 60 Menschen mit Vertretern der MPLA, SWAPO, POLISARIO, ANC, EFLE (Eritrea) und Mutumbuka aufgenommen worden. Sie gibt die Beiträge der Genossen wörtlich wieder.

b) *„Darstellungen zu Sambia, die so formuliert sind, als würde sich die ZANU in die inneren Angelegenheiten Sambias mischen."*

Daß wir gerade hier „gefälscht" haben sollen grenzt echt an Aberwitz! Immerhin ist in der Broschüre als einziges Dokument ein Originaltext von M. angefügt, der im Zusammenhang mit den damals vom

ZANU in die inneren Angelegenheiten Sambias mischen."

Daß wir gerade hier „gefälscht" haben sollen grenzt echt an Aberwitz! Immerhin ist in der Broschüre als einziges Dokument ein Originaltext von M. angefügt, der im Zusammenhang mit den damals vom

Kaunda-Regime inhaftierten ZANU-Führern die Rolle Sambias (die „Einmischung" Sambias in die „inneren Angelegenheiten Zimbabwes") beschreibt. Die Broschüre ist – auf Wunsch von M.! – um 1 DM teurer verkauft worden, um die in Sambia inhaftierten Genossen materiell (juristisch) unterstützen zu können. D. Mutumbuka war bekannt dafür, daß er sich bei jeder Gelegenheit für die Freilassung der in Sambia inhaftierten ZANU-Führer einsetzte (ganz im Gegensatz zu anderen ZANU-Repräsentanten übrigens und natürlich auch im Gegensatz zum ganzen Rattenschwanz der Vaterlandsverteidiger) und als Ursache der Verhaftungen die Klasseninteressen der „sambischen Neo-Kolonialisten" (Mutumbuka) herausgearbeitet. Daß diese Arbeit Mutumbukas (die wir unterstützten) dem „KSA-D.", dem KBW, der „KPD" und dem Rest dieser Bande nicht schmeckt, hat allerdings durchsichtige politische Gründe, und die gehören aufgezeigt.

Worum geht's politisch?

„Politisch" angegriffen werden wir in diesem ominösen „Leserbrief" mit den bekannten KBW/„KPD"-Slogans, wir würden uns *„in die inneren Angelegenheiten (Sambias) einmischen"*, wir wollten *„die Afrikaner spalten"* und zusätzlich, als besonderen Leckerbissen, wir betrachten *„die Länder der 3. Welt untereinander als Hauptfeinde"* (oh heilige Einfalt!).

Im Kern geht es in dieser Auseinandersetzung um die Behandlung reaktionärer Kräfte (Regimes) in der Dritten Welt. Sambia hat in der Vergangenheit massiv die ZANU bekämpft, Sambia hat im Angola-Konflikt die reaktionäre UNITA unterstützt, Zaire hat im Angolakonflikt die reaktionäre FNLA unterstützt und ist zeitweise selbst in Angola einmarschiert, Marokko und Mauretanien halten die DAR Sahara besetzt, Äthiopien hält Eritrea besetzt, iranische Truppen kämpfen in Dhofar gegen das Volk und seine Befreiungsstreitkräfte. All dies sind Beispiele für eine reaktionäre „Einmischung in innere Angelegenheiten". Sie sind Ausdruck der inneren Verhältnisse in diesen Staaten, wo Regimes im Interesse des Imperialismus (und im eigenen) die Völker unterdrücken und ausbeuten. Daß der antiimperialistische Kampf sich auch gegen die Statthalter des Imperialismus (also Kaunda, Mobuto, Hassan etc.) richtet – gegen wen denn sonst? – ist nur logisch. Das trägt der Realität Rechnung, hat mit „Spaltung" nichts zu tun. Ebenso wie sich diese reaktionären Regimes außenpolitisch „einmischen", praktizieren es unter umgekehrten Vorzeichen die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte: Guinea-Bissao hatte Soldaten nach Angola geschickt, Algerien unter-

mit „Spaltung" nichts zu tun. Ebenso wie sich diese reaktionären Regimes außenpolitisch „einmischen", praktizieren es unter umgekehrten Vorzeichen die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte: Guinea-Bissao hatte Soldaten nach Angola geschickt, Algerien unter-

stützt die Sahauris, Angola unterstützt die SWAPO, Mosambik (mittlerweile alle Frontstaaten) unterstützt die ZIPA und die Patriotische Front (und nicht Muzorewa!). Natürlich ist es auch eine „Einmischung in innere Angelegenheiten", wenn der KBW, das „KSA-D."... im zimbabweschen Widerstand nur die ZANU unterstützen, und in Angola FNLA, UNITA. Kurz: Jeder „mischt sich ein". Dies überhaupt uns gegenüber (oder Mutumbuka gegenüber) als Kritik zu erwähnen, zeugt von Schattenboxen. Diese Floskel dient in der Regel ausschließlich der Umschiffung der polititischen Frage, wer unterstützt werden muß. Konkret soll mit diesem Mummenschanz die Frage umgangen werden, wie die Antiimperialisten zum sambischen Regime stehen. Im Kern soll die Herrschaft des Imperialismus z.B. in Sambia beschönigt (oder verschwiegen) werden, um das ganze widerliche Sperrfeuer auf Staaten wie Angola (Somalia, Guinea-Conacry) konzentrieren zu können, Staaten, die als „Vasallen des Sozialimperialismus" durch den Schmutz gezogen werden.

Mit ihrer Politik der Beschönigung des Imperialismus in Chile, im Iran, Syrien, mit der Beschönigung von FNLA/UNITA und der Hetze gegen die MPLA, haben Kräfte wie KBW und „KPD" sowie ihre diversen Komitees ihren ehemals großen Einfluß auf die Antiimperialisten in der BRD weitgehend eingebüßt. Ihre beiden letzten „Strohhalme" sind ihr Zweckbündnis mit der PLO-Führung (die sich immer mehr in Richtung auf Unterordnung unter die arabische Reaktion entwickelt) und die ZANU (von der einzelne Vertreter tatsächlich deckungsgleich mit KBW/„KPD" argumentieren – siehe hierzu AK 96).

Die Vaterlandsverteidiger wissen, daß unsere Organisation ein Gutteil zu ihrer Isolierung beigetragen hat, und sie wissen auch, daß diese Konstellation durch ihre politischen Ladenhüter nicht mehr veränderbar ist. Das ist der eigentliche Hintergrund ihrer haltlosen Vorwürfe. Wie kleinkariert, spießbürgerlich dieser Sumpf nur noch denken kann, erkennt man aus der Tatsache, daß sie ihre „Fälscher-Story" erst verbreiten mögen, nachdem wir unsere politischen Widersprüche zur ZANU (zu D. Mutumbuka) offengelegt haben (AK 96).

Andererseits erfüllt es uns mit gewissem Stolz, daß nach den prominenten Vieren im fernen Osten nun auch wir „gefälschter Weisungen" beschuldigt werden. Besonders würden wir uns freuen, wenn sich mal jemand um unseren Lebensstil (regelmäßiger Besuch von Porno-Filmen, Sektgelage etc.) kümmern würde. Da liegt Zündstoff drin!

Afrika-Kommission

beschuldigt werden. Besonders würden wir uns freuen, wenn sich mal jemand um unseren Lebensstil (regelmäßiger Besuch von Porno-Filmen, Sektgelage etc.) kümmern würde. Da liegt Zündstoff drin!

Afrika-Kommission

P.S. Daß wir D. Mutumbuka über die Anschuldigungen des „KSA-D" unterrichtet und ihn (aus mehreren Gründen allerdings) nach Hamburg eingeladen haben, versteht sich von selbst. Ob er Gründe hat, seine in der Broschüre wiedergegebenen Aussagen jetzt teilweise zu revidieren, werden wir dann sehen.

Namibia

„Unabhängigkeit" nach dem Geschmack des CIA

Seit ca. 18 Monaten finden in Namibia „Verfassungsgespräche" zwischen den herrschenden Rassisten aus der Republik Südafrika (RSA) und von ihnen ausgesuchten „Verhandlungspartnern" statt. Anfang des Jahres hat es hier den „großen Durchbruch" gegeben (siehe AK 97). Diese Gespräche und ihr angestrebtes Ergebnis wenden sich brutal gegen das schwarze Volk Namibias und deren Befreiungsbewegung SWAPO, um eine neokolonialistische Lösung im Sinne der Rassisten und Imperialisten zu erzielen!
Das dies so ist, wurde jetzt durch ein geheimes Dokument – welches aus der UN stammt – bis in's Detail bewiesen. Dieses Papier belegt politische Aussagen, die für den aufmerksamen Leser nichts Neues enthalten. Dennoch schien es uns interessant, da hier bewiesen wird, daß die Imperialisten ihre Pläne und Aktionen bis in's Kleinste planen.
(Wenn nicht anders angegeben, zitieren wir aus „afrique-asie" 126/77)

Imperialisten planen „Unabhängigkeit"

In dem Papier – das schon in der US-Zeitschrift „Counter Spy" und der englischen Zeitung „Sunday Times" z.T. veröffentlicht wurde, ohne von den USA bzw. RSA dementiert zu werden – wird zunächst davon ausgegangen, daß die RSA die Kontrolle über Namibia nicht verlieren darf:

„Die Westmächte unterstützen Anstrengungen, die Kontrolle über Namibia zu behalten, denn Namibia spielt eine strategisch wichtige Rolle im südlichen Afrika: Südafrika kann seine Verteidigungslinien weit nach Norden vorschieben. (u.a. gegen die VR Angola; AK) *In der jetzigen Situation betrachten die Verteidigungsminister dieses als Vorteil."*

Angesichts der aktuellen Situation im südlichen Afrika – Unabhängigkeit der VR Angola, der VR Mozambique, verstärkte Kämpfe in Zimbabwe, der RSA und in Namibia selbst – ist es jedoch auch im Interesse der Imperialisten eine „friedliche Lösung" mit von ihnen ausgesuchten Kompradoren zu suchen: *„Man mußte Namibia und Zimbabwe Selbstbestimmung zugestehen...Südafrika und die Westmächte müssen sicher sein, daß diejenigen, die die Macht übernehmen „Gemäßigte" sind..., daß es keine grundsätzlichen politischen Veränderungen gibt."*

Grundlage hierfür soll die „Turnhallenkonferenz" in Windhoek bieten (dort finden die sog. „Verfassungsgespräche" statt). Geplantes Ziel solcher „Selbstbestimmung":

„Damit würde das Regime von Pretoria den politischen Apparat kontrollieren und die Besatzungstruppen könnten dort bleiben. Die Wirtschaft bliebe in den Händen der Weißen."

Um eine evt. „freie Regierung" auch gleich entsprechend unterstützen zu können, werden in den imperialistischen Ländern – insbesondere in den USA, England, Frankreich und der BRD – schon jetzt *„riesige Investitionsprojekte aus privaten und öffentlichen Geldern vorbereitet"*, um *„die jetzige Einkommensverteilung aufrecht zu erhalten* (ein Weißer verdient etwa 10-12 mal soviel wie ein Schwarzer; AK); *die jetzigen Produktionsformen zu erhalten; den massiven Zufluß ausländischen Kapitals zu bewirken (und) die wirtschaftliche Abhängigkeit im Hinblick auf Südafrika zu vermehren."*

Um eben zu sicher, daß die poltische Herrschaft im südlichen Afrika in den Händen der Imperialisten und ihrer Verbündeten verbleibt und damit auch die großangelegten Investitionen nicht auf unfruchtbaren Boden fall, haben die westlichen Geheimdienste – allen voran der CIA und der RSA-Geheimdienst BOSS – zahlreiche „wissenschaftliche Untersuchungen" in Auftrag gegeben. Hierbei standen folgende Fragen im Vordergrund:

- Bekämpfung eines „Aufstandes" – sprich Befreiungskampfes – in Namibia;
- die Reaktion afrikanischer Staaten auf eine Interimsregierung, die unter „Mitwirkung" der RSA zustande kommt;
- Möglichkeiten einer neuen Infrastruktur unter Verwaltung der Schwarzen in Namibia und dem gesamten südlichen Afrika;
- Einschätzung afrikanischer Regierungen und der internationalen Öffentlichkeit zur USA-Politik zu einer Übergangsperiode im südlichen Afrika.

Hierbei ist es interessant, welche „Wissenschaftler" an diesen Projekten gearbeitet haben bzw. arbeiten. Die Mehrzahl dieser Herren stehen seit langer Zeit in den Diensten des CIA!! So ist einer der Bosse dieser „Untersuchungen" seit 1967 für den CIA in Saigon tätig gewesen... *„Lambacher wurde 1970 mit dem Heldenorden (der USA) ausgezeichnet ... (und) zum Verbindungsmann gegenüber dem südvietnamesischen Innenministerium gemacht..."*

„Privater" Auftraggeber für diese „Untersuchungen" ist eine Beraterfirma aus Washington, die bereits 1960 mit ähnlichen Aktivitäten in Südvietnam tätig war!

In Afrika selbst arbeitet die „Agency for International Development (AID), eine Schwesterorganisation des CIA gesteuerten „Peace-Corps"

Unter dem Vertrag der AID wiederum untersucht die „African-American-Scholars-Council" (AASC) *„die Probleme bei dem Übergang zur Selbstbestimmung in Namibia und Zimbabwe."* Dieser Vertrag wird mit 360.000 Dollar aus US-Regierungsmitteln finanziert!

Direktorin der AASC:

„...Connie Hilliard, die Frau von Jorge Sangumba, Auslandssekretär der von Südafrika und den USA unterstützten Marionettenbewegung UNITA, die in Namibia mit Unterstützung der RSA-Truppen die Aufgabe hat, SWAPO-Militante im Norden zu ermorden..."
(SWAPO-Presseerklärung/London 11.1.77)

Derart „wissenschaftlich" abgesichert – über den CIA, der RSA-Dienst BOSS, Vietnam-Veteranen bis hin zu UNITA-Mördern – kann einer imperialistisch gesteuerten „Unabhängigkeit" nichts mehr im Wege stehen. Was nun noch fehlt, ist die „freie Regierung" und ein entsprechendes Programm!

Fortsetzung Seite 34

Genfer Konferenz über Zimbabwe

Rassisten planen Völkermord und Angriffskrieg

Nach vorläufigem Scheitern der Genfer Konferenz gibt es nun „von allen Seiten" Versuche, den Karren doch noch in Bewegung zu bringen. Oberflächlich betrachtet, ziehen jedoch die Beteiligten – USA, England und die Rassisten – in verschiedener Richtung:
- USA will „ganz neue Verhandlungen";
- England „will weitermachen";
- Smith will eine „interne Lösung";
- Vorster will beides.

Smith und Vorster planen den Völkermord

Kurz nachdem Smith bekanntgegeben hatte, *„an keinen Verhandlungen, die von außen initiiert sind, mehr teilzunehmen"*, flog er in die Hauptstadt der südafrikanischen Rassisten, um sich „Rat und Unterstützung" zu holen. Das Ergebnis:
- Die RSA sagte konkret militärische Hilfe und eine direkte militärische Intervention auf Seiten der rhodesischen Faschisten zu, falls diese darum bitten. Smith: *„Südafrika steht uns zur Seite"* (nach „Welt", 14.2.77).
- Südafrikas Faschisten wiederum bereiten sich – neben der Niederschlagung des Widerstandes im eigenen Land – auf diese Aggression vor. Der Kriegsetat soll nochmals verdoppelt werden (von 3,3 auf 6,6 Milliarden DM).

Für die RSA-Rassisten gelte es, *„den Kampf mit einem schweren Vernichtungsschlag ins Vorfeld* (d.h. in die Nachbarstaaten – AK) *zu tragen ... Minister Botha* (Kriegsminister – AK) *schließt auch einen direkten militärischen Einsatz zugunsten Rhodesiens nicht mehr aus ... (denn) Südafrikas Armee kann nur erfolgreich sein, wenn sie offensiv ist"*. Im Zusammenhang mit diesen unverhüllten Kriegsvorbereitungen hat der Polizeiminister alle, *„die das Gefühl haben, weich in den Knien zu werden, zum sofortigen Verlassen Südafrikas aufgefordert, weil man .... solche Figuren nicht gebrauchen kann"* („Süddeutsche Zeitung", 15.2.77).

Von den rhodesischen Faschisten werden jetzt alle Männer vom 25. bis zum 50. Lebensjahr zum Militärdienst einberufen.

Neben diesen offenen Vorbereitungen für den Völkermord an der schwarzen rhodesischen Bevölkerung und dem militärischen Überfall auf die Staaten im südlichen Afrika, versucht Smith weiterhin zu einer „internen Lösung" – mit von ihm ausgesuchten Kompradoren – zu kommen.

Smith: *„Wir bereiten eine interne Lösung vor, ... Ich habe angekündigt, daß meine Regierung Volksabstimmungen abhalten wird, um den Mehrheitswillen der schwarzen und der weißen Rhodesier festzustellen ... Glücklicherweise sind jetzt schon viele Gespräche mit schwarz-afrikanischen Führern im Gang"* („Welt", 14.2.77).

Die „schwarzafrikanischen Führer", von denen Smith hier spricht, sind bekannt. Es handelt sich hier um Bischof Muzorewa, sowie die Bosse der (von den Rassisten ins Leben gerufenen) „ZUPO" nebst einigen Stammeshäuptlingen von Smith' Gnaden (siehe letzten AK). Nach Smith und Vorster soll Muzorewa der erste schwarze Premierminister werden.



Neue Freunde? Sambias Ministerpräsident Kaunda (l.) begrüßt den neuen US-amerikanischen UN-Botschafter Young.

Es wäre zu erwarten, *„daß ein Regierungsblock von Muzorewa und den Häuptlingen etwa 90 Prozent der schwarzen Stimmen erhält"*, behaupten die Rassisten („Welt", 14.2.). *„In einer neuen Regierung soll der Verteidigungsminister ein Weißer sein, möglicherweise Smith selbst: Da die Weiterführung des Krieges gegen die kommunistischen Guerillas unerläßlich wäre, würde eine schlagkräftige von Weißen geführte Armee und Polizei auch im Interesse von Muzorewas sein"* („Welt", 14.2.77).

Obwohl so die Pläne der Rassisten um einiges deutlicher sind als noch vor ein paar Wochen, gehen – zumindest die südafrikanischen Faschisten – darüberhinaus noch andere Wege.

So traf sich der US-Außenminister Vance gleich zweimal zu „konstruktiven Gesprächen" mit dem zukünftigen Außenminister der RSA-Rassisten in Washington. Bei diesen Gesprächen ging es jeweils darum, wie man die *„Genfer Konferenz wieder in Gang bringen könne"* („SZ" 14.2.77).

Diesem Ziel diente auch u.a. die Reise des neuen US-UNO-Botschafters, Young, durch Afrika – ein Farbiger US-Agent übrigens, der einen Teil seiner afrikanischen Gesprächspartner mit dem „Black-Power-Gruß" begrüßte („Spiegel", 14.2.).

Auch wenn Young – im Einklang mit dem britischen Imperialismus – momentan die Einberufung einer neuen Konferenzrunde für „nicht opportun" hält („Neue Zürcher Zeitung", 15.2.), konnte er bei seinen Gesprächen mit 20 afrikanischen Staatsführern Pluspunkte verbuchen, die in der Zukunft noch entscheidend zum Tragen kommen könnten.

So forderte Sambias Staatschef Kaunda: *„Die USA müßten jetzt so schnell die Führungsrolle (!!) im Streben nach einer schwarzen Mehrheitsherrschaft in Rhodesien übernehmen ..."* („SZ", 7.2.). Über Tansanias Präsidenten Nyerere wird berichtet, er sei *„Young gegenüber für eine Fortführung der Verhandlungen (in Genf) eingetreten ... es sei an den USA, jetzt die Führung auf der Suche nach einer friedlichen Lösung zu übernehmen"* („NZZ", 8.2.77).

Alles in allem hat sich die Lage für die zimbabwischen Revolutionäre in Richtung auf eine sehr kritische Situation zugespitzt: Auf der einen Seite die offene Drohung und massive Vorbereitung auf Völkermord und Angriffskrieg gegen die unabhängigen Staaten im südlichen Afrika durch die Rassisten, v.a. der RSA, sowie die zweifellos damit bezweckte Einschüchterung der sog. „Frontstaaten" (Mosambik, Angola, Tansania, Botswana und Sambia) ihre Unterstützung für die ZIPA einzustellen. Auf der anderen Seite die massive Einmischung der imperialistischen Hauptmacht USA und die Übernahme der Verhandlungsführung durch eben diesen „Hauptfeind der Menschheit" (Mao), gekoppelt mit dem Nachgeben einiger Frontstaaten (Sambia, möglicherweise auch Tansania) in diesem Punkt. Es dürfte klar sein, daß die USA jetzt für das südliche Afrika eine „libanesische Lösung" suchen, deren Dreh- und Angelpunkt in jedem Fall die militärische Vernichtung der Linken ist. Nicht nur dem zimbabwischen Widerstand droht große Gefahr, sondern ebenso den beiden jungen Volksrepubliken Mosambik und Angola, sowie der tansanischen Linken.

Afrika-Kommission

Fortsetzung von

Fortsetzung von Seite 33

„Unabhängigkeit" nach dem Geschmack des CIA

Eine Regierung und ihr Programm wird von den Imperialisten „massgescheidert"

In den Spekulationen der imperialistischen Presse scheint schon jetzt festzustehen, wer der Chef einer Übergangsregierung in Namibia werden soll: „Häuptling" Clements Kapuuo, einer der engsten „Zusammenarbeiter" mit den Rassisten! Mit ihm zusammen soll der RSA-Vertreter bei den „Verfassungsgesprächen", Dirk Mudge, die Regierung bilden.

Mit diesen beiden Figuren soll eine „politische Alternative" zur Befreiungsbewegung SWAPO aufgebaut werden! Daß Kapuuo – der noch vor Monaten nur Insidern bekannt war – inzwischen so bekannt ist, hat er dem BOSS und dem CIA zu verdanken, *„die hinter der Kampagne stehen, die versucht aus dem Hererohäuptling einen führenden namibianischen Politiker in den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu machen."* Um diese Kampagne bewältigen und Kapuuo politisch beraten zu können wurden ganze Stäbe von „erfahrenen Leuten" aus den USA zur Verfügung gestellt:
- Eine Gruppe New Yorker Rechtsanwälte sind die Berater Kapuuo's auf der „Verfassungskonferenz". Einer von ihnen (Schwartz) ist *„der Autor des Verfassungsplans gewesen, den der Hererohäuptling am 9. März 1976 in der Turnhalle vorgestellt hat"* und der heute die Grundlage einer neuen Verfassung sein soll. (siehe unten)
- Eine New Yorker Marketing Firma hat die weltweite Öffentlichkeitsarbeit für Kapuuo „übernommen". Zu den Mitarbeitern gehören ganz illustre „Persönlichkeiten". (U.a. ein gewisser Endycott, seit 1970 CIA-Agent und u.a. Mitarbeiter in der Münchner Station des CIA-Senders „Radio Free Europe" – inzwischen tot –; oder ein Eric Getzen, der im Dezember durch die BRD reiste und auf Kosten der RSA-Botschaft in Frankfurt und München aufwendige Partys gab, um für eine „friedliche Lösung" in Namibia zu werben. Auch er ist als CIA-Agent namentlich bekannt; (nach Presseerklärung der SWAPO; London 11.1.77)

Zu den Aufgaben dieser „Marketing Firma" gehört es u.a. „Kontakte für Clements Kapuuo herzustellen". So besuchte Kapuuo während des letzten Jahres dreimal die USA. Zu den wichtigsten Kontakten zählte dabei sicherlich Cyrus Vance – der Staatssekretär von Jimmy Carter – zu dem der Chef der Marketing Firma (Summers) und damit auch Kapuuo sehr gute Beziehungen unterhält!!

Die Marketing-Firma unterhält in allen imperialistischen Ländern Büros, innerhalb derer wiederum jeweils mehrere Mitarbeiter den Auftrag haben *„Kapuuo und damit eine Übergangsregierung mit dem Segen der Südafrikaner"* in den jeweiligen Ländern „zu pushen" (nach Presseerklärung der SWAPO; London 11.1.77).

Hierbei wird mit Geldern nicht gespart: *„Die ganze Kampagne hat bis jetzt mindestens 500.000 Dollar gekostet ... die Berater von Kapuuo beziehen z.T. allein an Spesen täglich 1.000 Dollar!!"* Wurde und wird auf diese Weise die zukünftige Gallionsfigur der Rassisten und Imperialisten in Namibia aufgebaut, so sieht es mit der geplanten „Verfassung" nicht anders aus. Der von Kapuuos



Clements Kapuno bezahlt und aufgebaut vom CIA
Bald „neuer Häuptling" in Namibia?



US-Berater im März 76 vorgelegte „Entwurf für eine Verfassung" ist heute Grundlage für eine Übergangsregierung:
- Der Präsident wird vom südafrikanischen Staatspräsidenten ernannt; der Ministerrat Namibias wird von Wahlkollegien ernannt, ebenso wird die Nationalversammlung auch von Wahlkollegien der jeweiligen Bevölkerungsgruppen „gewählt". Wie „demokratisch" das ist, wird daran klar, daß diese Wahlkollegien von der für die farbige Bevölkerung von der RSA-Regierung ausgesucht und kontrolliert sind!!
- Die südafrikanische Regierung behält legislative und exekutive Kompetenzen in den Bereichen Verteidigung, Außenpolitik, Transportwesen, Währungsangelegenheiten, Post- und Fernmeldewesen und innere Sicherheit!
- Das oberste Gericht Namibias wird der oberste Gerichtshof in der RSA sein!!
- Die bisher bestehenden rassistischen Behörden für die farbigen Bevölkerungsteile sollen – bis auf weiteres – beibehalten werden und darüberhinaus lokale Regierungsfunktion übernehmen.
- Auch in Zukunft wird es „weiße, braune und schwarze "Städte" geben, zu denen jeweils Angehörige der anderen Hautfarbe keinen Zutritt haben.

Für die „weißen Städte" wird in dem Verfassungsentwurf sogar ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Kommunalbehörden „Townships" nach dem Muster der RSA um die Stadt bauen sollten.

Zynische „Begründung": Jeder muß das Recht auf Grunderwerb haben. Da dies den Schwarzen in den „weißen Städten" nicht möglich ist, müssen sie diese Möglichkeit in den Townships erhalten!!! (Angaben zu diesem Entwurf aus Monitordienst 25.1.77 und Presseerklärung der SWAPO; London 11.1.77)

Die Rechnung ohne den Wirt gemacht

Wenn auch die Angaben aus dem UN-Papier über die Aktivitäten der Geheimdienste, „wissenschaftliche Untersuchungen" etc. nicht viel mehr darstellen als der konkrete Beweis der Behauptung, daß die Rassisten und Imperialisten eine „friedliche Lösung" in ihrem Sinne suchen, so belegen sie doch, daß die Gegner der Völker im südlichen Afrika ihr Vorgehen bis in's kleinste Detail planen und nichts dem Zufall überlassen.

Es ist auch Beweis dafür, daß es nicht nur methodisch richtig ist, die schwarzen Vertreter einer „friedlichen Lösung" als Marionetten der Imperialisten zu bezeichnen. Daß dieses Marionettendasein sogar bis zum äußeren Auftreten von den Marketinggesellschaften des CIA bestimmt wird (so wurde Kapuuo in den USA geraten, mit Liz Taylor und Mohammed Ali zusammen zu treffen, da dies *„einen besseren Eindruck macht"*).

Während auf diese Weise ein *„friedlicher Übergang in eine friedvolle Zukunft Namibias"* vorbereitet werden soll, wird natürlich von Rassisten und Imperialisten nicht die andere Seite vergessen: die militärische Agression und das Völkermorden!
- *„Ende Sommer 76 waren ca. 46.000 Soldaten Südafrikas im Norden und im Landesinneren von Namibia stationiert ... ausgerüstet mit Waffen westlicher Staaten ... ist es ihre Aufgabe, die SWAPO schnellstens zu schlagen"*.
- Es gibt CIA und BOSS-Aktivitäten *„gegen die Führung der SWAPO; die Unterstützung der SWAPO durch Angola; gegen die SWAPO in Sambia und den inneren Flügel der SWAPO."* Hierzu gehören Denunziationen, Verhaftungen und Mord- und Terrorandschläge!!

Wichtiger jedoch ist, daß diese Manöver der Rassisten und Imperialisten gegen die Völker im südlichen Afrika zwar Verwirrung stiften, die Kampfsituation der Widerstandsorganisationen verschlechtern und die Solidaritätsarbeit erschweren kann (und von daher nicht zu unterschätzen sind), aber den Kampf für die endgültige und wirkliche Befreiung können sie nicht verhindern.

– „Der Bürgerkrieg erstreckt sich jetzt schon auf fast den ganzen Norden Namibias. Die Angriffe des PLAN (militärischer Arm der SWAPO) sind zahlreich. Die politische Unterstützung für die SWAPO wird immer stärker, teilweise gerade als Reaktion auf die Aktionen der Südafrikaner" (UN-Papier).

Die SWAPO stellt in ihrer Presseerklärung zur neuesten Entwicklung in Namibia fest, „das Volk von Namibia wird den Kampf bis zur endgültigen Befreiung fortsetzen. Die Befreiungsbewegung wird siegen über das Vorster-Regime und seine neokolonialen Agenten in Namibia ...
THE STRUGGLE GOES ON!
THE VICTORY IS CERTAIN!"

Afrika Kommission

Arabische Reaktion will Eritrea an die Leine nehmen

Ungewohnte Sprüche waren unlängst aus Khartum, der Hauptstadt des Sudan und Sitz des reaktionären Numeiri-Regimes zu hören. Numeiri, der Anfang der 70er Jahre fast die gesamte linke Opposition erschiessen ließ, *„beschuldigte das äthiopische Militärregime, unschuldige Menschen zu massakrieren und bei seinen Bemühungen um Lösung des eritreischen Problems die falschen Methoden anzuwenden. Er sagte, er werde mit dem Volk des Sudan dafür arbeiten, um dem eritreischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht zurückzugeben"* (AFP nach „Monitor-Dienst", 31.1.77).

Numeiri ist nun beileibe nicht plötzlich zu einem Demokraten geworden, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker propagiert. Hintergrund für die Unterstützung der rechten eritreischen ELF – nicht zu verwechseln mit der linken PLF – scheint vielmehr der Versuch der reaktionären arabischen Staaten Syrien, Ägypten, Saudi-Arabien, Kuweit und nicht zuletzt des Sudans zu sein, „rechtzeitig" ihren politischen Einfluß auf den eritreischen Befreiungskampf zur Geltung zu bringen. Bekanntlich kontrollieren die Freiheitskämpfer fast das gesamte eritreische Territorium, und der Zeitpunkt eines vollständigen Sieges scheint nicht mehr allzu weit zu sein. In dieser Situation unterstützen die rechten arabischen Regime die bürgerlichen Kräfte um die ELF, um durch ein konservatives muslimisches Eritrea ihre Herrschaft in dieser Region zu stabilisieren. In der letzten Februarwoche werden Asad (Syrien), Sadat (Ägypten) und Numeiri im Sudan zusammentreffen, um die einzuschlagende Spaltertaktik gegenüber dem eritreischen Befreiungskampf im Detail zu erörtern. Dem eritreischen Befreiungskampf, der sich mit großem Erfolg sowohl gegen Haile Selassie als auch gegenüber dem DERG behauptet hat, drohen nun große Gefahren seitens seiner neuen „Freunde".

Numeiri hat gleichzeitig indirekt Gebietsansprüche gegen Äthiopien erhoben, die er mit seiner „Fürsprache" für Eritrea demagogisch verbindet:

„General Numeiri sagte, das äthiopische Reich sei durch Raub und Überfälle auf viele Nachbarländer (!) entstanden und Eritrea sei 1961 zur Kolonie gemacht worden" (siehe oben). Weiterhin macht Numeiri keinen Hehl aus seiner Sympathie für die rechten feudalfaschistischen Kreise in Äthiopien, die durch den DERG in ihrem Wirkungskreis beschnitten worden sind. Er betonte, *„er habe 1974 (Haile-Selassie-Ära) kurz vor einer friedlichen Lösung des Eritrea-Problems durch Vermittlung gestanden, aber eine Militärclique habe die Macht übernommen"* (s.o.)

Numeiri unterstützt auch heute nach der gleichen politischen Logik die EDU, die organisierte Bande der äthiopischen Großgrundbesitzer!

Afrika-Kommission

Faschisten verüben Massaker – Imperialistische Presse beschuldigt Freiheitskämpfer

Anfang Februar war die BRD-Presse voll mit Schlagzeilen, wie
„Missionare in Rhodesien ermordet. Schwarze Guerillos töten sieben Weiße" („Süddeutsche Zeitung", 8.2.77);
„Deutsche Ordensschwestern ermordet, neues Massaker in Rhodesien ..." („Frankfurter Rundschau", 8.2.77); oder
„ ... Freiheitskämpfer ... schaffen durch brutale Aktionen ein Klima der Furcht ... (so) wurden am vorletzten Sonntagabend sieben Angehörige der katholischen Musami-Mission erschossen, darunter drei deutsche Nonnen ..." („Spiegel", 14.2.77).

Glaubt man dieser Berichterstattung, so handelt es sich bei den Freiheitskämpfern der ZIPA um blutrünstige, brandschatzende und Kinder klauende Ungeheuer.

Hierfür noch ein anderes Beipiel: Genau eine Woche vor dem Überfall war die BRD-Presse voller Meldungen (und Entrüstung) über die angebliche *„Entführung von 400 Schülern aus der Missionsschule Manama durch schwarze Guerillos nach Botswana"*.

Die Tatsachen indes sehen anders aus: Die „entführten" Schüler sind allesamt unter dem Schutz von Freiheitskämpfern der ZIPA über die Grenze nach Botswana geflüchtet. Der Grund:

„ ... die rhodesischen Regierungstruppen ziehen durch das Land und töten unschuldige Menschen, um so auf die Quote von zehn getöteten Guerillos auf jeden toten rhodesischen Soldaten zu kommen..." (!) („Guardian", 7.2.77). Das in diesem Fall erfreuliche Ergebnis:

– *„Die große Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler haben sich am Wochenende geweigert, nach Hause zurückzukehren ... die älteren Jugendlichen erklärten, daß sie sich einer Guerilla-Ausbildung unterziehen wollten"* (nach „FR", 8.2.77).

– *„Die Kinder werden nun von den Guerillos der ZIPA in Mozambique ausgebildet"* („SZ", 10.2.77).

Genau in den Tagen, wo diese Tatsachen bekannt wurden und so die Lügen der Rassisten von der „Entführung" entlarvt waren, fand dann das Massaker in der Missionsstation statt.

Als Guerillas verkleidete schwarze Marionetten-Truppen des Smith-Regimes drangen in die Gebäude ein, *„sie stellten sich als ZANU-Kämpfer vor"* („Bild-Zeitung") und erschossen alle Anwesenden, bis auf einen (der mußte dann ja auch als Zeuge „überbleiben").

Nach dem gleichen Muster haben schon früher Spezial-Einheiten der Rassistenarmee Massaker begangen, um sie den Freiheitskämpfern unterzuschieben! (Patriotische Front – ZANU/ZAPU – nach „FR", 9.2.77).

Vorbilder hierfür gibt es auch genug. Z.B. die Massaker der US-Armee in Vietnam unter Befehl des Leutnant Calley, die zunächst auch den Befreiungskämpfern in die Schuhe geschoben wurden, um später dann frank und frei zuzugeben, daß es sich um „eine ganz normale Kriegshandlung" gedreht hat, für die man in den USA auch noch begnadigt wird.

Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß sich die Rassisten insbesondere Missionsstationen und Schulen zum Angriffsziel nehmen. Bisher unterstützten nämlich Teile des kirchlichen Personals die Befreiungskämpfer. Darum sollte das Rassisten-Massaker auch eine Kluft zwischen diese Kräfte und den Widerstand schlagen.

– Im Dezember erst wurde der Bischof Lamont von den Rassisten zu zehn Jahren verurteilt, weil er den Guerillos Medikamente gespendet hatte und die Rassisten für den Krieg verantwortlich erklärt hatte.

– Selbst bei der Beerdigung der Opfer des jüngsten Massakers machten die kirchlichen Redner die Rassisten für den Tod der Missionsbesatzung verantwortlich!

Mugabe – Generalsekretär der ZANU – zu diesem Überfall: *„Wir sind einer solchen Untat unfähig. Die Missionare sind unsere Freunde"* („Spiegel", 14.2.77).

Während so die Rassisten die fortschrittlichen Christen in Zimbabwe gegen die berechtigten Forderungen und den Kampf der Schwarzen aufbringen wollen, übernimmt die „freie Presse" in den imperialistischen Ländern den Part, die faschistischen Greueltaten zu benutzen, um gegen den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika zu hetzen.

Diese „Arbeitsteilung" zeigt, auf wessen Seite die Tintenkulis in den bürgerlichen Redaktionen in Wahrheit stehen!

Afrika-Kommission

Reaktionäre Diplomatie gegen die DARS

Im Frühjahr des Jahres soll die beschlossene OAU-Sonderkonferenz zum Sahara-Konflikt, d.h. zur widerrechtlichen Besetzung und Einverleibung der westlichen Sahara durch Marokko und Mauretanien, stattfinden. Die letzte OAU-Gipfelkonferenz vom Juli auf Mauritius konnte sich zu keiner Stellungnahme gegen die mauretanische, marokkanische Intervention durchringen und vertagte das Problem.

Derzeit finden vor und hinter den Kulissen Bemühungen der afrikanischen Reaktion statt, um die Anerkennung der DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara) und der F. Polisario zu verhindern.

– So reiste Präsident Bongo aus Gabun Mitte Januar nach Mauretanien und Marokko. Die gegenseitige Freundschaft wurde beteuert und die bilateralen Beziehungen ausgebaut.

– Seyni Kountie, Präsident des Niger, sprach sich auf einem Festbankett in Lome gegen die Verurteilung der mauretanisch/marokkanischen Intervention aus und betonte *„daß seine ganze Sympatie in dieser Frage Mauretanien gelte"*.

– Osheku Oshuemi, nigerianischer Komentator für internationale Fragen, sprach sich gegen „einseitige" Stellungnahmen (d.h. eine Verurteilung der Aggressoren) aus, da sonst *„das Boot der OAU ins wanken geraten könne"* (Nigeria hatte seinerzeit als eines der ersten Länder die MPLA-Regierung in Angola anerkannt).

– Währenddessen versucht Mauretanien den Generalsekretär derOAU, William Eteki, massiveinzuschüchtern, daß er jede diplomatische, politische Aktivität für die DARS unterläßt. Anläßlich eines Gespräches Etekis mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der DARS, wetterte Mauretanien, daß *„diese Haltung weder mit der Charta der OAU noch mit irgendeiner Resolution unserer Organisation in Übereinstimmung stehe"*. Mauretanien forderte Eteki auf, *„fortan weitere Kontakte dieser Art zu vermeiden"*.

Immer mehr, scheint die Befürchtung Wirklichkeit zu werden, daß die OAU einen fortschrittlichen Beschluß erst nach vollendeten Tatsachen durch die F. Polisario fassen wird. Und diese Tatsachen kommen aus den Gewehrläufen der saharauischen Genossen! (Zitate nach „Protestnote des mauretanischen Außenministers vom 13.1., Radio Lagos 10.1., Radio Rabat 19.1., Reuter 15.1., zitiert nach Monitordienst)

Afrika-Kommission

Freundschaft wurde beteuert und die bilateralen Beziehungen ausgebaut. Aktivität für die DARS unterläßt. Anläßlich eines Gespräches Etekis Afrika-Kommission

Afrikanische Reaktion und Zionisten ziehen am selben Strang

Anscheinend soll jetzt im Auftrag der Zionisten der Präsident der Elfenbeinküste, H.-Boigny, eine der „Vermittlerrollen" im Nahen Osten übernehmen:

In Genf traf er sich mit dem israelischen Regierungschef Rabin: *„Die Begegnung wurde bis zum Abschluß geheimgehalten . . . die Bedeutung der Begegnung liegt in Boignys persönlichem Ansehen bei allen Parteien des Nahostkonflikts . . ."* (NZZ 6/7.2.77).

Interessant in diesem Zusammenhang: Boigny traf sich zwei Tage davor mit einem PLO-Vertreter in Genf, *„der dem Präsidenten des afrikanischen Staates eine persönliche Botschaft von PLO Chef Arafat überreicht hat"* (NZZ 6/7.2.77).

Drei Tage nach dem Treffen Rabin/Boigny traf ein Sonderbotschafter der Elfenbeinküste mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat zusammen (SZ 10.2.77).

Welche Rolle Boigny bei diesem Poker spielen soll und spielt, schreibt die „NZZ" mit bemerkenswerter Offenheit:

Er *„gilt seit langem als Mann, der Israel wohlwollend gegenübersteht."*

Boigny übernimmt hier im Nahostkonflikt eine „neue" Rolle im Dienste des Imperialismus und der Reaktion. Er ist in dieser Hinsicht dem afrikanischen Kontinent seit langem bekannt:

– Trotz des Beschlusses der OAU Anfang 1974, die Beziehungen zu Israel abzubrechen, hielt die Elfenbeinküste alle diplomatischen und wirtschaftlichen Bezihungen aufrecht.

– Durch die ständige Anwesenheit israelischer „Berater" in der Elfenbeinküste, verhilft er den Israelis dazu, wieder in Afrika „Fuß zu fassen".

– In der UN stimmte die Elfenbeinküste in allen wichtigen Fragen für Israel (alles nach NZZ 6/7.2.77).

– Die Elfenbeinküste ist das einzige Land Schwarz-Afrikas, das der Luftfahrtgesellschaft der Rassisten aus der RSA Landerechte eingeräumt hat.

– Zusammen mit Senegal – das erst kürzlich der „Sozialistischen Internationale" (SPD & Co.) beigetreten ist – war die Elfenbeinküste das einzige Land Afrikas, was nicht die Olympischen Spiele boykottiert hat.

Diese wenigen Beispiele zeigen einmal mehr, daß es für die Völker im Nahen Osten nichts anderes ist, ob nun ein Vertreter des Imperialismus direkt oder einer seiner Lakaien aus der „Dritten Welt" die „Vermittlerrolle" übernimmt.

Afrika-Kommission



Mit seinem zionistischen Auftraggeber: Boigny, der Präsident der Elfenbeinküste (l.) „vermittelt" in Nahost.

lateinamerika aktuell

Repression in Argentinien

Im Januar startete das faschistische Militärregime unter General Videla eine neue Großoffensive gegen die Menschen, die Widerstand gegen die Diktatur leisten. Allein in den ersten beiden Januarwochen sind über 100 Menschen von der Junta ermordet worden („Le Monde", 15.1.77). Auch das „Internationale Rote Kreuz" verlagert seine Arbeit nach Argentinien, weil dort das Ausmaß der Repression derzeit am größten ist („Cosal", 15.1.77). Außerdem läßt die Junta ihre Maske fallen: hatte Videla den Terror bisher immer auf die faschistischen Terrortrupps der AAA („Antikommunistische Allianz") geschoben, macht er heute keinen Hehl mehr daraus, daß das Militär und die Polizeistreitkräfte selbst die unzähligen Entführungen und Erschießungen vornehmen. So sagte ein höherer General aus Buenos Aires: *„Mit den hier angewandten Methoden würde unsere Armee sogar den Vietnamesen in Indochina* (gemeint: die faschistische Thieu-Clique) *den Rang ablaufen"* („Chile-Nachrichten", 27. 1.77).

Helmut Frenz, Generalsekretär von „amnesty international" in der BRD, hält die Zahl von 25.000 - 30.000 politischen Gefangenen *„für zu niedrig gegriffen"*.

General Videla leugnet nach wie vor die Existenz politischer Gefangener; die „zivilen" Faschisten – zumeist Bullen und Soldaten in Feierabends-Kluft – entführen und ermorden ihre Gefangenen oft an Ort und Stelle, so daß sie in keinerlei offiziellen Gefangenenlisten auftauchen. Dieses Vorgehen soll vor allem eine internationale Solidaritätskampagne verhindern und Videla und seine Armee in einer weißen Weste erscheinen lassen.

Die argentinische Realität sieht jedoch anders aus:
– in argentinischen überfüllten Gefängnissen wird schwer gefoltert und

jedoch anders aus:
– in argentinischen überfüllten Gefängnissen wird schwer gefoltert und

viele Gefangene werden ermordet
– in Argentinien gibt es mehrere Konzentrationslager, in denen kaum ein Gefangener überlebt
– die Faschisten bauen Krematorien und legen Massengräber an. So beklagten sich die Bewohner der Stadt Perla in der Provinz Cordoba, in dessen Nähe sich ein KZ befindet, über Gerüche nach verbranntem Fleisch. Auf dem Friedhof Moreno in der Nähe von Buenos Aires wurde ein Massengrab mit 34 Menschen gefunden. Die 34 Leichen stammen von Opfern, die am 14. April 1976 (!) entführt worden waren („Chile-Nachrichten", 27.1.77).

Das Märchen von den Guerilleros...

In der bürgerlichen Presse sind fast täglich Meldungen in Umlauf, die von „bewaffneten Auseinandersetzungen" zwischen Guerilleros und der Polizei berichten. Dabei seien dann soundsoviel Guerilleros gefallen usw. Interessant ist das Zustandekommen dieser Meldungen oder besser gesagt, bewußten Fälschungen:

– so berichtete die argentinische Zeitung „Opinion", daß der Führer der Jungendorganisation der Montoneros, Dardo Cabo, *„bei einem Schußwechsel mit den Sicherheitskräften"* ums Leben kam. Tatsächlich saß Cabo seit 1 1/2 Jahren in argentinischen Gefängnissen und wurde so schwer gefoltert, daß Arme und Beine gelähmt wurden. Ein angeblicher Überfall auf einen Gefangenenkonvoi, an dem Cabo angeblich beteiligt gewesen sein soll, hat also nie stattgefunden. Vielmehr wurde dieser angebliche „Angriff" vorgetäuscht von Kräften der Polizei, die dabei alle politischen Gefangenen ermordeten. „Guerilleros" waren daran nie beteiligt.

– In einem anderen Fall berichtete die argentinische Presse, daß bei *„bewaffneten Auseinandersetzungen etwa 100 Aufrührer gefallen"* seien. Wie so etwas tatsächlich ablief, schilderte ein Zeuge so: *„Um 3 Uhr morgens hielt uniformierte Polizei in der Nähe der Firma SIAM ihre Fahrzeuge an. Drei junge Männer mußten aus dem Wagen treten. Sie wurden sofort exekutiert. Die Polizisten schossen dann mit ihren Maschinenpistolen auf ein parkendes Auto, um diese Aktion glaubwürdiger zu machen"* („Chile-Nachrichten", 27.1.77). Bemerkenswert ist auch, daß in diesen Fällen nie Angehörige der Polizei oder Armee ums Leben kamen.

Die argentinische Junta benutzt die angeblichen „bewaffneten Auseinandersetzungen" also nur dazu, ihren Terror propagandistisch abzusichern und die bürgerliche Presse „übernimmt" natürlich gern diese Lügenmärchen... Damit soll natürlich nicht bestritten werden, daß die PRT/ERP und die Montoneros bewaffnete Aktionen unternommen haben und unternehmen.

Die Hungerpolitik Videlas und des internationalen Kapitals

Es ist bekannt, daß das internationale Kapital nach dem Putsch im letzten Jahr Kredite in Höhe von über 2 Milliarden US-Dollar gewährte, um damit vor allem die Handelsbilanz auszugleichen.

Für die Arbeiterklasse Argentiniens bedeutet die jetzige Wirtschaftspolitik einen Großangriff auf ihre materielle Lage.

So stieg die Inflationsrate im Jahre 1976 auf 347,5 % an. Sie liegt damit geringfügig höher als 1975 unter

So stieg die Inflationsrate im Jahre 1976 auf 347,5 % an. Sie liegt damit geringfügig höher als 1975 unter

der Regierung Isabell Perons. Damit erweist sich die Ankündigung Videlas gleich nach dem Putsch, Frau Peron habe das wirtschaftliche Chaos geschaffen und das Militär wolle jetzt wieder Ordnung schaffen, als purer Vorwand zur Rechtfertigung des Militärputsches. Im gleichen Zeitraum verordnete die Junta Lohnerhöhungen von rund 154 %.

Sieht man sich die Preissteigerungen für Agrarprodukte und Lebensmittel an, so beträgt die Preissteigerungsrate hier sogar 458,4 %. Mußte ein argentinischer Arbeiter im August 1975 noch rund sechs Stunden für einen Warenkorb arbeiten, sind es im November 1976 bereits 13,2 Stunden gewesen.

Bekannt ist ferner geworden, daß die Zahl der Arbeitslosen enorm gestiegen ist; genaue Angaben existieren nicht und die Junta hüllt sich darüber in Schweigen.

Wer jedoch meint, daß die Lebensmittel infolge von Knappheit oder Exportabhängigkeit teurer geworden sind, irrt: Argentinien hat 1976 eine Rekordernte von über 11 Mio. Tonnen Getreide zu verzeichnen gehabt, und die Getreideausfuhr stieg gegenüber 1975 um 22 % an. Hinsichtlich der Rindfleischausfuhren ergab sich sogar eine Steigerung von 120 % – während sich die argentinischen Arbeiter kein Fleisch mehr leisten können.

Schon am 1.1.1977 verkündete Videla neue Preissteigerungen in den Bereichen der Mieten, der Telefongebühren und der wichtigsten Grundnahrungsmittel wie Milch (+ 40 %).

Damit hat die schrittweise erfolgte Repression und die wirtschaftliche Schockpolitik nach knapp einem Jahr faschistischer Diktatur bereits deutlich vergleichbare chilenische Ausmaße erreicht!

Lateinamerika-Kommission

Skandal! DGB-eigene Bank rechtfertigt Kredite an Argentiniens Militärs

Wie im letzten ARBEITERKAMPF berichtet, war an einem 19 Mio. DM-Kredit an die argentinische Militärjunta auch die „Bank für Gemeinwirtschaft" (BfG) beteiligt. Die Unterstützung der argentinischen Faschisten durch Beitragsgelder von Arbeitern und Angestellten wird von der BfG in unverhohlener Art und Weise gerechtfertigt! Zum einen wird der Kredit damit gerechtfertigt, daß man in „*Lateinamerika nur selten Maßstäbe anwenden kann, die in westlichen Demokratien als selbstverständlich gelten*". (Siehe Faksimile-Abdruck). Damit lassen sich natürlich Kredite in j e d e s faschistische Regime rechtfertigen.

Äußerst zynisch ist jedoch auch die Erklärung, daß der Kredit der „*Konsolidierung der ... argentinischen Auslandsverschuldung dienen wird ... Allein eine ... Verbesserung der ökonomischen Situation wird ... eine gewisse politische Entspannung einleiten*". Darüberhinaus wäre es sogar „*zynisch*", *dem argentinischen Volk ... die Möglichkeit einer solchen Entwicklung vorzuenthalten oder zu erschweren*". Die BfG weiß ganz genau, daß die Kredite der Imperialisten zwar der „*Konsolidierung der Auslandsverschuldung*" dienen sollen; aber die andere Seite dieser Kredit- und Wirtschaftspolitik des Imperialismus ist die totale wirtschaftliche Ausplünderung dieses Landes, die sich voll auf die argentinischen Arbeiter und Bauern vollzieht! Durch die Kredite wird der Imperialismus die Abhängigkeit Argentiniens vom internationalen Kapital verstärken, Hunger und hohe Arbeitslosigkeit und der massive Aufbau des staatlichen Unterdrückungsapparates wie Armee und Polizei bei gleichzeitiger Kürzung aller „sozialen" Bereiche sind die Folgen für das argentinische Volk. (Siehe nebenstehenden Artikel zu Argentinien).

Was die BfG macht, unterscheidet sich in nichts von der Politik internationaler Großbanken – nur von denen ist man's ja gewohnt.

Auf gewerkschaftlichen Versammlungen, Vertrauensleutesitzungen usw. sollte dieser Punkt den Gewerkschaftsführern kräftig um die Ohren gehauen werden!

Lateinamerika-Kommission

11.12.1976 VS-Dr.Lo/Dr.Ho/pi 9460 31. Januar 1977

Sehr geehrte Herren,

Herr Hesselbach hat uns gebeten, Ihnen für Ihren Brief vom 11. Dezember 1976 zu danken und Sie gleichzeitig um Entschuldigung dafür zu bitten, daß wir Ihnen erst heute antworten; dies beruht nicht darauf, daß wir die von Ihnen zitierte Devise Napoleons uns zur Maxime machen, sondern daß zwischen dem Eingang Ihres Briefes und heute einerseits die hektischen Tage vor dem und zum Jahreswechsel und andererseits einige Urlaubstage lagen.

Nun zu Ihrem Brief: Es trifft zu, daß wir uns an einem Konsortialkredit für die argentinische Zentralbank beteiligt haben, dessen Vertrag am 25. November 1976 von 19 deutschen Kreditinstituten unterzeichnet wurde.

Vor Abschluß dieses Vertrags haben wir uns auch mit den Fragen beschäftigt, die Sie zum Schreiben Ihres Briefes veranlaßt haben. Die Bedenken, die wir sehr ernst nehmen, haben uns letzten Endes aber nicht dazu veranlassen können, eine Beteiligung an dem Darlehen abzulehnen.

Dabei hat sicher auch eine Rolle gespielt, daß wir darauf angewiesen sind, als Partner am internationalen Darlehensgeschäft mitzuwirken, wenn wir unsere Aufgabe in der Bundesrepublik Deutschland erfüllen wollen. Darüber hinaus haben wir berücksichtigt, daß man leider in Lateinamerika nur selten Maßstäbe anwenden kann, die in westlichen Demokratien als selbstverständlich gelten.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß dieser weltweite Kredit der Konsolidierung der kurzfristigen argentinischen Auslandsverschuldung dienen wird, d. h. Argentinien soll in die Lage versetzt werden, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und weiterhin die zur Entwicklung seiner Volkswirtschaft erforderlichen Güter zu importieren. Allein eine Stabilisierung und Verbesserung der ökonomischen Situation wird - wenn auch womöglich erst in

d. h. Argentinien soll in die Lage versetzt werden, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und weiterhin die zur Entwicklung seiner Volkswirtschaft erforderlichen Güter zu importieren. Allein eine Stabilisierung und Verbesserung der ökonomischen Situation wird - wenn auch womöglich erst in

nicht sehr naher Zeit - eine gewisse politische Entspannung einleiten. Es wäre zynisch und inhuman, dem argentinischen Volk mit dem Hinweis auf sein Militärregime, dessen Politik keineswegs beschönigt werden soll, die Möglichkeit einer solchen Entwicklung vorzuenthalten oder zu erschweren.

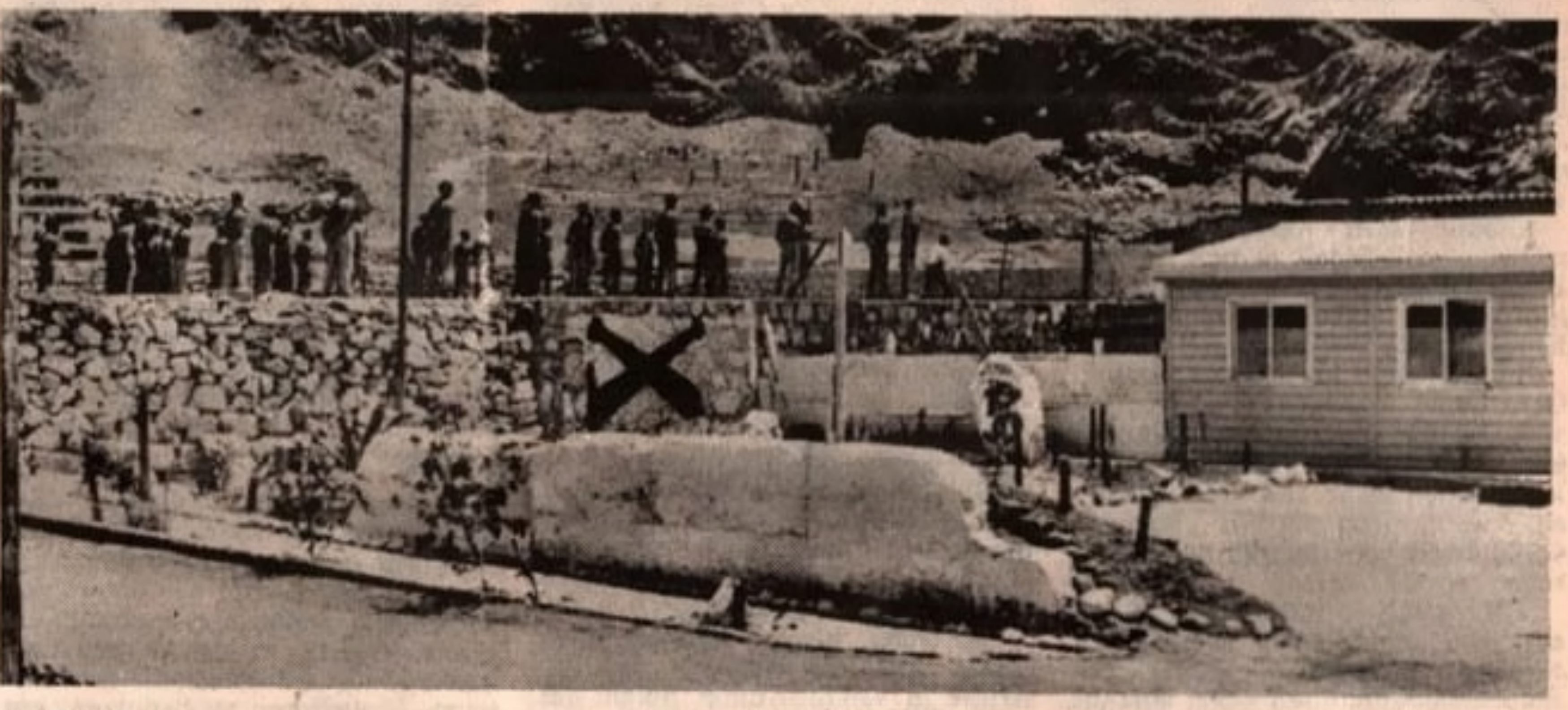
Wir hoffen, Ihnen mit diesen Erläuterungen die Gründe für unsere Beteiligung bei dem Kreditabkommen mit Argentinien ausreichend verständlich gemacht zu haben, und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT AKTIENGESELLSCHAFT

Chile und kein Ende des Terrors

Wenn man der bürgerlichen Presse glauben schenken könnte, dann wäre in Chile heute alles ganz anders! Keine willkürlichen Verhaftungen, keine Folterungen, keine Erschossenen mehr. Man könnte – und soll – annehmen, Chile hätte sich weitgehend „normalisiert". Immerhin sind seit dem 16. November 76 durch Dekret 304 der Junta politische Gefangene aus den KZ's Tres Alamos und Puchuncavi freigelassen worden, u.a. Gladys Diaz und Luis Corvalan. Die beiden KZ's sollen sogar geschlossen werden.



KZ Pisagua



Angeblich aufgelöst: das Konzentrationslager Puchuncavi

Angeblich aufgelöst: das Konzentrationslager Puchuncavi

Doch der Schein trügt: Bereits bei den ersten Entlassungen politischer Gefangener erklärte Pinochet: „*Das bedeutet nicht, daß die Regierung Autorität verloren hat, im Gegenteil, die Maßnahmen zur Sicherung und Ordnung und der Institutionen bleiben vollauf in Kraft . . .* " („El Mercurio", Ed. International, 14.-20.11.76).

Denn ganz neu ist diese Methode auch für Pinochet nicht. Bereits vor der OAS-Konferenz im Mai/Juni in Santiago waren ca. 360 Häftlinge freigelassen worden, um den ausländischen Besuchern und Journalisten ein Bild vom friedlichen Chile zeichnen zu können. Es geht also darum, die blutigen Hände, die auch immer wieder von UNO-Delegationen, Gewerkschaftsdelegationen u.ä. offenbart wurden, reinzuwaschen. Pinochet drückt das dann etwas feiner aus: „ . . . *Diese Maßnahme beinhaltet und bezeugt die christlichen Gefühle der Regierung und zeigt der Welt die Aufrichtigkeit und den Geist der Freiheit, der hier herrscht*" ! („El Mercurio", s.a.a.O.) Doch schauen wir uns diesen „Geist der Freiheit mal etwas genauer an . . .

Tausende weiter in Haft!

Freigelassen wurden bisher nur die politischen Gefangenen, die nach Belagerungens-(Un-)recht inhaftiert waren, nicht aber solche Gefangene, die wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit" verurteilt oder angeklagt sind, da sie als gewöhnliche Kriminelle gelten! Diese Gruppe von Häftlingen wird auf etwa 1.200 geschätzt. Noch größer ist die Zahl der Verschwundenen. Man nimmt an, daß es sich hierbei um rund 2.000 (!!) Personen handelt, unter ihnen die MIR-Genossen Bautista van Schowen und Juan Carlos Perelman.

Die heutige alltägliche Praxis der Junta sieht so aus, daß Menschen einfach von der Straße weg festgenommen werden, ohne Zeugen meist. Es fällt den Faschisten von daher dann nicht schwer, die Verhaftung einfach zu leugnen. Solange eine Verhaftung und Internierung geleugnet wird, besteht akute Lebensgefahr für die Betroffenen, denn „offiziell" sind sie ja gar nicht verhaftet, sondern „spurlos verschwunden".

Die Junta verfeinert die Methoden

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Willkür nicht ab-, sondern zugenommen hat. So sind zur Zeit der Freilassung im Mai/Juni genauso viele Menschen verhaftet worden, wie freigelassen wurden. Und auch mit den Freigelassenen wird ein übles Spiel getrieben.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Not, unter der besonders entlassene Häftlinge leiden, können sie auch jederzeit wieder festgenommen werden. So sind z.B. am 16.1. sechs Gefangene aus Tres Alamos freigelassen worden und bereits zwei Tage später wieder festgenommen worden. Zwei davon sind noch immer in Haft („El Mercurio", International 21. bis 27.11.76 .)

Die tatsächlichen Zahlen liegen natürlich weitaus höher, aber genaue Angaben sind kaum noch möglich.

So leben diese Menschen mit der Drohung vor Augen, jederzeit willkürlich wieder festgenommen zu werden und dann nochmehr zugerichtet zu werden!

Ein weiterer Beweis für die Verschärfung des Terrors sind Berichte über neue Formen psychologischer Folter an Gefangenen, besonders Frauen! „*Die Grundstruktur der psychologischen Foltertechniken beruht darauf, den Gefangenen nach einer Phase vieler (körperlicher) Mißhandlungen, in einer Situation der existentiellen Verunsicherung und Angst, umgeben von aggressiven und offen feindseligen Folterknechten, plötzlich einen ganz anderen „verständnisvollen" Befrager zuzuteilen...*' (Chile-Nachrichten, 30.11.76).

Mit Psychopharmaka, Isolationshaft u.ä. wird versucht, die Persönlichkeit des Gefangenen zu brechen und ihn zum Informanten, aber auch zum Kollaborateur zu machen. Es hat sich gezeigt, daß auf diese „verfeinerte" Folter den Linken schwere Verluste zugefügt wurden!

Eine neue Methode: kaltblütiger Mord!

Die wohl immer häufiger angewandte Methode zur Liqidierung des Widerstandes, die die chilenischen Faschisten von ihren argentinischen Freunden übernommen haben, ist die „heimliche" Ermordung von Linken, besonders von verschwundenen Häftlingen!

In der Zeit von Mitte Mai bis Anfang Oktober sind allein dreizehn Leichen an Flußufern angeschwemmt worden. Alle hatten deutliche Foltermerkmale (Kopf durch Hiebwaffe zerstört, Gesicht zerstört, Finger abgeschnitten u.ä.). Damit wird erreicht, daß die Leichen nicht mehr identifiziert werden können. Hier zeigt Pinochet seinen wahren Geist. Aber nicht den des Friedens, sondern den des kaltblütigen Mordes! Die Weltöffentlichkeit will keine politischen Gefangenen, also werden die Gegner heimlich ermordet.

Erschreckend bei den Leichenfunden: Viele Gefangene hatten Reste von Schnüren, die darauf schließen lassen, daß sie mit Steinen versenkt wurden. Wieviele mögen noch auf dem Flußgrund liegen!

Gleichzeitig wurde das berüchtigte KZ Puchuncavi dichtgemacht. Pinochet kündigte an, auch das KZ Tres Alamos zu schließen und die Folterzentren gleich in die Armee- und Polizeikasernen zu verlegen.

Ziel dieser Maßnahmen Pinochets ist es, die internationale Solidaritätsbewegung zu schwächen und damit das außenpolitische Image aufzupolieren.

Dieser Politik müssen alle Antifaschisten einen Strich durch Pinochets Rechnung machen!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!

Lateinamerika-Kommission

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!
Lateinamerika-Kommission

Zionisten exportieren Waffen nach Ekuador

Nachdem die Zionisten schon Waffen in den karibischen Staat Honduras exportiert hatten, wollen sie nun insgesamt 24 „Kfir"-Überschalljäger israelischer Produktion an Ecuador liefern („Neue Zürcher Zeitung", 4.2.77). Der Gesamtpreis beträgt 150 Mio. Dollar.

Der Waffenexport muß zwar noch von den USA genehmigt werden, aber schon im Fall Honduras haben sich die Zionisten darüber hinweggesetzt.

Der Zionismus hat damit einen bedeutenden Markt entdeckt, denn gerade die faschistischen Diktaturen Lateinamerikas nehmen eine klar pro-zionistische Haltung ein.

Lateinamerika-Kommission



Chile

Weitere Propaganda für die Junta

In einer 12-seitigen Sonderbeilage in Springers „Welt" werden die Kapitalisten aufgefordert, fleißig in dieses Land zu investieren.

So läßt Springer einen „Globetrotter" zu Wort kommen, der Chile als *„das angenehmste Land Lateinamerikas und auch eines der angenehmsten der Welt"* darstellt. Ein Herr von Horn vom Bundeswirtschaftsministerium lobt die Junta wegen seiner *„offenen Haltung gegeüber ausländischen Investitionen"* und der Chef des chilenischen Industiellenverbandes, Arteaga, lockt mit der *„Reprivatisierung staatlicher Unternehmen"*. Auf zwei Seiten wird *„ausländischen Kapitalanlegern"* für den März 1977 die Versteigerung von 17 Unternehmen annonciert, denn *„gemäß der derzeitigen Politik der Regierung"* ist man dabei, dem *„Privatunternehmen jene Rolle zurückzugeben, die ihm in einer sozialen Marktwirtschaft zukommt"*. Die Kupferindustrie verheißt dem *„Investor größere Einkünfte"*, denn seitdem Pinochet geputscht habe, herrsche *„eine bessere Arbeitsdisziplin"*. Ein Inserat der Faschisten preist als ein Ziel ihrer Sozialpolitik die *„wesentliche Senkung der Lohnkosten"*. Bei *„15 % Arbeitslosigkeit gebe es genug Chilenen, die nur darauf warten"*, sagte Dr. Westphalen, Direktor der „Deutsch-Südamerikanischen Bank. (Alle Zitate aus „Welt", 28.1.77).

Dieser Artikel ist jedoch kein „Ausrutscher" der Springerpresse, sondern entspricht der immer besser werdenden Zusammenarbeit der BRD mit Pinochet:

- allein 1976 investierten westdeutsche Unternehmen rund 100 Millionen DM, davon 95 Millionen in den Bergbausektor (Kupfer).
- die „Deutsch-Südamerikanische Bank" vergab Ende 1976 einen 50-Millionen-DM-Kredit an die chilenische Zentralbank.
- zugenommen hat auch der Handel. Allein in den ersten 8 Monaten 1976 übertrafen die chilenischen Warenexporte in die BRD die des Jahres 1975, damals rund 625 Millionen DM.
- und auch die „Sozialliberale" Bundesregierung mischte dabei kräftig mit, indem sie einem Weltbank-Kredit in Höhe von 110 Mio. DM zustimmte.

Selbst der sozialdemokratische „Vorwärst" schrieb ziemlich naiv: *„. . . setzt die Bundesregierung ihr Verhalten zu Chile auf der jetzt eingeschlagenen Linie* (!) *fort, wird sie ihre Glaubwürdigkeit verspielen"*. (Zitiert nach „3. Welt-Magazin" 1/2 1977).

Nun, die Bundesregierung hat ihre „Glaubwürdigkeit" seit langem verspielt und die Junta wird von der SPD/FDP-Regierung immer mehr zum „normalen" Handelspartner.

Nichts von der Junta – nichts für die Junta!

Lateinamerika-Kommission

Hand in Hand: CIA und Konrad-Adenauer-Stiftung

Der Interimspräsident der größten Gewerkschaft Ecuadors, der CEDOC, Velasco Ortega, besuchte im September letzten Jahres die BRD und *„erhob Anschuldigungen vor allem gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung (KASt) wegen massiver Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CEDOC und Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA"*, so daß „3. Welt Magazin", 11/12 1976.

„Die Einmischung geschah indirekt über den Generalsekretär der lateinamerikanischen Arbeiterzentrale, CLAT, Emilio Maspero, und direkt über das von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanzierte INEDES" (Ecuadorisches Institut für soziale Entwicklung), (alle Angaben nach „3. Welt Magazin").

Ab 1965 begann das „Institut für Internationale Solidarität" ISI in Bonn-Beuel – ein Institut der KASt – mit dem Aufbau eines bürokratischen Dienstleistungsapparates für die CEDOC. Schlüsselstellung nahm dabei das INEDES ein, dessen Präsidentin Dr. Isabel Robalino-Bolle ist. Der ehemalige CIA-Agent Ph. Agee bezeichnete sie schon im April 1962 als *„Führerin des CIA in der CEDOC"*.

Die KASt. finazierte das „Schlüssel-Institut INEDES" jährlich mit etwa 700.000 DM und gewann beträchtlichen Einfluß in der CEDOC: im Vorstand des INEDES saßen u. a. der damalige Präsident sowie der damalige Schatzmeister der CEDOC!

Mit Hilfe des INEDES wurden folgende Einrichtungen gegründet:

- Vermögensverwaltung der CEDOC; Präsidentin: Robalino-Bolle.
- Genossenschaften; Präsidentin: Robalino-Bolle.
- Sozialarbeit in Slums; Schatzmeister: Robalino-Bolle.
- „Bildung" von CEDOC-Mitgliedern; Präsidentin: Robalino-Bolle.

Nicht zu vergessen: das Institut INEDES wurde in enger Zusammenarbeit mit dem niederländischen Jesuit Roger Vekemas aufgebaut. (Vekemas wurde u.a. in Chile durch seine „Untersuchung gegen die lateinamerikanische Theologie der Befreiung " bekannt.)*„Diese Untersuchung wurde finanziert von ADVENIAT, dessen Schirmherr der Essener Militärbischof Hengsbach, die faschistische chilenische Organisation „Patria y Libertad " mit finanziert haben soll"*. Vekemas erhielt nachweislich mindestens 10.000 dollar vom CIA.

Aufgrund der Beziehungen zu Vekemas konnte INEDES sich die „finanzielle Unterstützung von 73 Projekten durch MISEREOR, weiterer 71 Projekte durch die ‚Bischöfliche Fastenaktion' der Niederlande und der Schweiz und weiterer 35 Projekte durch ‚Brot für die Welt' (!!), ‚Entraide de Fraternite' und ähnlicher Organisationen" sichern.

Die CEDOC selbst ist der Lateinamerikanischen Arbeiterzentrale CLAT angeschlossen, die wiederum seit 1968 jährlich mit 6.5 Mio. DM von der CDU-Stiftung finanziert wird.

Auf dem 11.Nationalkongreß der CEDOC im April 1975 wurde die gesamte CIA- und CDU-hörige Führungsspitze - mit Ausnahme von Jorge Cuisana - abgewählt, um den Konflikt mit der CLAT hinauszuzögern.

(Die CLAT wiederum ist Mitglied des „Weltverbandes der Arbeitnehmer" WVA, der bis 1968 noch „Internationaler Christlicher Gewerkschaftsverband " hieß).

Eine saubere Gesellschaft trifft da zusammen: der CLAT-Generalsekretär Emilio Maspero ist Intimfreund vom Präsident der CEDOC, Cuisana und der Präsidentin des INEDES sowie CIA-Agentin Rebalino-Bolle.

Als die drei Gewerkschaftsverbände zum 1.Mai 75 eine gemeinsame Plattform veröffentlichten, in der sie sozialistische Forderungen aufstellten, spitzte sich der Konflikt zwischen CEDOC und CLAT zu. Zwar gab die Lateinamerikanische Arbeiterzentrale keine Stellungnahme dazu ab, aber die Konrad-Adenauer-Stiftung strich sämtliche Unterstützung für die CEDOC.

Anfang '76 versuchte die CIA/CDU-hörige Clique die legitim gewählte CEDOC-Spitze zu stürzen: Nach dem Rücktritt Cuisanas als Präsident der CEDOC (Velasco Ortega wurde zum Interimsprädidenten gewählt) verbreiteten Zeitungen zwei Tage später die Meldung, er sei mit der Pistole zum Rücktritt gezwungen worden; Rebalino-Bolle erdreistete sich, die CEDOC-Führung der Zusammenarbeit mit dem CIA zu beschuldigen.

Um diese Vorgänge zu klären, rief die CEDOC für den 15.5.76 zu einem außerordentlichen Kongreß mit über 800 Delegierten auf. „Bombenleger und Schläger wollten den Kongress verhindern". Vor der Polizei sagten sie später aus, daß sie von Cuisana dafür bezahlt worden seien.

Der Putsch wurde vereitelt und Ortega vom Kongreß als Präsident bestätigt.

Die Machenschaften der KASt in Ecuador sind im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung gewährten Millionenkredite zu sehen. Da Ecuador zum Schwerpunkt der BRD in Lateinamerika erklärt worden ist, sollen auch die gewerkschaftlichen Organisationen von innen heraus gespalten und zerschlagen werden. Vorerst ist der BRD-Imperialismus damit auf den Bauch gefallen.

Lateinamerika - und Antifa Kommission

Robalino-Bolle.
- Sozialarbeit in Slums; Schatzmeister: Robalino-Bolle.
- „Bildung" von CEDOC-Mitgliedern; Präsidentin: Robalino-Bolle.

tär Emilio Maspero ist Intimfreund vom Präsident der CEDOC, Cuisana und der Präsidentin des INEDES sowie CIA-Agentin Rebalino-Bolle.
Als die drei Gewerkschaftsverbän-

auf den Bauch gefallen.

Lateinamerika - und Antifa Kommission

Imperialisten über Brasilien

„Jenseits von Bahia leben doch nur die Affen"

Imperialisten über Brasilien

„Jenseits von Bahia leben doch nur die Affen"

„Wir entdeckten ein Land, in dem es keine Streiks gibt, in dem es keine Verträge mit Gewerkschaften gibt, in dem es keine freien Wahlen gibt – wir entdeckten den Himmel" so begeisterte sich ein italienischer Kapitalist über Brasilien („Spiegel", 3. 1. 77). Genauso schwärmt der westdeutsche Konsul von Belo Horizonte:*„Einigen Unternehmen werden hier Steuervorteile gewährt, für die man in Deutschland hinter schwedische Gardinen gesteckt würde"*(„Spiegel", 3.1.77) .

Kein Wunder, daß die BRD-Imperialisten diesen „Himmel" nutzen: 800 westdeutsche Firmen sind zur Zeit in Brasilien vertreten, rund 3 Mrd. DM wurden seit dem Krieg in Brasilien investiert.

Der VW-Konzern ist führend auf dem Gebiet, die Ausplünderung Brasiliens auch noch als Beitrag zur Entwicklung und zum sozialen Fortschritt zu verkaufen. Unter der Überschrift *„VW – mehr als Autos"* preist VW sein „soziales Engagement" in Brasilien an: *„Über 39 000 Mitarbeiter hat VW do Brasil heute. In den Jahren seit der Gründung haben sie einen Lebensstandard erreicht, den sie bisher nicht kannten . . . auch auf sozialem Gebiet erwies sich UW als Schrittmacher in Brasilien"* („Handelsblatt", 6. 12. 76).

Was sind aber knapp 40 000 Arbeitsplätze in einem Land, wo jährlich 100 000 neue Stellen gebraucht werden, wo sich auf 1 000 ausgeschriebene Stellen im öffentlichen Dienst 68 000 Bewerber melden? („Frankfurter Rundschau", „FR", 8. 12. 76). Zur Frage der brutalen Arbeitslosigkeit in Brasilien leistet VW allerdings einen „vorbildlichen" Beitrag – „vorbildlich" für imperialistische Rationalisierung: Für die 120 000 ha große Rinderfarm, die VW derzeit im Amazonasgebiet aufbaut, werden nach 2jähriger Anlaufzeit ganze 147 (!) Arbeitskräfte gebraucht werden („Spiegel", 3. 1. 77).

Was für ein Fortschritt, wenn diese 147 „Glücklichen" dann etwas mehr verdienen als den im Nordosten üblichen Durchschnittslohn von 126,– DM (bei Lebenshaltungskosten, die denen der BRD entsprechen).

Imperialisten und die brasilianische Regierung streiten ein gewisses Elend der Bevölkerung auch gar nicht ab, aber: *„Sicher ist, daß 100 % des Volkseinkommens unter 100 % der Bevölkerung aufgeteilt werden, die Proportionen sind nicht so wichtig. Im Kapitalismus gibt es nun einmal Reiche und Arme"* (so der ehemalige Wirtschaftsminister Delfim Neto) und außerdem komme es darauf an, daß *„der Kuchen erst mal größer"* werde, *„bevor man ihn verteilen kann"*. („Spiegel", 3. 1. 77.). Und schließlich ist die Tatsache, daß laut Weltgesundheitsorganisation jeder zweite Brasilianer hungert, daß von 1 000 Neugeborenen 130 sofort sterben, daß es fast 1 Mio Leprakranke gibt, daß 11 Mio Einwohner wegen mangelhafter Ernährung als schwachsinnig gelten – all dies ist nicht weiter bewegend weil – nach Aussage eines Deutsch-Braslianers *„jenseits von Bahia doch nur noch Affen leben"*. Kommentar eines deutschstämmigen Pfarrers (!) dazu: *„Das ist sehr ungeschickt ausgedrückt, aber sicher nicht falsch"* („Spiegel").

Lateinamerika-Kommission



Paraguay

Paraguay

Diktator bestätigt auf Lebenszeit . . .

Nach 30 Jahren (!) brutaler faschistischer Diktatur ließ der seit 1954 (!) amtierende Henker General Stroessner erstmals den Ausnahmezustand aufheben – es wurde „gewählt". Wählen sollte das Volk die „verfassungsgebende Versammlung" der Stroessner-eigenen „Colorado-Partei", damit diese wiederum diesen Lumpen bis an sein (hoffentlich schnelles) Lebensende in seinem Amt bestätigt.

Stroessner ist Diktator des ärmsten Landes in Lateinamerika; Industrie gibt es so gut wie überhaupt nicht, dafür zu 70% Landwirtschaft, die von Großgrundbesitzern betrieben wird. In Paraguay herrschen nach wie vor halbfeudale Zustände und die entsprechenden Devisen für die Stroessner-Clique kommen aus einträglichen Schmuggler-Geschäften zwischen Brasilien und Argentinien zustande. So gibt es beispielsweise eine Batterie„fabrik", deren Produktion sich darauf beschränkt, geschmuggelte brasilianische Ware mit neuen Etiketten zu versehen („Frankfurter Rundschau", 8.2.77). Ein weiterer Hauptzweig der paraguayischen „Industrie" ist der Rauschgiftschmuggel mit den USA; Paraguay ist Hauptumschlagplatz und Schmuggelzentrum für diesen „Stoff".

Diese Diktatur ist ein Musterbeispiel, daß der Imperialismus in Lateinamerika gesetzt hat, wie lange (30 Jahre!) so eine abgehalfterte Clique mit massiver Unterstützung des US-Imperialismus und der BRD (zweitwichtigster Handelspartner!) die Arbeiter und die Bauern, Landarbeiter usw. unterdrücken kann.

Von den 2,6 Mill. Einwohnern sind über eine Million Menschen emigriert. Allein in Buenos Aires leben 800.000 Paraguayer („Neues Deutschland", 3.4.76). Die Löhne sind seit 16 (!) Jahren eingefroren, während allein im letzten Jahr die Inflationsrate auf 32% anstieg. Nur knapp 400.000 Menschen in Paraguay sind überhaupt in der Lage, sich einigermaßen über Wasser zu halten. Wer Widerstand leistet, kommt ins KZ oder wird gleich getötet.

Dennoch kam es – seit der Niederschlagung des Generalstreiks 1958 durch die Stroessner-Truppen – in den letzten Jahren unter den Landarbeitern und Leibeigenen zu einer Art Selbsthilfe-Bewegung; die „Campesinos" bauten Getreide und andere Nahrungsmittel „illegal" an und verkauften diese Nahrungsmittel auf dem „Schwarzen Markt" zu einigermaßen erschwinglichen Preisen an die Hungernden.

Daraufhin kam es im April 1976 zu einer erneuten Offensive der Stroessner-Truppen, in deren Verlauf über 1.000 Campesinos verhaftet, viele von ihnen schon gleich bestialisch ermordet wurden („Frankfurter Rundschau", 8.2.77).

Es liegt auf der Hand, daß die revolutionäre Linke und auch die revisionistische PCP bis auf winzige Ausnahmen hin vollständig liquidiert wurden.

Der Faschismus in Paraguay macht deutlich, daß der Imperialismus imstande ist, seine Offensive in Verbindung mit totaler wirtschaftlicher Ausplünderung und Repressionen gegen die Arbeiter und Bauern einige J a h r z e h n t e aufrechtzuerhalten. Da sich diese Offensive auch in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern zeigt, (Chile, Argentinien, Peru usw.), muß daraus die Lehre gezogen werden, daß sich die Revolutionäre in den faschistischen Regimes Lateinamerikas auf einen äußerst langwierigen Kampf, verbunden mit vielen Rückschlägen, einzurichten haben.

Lateinamerika-Kommission

Jamaica

Notstandsprogramm der Regierung Manley

Bereits im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir über die tendenziell fortschrittliche, populistische Politik der Regierung Manley und darüber, daß die imperalistische „Destabilisierungspolitik" nach chilenischem Vorbild zunächst erfolgreich abgewehrt werden konnte. Auf wirtschaftlichem Gebiet führte der totale Boykott der USA tatsächlich zu einer schweren wirtschaftlichen Krise. *„Die ernste Lage Jamaicas ist das Ergebnis versiegender Touristenströme, fallender Zuckerpreise und stagnierender Weltnachfrage nach Aluminium, dessen Rohstoff, das Bauxit, Jamaicas wichtigstes Exportprodukt darstellt"* („Neue Zürcher Zeitung", 9.2.77). Ergänzt wird die Boykottpolitik durch eine rasch ansteigende Kapitalflucht einheimischer Unternehmer. Die Folge ist u.a. eine steigende Arbeitslosigkeit.

Um aus der Krise herauszukommen, hat Manley jetzt ein „Notstandsprogramm vorgelegt, daß folgende Maßnahmen enthält:

- Verschärfte Überwachung der Einfuhr- und Devisenkontrollen. Devisenzuteilung für Importe sollen nur noch auf dem Gebiet der Grundnahrungsmittel und für gewisse Rohstoffe gewährt werden.
- Steuererhöhungen bei gleichzeitigem Einfrieren der Löhne und Preise. Die Steuern wurden vor allem im Bereich der Luxusgüter wie Benzin, Telefon usw. erhöht, die Preiserhöhungen zwischen 60% und 150% ausmachen. Gleichzeitig werden Gehälter von 30.000 Dollar (jamaicanische Dollar) mit 80% Steuern versehen. Manley selbst kürzte sein Gehalt wie das seiner Minister um rund 6.000 Dollar pro Jahr. Die Löhne werden für ein Jahr eingefroren, was natürlich vor allem die Arbeiter und Bauern hart trifft, denn die Preissteigerungsrate liegt bei rund 20%. Zwar sollen die Preise für Grundnahrungsmittel ebenfalls eingefroren werden, was bei der starken Importabhängigkeit allerdings eine ziemliche Illusion ist.
- Der wichtigste Punkt des Notstandsprogramms sind allerdings umfangreiche Verstaatlichungen; so sollen die drei Geschäftsbanken, die „Carribian Cement Company" (Bauxit) und auch der Radiosender verstaatlicht werden. Die Nahrungsmitteleinfuhr soll ebenfalls unter ausschließlich staatlicher Kontrolle geregelt werden (nach „Neue Zürcher Zeitung", 9.2.77).

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat also die amerikanische Destabilisierungspolitik großen Schaden angerichtet. Aus diesem Grunde will sich die Regierung Manley, der sich selbst als „demokratischer Sozialist" bezeichnet, enger an den Comecon, dem Wirtschaftspakt der revisionistischen Länder und Kubas, binden, um aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszukommen.

Die Rolle Kubas

Kuba unterstützt die Regierung Manley sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die kürzlich erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Brasilien und auch die engen Beziehungen zur Manley-Regierung entsprechen allerdings der revisionistischen Konzeption, mit allen „antiimperialistischen Kräften" zusammenzuarbeiten, vorzugsweise mit den „nationalen Bourgeoisien" eine breiiite Einheitsfront einzugehen usw. Kuba betrachtet nicht die revolutionäre Linke als „Partner", um – wie im Fall Jamaicas möglich – eine r e v o l u t i o n ä r e Alternative zu unterstützen, sondern eher die revisionistischen Parteien selbst und darüberhinaus die „antiimperialistische nationale Bourgeoisie".

Lateinamerika-Kommission



Massenverhaftungen, Terrorprozesse und Demonstrationsverbot in Ägypten

79 Tote, über 800 Verletzte und mehrere tausend Verhaftete sind die offizielle Bilanz der Niederschlagung der aufstandsähnlichen Unruhen, die anläßlich der angekündigten Preiserhöhungen für Güter des täglichen Bedarfs ausbrachen. Die Preiserhöhungen sind aufgrund der Proteste vorerst zurückgenommen. Das Sadat-Regime versucht jetzt durch eine Terrorkampagne und eine verstärkte Ausrichtung des Unterdrückungsapparates die Kontinuität der „Liberalisierung der Wirtschaft", sprich verstärkte Öffnung für die Imperialisten, zu sichern.

Massenverhaftungen und Hetze gegen Kommunisten

Nach den Unruhen setzte eine massive Verteufelung der Demonstranten als *„marxistische Elemente und Unruhestifter"* ein. *„Das Innenministerium erklärte, Kairo sei vor einem großen Anschlag gerettet worden. Die Stadt hätte in Brand gesteckt werden sollen. In Regierungskreisen wurde von einer wohlgeplanten Verschwörung gesprochen"* („Süddeutsche Zeitung" SZ, 22.1.77). Natürlich durfte auch der Hinweis nicht fehlen, daß die Unruhen von außen (radikale Palästinenser und die UdSSR!) gesteuert würden. Zweckpropaganda, um vom schon lange gärenden Unmut der Massen über die katastrophalen Lebensbedingungen abzulenken. So richteten sich die ersten Verhaftungen wahllos gegen die Masse der Demonstranten, um der Unruhe Herr zu werden. Allerdings spricht vieles dafür, daß Kommunisten großen Anteil an der Durchführung der Protestaktion hatten. So ist es erstmalig zu Unruhen in allen Teilen Ägyptens gleichzeitig gekommen. Der Einfluß der Kommunistischen Arbeiterpartei , die über besonders gute Beziehungen zur palästinensischen Linken verfügt, und der mehr am Revisionismus orientierten KP ist in der letzten Zeit gewachsen. So ist es nicht verwunderlich, daß diese Kräfte gezielt angegriffen wurden. So heißt es *„unter Berufung auf Angaben von Generalstaatsanwalt Kalyoubi, (daß) 200 Mitglieder von geheimen Gruppen* (KAP und KP, Anm.AK) *festgenommen worden"* seien. *„Die Untersuchung gegen die 200 Kommunisten werde getrennt von derjenigen gegen die übrigen ... Festgenommenen geführt"* („Neue Zürcher Zeitung", NZZ, 1.2.77).

Terrorprozesse laufen an
1.2.77).

Terrorprozesse laufen an

Schon wenige Tage nach den Unruhen wurden die Anklagen gegen die verhafteten Demonstranten bekanntgegeben.

– In Suez werden 48 Personen *„wegen Mordes* (an einem Polizisten), *Sabotage und Aufruhr"* angeklagt. Vom Generalstaatsanwalt wurde lebenslange Haft gefordert. Wegen der gleichen angeblichen „Vergehen" werden acht Jugendliche angeklagt („SZ", 5.2.77).

– 33 Einwohner der Stadt Mansura werden angeklagt wegen *„Aufruf zum Sturz der Regierung, Niederbrennen des Gouverneursgebäudes der Stadt und Gewalttätigkeit, die zur Verletzung von 40 Polizisten führte"*. Auch gegen sie wurde lebenslange Haft beantragt. Ebenfalls werden *„neun Jugendliche wegen der gleichen Vergehen vor ein Jugendgericht gestellt werden"* („NZZ", 8.2.77).

Lebenslange Zwangsarbeit für Streiks und Demonstrationen

Am 26.1. erklärte Ministerpräsident Mamduh Salem: *„Die Meinungsäußerung muß auf rechtlichem Wege erfolgen, und dementsprechend werden Streiks, Demonstrationen und Aufmärsche abgelehnt und sind nicht erlaubt"* (Radio Kairo 26.1.77, nach „Monitor Dienst", MD, vom 28.1.77). Am 4.2. wurde eine Gesetzesvorlage dazu bekanntgegeben. Sie beinhaltet bis zu lebenslanger Zwangsarbeit für Streiks und Demonstrationen, die *„die Wirtschaft schädigen"*. Außerdem werden nochmals *„geheime und paramilitärische Organisationen"* (gemeint sind damit alle oppositionellen Gruppen) verboten (nach „SZ", 5.2.77)! Diese in ihrer Schärfe nahezu einmaligen Gesetze werden zynisch noch mit dem Kommentar begleitet, *„daß es keine Absage an die Errungenschaften des Volkes"* in Hinsicht auf die *„Atmosphäre der Freiheit und Demokratie geben wird"* (Radio Kairo 26.1.77, zitiert nach „MD" vom 28.1.77).

Auch die politischen Rechte der Studenten sollen aufgehoben werden. Sämtliche Streiks, Sitzdemonstrationen sowie jegliche politische Veranstaltung sind verboten. Die Rolle der Universitäten soll auf die „kulturelle Ausstrahlung" beschränkt werden („Neues Deutschland", ND, 1.1.77).

Gleichschaltung der Presse wird garantiert

In einem Gespräch mit Auslandskorrespondenten bestätigte der neue Informationsminister Abdel Moneim As-Sawi, daß es immer Zensur in Ägypten gab. *„Er entwickelte die Theorie einer Doppelfunktion der Zensur, die im Interesse der nationalen Sicherheit und des Volkswohles bejaht werden müsse"* („NZZ", 9.2.77). Auch die Auslandspresse bleibt natürlich nicht ungeschoren. So wurde der Nahostkorrespondent

des englischen „Guardian" wegen
bleibt natürlich nicht ungeschoren. So wurde der Nahostkorrespondent

des englischen „Guardian" wegen seiner Berichterstattung über die Unruhen ausgewiesen!

Die ägyptische Regierung versucht durch eine gezielte Ausrichtung des gesamten Unterdrückungsapparates, ein für allemal mit der stärker werdenden Protestbewegung fertig zu werden. Zur Durchsetzung dieser Politik wurde das Kabinett umgebildet. Ministerpräsident Salim entließ unter anderem den Innenminister und den Informationsminister. Der Zusammenhang liegt auf der Hand. Der neue Informationsminister wurde bereits vorgestellt, das Innenministerium untersteht ab jetzt Salim persönlich. Als stellvertretender Innenminister kommt General Kamal Chierallah, ehemaliger Kommandant der Bereitschaftspolizei, der *„den Ruf der Härte"* genießt, hinzu („NZZ", 4.2.77).

Der Wirtschafts- und Finanzminister, für die Preiserhöhungen verantwortlich, bleibt weiter im Amt. Schon daraus wird deutlich, daß überhaupt nicht daran gedacht wird, die „liberale Wirtschaftspolitik" auf Kosten der Bevölkerung auch nur abzuschwächen. So erklärte Sadat in einem Gespräch mit „Arbeitnehmervertretern", daß *„am Kurs der Öffnung"* festgehalten werden müsse. Er bat *„die Arbeiter ... um vier Jahre Geduld"* („FR", 31.1.77). Dann bricht wohl der Wohlstand, wie schon zig Mal vorher versprochen, aus ...

Finanzhilfe an Ägypten nimmt zu

Offensichtlich haben die Januarunruhen auch den Imperialisten und den arabischen Reaktionären einen gehörigen Schrecken eingejagt. Nachdem sich Sadat in der letzten Zeit oftmals über mangelnde Hilfe des Auslandes beklagt hatte, fließt jetzt das Geld noch zügiger.

– *„Sudan hat Ägypten ... im Gefolge der Unruhen ... Lebensmittel im Wert von 12 Mio. DM als Geschenk geliefert"* („SZ", 25.1.77).

– Der internationale Währungsfond gewährt einen Kredit von 140 Mio. Dollar zur Abtragung des Zahlungsbilanzdefizits („SZ", 26.1.77). Man beachte: Die zurückgenommenen Preiserhöhungen kamen zustande, da sie Bedingung des Währungsfonds für einen Kredit waren!

– Die USA haben *„unter dem Eindruck der blutigen Unruhen"* Ägypten *„eine Sonderhilfe in der Höhe von 500 Mio. Dollar ... zugesichert"* („NZZ", 8.2.77).

– *„Der saudiarabische König Chalid sicherte Sadat in einer besonderen Botschaft seine volle Hilfe zu"* („SZ", 24.1.77).

Der gerade aus Ägypten zurückgekehrte baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger sagte, worum es bei der Hilfe geht: *„Um einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts willen sollten die Westmächte*

friedlichen Lösung des Nahostkonflikts willen sollten die Westmächte

das Regime des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar El Sadat unterstützen und ihm besondere wirtschaftliche Hilfestellung in jeder nur möglichen Weise geben" („Welt", 7.2.77). – Den Imperialisten und der arabischen Reaktion haben die ägyptischen Massen unvorhergesehen einen großen Schrecken eingejagt.

Nahost-Kommission

Die Sonne macht halt vor den Gefängnismauern

Die französische liberale Zeitung „Le Monde" wurde in Marokko für unbestimmte Zeit verboten. Warum?

Weil sie einen Aufruf mit folgendem Inhalt abdruckte:

„Die Sonne macht halt vor den Gefängnismauern.

Vier zum Tode Verurteilten steht die Exekution bevor. Revolutionäre verschwinden, werden ermordet. Hunderte von Verhafteten, verurteilt auf Zeit oder auf lebenslänglich.

– Elf politische Prozesse in sechs Monaten –

In diesem Augenblick werden 137 politische Militante, zu denen noch 39 in Abwesenheit hinzukommen, von der Strafkammer in Cacablanca verurteilt, wo sie durch ihr Schweigen und einen unbegrenzten Hungerstreik gegen die ungeheuren Rechtswidrigkeiten ihres Verfahrens protestieren.

Die Kampfkomitees gegen die Repression in Marokko appellieren an die Solidarität mit allen marokkanischen Kämpfern. Unterzeichnet selbst und laßt unterzeichnen den folgenden Text, der bereits 1.600 Unterschriften erhielt :

Wir, die Unterzeichner, verurteilen die Politik der Repression in Marokko, die eine permanente Verletzung der Freiheit und der Rechte des marokkanischen Volkes darstellt.

Wir fordern von der marokkanischen Regierung, die demokratischen Rechte zu respektieren, einschließlich der Meinungsfreiheit, und alle politischen Gefangenen – angeklagt oder verurteilt – freizulassen.

Wir appellieren an alle demokratisch gesinnten Menschen in der ganzen Welt, daß der Prozeß der 137 politischen Gefangenen gemäß den Rechten der Verteidigung und der Erklärung der Menschenrechte stattfindet – der Gefangenen, unter denen sich Allal Azhar, Mouchtari Bel Abbes, Abdesselem Moudden, Abraham Serfaty befinden – nicht aber Abdellatif Zeroual, der an den Folgen der Folter starb!

Kampfkomitees gegen die Unterdrückung in Marokko
709030 Guerville C.C.P. La Source,
Mme Morel, 3156117."

(Aus „Le Monde v. 24. und 26.1.77)

Wir schließen uns dem Aufruf des Komitees an:

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Marokko!

Ein Genosse aus Eimsbüttel

Libanon: Die Angriffe auf das palästinensische Volk gehen weiter

Nach der Kairoer Gipfelkonferenz im Oktober 76 (s. AK 92) begann die PLO ihre Truppen aus den Bergen zu verlegen. Ende Dezember sollen Truppen der PLO sich mit ihren schweren Waffen in den Südlibanon zurückgezogen haben („Frankfurter Rundschau", 30.12.76 und „International Herald Tribune", 28.12.76). Ein Sprecher der PLO berief sich auf den „Kairoer Gipfel", der Erfüllung des Kairoer Abkommens von 1969 beinhaltet.

Dieses Abkommen wurde damals zwischen Palästinensern und libanesischer Regierung geschlossen und erlaubt den Palästinensern Bewaffnung in den Lagern und bestimmten Gebieten des Südens.

Doch den Palästinensern soll auch der kleinste Freiraum genommen werden. So trafen sich der Faschistenführer Gemayel, der reaktionäre ehemalige libanesische Staatspräsident Franjieh und der syrische Staatspräsident Assad, um im gemeinsamen Einvernehmen den Palästinensern im Südlibanon eigenständige „Streifzüge nach Israel" zu verbieten!! („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 21.1.77).

Auch der Charakter der zum größten Teil aus syrischen Truppen bestehenden sogenannten „Friedenstruppe", deren Errichtung einen Punkt des „Kairoer Gipfels" darstellt, zeigte sich dabei wieder: Der libanesische Staatspräsident Sarkis forderte die „Friedenstruppe" auf, „nach eventuell noch verborgenen Waffen zu fahnden und dafür zu sorgen, daß auch die restlichen Verbände der regulären pa-

lästinensischen Befreiungsarmee
den und dafür zu sorgen, daß auch die restlichen Verbände der regulären pa-

lästinensischen Befreiungsarmee (PLO) das Land verlassen."!! („SZ", 21.1.77) Das ist ein Aufruf zu einem neuen Schlag gegen die palästinensische Revolution!

Im Zusammenhang mit landesweiten Razzien wurden strategisch wichtige Positionen im Nord- und Südlibanon von der syrischen „Friedenstruppe" besetzt. Dabei rückte ein Infanteriebataillon am 24.1. in das Gebiet um Nabatiya ein, und befand sich somit nur noch ca. 12 km von der israelischen Grenze entfernt. („SZ", 26.1. und „NZZ", 27.1.77).

Im Gegensatz zu sonstigen Machtdemonstrationen hat Israel „mit betonter Zurückhaltung auf das Vorrücken syrischer Truppen in das libanesische Grenzgebiet reagiert" („Welt" 28.1.77). Israel warnte die „Friedenstruppen" zwar vor dem Überschreiten der „roten Linie" entlang des Litani-Flusses, befürchtet jedoch nicht, daß die „kleinen Verbände ... wirklich gefährlich werden könnten" („SZ", 28.1.77). Zur Absicherung des bisher stillschweigend getroffenen israelisch-syrischen Abkommens, die „rote Linie" nicht zu überschreiten, fordert Israel von Assad auf dem diplomatischen Weg über Washington „einen Rückzug der Truppen zu ihren früheren Stellungen" („Monitor-Dienst", 28.1.77). Um jedoch „Ruhe und Ordnung" besonders in den Flüchtlingslagern um Nabatiya, „in denen die PLO ... aktiv ist und von wo aus früher häufig Überfälle auf israelisches Territorium organisiert wurden" („FAZ", 27.1.77), hätte Israel nichts dagegen, „wenn die libanesische Armee bis zur israelischen Grenze vorrückte" (2.2.).

Die Drecksarbeit den Faschisten

So sind die Einflußsphären also

im gegenseitigen Einvernehmen abge-
Die Drecksarbeit den Faschisten
So sind die Einflußsphären also

im gegenseitigen Einvernehmen abgesteckt: Die syrischen Truppen werden nicht über den Fluß gehen. Das bedeutet für Israel die sicherste Möglichkeit zur Beherrschung des Südlibanon. Vorerst werden die libanesischen Faschisten vorgeschickt, die mit israelischer Unterstützung freie Hand für ihr Mordwerk haben. Ziel ist natürlich, wie mit Assad abgesprochen, die Zerschlagung des palästinensisch-libanesischen Widerstandes im Südlibanon. Nach diesen Absprachen fühlten sich die Faschisten anscheinend stark genug, einen neuen Angriff zu starten.

In der Nacht vom 27./28. Januar griffen „500 bis 600 Falangisten mit aktiver israelischer Unterstützung die moslemische Ortschaft Bint Jbeil..." an („Welt", 29.1.77).

In Bint Jbeil leben etwa 25.000 Menschen; ein großer Teil ist bereits aus Beirut und umliegenden Lagern dorthin geflüchtet. („SZ", 1.2.). Nun wurde wieder rund ein Drittel der Bevölkerung aus dem unter Artilleriebeschuß stehenden Dorf zur Flucht gezwungen. („Welt", 29.1. und „SZ", 29./30.1.77).

Das PLO-Büro in Genf spricht von Bombardierungen etlicher Dörfer um Bint-Jbeil – Al Taire, Arshaf, Kafra, Serbin, Beit-Tahoun, Ainat und Saf Alhawa – am 30. und 31. Januar durch faschistische und zionistische Truppen (lt. „El Moudjahid, 2.2.77).

Der Einmarsch der „Friedenstruppe" in Nabatiya hatte also ganz klar die Funktion der Rückendeckung für den drei Tage später beginnenden faschistischen Angriff. Im Südlibanon ist also der gemeinsame Versuch von Syrien – im Auftrag der gesamten arabischen Reaktion – den Faschisten und Zionisten im Gange, den palästinensischen Widerstand weiter zu schwächen und ihm seine Stützpunkte zu nehmen.

Nahostkommission

Wachablösung unter dem Schutz des Imperialismus

In Tunesien findet gegenwärtig ein Clan-Gerangel in der herrschenden Klasse um die Ablösung Bourgibas statt. Dieser ist zwar vor kurzem erst wieder nach längerer Krankheit in der Öffentlichkeit aufgetreten, aber zumindest sein politischer Abgang wird vorbereitet.

Die Clans streben danach, ihre *„in zwanzig frustrierenden Jahren der Zurückhaltung und der Resignation lädierte Würde"* wiederzugewinnen. („3. Welt-Magazin", „3WM", Januar 1977). Das heißt nichts anderes, als daß eine schärfere Unterdrückung vorbereitet wird. Dabei soll die Armee eine wichtige Rolle im Kampf gegen die „innere Subversion" und gegen die „äußere Bedrohung" spielen.

Jede Fraktion versucht, die Führer der Armee zu hofieren und ihre oberen Kader zu manipulieren. Um die Armee einheitlich auszurichten, wird hart durchgegriffen: Bei der angeblichen Aushebung eines „Verschwörernestes" im August 1976 wurden 22 Armeeangehörige verhaftet, fünf weitere verschwanden spurlos... Zwischen dem 6. und 7. August wurden die Grenzen zu Algerien und Libyen geschlossen (das herrschende tunesische Regime hat im Augenblick nicht die besten Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten, und Einflüsse etwa des „Abenteurers" Ghadafi auf Teile der Armee sollen möglichst vermieden werden); der Generalstab im Süden wurde plötzlich durch Offiziere aus der Hauptstadt abgelöst.

Einen Trumpf hält Ahmed Bennour, der Staatssekretär im tunesischen Verteidigungsministerium, in der Hand: Ihm gelang es, am 13. Oktober Garantien des amerikanischen Verteidigungsministeriums zu erhalten. Der amerikanische Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium erklärte: *„Die USA werden alles daran setzen, das militärische Potential Tunesiens zu verstärken, im Interesse unserer beiden Länder und des ganzen Landstriches"* („3 WM", Jan. '77). So werden die USA 1977 Luftabwehrraketen vom Typ Chapparal im Werte von 58 Mio. Dollar liefern.

Wenn es um die Stützung des gegenwärtigen Regimes geht, ist auch Frankreich mit dabei. Der französische Verteidigungsminister Bourges erklärte am 13.12.76 nach einem Besuch Tunesiens, daß Frankreich zum Plan Tunesiens, *„seine Bemühungen im Militärbereich und in der wirtschaftlichen Entwicklung zu verdoppeln"*, seinen Beitrag leisten werde. Entsprechend würden gegenwärtig 235 tunesische Offiziere und Unteroffiziere in Frankreich Ausrüstung wolle Frankreich beitragen (Monitor-Dienst, „MD", 20.12.76).

Jedoch erhält die tunesische Armee schon länger ihre militärische und ideologische Ausbildung in amerikanischen oder amerikanisierenden Militärschulen. Faktisch bildet die tunesische Armee einen Teil des amerikanischen Militärkomplexes im Mittelmeeraum. Zwischen dem Oberkommando der tunesischen Armee und dem Pentagon besteht eine direkte Verbindung ohne Zwischenschaltung jeglichen politischen Machtzentrums. Der Flugzeugträger Enterprise der VI. Flotte hielt sich in letzter Zeit im Golf von Karthago auf. 1966 und 1974 wurden tunesisch-amerikanische Militärverträge abgeschlossen. Das neuere Abkommen sieht die *„Errichtung dreier unter amerikanischer Kontrolle stehenden Basen in Kebili, Kelibia und Gafsa vor, sowie den Ausbau der Häfen Sousse, Bizerta und Sfax zur eventuellen Aufnahme von Schiffen der VI. amerikanischen Flotte und, falls geboten, die Einrichtung eines operationalen Befehlsleitsystems in Tabarka"* („3WM")!

Dafür verpflichten sich die USA, den Großteil der tunesischen Auslandsschulden der letzten zehn Jahre zu begleichen und Musterfarmen (?) im algerisch-tunesischen und tunesisch-libyschen Grenzgebiet zu finanzieren. Denn ganz umsonst spielt auch Tunesien nicht einen Polizisten des Imperialismus im Mittelmeerraum.

Nahost-Kommission

Richtigstellung:

Versehentlich wurde von uns der Artikel *„Tunesien: Repression im Namen des Liberalismus"* im AK 97 mit „Nahost-Kommission" unterzeichnet. Den wesentlichen Anteil am Artikel leistete jedoch das Tunesien-Komitee, Hamburg.

Nahost-Kommission

Dem KBW ins Poesiealbum

Hättest Du geschwiegen, wärst Du Philosoph geblieben

(alter röm. Spruch)

Sowjetunion – Hauptfeind der OPEC-Staaten?

Die OPEC-Konferenz im Dezember '76, bei der es erstmals zu keinem einheitlichen Erdöl-Preisbeschluß kam, hat den „Sozialimperialismus-Theoretikern“ schwere Kopfschmerzen bereitet, denn allzu offensichtlich waren es die US-Imperialisten und ihre Handlanger, die die gespaltenen Preise, zu denen das OPEC-Erdöl jetzt auf dem Weltmarkt angeboten wird, erpreßt haben. In seinem blindwütigen Bemühen, den „Sozialimperialismus“ als „Hauptfeind der Dritten Welt“ hinzustellen, kam dem KBW jetzt eine Behauptung, die die kuwaitische Zeitung „as-Siyasa“ („Die Politik“) verbreitet hat, zu Hilfe. Unter Berufung auf *„mit der Angelegenheit in Verbindung stehenden Kreisen“* hatte die kuwaitische Zeitung am 24. Januar gemeldet, daß die Sowjetunion den Aufbau einer Gruppe fortschrittlicher Erdölstaaten als Gegenorganisation zur OPEC plane, zu diesem Zweck bereits Gespräche mit Algerien aufgenommen habe und sich vermutlich als nächstes an Libyen und Irak wenden werde („Financial Times“, 25.1.77). Diese Meldung, die die amerikanische Nachrichtenagentur „Reuter“ international verbreitete, wurde am 25. Januar von der sowjetischen Nachrichtenagentur „TASS“ dementiert und als *„pure Erfindung“* Kuwaits bezeichnet („Süddeutsche Zeitung“, 27.1.). Dieses Gerücht einschließlich Dementi

„TASS“ dementiert und als *„pure Erfindung“* Kuwaits bezeichnet („Süddeutsche Zeitung“, 27.1.). Dieses Gerücht einschließlich Dementi

wird vom KBW aufgebauscht zu einem Artikel *„Auch die Sowjetunion versucht die OPEC zu schwächen und zu spalten“* („KVZ“, 3.2.77). Die OPEC gehört zu jenen Zusammenschlüssen, deren Politik vom KBW unbesehen für gut und gerecht erklärt wird, weil der „Zusammenschluß“ von Ländern der „Dritten Welt“, und seien noch so reaktionäre Regime darunter, angeblich immer etwas fortschrittliches ist.

KBW: Man muß fest dran glauben

Der KBW glaubt natürlich der staatlich kontrollierten Presse aus dem feudalen Kuwait mehr als dem sowjetischen Dementi: *„Wer glaubt, daß die russische Monopolbourgeoisie die Gelegenheit ungenutzt verstreichen läßt, um das eigene Monopol auf dem Rohölmarkt auszudehnen im Kampf mit der konkurrierenden amerikanischen Monopolbourgeoisie? Einfach ist's, den Versuch zu dementieren, nachdem er keine Gegenliebe gefunden hat.“* Statt sich also mit der Frage eines progressiven Erdölkartells wenigstens mal auseinanderzusetzen, also eines Zusammenschlusses von Staaten, die den Kampf gegen den Imperialismus nicht demagogisch propagieren wie der faschistische Iran, sondern im Interesse der Völker der Dritten Welt führen – folgen in der „KVZ“ zusammenhanglose Daten zu Im- und Export der UdSSR, die die „sozialimperialistische“ Erdölpolitik der SU „beweisen“ sollen. Sie belegen tatsächlich aber nichts und werden meistens auch nicht belegt. Der KBW behauptet immer wieder, die Sowjetunion ziehe große Profite aus ihren Handelsbeziehungen und Hilfsabkommen mit Ländern der „Dritten Welt“. Außer Zitaten mit reinem Behauptungs-Charakter der chinesischen Nachrichtenagentur „Hsinhua“ kann der KBW dafür bisher keinerlei Beweise anführen. Es gibt auch keine solchen Beweise, weil die Sowjetunion im Gegenteil den Ländern der „Dritten Welt“ besonders günstige Bedingungen anbieten muß, um mit ihnen ins Geschäft zu kommen. Die wahren Beziehungen der Sowjetunion zur „Dritten Welt“ sind hauptsächlich dadurch gekennzeichnet, daß die Sowjetunion kräftig draufzahlt, um Einfluß zu gewinnen. Dies paßt dem KBW allderdings nicht in seine „Supermachttheorie“.

Ausbeutung des Irak?

Besonders angetan haben es dem KBW die Erdölimporte der Sowjetunion, die *„die eigenen Rohölvorkommen, die ... bei der jetzigen Produktion nur 20 Jahre reichen würden, schonen (will) und stattdessen mit den geplünderten Rohstoffen der Staaten der Dritten Welt (handelt)“*, wobei sie z.B. *„dem Irak Erdöl unter Weltmarktpreis abnimmt, um es*

den geplünderten Rohstoffen der Staaten der Dritten Welt (handelt)“, wobei sie z.B. *„dem Irak Erdöl unter Weltmarktpreis abnimmt, um es*

dann teuer weiterzuverkaufen“. Angeführt wird hierzu ein *„Hilfsabkommen auf der Basis des Erdölgeschäfts“* mit dem Irak. Der genaue Inhalt des Abkommens wird natürlich lieber verschwiegen, paßt er doch nicht in den ganzen Kram: Im April 1971 wurde ein Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit geschlossen, das unter anderem die Gewährung eines Kredits in Höhe von ca. 240 Mio. US-Dollar vorsah für die Durchführung einiger industrieller Großprojekte im Irak. *„Die Vorzüge der sowjetischen Hilfe bei der Durchführung dieser für die Wirtschaftsentwicklung im Irak relevanten Großprojekte bestehen vor allem in den günstigen Zahlungsbedingungen. Die Zinsen des Rubel 200 Mill-Kredits betragen nur 2,5 % pro Jahr, während die Kredite der westlichen Länder mit 6 bis 7,5 % verzinst werden. Die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Teilkredits für z.B. die Errichtung einer kompletten Fabrik beginnt erst ein Jahr nach der Fertigstellung und Inbetriebnahme der Fabrik in sechs gleichen Jahresraten. Darüber hinaus wird der größte Teil des Gesamtkredits auf Barterbasis* (mit Waren, Anm. der Red.), *d.h. durch Lieferungen von INOC-Öl, zurückgezahlt.*

Dabei ist im Vertrag festgelegt, daß die Höhe des Preises dieses INOC-Rohöls auf der Basis der für die arabische Golfregion auf dem freien Weltmarkt realisierten Erdölpreise bestimmt wird“ („Orient“, 2/77).

Merkwürdige Logik

Wer sich ein wenig mit den spärlichen erreichbaren Zahlen beschäftigt, wird bestätigt finden, daß eine merkwürdige Logik dazu gehört, daß die SU bei diesen Zahlungsbedingungen und einer Zahlungsbilanz, die derart unausgeglichen ist (Importe aus der SU 19,11 Mio. ID, Exporte in die SU 2,03 Mio ID, d.h. irakisches Defizit von 17,08 Mio. ID im Jahre 1970), und Bartergeschäften mit irakischen Datteln etwa „ausbeuterische Beziehungen“ zum Irak unterhalten sollte. Ehe uns der KBW nicht Zahlen vorlegt, statt sich in die eigene Tasche zu lügen, bleiben wir daher dabei, daß die SU im Gegenteil um gewisser politischer Erwartungen willen (die sich nicht erfüllt haben), sehr kulante Geschäftspraktiken an den Tag gelegt hat. Die „Experten“ vom KBW glauben offensichtlich selber nicht an diese Riesengeschäfte, denn könnte man das Öl sonst in „Tankwagen“ verschieben, wie es die „KVZ“ darstellt?

Nahostkommission





Trotz des starken Widerstandes von Seiten der Landbevölkerung und der Studenten hat die neue Fukuda-Regierung ihre feste Entschlossenheit bekundet, noch im Herbst dieses Jahres den neuen internationalen Flughafen von Tokyo in Narita (ca. 60 bis 70 km vom Zentrum Tokyos entfernt) für den Flugverkehr freizugeben.

Trotz des starken Widerstandes von Seiten der Landbevölkerung und der Studenten hat die neue Fukuda-Regierung ihre feste Entschlossenheit bekundet, noch im Herbst dieses Jahres den neuen internationalen Flughafen von Tokyo in Narita (ca. 60 bis 70 km vom Zentrum Tokyos entfernt) für den Flugverkehr freizugeben.

Der Kampf gegen den Bau des neuen Narita-Flughafens, bekannt geworden als der „Sanrizuka-Kampf“ (bekannt nach der Gegend), begann im Jahre 1966, als der Staat daran ging, den Verkauf des Landes von den Bauern zu erzwingen. Der als unfruchtbar geltende Boden wurde in jahrelanger Kleinarbeit und unter den härtesten Strapazen von den einheimischen Bauern urbar gemacht, und nunmehr sollte dieses Gebiet für die Profitinteressen der Industrie zur Rollbahn einbetoniert werden. Anfangs konnten die Bauern mit starker Unterstützung der Studenten den Bau des Flughafens durch ihre organisierten und militanten Aktionen erfolgreich verhindern. Dann jedoch gelang es den Herrschenden Japans, durch Spaltungsmanöver den Widerstand rechtzeitig zu schwächen. Bei diesen schmutzigen Manövern haben sich auch die Sozialisten (JSP) und die Revisionisten (JCP), die sonst immer die großen Töne gegen die Interessen des Großkapitals und die korrupte LDP-Regierung spucken, auf ihre Weise beteiligt. Sie schwächten ihre Kritik an den Plänen zum Bau des Großflughafens immer mehr ab, um schließlich dem gesamten Projekt zuzustimmen.

So konnte mit den Bauarbeiten begonnen werden, und im Früjahr 1973 wurde der Flughafen fertiggestellt.

Allerdings konnte der Flughafen bis zum heutigen Tag nicht seinen Betrieb aufnehmen. Die Bevölkerung entwickelte zahlreiche Formen des Widerstands: Die wichtigste Aktion, die sie durchführte, war die Errichtung von zwei 300 Meter voneinander entfernten Stahltürmen auf der Landebahn. Die im Jahre 1970 gebauten 62 und 31 Meter hohen Gerüste konnten bis heute nach zum Teil heftigsten Kämpfen verteidigt werden. Im vergangenen Jahr versuchte die Reaktion Zufahrtstraßen zu den beiden Türmen zwecks Demontage zu bauen. Dieser Angriffsversuch scheiterte jedoch an den massiven Widerstandsaktionen.

Am 19.1.1977 (in aller Frühe) rückten etwa 400 Straßenbauarbeiter mit Kipplastern und unter dem „Schutz“ einer 3.500 Mann starken Sonderpolizeitruppe an. Die stark in der Minderzahl Widerstand leistenden 110 einheimischen Bauern und etwa 1000 Studenten (nach „The Japans Times“ vom 20.1.77) mußten sich schließlich zu ihren Türmen zurückziehen. Bislang sollen zwei beteiligte Frauen festgenommen worden sein.

...ien-Kommission

Amis Raus aus Korea!

Neue Manöver – alte Ziele

Zu Beginn dieses Jahres sind aus Washington und Söul ungewöhnliche Töne zu hören. *„Die neue Carter-Regierung hat gelobt, die 39.000 US-Kampftruppen, die in diesem Land stationiert sind, zu reduzieren und im Laufe der Zeit ganz abzuziehen“* („International Herald Tribune“, 13.1.77).

Gleichzeitig fordert der faschistische Präsident Südkoreas, Park Chung Hi, die Koreanische Volksdemokratische Republik („Nordkorea“) auf, mit ihm einen „Nichtangriffspakt“ abzuschließen.

Nanu! Der US-Imperialismus gibt freiwillig seinen Vorposten in Ostasien auf, und Park mausert sich zum Friedenstifter?

Ganz so sieht es natürlich nicht aus!

Nach wie vor bauen die US-Imperialisten Südkorea zur waffenstarrenden Festung aus: *„Allein im Zeitraum von Januar bis Oktober 1976 wurde das Waffenstillstandsabkommen von der US-Seite in mehr als 26.500 Fällen verletzt“* („Pyongyang Times“, –„PT“, 15.1.77).

Nach wie vor wird in Südkorea jeder, der sich für demokratische Freiheiten, friedliche Wiedervereinigung und gegen die wahnsinnige Aufrüstung einsetzt, verhaftet. Nach wie vor werden politische Gegner der Faschisten entführt, eingekerkert, gefoltert und / oder ermordet.

Was jetzt an neuen Vorschlägen zu hören ist, soll einmal das ramponierte Image des Park-Regimes aufmöbeln – besonders nach den jüngsten Bestechungsaffären in den USA und Japan, in die die südkoreanischen Faschisten verwickelt waren. Auf der anderen Seite bereiten sich die USA wohl darauf vor, nach dem Motto „Asiaten gegen Asiaten kämpfen lassen“ das Gros der US-Truppen durch südkoreanische Einheiten zu ersetzen – allerdings immer unter dem direkten Kommando der US-Imperialisten – um so auch den in den USA wachsenden Protest gegen



Demonstration in Japan gegen das faschistische Park-Regime

Fortsetzung Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

die Unterstützung dieses korrupten Regimes den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Gleichzeitig wollen sie die japanischen Imperialisten, die wirtschaftlich schon in Südkorea die „Nummer Eins" sind, auch zu militärischer „Mitverantwortung" zwingen.

Was das „Angebot" Parks zu einem Waffenstillstandspakt mit der KVDR betrifft, so weiß er natürlich ganz genau, daß die Regierung in Pjöngjang nicht vor einem Abzug der US-Truppen und der Beendigung der faschistischen Diktatur im Süden zu Gesprächen bereit ist.

In Südkorea selbst hat es in der letzten Zeit wieder mehrfach Protestaktionen gegeben.

– Am 13.1. haben sich etwa 250 religiöse Personen versammelt und das Park-Regime aufgefordert, *„das gesetzliche System zu beseitigen, das die Grundrechte des Volkes und sein Existenzrecht auslöscht; eine demokratische verfassungsmäßige Regierung wiederherzustellen sowie die Freiheit der Rede und des religiösen Bekenntnisses; eingesperrte Gläubige, Presseleute und Studenten freizulassen und die Drohungen gegen religiöse Aktivitäten zu beenden"* („PT", 29.1.77).

– Am 17.1. wurde in Söul eine Erklärung des Rates der Familien von Häftlingen auf einer Versammlung von etwa 50 Leuten verlesen, in der gefordert wird *„1. die Freilassung der Studenten und Demokraten, die wegen des Falls des ‚Nationalen Verbandes der Jugend und Studenten für Demokratie' für drei Jahre eingesperrt wurden; 2. die Freilassung des demokratischen Dichters Kim Chi Ha; 3. die Freilassung aller Studenten und Demokraten, die entsprechend ihrem Gewissen die Wiederherstellung der Demokratie fordern; 4, die Freilassung von Reportern, die Pressefreiheit gefordert hatten"* („PT", 29.1.77).

– Am 18.1. wurden in Söul 10.000 Flugblätter eines neugegründeten „Nationalen Komitees für den Kampf für die Demokratie in Südkorea" verteilt, dessen Funktion darin besteht, *„Frieden und Menschenrechte zu verteidigen, das Recht der Nation auf Selbstbestimmung zu erreichen und die friedliche Wiedervereinigung zu unterstützen"* („PT", 29.1.77).

– Ein am 25. Januar 77 von zahlreichen Parteien, Verbänden und Gewerkschaften der KVDR unterzeichneter „Brief an politische Parteien, öffentliche Organisationen und Menschen aller Schichten in Südkorea und Landsleute im Ausland", der in einem Vier-Punkte Vorschlag den Weg zu einer friedlichen Lösung des Korea-Problems weist, ist in Südkorea von der (illegalen) „Revolutionären Partei für die Wiedervereinigung" begrüßt und die Initiative einer Beratungskonferenz unterstützt worden („SWB", 29.1.77).

Auch aus dem Ausland sind bisher zahlreiche Unterstützungen für diese Initiative bekannt: Organisationen und Zeitungen in der VR China, der SR Vietnam, Kambodscha, Rumänien und Japan beschrieben die *„Vorschläge als wertvollen und konstruktiven Beitrag zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas"* („SWB", 10.2.77).

Das wesentliche Hindernis, das der friedlichen Wiedervereinigung nach wie vor im Wege steht, ist die Anwesenheit des US-Imperialismus in Südkorea und das von ihm ausgehaltene faschistische Park-Regime.

Solange in Südkoreas Folterkellern weiter gemordet wird, solange die US-Imperialisten weiter Atom- und andere Waffen in Südkorea anhäufen, dürfen wir den „Friedens"-schwüren eines Carters und eines Parks keinen Glauben schenken!

Solange heißt es nach wie vor:
Nieder mit dem faschistischen Regime in Südkorea!
Amis raus aus Korea!
Asien-Kommission

Machtverschiebung in Indien?

Die von der Gandhi-Diktatur in Indien für März verordneten Parlamentsneuwahlen beginnen spannend zu werden, da die bürgerliche Opposition gegen das Gandhi-Regime zunehmend aus der ihr zugedachten Statistenrolle fällt. Bisher verfügte die regierende Kongreßpartei im Parlament über mehr als eine Zweidrittel-Mehrheit. Auf dieser Grundlage war es der Gandhi-Diktatur möglich, Ausnahmezustand und jede andere diktatorische Maßnahme sowie Verfassungsänderungen willkürlich und verfassungskonform zugleich zu beschließen. Die Opposition – auch die bürgerliche – war ausgeschaltet, z.T. infhaftiert etc. Mittlerweile jedoch beginnt ein in der Ablehnung der Gandhi-Regierung geeinter bürgerlicher Oppositionsblock zunehmend an politischer Bedeutung zu gewinnen, so daß sich *„wachsende Nervosität im Lager Indira Gandhis"* („Neue Zürcher Zeitung", 8.2.77) auszubreiten beginnt.

Dieser Oppositionsblock ist in sich freilich äußerst widersprüchlich. Er besteht aus dem erst kürzlich gegründeten reaktionären Janata (-„Volks")Block des bisherigen Oppositionsführers Morarji Desai. Bis zur Gründung dieser Partei war Desai Vorsitzender des „Oppositionskongresses", einer rechten Abspaltung der regierenden Kongreß-Partei. Desai war erst vor kurzem – rechtzeitig zu den Wahlen – aus dem Gefängnis entlassen worden. Außerdem gehört dazu die „national-hinduistische" (sprich: religiös-faschistische) Jana Sangh Partei. Deren Führer Adrani wurde mit Desai zusammen aus dem Gefängnis entlassen. Der Janata-Partei ebenfalls angeschlossen hat sich die mit ausländischem Kapital verbundene „Konservative Volkspartei" (BLD), die Großgrundbesitzer-Partei Bharativa Kranti Dal und die „Sozialistische" Partei von George Fernandes. Ursprünglich hatte sich Fernandes C unmittelbar nach Ankündigung der Neuwahlen) für einen Wahlboykott ausgesprochen. Als er sich damit in seiner Partei jedoch nicht durchsetzen konnte, legte er den Vorsitz seiner Partei nieder. Auf Drängen seiner Parteifreunde allerdings nahm er diese Ankündigung wieder zurück. Fernandes kandidiert vom Gefängnis aus.

Zum Block der bürgerlichen Opposition neu hinzugekommen ist die erst jüngst entstandene politische Vereinigung „Congressmen for Democracy" („CfD"). Dieser Verein wird von einigen prominenten Dissidenten der regierenden Kongreß-Partei gebildet. Allen voran steht der ehemalige Landwirtschaftsminister Ram, ein Reaktionär, der bisher die Gandhi-Diktatur vorbehaltlos unterstützt hat, ihr „unverbrüchliche Treue" zusicherte, die Verhängung des Ausnahmezustandes vor dem Parlament rechtfertigte usw. (nach „Süddeutsche Zeitung", 4.2.77). Ram erklärte, er hätte Indira Gandhi stets *„uneingeschränkt Loyalität und Unterstützung entgegengebracht, weil sie versprochen hatte, ... korrupte Parteiherrschaft aus der Kongreßorganisation zu verbannen ... und weil sie zugesichert hatte, soziale Ungleichheit zu beenden..."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3.2.77). Dieser scheinheilige Demagoge war in der Gandhi-Regierung für die Durchführung der „Landreform" verantwortlich, die in der offiziellen Propaganda als „entscheidende Veränderung der sozialökonomischen Struktur des Landes" gepriesen wurde. Selbst die sich sonst durch eine vorbehaltlose Unterstützung der Gandhi-Diktatur auszeichnenden Revisionisten mußten zugeben, daß *„die Landreform praktisch zum Stillstand gekommen"* ist („Deutsche Volkszeitung", 3.2.77). Und dafür ist Ram als (ehemaliger) Landwirtschaftsminister schließlich auch persönlich verantwortlich. Der plötzliche Gesinnungswandel Ram s dürfte also eher aus den machtpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der Kongreß-Partei zu erklären sein. Dafür spricht auch die Tatsache, daß er seinen Schritt mit Narayan, einem Führer der bürgerlichen Opposition, abgesprochen hat („FR", 4.2.77). Ram mußte befürchten, *„daß Frau Gandhi und ihr Sohn über die Kandidatenauswahl versuchen wollten, ihn seiner Hausmacht zu berauben"* („FAZ", 3.2.77). Diese Machtkämpfe haben Geschichte. So hatte sich Ram *„mehrfach selbst um das höchste Regierungsamt bemüht, war jedoch stets am ‚Nehru-Clan' (zu dem Indira Gandhi als Tochter Nehrus gehört – Anm. d. Red.) gescheitert"* („Frankfurter Rundschau" 3.2.77). Er galt als *„einer der wenigen indischen Minister, die ... immer wieder als ‚Alternativen' zu Frau Gandhi im Gespräch waren"* („FR", 4.2.77). Ram soll als ehemaliger Verteidigungsminister *„hohes Ansehen bei den Streitkräften"* („FR", 3.2. 77) genießen. Er ist *„zudem Führer der etwa 80 Millionen, Unberührbaren' (der untersten Kaste), denen er selbst angehört"* („Welt", 3.2.77).

Ebenso wie der Janata-Block ist auch die „CfD" ein Sammelbecken unterschiedlicher politischer Richtungen. Auch ehemalige Vertreter des „linken" Flügels der Kongreß-Partei gehören dazu. So die ehemalige Ministerpräsidentin des Bundesstaates Orissa, Nandini Satpathy. Sie war erst vor kurzem im Rahmen der von Sanjay Gandhi angeleiteten Säuberungskampagne innerhalb der Kongreß-Partei von diesem Posten geschaßt worden, wiel sie sich für eine Zusammenarbeit mit den Revisionisten einsetzte. Andere prominente Mitglieder der neuen „CfD" sind der ehemalige Ministerpräsident des Bundesstaates Utar Pradesh, Bahuguna, und der frühere Finanzminister Ganesh sowie weitere ehemalige Kongreßführer.

Der gesamte bürgerliche Oppositionsblock ist sich einig in der Forderung nach Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten (Aufhebung des Ausnahmezustandes, Abschaffung der Pressezensur und des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit usw.). Damit stehen sie jedoch nicht in einem prinzipiellen Gegensatz zur Gandhi-Diktatur, da die mittlerweile geschaffenen Gesetze sowie die geänderte Verfassung eine Unterdrückung demokratischer Bewegungen ganz legal ermöglichen. So ist beispielsweise eine Pressezensur schon allein auf der Grundlage des neuen Pressegesetzes auch ohne eine als Pressezensur besonders verhängte Regierungsmaßnahme möglich. Die Widersprüche zwischen der bürgerlichen Opposition und der Gandhi-Diktatur sind taktischer Natur und betreffen hauptsächlich die Frage, wie die Unterdrückung und Ausbeutung des indischen Volkes gehandhabt werden soll. Es ist vor allem Taktiererei, wenn die im Oppositionsblock zusammengeschlossenen Parteien zur Zeit noch kein Programm aufgestellt haben. Den Widersprüchen zwischen ihnen entspricht es allerdings, wenn diese Parteien *„erst nach den Wahlen darüber entscheiden (wollen), ob aus der neuen Gruppierung eine Einheitspartei werden soll"* („NZZ", 23./24.1.77).

Die Oppositionsparteien werden etliche Stimmen der 320 Millonen Menschen umfassenden Wählerschaft einheimsen können, denn 1. treten sie – verbal – gegen die diktatorischen Maßnahmen der Gandhi-Regierung ein, 2. bestehen sie aus einem Sammelsorium verschiedenster politisch-ideologischer Strömungen und 3. verfügen insbesondere die ehemaligen prominenten Kongreßführer über eine starke Anhängerschaft, zum Teil in den volkreichsten Bundesstaaten.

Hinzu kommt auch, daß eine Abspaltung des linken Flügels der sogenannten Jungtürken von der Kongreß-Partei erwartet wird („FR", 3.2.77).

Angeblich soll auch die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten) – eine Abspaltung von der revisionistischen KPI – die Parole ausgegeben haben, gemeinsam mit allen Oppositionsparteien gegen den Kongreß zu kämpfen – und zwar mit der mehr als zweifelhaften Begründung – für eine hohe Zahl von Proteststimmen zu sorgen und die „demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zu vereinigen" („New Delhi home service", nach „SWB"/BBC, 1.2.77).

Nur die total versumpfte revisionistische KPI hält unverbrüchlich an der Unterstützung und der Anpassung an die Gandhi-Diktatur fest. Vor wenigen Wochen noch wurde die KPI in einer von Gandhi persönlich eingeleiteten Kampagne als „die reaktionärste Partei des Landes" hingestellt, die verboten gehöre, und mehrere hundert ihrer Mitglieder wurden inhaftiert.

Um das Linsengericht einiger Wahlbezirke, die die Kongreßpartei an die KPI abgetreten hat, stehen die Revisionisten auch weiterhin voll hinter der reaktionär-faschistischen Gandhi-Regierung. In der Begründung für diesen Kurs wird die Wirklichkeit schlicht in ihr Gegenteil verkehrt. Die Wahlen bieten Anlaß *„zur Mobilisierung der Massen für radikale sozialökonomische Umgestaltungen"; „erhebliche Gefahr für die fortschrittliche (?) Politik des Landes"* drohe von der bürgerlichen Opposition und die Gandhi-Diktatur vertrete eine *„antiimperialistische, auf Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen, auf Freundschaft mit den sozialistischen Staaten und Stärkung des staatlichen Wirtschaftssektors gerichtete Politik"* (Zitate aus „Neues Deutschland", 28.1.77).

Diese reaktionären „Theorien" sollen nur die eigene Verlumptheit ummänteln. Doch die indischen Massen werden wissen, was sie von der Gandhi-Diktatur und ihrem kleinen Anhängsel, den Revisionisten, zu halten haben!

Asien-Kommission

BRD-U-Boote für Indonesien

Exportartikel U-Boot Klasse 206: Einmal und nie wieder?

Exportartikel U-Boot Klasse 206: Einmal und nie wieder?

„Um Arbeitsplätze zu sichern, ist die Bundesregierung von ihrem Vorsatz abgewichen, keine Waffen in Länder außerhalb der NATO oder in Spannungsgebiete zu liefern" („Hamburger Morgenpost", 10.2.77), Nachdem Arbeitsplatzschaffung schon als Untermauerung des Atomprogramms diente, sollen nun mit denselben abgenutzten Argumenten große Waffenlieferungen an faschistische Staaten kaschiert werden.

Und zwar werden zwei U-Boote des Typs 206 im Wert von ca. 250 Millionen DM an das faschistische indonesische Regime verkauft – gebaut bei HDW-Kiel.

Mit diesem Geschäft kommt die Bundesrepublik dem Status des größten indonesischen Waffenlieferanten ein Stückchen näher. Bisher wurden beispielsweise aus der BRD an Indonesien folgende Waffen geliefert:

6 schnelle Minensucher, 140 t (gebaut bei Abeking & Rasmussen),
5 S-Boote, 140 t, (gebaut bei Lürssen),
Hubschrauber, Kleinflugzeuge (exakte Zahl ist nicht zu ergünden) (nach „Anti-Weißbuch" s. 127).

Eine Montagefabrik für BO-105 Hubschrauber mit 80 mm Raketen und Maschinengewehre-Bestückung wurde von der BRD in Bandung aufgebaut. Die BRD-Firma Werner baut ferner in Indonesien eine Waffenfabrik für Gewehre und Maschinenpistolen („Zeit", 7.5.71). Insgesamt wird der indonesische Flugzeugbedarf zu 23,1% und der Patroullienbootebedarf zu 15% aus BRD-Lieferungen gedeckt („Deutsche Waffen für die Dritte Welt", S. 137)! Eine Vielzahl der Lieferungen ist deshalb nicht ohne weiteres ersichtlich, da die BRD-Waffenverkäufer oftmals über Drittländer handeln. Beispielsweise wurden mehrere Hercules-Transportflugzeuge der Bundeswehr über Spanien an Indonesien verkauft („Frankfurter Rundschau", „Neue Zürcher Zeitung", 26.3.76).

Im Falle Indonesien betätigt sich die Bundesrepublik ganz offensichtlich als Generalausrüster für eine faschistische Armee. Die gelieferten Waffen werden bekannterweise eingesetzt für den indonesischen Völkermord in Ost-Timor, in Irian; werden eingesetzt gegen den indonesischen Widerstand selbst!

Derartige Lieferungen auch noch auf spezialdemokratische Art mit „Arbeitsplätzebeschaffung" zu begünden, ist reinster Zynismus. Mit dem gleichen Argument könnten diese Herren sich hinstellen und einen neuen Krieg fordern – denn der schafft in der Rüstungsbranche auch neue Arbeitsplätze!

Es ist denn auch bezeichnend, daß die einzigen Sorgen der Bundesregierung finanzieller Art waren: *„Ob die Zahlungskraft Indonesiens ausreichen wird, den Verpflichtungen aus dem Geschäft nachzukommen, läßt sich nicht zuverlässig beurteilen"* („Hamburger Morgenpost", 10.2.77).

Schluß mit allen Waffenlieferungen nach Indonesien!
Asien-Kommission

KP Sri Lankas schert aus Regierung aus

Das jedenfalls berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 14.2.76 in einer kurzen Meldung. Darin heißt es, daß die Revisionisten sauer darüber seien, *„vor der überraschenden Entscheidung der Premierministerin Bandaranaike, weitere Sitzungen des Parlaments bis zum 19. Mai zu vertagen, nicht konsultiert worden zu sein".* Diese „Begründung", falls sie so gekommen ist, dürfte eher vorgeschoben sein. Tatsache ist, daß die KP Sri Lankas in der Regierung zusammen mit Bandaranaike für manche arbeiterfeindliche Schweinerei gut gewesen ist. Aber Tatsache ist auch, daß die Revisionisten noch nicht ganz an die Verkommenheit ihrer indischen „Genossen" heranreichen. So hat noch die KP erst vor kurzem die Massenstreiks gegen die Regierung mit unterstützt. Offenbar fürchten die Revisionisten bei weiterem Verbleib in der Regierung um ihren Einfluß.

Eine weitere Folge der Massenstreiks ist der erst kürzlich aufgehobene Ausnahmezustand, der vor sechs Jahren verhängt worden war (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 17.2.77) !

Asien-Kommission

Für eine ungehinderte Funkverbindung mit Ost-Timor!

Die Verbindung der „Demokratischen Republik Ost-Timor" mit der internationalen Welt wird durch die totale Blockade und die Störung des Funkverkehrs massiv behindert. Freunde und Sympatisanten des Volkes von Ost-Timor organisieren z.Zt. eine breite internationale Kampagne, um diese Behinderungen zu beseitigen. Das „Ost-Timor-Solidaritätskomitee" hat zur Unterstützung dieser Kampagne einen entsprechenden Aufruf erlassen, aus dem wir im folgenden zitieren:

„(...) Die indonesische See- und Luftblockade behindert nicht nur den Transport von Nahrungsmitteln und Medikamenten nach Ost-Timor, sondern auch den Besuch von Beobachtern (z.B. der UNO) und Journalisten.

Die einzigen Informationen über die tatsächliche Lage in Ost-Timor gelangen seit der Invasion vom 7. Dezember 1975 über Funk nach außen, dies geschieht über drei Wege:

- über den nationalen Rundfunk „Radio Maubere" sendet die „Drot" regelmäßig in Tetum, Portugiesisch, Indonesisch und Englisch.
- Über die in Ost-Timor installierten Drahtlos-Telefone des australischen Telefonnetzes gelangen Telegramme an die Postzentrale Darwin (Telecom Darwin).
- über normale Funkgeräte mit denen sowohl gesendet als auch empfangen werden kann.

Alle diese Wege führen über Australien.

Die indonesisch/australischen Störversuche

Vergeblich versuchen die indonesischen Militärs Radio Maubere in Ost-Timor ausfindig zu machen und zu vernichten. Mit mehr Erfolg ergriff die australische Regierung Maßnahmen gegen die Funkverbindung:

Plötzlich verbot die Regierung der Poststelle von Telecom Darwin die Weiterleitung aufgefangener Telegramme aus Ost-Timor, nachdem diese ein Jahr lang regelmäßig weitergeleitet worden waren.

Nachdem die australische Regierung sich geweigert hatte, die Genehmigung für ein Funkgerät zu erteilen, stellten Fretilin-Genossen mit australischen Freunden eine Funkverbindung illegal her. Daraufhin beschlagnahmte die australische Polizei schon zweimal die gesamte Funkausrüstung und verhaftete die jeweils beteiligten Genossen. Bei der Verfolgung dieser versteckten Funkstationen ist ihnen kein Umstand zu groß (im September z.B. ein 4-wöchiger Großeinsatz im Urwald Nordaustraliens). Dieser Riesenaufwand steht in keinem Verhältnis zur gesetzlichen Höchststrafe für unerlaubten Funkverkehr (500,;DM). Der polizeiliche Großeinsatz läßt sich nur aus der Komplizenschaft der australischen Reaktionäre mit der indonesischen Invasoren-Junta und ihrer Angst vor der wahrheitsgemäßen Ost-Timor Berichterstattung erklären.

Der Kampf für eine ungehinderte Nachrichtenübermittlung

(...) Das Verbot, aufgefangene Telegramme weiterzuleiten, beantworteten die australischen Gewerkschaften durch die Einrichtung eines eigenen Telecom-Empfängers in Darwin (...) In nächster Zeit ist geplant, auch ein öffentliches Funkgerät in Betrieb zu nehmen, mit dem Ärzte, Journalisten und das Rote Kreuz Gespräche mit Ost-Timor führen können, um z.B.:

- über Funk medizinische Beratung leisten zu können
- Der Presse die Möglichkeit zu Interviews mit Repräsentanten der DROT zu geben
- Das Schicksal vermißter Verwandter aufzuklären.

Obwohl diese Auseinandersetzungen hauptsächlich in Austalien stattfinden, ist es trotzdem unsere Pflicht, die Ost-Timoresen und Australier bei der Durchsetzung dieser Ziele politisch und materiell zu unterstützen.

Allein die Aufrechterhaltung der Funkkontakte und die regelmäßige Verschikkung von Nachrichtenmaterial in die ganze Welt kostet viel Geld und muß von der Solidaritätsbewegung international mitgetragen werden." („Ost-Timor aktuell", Nr.2 Febr. 77).

Das Solidaritätskomitee hat zur materiellen Unterstützung folgendes Spendenkonto eingerichtet:

Ost-Timor Solidarität
Bezirkssparkasse, Gießen
Kto.Nr.: 50 80 80
Asien-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Das tägliche Trauerspiel, das Schule heißt

Mit dem folgenden Beitrag des Lehrerkomitees der Hamburger KB-Gruppe wollen wir die Diskussion um Fragen linker Lehrerarbeit eröffnen, die bisher zu wenig berücksichtigt worden sind und insbesondere kaum oder gar nicht mehr Eingang in die Gewerkschaftsarbeit finden. Ohne den Kampf für mehr Unterricht oder gegen die Berufsverbote als Verletzung eines demokratischen Grundrechts in seiner Bedeutung schmälern zu wollen, liegt es doch auf der Hand daß wir nicht irgendeinen beliebigen Unterricht fordern, und daß kommunistische Lehrer nicht einfach denselben Unterricht machen (oder machen sollten!) wie ihre Kollegen.

Beiden ist sie ein Greuel - den Schülern wie den Lehrern. Die ersteren betrachten sie als Ort der Langeweile, des Zwangs, der Angst vor Zensuren und Zeugnissen; ganz zu schweigen von handfesten Gewalttätigkeiten wie Prügelstrafen, die beileibe nicht ausgestorben sind. So stand erst kürzlich ein Lehrer der Schule Mümmelmannsberg in Hamburg wegen „körperlicher Züchtigung" vor Gericht („Hamburger Morgenpost", 6.1.77).

Derjenige, der Langeweile verbreitet, brüllt, wenn einer mal was nicht kapiert hat, Strafarbeiten aufgibt und gleichsam wie der Allmächtige Zensuren und Zeugnisse verteilt, ist der Lehrer. Er ist der unmittelbare Gegner der Schüler. Daher richten sich die Angriffe der Schüler, in welcher Form auch immer, zunächst gegen den, der unterrichtet.

Wenn Schüler etwa Schule spielen, ist kaum von Unterrichtsinhalten die Rede, sondern das Kind, das den Lehrer spielt, reduziert Schule auf Unterdrückungsmaßnahmen, *„läßt die Schüler in einem fort aufstehen und sich hinsetzen, stellt sie in die Ecke, zieht sie an den Ohren, macht Einträge ins Klassenbuch, holt den Direktor. Die Schauspieler-Kinder achten darauf, daß sie, auch wenn sie Ohrfeigen bekommen, nicht aus der Rolle des Schülers fallen. Für die Pause gibt der Lehrer die Anweisung: Toben! Die Kinder trampeln zwei Minuten auf den Boden... Sie verab-*
Rolle des Schülers fallen. Für die Pause gibt der Lehrer die Anweisung: Toben! Die Kinder trampeln zwei Minuten auf den Boden... Sie verab-
reden einen Chor: Der Lehrer ist doof, der Lehrer ist doof." Diese treffende Szene hat Peter Schneider in einer Westberliner Grundschule beobachtet (Kursbuch 24,Juni 1971, S. 80).

Ein englischer Schüler schrieb über den „doofen" Lehrer folgendes Gedicht:

„Mein Lehrer ist wie ein Panzer
Der gegen den Feind tobt
Und das Toben ist der Unterricht
Er hält uns fest wie Gefangene
Und quält uns jeden Tag
Und er wird uns weiterquälen
Bis er uns den Verstand ausgetrieben hat."

(Chris Searle: „Texte englischer Arbeiterkinder zur Schule im Kapitalismus", Basis Verlag, Berlin 1975, S.11).

1975 haben über 500 Schüler in der BRD Selbstmord als tragischen „Ausweg" aus den Zwängen dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt begangen. Der häufigste Grund sind schlechte Zeugnisse. Die Anzahl der Selbstmordversuche von Schülern wird auf 20 - 30.000 im Jahr geschätzt (jahrbuch für lehrer 77, S.20)

Tatsache ist auch, daß die Schule viele Schüler kank macht; sie leiden unter Schlaflosigkeit, dauerndem Erbrechen, Nervosität etc.



Schluß gemacht . . .

Fortschrittlicher „Anspruch" gegen „Chaos"

Aber auch die Lehrer haben Angst: Angst vor der Schulleitung, Angst den Lehrplan nicht zu schaffen; Angst vor rechten wie vor linken Eltern; Angst vor der 2.Lehrerprüfung; vor Gesinnungschnüffelei, Berufsverbot und Gewerkschaftsausschlüssen. Und schließlich fürchten die Lehrer das tägliche Chaos im Unterricht.

Dabei hatten gerade die fortschrittlichen unter ihnen hochgesteckte Erwartungen: Sie wollten ihre Schüler zu solidarischem Handeln, zur Selbstständigkeit und Kritikfähigkeit „erziehen", sie auf die Berufs- und Arbeitswelt vorbereiten und ihnen die dafür notwendigen guten Abschlüsse verschaffen. Sie meinten auch Kritik von Seiten der Schüler ertragen und aufgreifen zu können.

Kaum aber sind sie in dieser Anstalt einige Zeit beschäftigt, zerbrechen diese Ansprüche an der Wirklichkeit. Die Schüler haben nicht den geringsten Respekt vor der geschafften 1. und 2. Staatsprüfung, vor Alter oder „Lebenserfahrung"; sie scheren sich im Allgemeinen einen Dreck um die fortschrittlichen Ambitionen des Lehrers, sondern veranstalten nicht selten ein 45-minütiges Rambazamba.

Dem 'politisch bewußten' Lehrer will es nicht in den Kopf, daß z.B. bei solch „hautnahen" Themen wie Jugendvertretungsgesetz, Situation in der Lehre etc. einige Schüler während der Stunde Papier in winzige Fetzen reißen und sich gegenseitig ins Gesicht werfen, andere mit unverhohlenem Vergnügen an ihren Bleistiften kokeln, wieder andere mit Krampen schießen.

Der Lehrer Frohmut Menge
kokeln, wieder andere mit Krampen schießen.
Der Lehrer Frohmut Menge
schreibt dazu: *„Ich wollte meinen Schülern klarmachen, in welcher Lage sie sich als Arbeiterkinder befinden, ihnen Selbstbewußtsein als eine Art individuellen Klassenbewußtseins vermitteln und ihnen die Notwendigkeit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft vor Augen führen. ... Das Ganze war ein Ausdruck der typischen Selbstüberschätzung eines Intellektuellen, der bisher mit hohlem Geschwätz sehr weit gekommen ist und fest geglaubt hatte, mit diesem Geschwätz...bei Hauptschülern Stürme der Begeisterung zu wecken"* (F.M.: „Schule in der Provinz", Kübler Verlag Lampertheim 1976, S.63/64).

Ob Physik, Englisch, Geschichte oder Politik - die meisten Lehrer sind von dem Glauben geradezu besessen, nur i h r Wissen beschere den Schülern das Heil. Sie handeln aus einer Haltung heraus, die Degenhardt als eine *„Mischung aus Christkind und Goethe und Landgerichtspräsident"* bezeichnet.

Nicht wenige sehen in der Verwirklichung obiger hochgesteckter Ziele ihre Lebensaufgabe. Und wenn sie nach einem halben Jahr erkennen müssen, daß den Schülern i h r e Bildung, i h r e Wertvorstellungen und i h r e (eben kleinbürgerliche) Weltanschauung zum Hals raushängen, sie deswegen geärgert, verhöhnt und verspottet werden, bricht für sie eine Welt zusammen.

Das Ende ist meist stumpfsinnige Resignation. Die Schüler werden wie eine Armee von Feinden behandelt, die zu doof sind, ihr „Glück" zu erkennen(Wobei der Lehrer es aber genau zu kennen meint). Sie werden wie Vieh mit bestimmten Attributen belegt: „dumm", „laut", „fleißig", „undiszipliniert", „brav", „willig", „sauber", „flippig", etc.

Und was ist sein „Glück"? Er muß sich Tag für Tag - und das mindestens neun Jahre lang - exakt 45 Minuten lang für Deutsch, Englisch, Politik usw. interessieren oder wenigstens so tun, als ob. Ferner muß er gute Arbeiten schreiben. Ob er den dafür eingepaukten Stoff am nächsten Tag
so tun, als ob. Ferner muß er gute Arbeiten schreiben. Ob er den dafür eingepaukten Stoff am nächsten Tag
wieder vergessen hat, ist gleich. Hauptsache im Zeugnis steht hinter jedem Fach eine Nummer - und zwar eine möglichst kleine. Ihn fragt keiner, ob das, was er „lernt", d.h. einpaukt, für seinen Beruf nützlich ist. Fragt er selbst, bleibt dem Lehrer ehrlicherweise auch nur die Antwort: „Für Deinen Beruf brauchst Du einen Abschluß, und dafür ist das und das vorgeschrieben".



.. mit dem täglichen Trauerspiel, das Schule heißt

Lernen: „Druck muß sein" ?

Ein widerlicher Spruch aller Lehrmeister lautet: *„Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir."* Stimmt das wenigstens für die Lehre, für ein späteres Studium?

Die Betriebe erwarten laut eigener Aussage von der Schule nicht so sehr die Kenntnis in speziellen Fächern, sondern ganz simpel die Fähigkeit, Rechnen, Schreiben und Lesen zu können.

Und das wiederum - weiß man heute - leisten weder die Hauptschule noch die Realschule und noch nicht einmal mehr das Gymnasium in „zufriedenstellender" Weise. Welcher Schüler beherrscht schon die Satzzeichengebung? Welcher Abgänger der Hauptschule kann schon die Bruchrechnung?

Diese Fertigkeiten werden in der Berufsschule noch mal behandelt, allerdings nicht gerade mit großem „Erfolg".

Denkt man jedoch selbst einmal nach, was man eigentlich in der Schule „gelernt" hat, so bleibt für die meisten nicht viel mehr übrig als eben Schreiben, Lesen, Rechnen. Ist man ehrlich, so stellt man fest, daß Fähigkeiten oder Wissen auf anderen Gebieten nur dann in der Schule gelernt wurden, wenn dafür ein besonderes Interesse (sei es durch Elternhaus oder Freunde) vorhanden war. *„Die meisten Lernprozesse sind unorganisiert, und selbst dort, wo es sich um bewußtes Lernen handelt, sind meist Zufälligkeiten entscheidend. Kinder erlernen ihre Muttersprache normalerweise unter ganz zufälligen Bedingungen und 'ungeleitet'; allerdings machen sie raschere Fortschritte, wenn ihre Eltern ihnen*
sprache normalerweise unter ganz zufälligen Bedingungen und 'ungeleitet'; allerdings machen sie raschere Fortschritte, wenn ihre Eltern ihnen
Anregungen vermitteln. Auch die meisten Leute, die eine zweite Sprache lernen, lernen sie aufgrund irgendwelcher zufälliger Umstände, durch Bekanntschaften oder auf Reisen, und nicht durch einen geregelten Unterricht. Entprechendes gilt z.B. auch für flüssiges Lesen" (Ivan Illich, „Pladoyer für die Abschaffung der Schule", Kursbuch 24, Juni 1971, S. 9).

„Der störende Schüler in der Klasse aber wird zum Ding reduziert und das Ding zu der Eigenschaft, durch die sich der Schüler von der Klasse abhebt. Vergleichbar dem Klinikjargon ('Der Blinddarm auf Zimmer 5 bekommt noch eine Spritze') entwickelt sich ein Schuljargon, der die Schüler durch ihre Eigenschaften definiert ('Dieser Nasenbohrer in der 7c war heute wieder nicht zur Ruhe zu bringen')" (F.M. s.o., S.59/60).

Dieses Objekt Schüler muß also zu seinem „Glück" gezwungen werden - mit Zensuren, Gebrüll, Strafen, Schikanen.

Und noch eins weiß eigentlich jeder Lehrer und tut doch täglich das Gegenteil: *„Die Verarbeitung von Erfahrung, das Lernen außerhalb der Schule ist ein weitaus intensiveres, weil es nicht unter solch zwanghaften Formen abläuft wie in der schulischen Erziehung"* („Der Streit um die hessischen Rahmenrichtlinien...", Rote Texte zur Ausbildung und Erziehung, Georg Henschel Verlag Frankfurt 1973, S.13).

Es müßte doch klar sein, daß Druck, Zwang, Auswendiglernen, Einpauken, Drill, Strafen etc. dem eigentlichen L e r n e n ,d.h. der selbständigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Umwelt total widersprechen.

Es soll nicht bestritten werden, daß ein systematisches und gezieltes Training für das Erlernen vieler Tätigkeiten erforderlich ist. Das gilt zum Beispiel für Autofahren, Schreibmaschineschreiben, Lesen lernen, Programmiersprachen lernen etc. Doch braucht man dazu neun Jahre Schule?

„Der brasilianische Pädagoge Paolo Freire entdeckte, daß ein Erwachsener in etwa vierzig Stunden lesen lernen kann, wenn die ersten Wörter, die er entziffert, eine für ihn wichtige politische Bedeutung haben" (I.Illich, s.o. S.13).

Wer schon einmal auf Fortbildungskursen war, weiß, in welch kurzer Zeit man sich Wissen aneignen kann, wenn man es später braucht und anwendet.

Bestes und treffendstes Beispiel für richtiges Lernen, für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Umwelt, ist unsere politische Arbeit. Wie armselig dagegen ist der Schulbetrieb! Wie unwichtig ist da der Lehrer!

Ideologische Funktion der Klassenschule

Eine sinnvolle Vorbereitung auf den späteren Beruf findet in der Schule ebenfalls kaum statt. Anderes können nur Lehrer behaupten, die ihr Leben lang zur Schule gegangen sind und daher wenig Erfahrung außerhalb dieser Anstalt haben. Jeder der einen anderen Beruf hat, hat 90% des Lehrstoffs schlichtweg vergessen, weil das Schulwissen für die meisten Berufe untauglich ist. Dazu blättere man nur einmal den im jeweiligen Land geltenden Lehrplan durch!

Aber eines leistet die Schule: Sie macht die Schüler ideologisch fit für das spätere Leben in Beruf und Gewerkschaft. Denn die Schule ist wie das Militär, die Polizei oder das Gericht eine Institution des Staates. Über diesen Zusammenhang und die Funktion der Schule sagte schon der Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht vor mehr als hundert Jahren (wofür er heute übrigens von seinen Parteifreunden garantiert mit einem Berufsverbot bedacht würde): *„Es hat*
vor mehr als hundert Jahren (wofür er heute übrigens von seinen Parteifreunden garantiert mit einem Berufsverbot bedacht würde): *„Es hat*
noch nie eine herrschende Kaste, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzt und, nicht im Gegenteil, systematisch ihnen die echte Bildung, welche frei macht, abgeschnitten hätte. Es liegt im innersten Wesen der Herrschaft. Wer herrscht, will s i c h stark und den Beherrschten schwach machen. Und wer allgemeine Bildung will, muß deshalb gegen jede Herrschaft ankämpfen. ... Die Schule,wie sie ist, und die Schule, wie sie sein soll, verhalten sich zueinander genau gleich dem Staat, wie er ist, und dem Staat, wie er sein soll. Der Staat, wie er ist, d.h. der Klassenstaat, macht die Schule zu einem Mittel der Klassenherrschaft. Er kann freie Männer (und Frauen !! - Anm. AK) nicht brauchen, nur gehorsame Untertanen; nicht Charaktere, nur Bedienten- und Sklavenseeelen. Da ein 'intelligenter' Bedienter und Sklave brauchbarer ist als ein unintelligenter - schon die Römer legten auf Sklaven, die etwas gelernt hatten, einen besonderen Wert und zahlten entsprechende Preise für sie -, sorgt der moderne Staat für eine gewisse Intelligenz, nämlich für Bedienten-Intelligenz, die das menschliche Werkzeug verfeinert und vervollkommnet, so daß sich besser mit ihm 'arbeiten' läßt. So wird die Schule zur Dressuranstalt statt zur Bildungsanstalt..." (Zitat nach „Erziehung in der Klassengesellschaft", List Verlag München 1970, S.92/93).

Diese Worte gelten damals wie heute! Dressuranstalt ist die Schule noch genauso wie vor hundert Jahren. Eine Latte von Verboten (Nichtessen während des Unterrichts, nur

sprechen, wenn man dran ist, keine heimlichen Briefchen, kein Rauchen auf der Toilette, kein Zuspätkommen usw.) soll den militärisch abgezirkelten Tagesablauf gewährleisten. Sauberkeit und Ordnung werden mit guten Zensuren belohnt, Frechheit und Aufmüpfigkeit mit Nachsitzen, Briefen an die Eltern, Unterrichtsverbot bestraft.

Daß die Schule hauptsächlich ideologische Funktion hat, bewies auch der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen in seinen „Empfehlungen zum Aufbau der Hauptschule" 1964. Hier einige Kostproben dieser Herrschaften: *„Gerade der Hauptschule, die ihre Schüler nicht durch Auslese gewinnt, ist aufgegeben, durch Ordnung und Sitte zur Gesittung zu führen."* Die Kinder *„bedürfen daher der Schule als einer geformten Lebenswelt, in der solche Lebensgehalte und -normen in ihrer Möglichkeit erfahren und über Gewohnheiten zum Bedürfnis werden können"*... (Sind Bestrafungen etwa Gewohnheiten und Bedürfnisse der Schüler?) *„Die Normen, die das soziale Verhalten regeln, werden nicht nur in der Schulordnung, sondern auch in den Schulsitten, in dem, ‚was sich gehört', schrittweise in frei bejahte soziale Gesinnung überführt."* Bei solchen Hämmern muß man doch über das tägliche Chaos in der Schule f r o h sein! Immer noch tausendmal besser als die geplante „frei bejahte soziale Gesinnung"!

Damit ja nicht die Bäume in den Himmel wachsen, und die Schüler etwa später als Arbeiter ihre Rechte verlangen, schreiben diese Herren ganz unverhohlen: *„Die Hauptschüler müssen sehen lernen, daß ... in der Menschenwelt nicht gibt"*, *„daß in einem großen Volk die Mitbeteiligung nur selten unmittelbar sein kann"* und *„... niemand kann überall mitreden"*. Solche Schüler wünschen sich die Herrschenden: brave, artige, etwas beschränkte (*„Dem Schüler der Hauptschule darf keine eigentliche Systematik zugemutet werden"*), Kinder, die den Lehrer quasi als Gott verehren und die menschenfeindliche kapitalistische „Ordnung und Sitte" widerspruchslos schlucken. (Alle Zitate nach „Erziehung in der Klassengesellschaft", S. 101/102).

Dieselben Prinzipien gelten heute noch, nur wurde ihre Sprache auf die Höhe der Zeit gebracht. In den Hamburger Richtlinien für die Grundschule liest sich das so: *„Zusammenleben und Lernen dürfen nicht behindert werden durch störende Unruhe, mangelnde Rücksichtnahme, Einschüchterung Schwächerer, lernhemmende Unordnung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsmittel oder Gleichgültigkeit beim Ausführen von Aufträgen, die im Interesse der Klasse und des Unterrichts liegen"* (S. 8/9).

Daß diese Vorschriften meist nicht im Interesse der Kinder sind, wird aus einem weiteren Zitat deutlich: *In vielen Fällen, vor allem in den ersten Schuljahren, werden Regeln auch vorgegeben; ihre Notwendigkeit können die Schüler erst einschätzen, wenn sie die Wirkungen der Regelungen eine Zeitlang erfahren haben."* (ebenda).



„Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir" (zurück zu Bild 1)

Ist das seinem Inhalt nach etwas anderes als die Ergüsse des Deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen von 1964, wo davon die Rede ist, daß „Normen . . . über Gewohnheiten zum Bedürfnis" werden sollen? Die Verfasser der heute geltenden Erziehungsrichtlinien betrachten die Kinder ebensowenig als eigenständige Persönlichkeiten, sondern als Befehlsempfänger.

Wichtigstes Mittel, um die Schüler zu widerspruchslosen Untertanen zu machen, ist die Förderung der Konkurrenz. Auf die Frage, warum nicht die gegenseitige Hilfe der Klassenkameraden in der heutigen Schule wichtigstes Prinzip sind, antwortete der ehemalige Schulsenator Westberlins Heinz Evers:

„Wir würden da schnell an ein gesellschaftliches Tabu stoßen: Wenn jeder jedem helfen würde, unterschiede sich bald keiner mehr in der Leistung vom andern. Keiner könnte mehr für sich allein den Besuch des Gymnasiums oder der Universität reklamieren. Solange aber bestimmte Berufe ein hohes und andere ein niedriges Ansehen genießen, solange das Einkommensgefälle zwischen akademischen und nichtakademischen Berufen so groß ist wie heute, wird die Schule immer als Sortiermaschine funktionieren. Die Gesellschaft verlangt das von ihr. Konkurrenzdenken unter Klassenkameraden wird geradezu belohnt ..." („Stern" Nr. 98/76). Ein offenes Wort von einem, der durchaus dazu beiträgt, daß es so bleibt.

Und da an der Schule das Wissen und die Ideologie der herrschenden Klasse gelehrt werden, fallen diejenigen Kinder zuletzt bzw. gar nicht durch die Löcher dieser „Sortiermaschine", die in Sachen bürgerliche Ideologie und Kultur bestens von ihrem bourgeoisen Elternhaus ausgestattet werden. Sie gehen nur in die Schule, „um Zeugnisse zu ernten", wie die Schüler der „Schülerschule" von Barbiana sagen („Die Schülerschule", Wagenbach Verlag Berlin 1974, S. 43). Die Arbeiterkinder sind dieser Konkurrenz meist nicht gewachsen und müssen sich mit der Haupt- oder Realschule abfinden. Aber auch hier sind sie die Angeschissenen. Der Kampf um einen möglichst guten Abschluß als Vorbedingung für eine Lehrstelle ist erbarmungslos. Das Gerangel um gute Zensuren auf diesem Wisch Papier hetzt die Schüler gegenseitig auf, läßt sie vergessen oder sich gar nicht bewußt werden, welchen Schwachsinn sie Tag für Tag einpauken müssen.

Der Lehrer mit seinem Gehalt von ca. 2.000 DM netto im Monat hat dann diese Zustände aufrechtzuerhalten (er verteilt schließlich die Noten) und gegenüber Eltern und Schülern zu rechtfertigen.

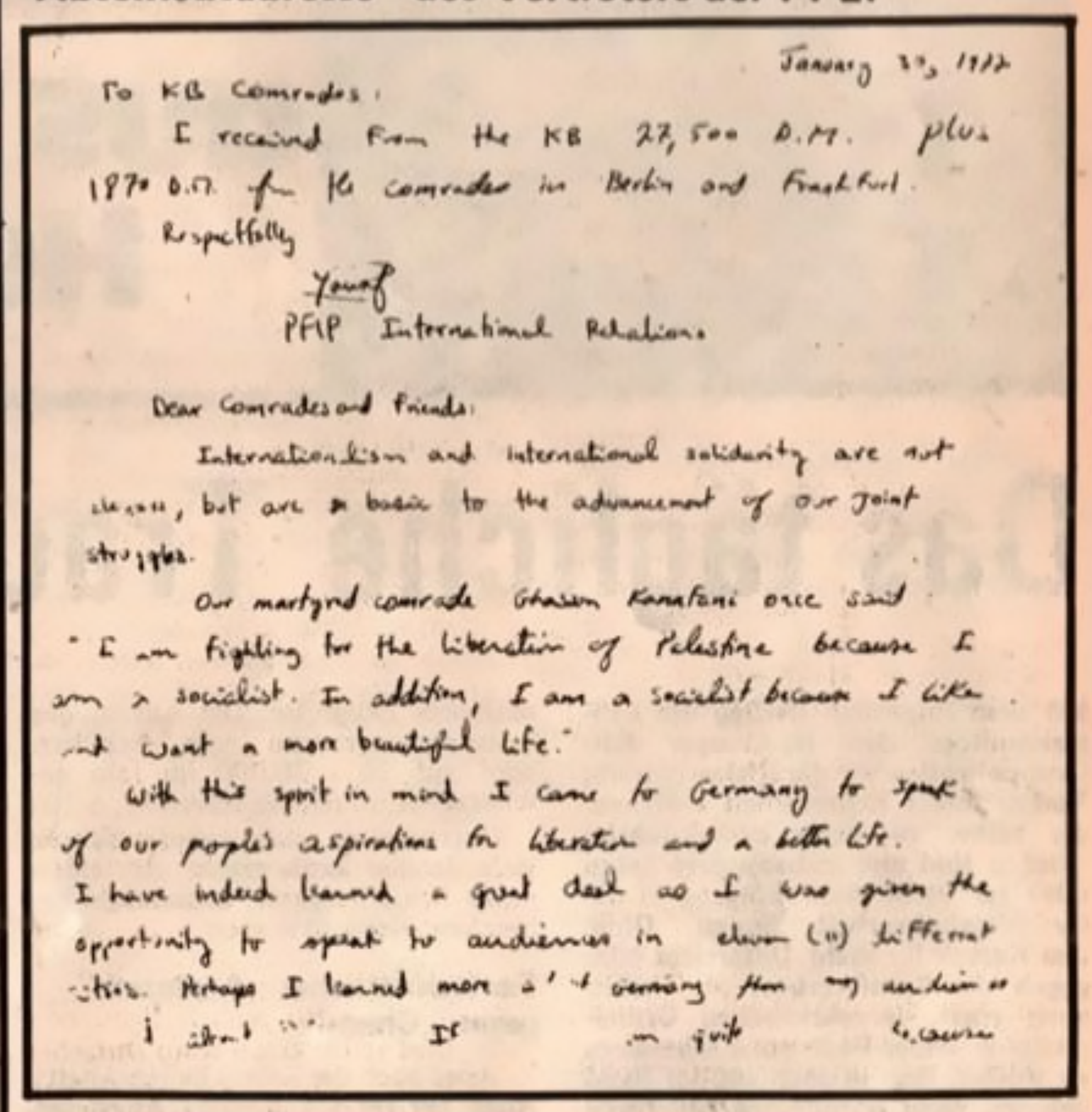
Daraus könnte ein fortschrittlicher Mensch den Schluß ziehen, nie Lehrer zu werden. Das ist umso verständlicher, als der Spielraum in der Schule von Behörden und Staat immer mehr eingeengt wird.

Natürlich sind wir nicht dieser Meinung. Eine organisierte „staatsfeindliche" Tätigkeit von Lehrern an der Schule (auch und erst recht unter heutigen Bedingungen) hat eine immense Bedeutung für Schüler und Eltern der Arbeiterklasse. Sie muß aber auch die hier angeschnittenen Fragen diskutieren, um zu verhindern, daß man zum Verteidiger der Klassenschule gegen das von den Schülern angestiftete „Chaos" wird – womöglich noch unter Hinweis auf alle möglichen „progressiven Ansprüche", die man „an den Unterricht stellt".

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

Wir sind unseres Sieges gewiß

Abschiedsadresse des Vertreters der PFLP



January 3?, 1977

To KB Comrades:

I received from the KB 27,500 D.M. plus 1870 D.M. for KB comrades in Berlin and Frankfurt.

Respectfully

Yousef

PFLP International Relations

Dear Comrades and Friends:

Internationalism and international solidarity are not slogans, but are a basis to the advancement of our joint struggles.

Our martyred comrade Ghassan Kanafani once said "I am fighting for the liberation of Palestine because I am a socialist. In addition, I am a socialist because I like and want a more beautiful life."

With this spirit in mind I came to Germany to speak of our people's aspirations for liberation and a better life. I have indeed learned a great deal as I was given the opportunity to speak to audiences in eleven (11) different cities. Perhaps I learned more about Germany than my audiences ...

Bestätigung der PFLP über den Erhalt der 3.Abrechnung der laufenden Spenden-Kampagne

Zum Abschluß seines Besuchs übergab uns der Vertreter der PFLP den folgenden Brief:

An die Genossen des KB:
Ich habe vom KB 27500 DM erhalten hinzu kommen 1870 DM von den Genossen in Berlin und Frankfurt.
Mit Hochachtung
Yusef
PFLP Internationale Beziehungen

Liebe Genossen und Freunde:

Internationalismus und internationale Solidarität sind keine Schlagworte, sondern bilden die Grundlage für den Fortschritt unserer gemeinsamen Kämpfe.

Unserer gefallener Genosse Ghassan Kanafani hat einmal gesagt: „Ich kämpfe für die Befreiung Palästinas, weil ich ein Sozialist bin. Weiter, ich bin ein Sozialist, weil ich ein schöneres Leben liebe und wünsche."

In diesem Geiste bin ich nach Deutschland gekommen, um von den Bestrebungen unseres Volkes nach Freiheit und einem besseren Leben zu sprechen. Ich habe eine Menge gelernt, während ich Gelegenheit hatte, zu Zuhörern in elf (11) verschiedenen Städten zu sprechen. Vielleicht habe ich mehr über Deutschland erfahren, als meine Zuhörer über Palästina. In diesem Fall bin ich ganz zufrieden, denn ich werde dieses Wissen nutzen, um unser Volk, unsere Kämpfer über eurem Kampf zu unterrichten. Jeder Fortschritt, den ihr macht, egal wie klein er ist, ist ein Schritt vorwärts für alle fortschrittlichen und demokratischen Menschen.

Ich hatte die Gelegenheit und die Ehre, im Namen unserer Genossen, Kämpfer und Gefallenen zu sprechen und ich kann nur sagen, daß ich die Wahrheit gesprochen habe.

Bewaffnet mit Wahrheit werden wir Palästina befreien.

Der Vorgang der Befreiung ist lang aber lohnend. Wir müssen dabei voranschreiten im Sinne eines vietnamesischen Sprichworts: „Schlage die Zeit nicht tot, erfülle sie mit Leben." Während wir auf dem schwierigen Weg der Revolution vorangehen, wissen wir, daß wir das Leben verkörpern, das Leben unseres Volkes - die Revolution.

Gemeinsam führen wir unsere wechselseitig verbundenen und doch verschiedenen Kämpfe weiter, wobei, wenn wir unser Ziel eines freien demokratischen Palästina erreichen, ich euch versichere, daß Palästina die wirkliche internationalistische Gesinnung besitzen wird. Seine Befreiung wird das Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengungen sein.

Wir sind unseres Sieges sicher und wir wissen, was heute unmöglich scheint, wird möglich werden, wird die revolutionäre Gewißheit von morgen sein.

Vielleicht habe ich mehr über Deutschland erfahren, als meine Zuhörer über Palästina. In diesem Fall bin ich ganz zufrieden, denn ich werde dieses Wissen nutzen, um unser Volk, unsere Kämpfer über eurem Kampf zu unterrichten. Jeder
scheint, wird möglich werden, wird die revolutionäre Gewißheit von morgen sein.

Grüße und kameradschaftliche Wünsche
Yusef
PFLP

Gegen Stellenstreichungen und Lehrerarbeitslosigkeit

Gegen Stellenstreichungen und Lehrerarbeitslosigkeit

30.000 demonstrieren in Stuttgart



Stuttgart: 30.000 gegen Stellenstreichung und Lehrerarbeitslosigkeit

Stuttgart: Zum Ende des Semesters fand in Stuttgart eine der größten Demonstrationen statt: 30.000 Studenten und Lehrer folgten einem Aufruf der GEW gegen Lehrerarbeitslosigkeit und Schulmisere.

Nach Plänen des badenwürttembergischen Kultusministeriums sollen an den Hochschulen insgesamt 900 Stellen gestrichen werden. Dies soll gleichzeitig mit der Schließung ganzer Fachbereiche an den Universitäten Karlsruhe, Stuttgart, Hohenheim, Heidelberg, Mannheim und Konstanz verbunden sein. Insbesondere sind hiervon die geisteswissenschaftlichen Bereiche betroffen. Zudem plant die Landesregierung den drastischen Abbau der Kapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen. Statt bisher 19.000 Studenten sollen in den nächsten Jahren höchstens 9.000 „besser" aber nur 6.000 an den PHs für den späteren Lehrerberuf ausgebildet werden.

Aber nicht nur das: In diesem Sommer wird es in Baden-Württemberg 1.000 arbeitslose Lehrer geben. Von der Landesastenkonferenz wurde gegen diese Pläne ein landesweiter Streik beschlossen, der von fast allen Hochschulen befolgt wurde.

Für den 27.1. war eine landesweite Demonstration geplant, zu der auch die GEW eingeladen wurde. Diese jedoch setzte von sich aus eine eigene Demonstration für den 4.2. fest. Eine Beteiligung an der Studentendemonstration lehnte der GEW-Vorsitzende auf einer Pressekonferenz mit der Begründung ab, es müsse schließlich gewährleistet sein, daß die Demo nicht von „Extremisten" chaotisiert würde. Schon auf der letzten landesweiten GEW-Demo in Stuttgart im Juni 76 wurde z.B. die Rede des Vertreters der Landesastenkonferenz zensiert: Er durfte nichts über die Berufsverbote sagen!

Auf der Landesastenkonferenz haben dann MSB, SHB und KBW das Geschäft des GEW-Vorstandes übernommen: Die beschlossene Demonstration am 27.1. wurde zugunsten der GEW-Demo abgesetzt. Am 27.1. sollten nur noch regionale Demonstrationen stattfinden.

Die Basisgruppen, die sich anfangs diesem Beschluß nicht beugen wollten, mobilisierten dann auch nach Stuttgart. In Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Mannheim, Reutlingen, Tübingen und Schwäbisch-Gmünd hat es am 27.1. regionale Demonstrationen gegeben, an denen sich insgesamt über 10.000 Studenten beteiligten.

Auf der Uni-VV in Tübingen wurde nach diesem Spaltungsmanöver ein Beschluß gefaßt, einen eigenen Block zu bilden, in dem auch Transparente gegen Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse mitgetragen werden sollten.

Die Demonstration selbst war mit 30.000 Teilnehmern eine der größten, die in Baden-Württemberg jemals stattgefunden hat, was in erster Linie auf die Stimmung an den Hochschulen zurückzuführen ist.

KB-Sympathisanten in Karlsruhe

Arroganz allein tut's nicht

Zur Auseinandersetzung mit der GIM

In AK 97 setzten wir uns mit der Forderung der trotzkistischen GIM nach „Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Sowjetunion" auseinander. Wir lehnen diese Forderung ab, weil sich unter den politischen Gefangenen der Sowjetunion auch Reaktionäre und Faschisten befinden, deren Freilassung nicht unser Interesse und nicht das Interesse der sowjetischen Werktätigen sein kann.

Hierauf hat die GIM in ihrer Zeitung „was tun" (10.2.77) geantwortet. Die stärkste Waffe des Verfassers scheint dabei seine Arroganz zu sein, die er schon in der Artikelüberschrift kundtut, „Genossen, lernt denken!" (damit meint er uns). Ebenso am Schluß des Artikels: *„Die Genossen des KB täten gut daran, ... endlich anzufangen, selbständig zu denken"*. Da dies bisher bei uns angeblich nicht der Fall ist, kann es sich der Verfasser des Artikels auch weitgehend ersparen, sich inhaltlich mit dem AK-Artikel auseinanderzusetzen. Dafür belehrt er uns z.B.: *„Verteidigung der Meinungsfreiheit für alle politischen Gefangenen heißt nicht Unterstützung ihrer Ideen"*. Das muß dummen Menschen, die nicht denken können, natürlich erst mal gesagt werden!

Picken wir uns die mageren politischen Brocken des Artikels einmal heraus. Zum einen erfahren wir noch einmal, wie aus früheren Artikeln von „was tun" bekannt, daß in der Sowjetunion a l l e Menschen (ausdrücklich alle!) als „loyale Sowjetbürger" und gute Sozialisten auf die Welt kommen, und daß erst das „stalinistische System" dann aus einigen von ihnen Reaktionäre macht. Diese Ansicht hatten wir schon in AK 97 als einen naiven Kinderglauben bezeichnet. Zweitens, und das ist der entscheidende Punkt, wird diese These psychologistisch zur Verteidigung der Reaktionäre gewendet: Sie können nichts für ihre Einstellung, das System ist schuld, also muß man sie freilassen und frei ihre Meinung sagen lassen. Es sei, so „was tun", *„ignorante Rotznäsigkeit"*, daß wir n i c h t so an die Frage herangehen, sondern so ein armes Schwein wie Bukowski einfach als „reaktionären Schrott" bezeichnen. Nun ja, konsequenterweise müßte man dann auch
sondern so ein armes Schwein wie Bukowski einfach als „reaktionären Schrott" bezeichnen. Nun ja, konsequenterweise müßte man dann auch
hierzulande Faschisten und Reaktionäre in Schutz nehmen, weil sie ja nichts dafür können, daß sie „so geworden" sind. Für die Arbeiterbewegung stellt sich die Frage jedoch anders: Sicher trägt die Bürokratie ein hohes Maß an Verantwortung für das Aufkommen konterrevolutionärer und reaktionärer Kräfte und vielleicht kann man dem einen oder anderen von diesen Leuten sogar persönliches Mitleid entgegenbringen. Aber das ändert doch nicht das geringste daran, daß diese Leute, so wie sie nun einmal sind, mit ihren Auffassungen der internationalen Reaktion dienen und Feinde der Werktätigen sind. Wer käme auf den Gedanken, z.B. in Italien „Freiheit" für jene (sehr wenigen) Leute zu fordern, die nach dem Gesetz über das Verbot einer Neugründung der Faschistischen Partei in Haft sind ...? Ist das auch eine Forderung der Trotzkisten? Es ist doch an den Tatsachen offensichtlich: Nicht einmal im Kapitalismus kann man davon ausgehen, daß a l l e politischen Gefangenen aus der Sicht der Arbeiterklasse „zu Unrecht" im Knast sind und folglich befreit werden müssen; erst recht nicht kann man davon in den revisionistischen Ländern ausgehen.

Ein weiteres Argument von „was tun" lautet: „Jede Position, die auf die Hinnahme bestimmter Einschränkungen der demokratischen Rechte hinausläuft, wie das etwa beim KB der Fall ist, steht nicht nur im Gegensatz zu den sozialistischen Zielsetzungen, sondern würde auch keine Unterstützung in der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bürokratie finden". Um diese These zu belegen, berufen sich die Trotzkisten u.a. auf die CSSR 1968.

Zum einen ist eine solche These unserer Meinung nach sehr spekulativ, zum anderen ist es wohl unter Sozialisten kein Geheimnis, daß die Entwicklung in der CSSR 1968 unter starkem bürgerlichen Einfluß stand und insofern kein nachahmenswertes Vorbild für eine antibürokratische Revolte sein kann, auch was die Frage der Demokratie angeht.

Zweitens enthält das Argument von „was tun" die Behauptung, daß „bestimmte Einschränkungen der demokratischen Rechte" im Gegensatz zur sozialistischen Zielsetzung stehen würden. Eine solche Auffassung wird die GIM unter Berufung auf Trotzki ganz sicher nicht rechtfertigen können. Und selbst einen Rudi Dutschke hörten wir (wenn auch zweifellos ganz abstrakt) von der Diktatur des Proletariats reden. Wie kann man aber von Diktatur des Proletariats reden (was Lenin und auch Trotzki unzweifelhaft taten), wenn man gleichzeitig konkrete „Einschränkungen der demokratischen Rechte" für bestimmte Kräfte ablehnt? Was die GIM da vertritt, schmückt sich zu Unrecht mit dem Namen Trotzkismus.

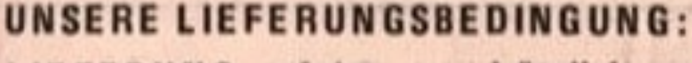
Denn auch für die revisionistischen Länder gilt, was Lenin 1919 allgemein feststellte: *„Die Geschichte lehrt, daß noch nie eine unterdrückte Klasse zur Macht gelangt ist und gelangen konnte ohne eine Periode der Diktatur, d.h. der Eroberung der politischen Macht und gewaltsamen Unterdrückung des verzweifeltsten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Widerstands, der immer von den Ausbeutern geleistet wird, durchzumachen"* (Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats", 4. März 1919).
rückschreckenden Widerstands, der immer von den Ausbeutern geleistet wird, durchzumachen" (Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats", 4. März 1919).

Die Vorstellungen der GIM laufen auf ein reformistisches Etappenmodell hinaus: Zuerst auf friedlichem Weg Herstellung einer „Demokratie für jedermann", im zweiten Schritt (darüber wird nicht viel gesagt) zur „Rätedemokratie". Ein solches reformistisches Modell kann aber unserer Meinung nach, wie 1968 in der CSSR, nur entweder zu einer bürgerlichen Demokratie führen (die durchaus nicht „Demokratie für jedermann" bedeutet!!), oder zu einer Verhärtung der Diktatur der Bürokratie. Es ist völlig logisch, daß reformistische Modelle in den revisionistischen Staaten Hand in Hand gehen mit der Erwartung, daß das imperialistische Lager auf die Sowjetunion D r u c k ausüben möge; d.h. das imperialistische Lager wird, unter Berufung auf Helsinki, UN-Menschenrechtskonvention u.ä., als Schutzmacht für reformistische Lösungen angefordert (Sacharow, Helsinki-Gruppen in der SU). Ganz abgesehen davon, daß eine nicht unwesentliche Strömung der „Dissidenten" noch nicht einmal bürgerliche Demokratie anstrebt, sondern autoritäre, klerikal-reaktionäre Lösungen.

Reformistische Bewegungen gegen die Diktatur der Bürokratie in den revisionistischen Staaten k ö n n e n sich natürlich – wenn überhaupt – nur auf die Drohungen und wirtschaftlichen Erpressungen des imperialistischen Lagers stützen. Die Interessen der Arbeiterklasse sind aber andere. Die Diktatur der Bürokratie kann nur gewaltsam gestürzt werden, und in diesem Moment würde es die Arbeiterklasse mit erbitterten Feinden zu tun haben: Auf der einen Seite die um ihre Macht kämpfende Bürokratie, auf der anderen Seite die aus allen Rattenlöchern ans Licht strömenden reaktionären, pro-kapitalistischen Kräfte und zum dritten noch die Gefahr einer sowjetischen Intervention. In dieser Situation wäre die Arbeiterklasse sofort verloren, wenn sie nicht versuchen würde, ihre Diktatur zu errichten. Alles andere sind sozialdemokratische Illusionen, die nicht einmal die Bezeichnung Trotzkismus für sich in Anspruch nehmen können.

Es macht im übrigen gerade die Schwäche der Arbeiterklasse der revisionistischen Länder aus, daß sie gegenüber der bürgerlich-demokratischen und reaktionär-autoritären „Dissidenten"-scene noch keine politische Selbständigkeit gewinnen konnte. Ebenso macht es die Schwäche der Opposition insgesamt aus, daß die bürgerlichen Demokraten keinen klaren Trennungsstrich zu den reaktionär-autoritären „Dissidenten" ziehen, sondern im Gegenteil auf eine faule „Einheit" mit diesen beharren. Diese Schwäche der Bewegung, die übrigens der Bürokratie zusätzliche Argumente und Vorwände liefert, wird freilich in „was tun" als S t ä r k e dargestellt: *„Die Forderungen nach demokratischen Rechten, wenn sie auch sehr allgemein von den sowjetischen Dissidenten gestellt wird, bildet die Grundlage für ihre gemeinsamen Interventionen und Aktivitäten, die trotz ihrer politischen Differenzen immer wieder zustande kommen"*. Es sollte eigentlich niemand verblüffen, daß in der Sowjetunion auch die Befürworter reaktionär-autoritärer Lösungen zunächst das Banner der „Demokratie für jedermann" schwenken. Ein Irrtum ist
auch die Befürworter reaktionär-autoritärer Lösungen zunächst das Banner der „Demokratie für jedermann" schwenken. Ein Irrtum ist
aber die Meinung der GIM, die Werktätigen der revisionistischen Staaten müßten sich auch mit diesen Kräften verbünden und alle demokratischen Rechte für diese fordern, weil *„der Kampf um demokratische Rechte für alle im größten Interesse der sowjetischen Arbeiter liegt"*. Im Gegenteil: Eine fortschrittliche antibürokratische Bewegung in den revisionistischen Ländern wird sich überhaupt nur entwickeln können, wenn endlich die faule „Einheit" aller mit jedem überwunden wird und ganz klare Trennungslinien gezogen werden. Dasselbe gilt unserer Meinung nach für die Solidaritätsbewegung in den kapitalistischen Ländern. Es geht nicht bloß darum – wie die GIM meint –, daß wir unsere Distanz zu Standpunkten von Solschenizyn, Bukowski etc. kundtun. Soweit, sich von diesen reaktionären „Chaoten" inhaltlich abzugrenzen, ist inzwischen schon jeder halbwegs gescheite Bourgeois-Propagandist. Uns geht es vielmehr darum, klar zu sagen, daß diese Strömung kein Teil der demokratischen Bewegung in den revisionistischen Ländern sein kann, daß wir die Solidarisierung mit demokratischen Forderungen nicht auf diese Strömung ausdehnen können.







Paket-Angebot zu den Auseinandersetzungen in China
10 Ausgaben des ARBEITERKAMPF, 2 Broschüren: „Die chinesische Kulturrevolution" und „Zur Außenpolitik der VR China", 1 Bildposter.
DM 12,-



Das sind keine Maoisten, das sind Provokateure!

Die „Marxisten-Leninisten Deutschland" (MLD) sind bereits früher als Provokateure übel aufgefallen. Sie geben vor „Maoisten" zu sein, bewegen sich jedoch in Wahrheit im Umkreis von CSU und „4. Partei".

Die jüngste Ausgabe ihrer aufwendigen Zeitung „Die Neue Welt" (Februar 1977) bringt neue, noch tollere Provokationen. So kann man gleich auf der Titelseite die Schlagzeile lesen: *„Kein DKP'ler als Lehrer und Richter!"* und *„Westberlin muß Teil der BRD werden"*. Auf S. 3 ist zu lesen: *„Initiative für ein Russelltribunal gegen die BRD: Initiative für den Landesverrat"*. Da heißt es: *„Die politischen Drahtzieher von SB, KB usw. befinden sich jetzt auf der Suche nach markanten Köpfen, die ihrer verdeckten oder offenen Bürgerkriegspolitik offiziellen Charakter verleihen können"*. Die Initiative *„will diejenigen fördern, deren Ziel die Diktatur Breschnews über ganz Europa ist"*. Damit sei die Russell-Foundation *„vollständig zum Werkzeug der Neuen Zaren herab"* gesunken. Auf Seite 4 wird gegen die Demonstration in Brokdorf gehetzt: *„Die Koalition von diesen moskauhörigen Kräften – egal wie moskaufeindlich sich Arbeiterkampf, KPD und KPD/ML aufzupolieren versuchen"* – habe eine *„schwierige Situation"* geschaffen. Stattdessen gelte es, *„offene Diskussion und breite Aufklärung, besonders in Schulen und Fernsehen"* zu betreiben (der von der Regierung angekündigte „Dialog mit dem Bürger), um die Bevölkerung für die „Segnungen" der Kernenergie auf „demokratischem" Weg zu gewinnen.

Unter der Überschrift *„Spaniens schwerer Weg zur Demokratie"* (Seite 20) heißt es: *„Der Übergang Spaniens zur Demokratie hilft die Fronten zu klären. Das Hauptquartier des Faschismus ist heute Moskau. Darüberhinaus hat der Eintritt Spaniens in die NATO und die EG eine große strategische Bedeutung für die Verteidigung Europas"*. *„Der Sieg der Demokratie auf der iberischen Halbinsel festigt die westliche Seeverteidigung im Mittelmeer und das südwestliche Hinterland der EG"*, insbesondere auch gegenüber *„dem Anwachsen der prosowjetischen Kräfte in Italien"*.

Der eigentliche Clou der Zeitung aber ist der faksimilierte Abdruck eines Briefes, den die *„Soziale-Demokratische Union"* (SDU) an die Redaktion geschickt hat. Die SDU ist eine kleine Abspaltung aus der SPD, mit besonders herzlichen Beziehungen zu F.J. Strauß. Wir geben den erstaunlichen Brief hier wieder. In dieselbe Kerbe haut der Nachdruck eines Leserbriefs aus der „FR", unterschrieben von einem Georg-Joachim Schilling, Vorsitzenden des CSU-Freundeskreises Frankfurt. Der Brief, der sich mit den „Kreuther Beschlüssen" der CSU befaßt, lehnt sich dermaßen eng an einen früheren Kommentar der „Neuen Einheit" an, daß man hinter dem Strauß-„Freundeskreis" direkt die „MLD" vermuten müßte. Sie selbst kommentieren denn auch irritiert in der Februar-Ausgabe der „Neuen Stimme" die Gerüchte um einen Rückzug von Strauß nach Bayern: *„Wir hoffen, daß Strauß das Bonner Feld nicht freiwillig räumt. Der beste Weg, um die CDU zu einer konsequenteren Oppositionspolitik zu zwingen, ist eine starke und bundesweite CSU. Der ganze Vorfall bestätigt die Aufforderung der Marxisten-Leninisten Deutschlands an alle konsequenten Patrioten und Demokraten in der CDU, in der AVP* (= „Vierte Partei" – Anm. AK) *oder im ehemaligen Bund Freies Deutschland, nicht auf den Startschuß von Strauß zu warten, sondern mit dem Aufbau der „Vierten Partei" schon heute zu beginnen"*. Die Rechtsradikalen werden über diesen Ratschlag nur die Köpfe schütteln: „Vierte Partei" o h n e Strauß, das haben sie doch schon x-mal versucht und sind damit auf den Bauch gefallen!

An diesem Punkt werden selbst die hartgesottensten Vaterländler der „ML"-scene sich mit Schaudern abwenden. Auf diese Weise verpassen sie allerdings den Artikel *„Viererbande gegen die Modernisierung Chinas"* auf Seite 21. D e r Artikel würde ihnen bestimmt gut gefallen – er könnte genauso in der „Roten Fahne" von „KPD" oder KAB„D", in der „KVZ" des KBW oder in der „KAZ" des südbayrischen „Arbeiterbundes" gestanden haben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gründungskomitee Soziale-Demokratische Union

Braunschweig, 24. Januar 1977

Herrn Redakteur
Heiner H ü g e l
Postfach 32 33

6000 Frankfurt 1

Sehr geehrter Herr Hügel,

ich habe mit Interesse Ihre Berichte über die Initiative für eine Soziale Demokratische Union und über den Austritt von fünf führenden Kommunalpolitikern in München aus der SPD gelesen.

Wir hoffen, mit der SDU breite Kreise in und außerhalb der SPD zu erreichen und der Öffentlichkeit die Gefahren des Euro-Kommunismus und jeder Art von Volksfront und damit einer Politik der Kapitulation vor dem Machtanspruch des Kreml deutlich machen zu können. Wir suchen die faire partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt auf der Basis der Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung, auch gegenüber den Ostblockstaaten. Mein Respekt gilt den großen Leistungen und sozialen Errungenschaften, die der verstorbene Vorsitzende Mao Tse Tung für sein Volk, die größte Nation der Welt, vollbracht hat.

Hochachtungsvoll

Hans-Günther Weber

Ratsherr Dipl.-Ing. W. Sinnecker, Kimplerstraße 30, 4150 Krefeld
Oberstadtdirektor H.-G. Weber, Margaretenhöhe 9, 3300 Braunschweig
Dr. Wolfgang Dau, Priwall, 2400 Lübeck-Travemünde
Schatzmeister Rudolf Hambach, Am Birnbaum 19, 6200 Wiesbaden

Konto: Dresdner Bank AG in Braunschweig, Nr. 113 1709

AK-exklusiv: Geister-Report

„Sowjetstützpunkt Äthiopien?" lautete am 14.2.77 die besorgte Frage des „Hamburger Abendblatt" (Springer) nach den jüngsten Reibereien in der Militärjunta Äthiopiens. Für die wachsende Zahl von Sammlern veröffentlichen wir aus diesem Anlaß als erste westdeutsche Zeitung eine Übersicht der in den letzten zwei Jahren aufgetauchten sowjetischen Geister-„Stützpunkte".

1. Im Mai 1975 wird gemeldet, die Sowjetunion wolle **„Libyen zur neuen Basis am Mittelmeer machen"** („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24.5.75). Die Sowjetunion solle in Libyen *„Flotten- und Luftwaffenstützpunkte sowie Stützpunkte für Bodentruppen"* erhalten („Süddeutsche Zeitung", 23.5. 75). *„Ein Kuba im Mittelmeer"* („Sunday Telegraph" lt. „Bild" vom 22.9.75).
2. Im Juni 1975 verhandelt die Sowjetunion angeblich (*„wie aus amerikanischen Geheimdienstkreisen verlautet"*) über die Errichtung eines Stützpunkts in **Lourenco Marques**, Mosambik („Welt", 14.6.75).
3. *„Die Sowjetunion errichtet gegenwärtig in Mosambik nahe der südafrikanischen Grenze unter größter Geheimhaltung ein elektronisches Überwachungssystem"* („FAZ", 28. 7.76, nach der südafrikanischen Militärzeitung „Armed Forces").
4. *„Die Sowjetunion soll nach in Lissabon umlaufenden Informationen derzeit auf der Insel* **Bazaruto** *– sie liegt wenige Kilometer vor der Küste Mosambiks in der strategisch wichtigen Seestraße zwischen Mosambik und Madagaskar – einen Stützpunkt zu einer Flotten- und Luftbasis ausbauen"* („Frankfurter Rundschau", 16.10.76).
5. Im Juni 1975 wartete US-Kriegsminister Schlesinger mit „Luftaufnahmen" eines angeblichen sowjetischen Stützpunkts in **Berbera** (Somalia) auf. Die „Süddeutsche" berichtete, *„daß die Sowjetunion in Berbera bereits Bodenraketen installiert hat. Unterkünfte für etwa 1.500 sowjetische Soldaten sind im Bau"*. Auch eine Piste für sowjetische Langstreckenbomber werde angelegt („SZ", 23.6.75). „Bild" (12.6.76): *„Ein riesiger Raketenstützpunkt"*.
6. *„Israelische Militärkreise halten es für möglich, daß Syrien der Sowjetunion auf seinem Staatsgebiet einen Stützpunkt einräumen wird"*. Im Gespräch soll **Latakia** sein („FAZ", 1.6.76).
7. Am 18. August 1976 greift die „FAZ" das alte Gerücht auf, *„Hanoi habe den ehemaligen amerikanischen Stützpunkt* **Cam Ranh** *den Russen zur Verfügung gestellt"*. Erstmals wurde dieses Gerücht anscheinend von der einschlägig bekannten britischen Zeitung „Daily Telegraph" verbreitet.
8. Ebenfalls am 18.8.76 schreibt die „Welt": *„Alarm im Pazifik: Die Sowjetflotte greift nach den polynesischen Inseln"*. *„Südseepotentat geht Sowjets ins Netz – Westen bangt um die Seewege"*. Angeblich geht es um einen Flottenstützpunkt auf den **Tonga-Inseln**.
9. Im September 1976 wird berichtet, daß die Sowjetunion sich für die jugoslawische Bucht von Cattaro **(Boka Kotorska)** interessiert, um dort einen Flottenstützpunkt anzulegen („Welt", 8.9.76).
10. Mit folgender Meldung gewinnt die neo-faschistische „Deutsche Wochenzeitung" (NPD) den „Goldenen Krückstock '76": Die Sowjetunion habe dem südafrikanischen Rassistenregime angeboten, *„die bisherige südafrikanische Politik auf allen Gebieten zu billigen"*, wenn ihr dafür der Flottenstützpunkt **Simonstown** am Kap überlassen würde („DWZ", 17.9.76).
11. *„Die Sowjets bauen auf den früher zu Japan gehörenden* **Kurilen-Inseln** *riesige Marine-, Luft- und Raketenstützpunkte, berichten chinesische Nachrichtenagenturen"* („Bild", 21.10.76).
12. *„Moskau baut* **Singapur** *zum Pfeiler der Südostasienpolitik aus"*. *„Singapur ist nicht nur zum Stützpunkt der sowjetischen Handelsflotte, sondern auch ihrer hochspezialisierten und teils für militärische Zwecke ausgestatteten Fischfangflotte geworden. Den Zugang dazu haben sich sowjetische Behörden über ein neues Gemeinschaftsunternehmen zur Herstellung von Fischkonserven verschafft"* („FAZ", 11.12.76).
13. *„Nach dem Sieg der Kommunisten auf* **Mauritius** *befürchten westliche Militärs, daß die Insel im Indischen Ozean ein sowjetischer Flottenstützpunkt wird"* („Bild", 3. 1.77).

Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann!...

Geister-Kommission
KB/Gruppe Hamburg